POLITISCHES LEXIKON



TEIL II PERSONEN

POLITISCHES LEXIKON

II

PERSONEN

M - Z

POLITISCHES LEXIKON

TEIL II

PERSONEN

M–Z

Herausgegeben vom

VERLAG K. W. SCHÜTZ, GÖTTINGEN-HANNOVER

Druck: Erich Goltze KG., Göttingen
Plastikdecke: Dreske & Krüger, Hannover
Titelentwurf: Prof. Hans Schweitzer

General Douglas M., vom Juli 1941 bis zum April 1951 Oberstkommandierender aller amerikanischen und vom März 1942 bis zur japanischen Kapitulation auch der alliierten Streitkräfte im Pazifik, befürwortete ein japanisches Friedensangebot noch zu Lebzeiten → Roosevelts, also vor den Atombombenabwürfen auf → Hiroshima (Teil I) und Nagasaki, führte die Besetzung Japans mit Umsicht und politischem Weitblick durch und setzte sich im → Koreakrieg (Teil I) 1951 für einen damals noch erfolgversprechenden Angriff auf das Kommunistische → China (Teil I) ein. Daraufhin berief ihn → Truman auf Betreiben der Unterstaatssekretärin im Verteidigungsministerium Anna M. Rosenberg ab.

1880 in Little Rock/Arkansas als Sohn eines Generalleutnants der US-Army geboren, begann M. seine Ausbildung auf der US-Militär-Akademie und setzte sie auf der Ingenieur-Schule fort, an der er 1908 die Abschlußprüfung ablegte. Inzwischen war er 1903/04 erstmalig auf die Philippinen kommandiert, 1905/06 nach Japan, lernte also die Verhältnisse im Pazifik bereits zu Beginn seiner Laufbahn kennen.

Als Chef des Stabes, später Kommandeur der 42. Division nahm M. 1917/18 im 1. Weltkrieg an den Kämpfen bei Luneville, in der Champagne sowie an der Marneschlacht teil und gehörte 1918/19 der Besatzungsarmee in Deutschland an.

Seit 1922 war M. dann wieder auf den Philippinen, zuletzt 1935 als Militärberater der philippinischen Commonwealthregierung.

1937 nahm er seinen Abschied, wurde aber schon vier Jahre darauf reaktiviert und Ende Juli 1941 im Generalsrang zum Kommandeur der US-Streitkräfte im Fernen Osten ernannt. Als solcher verteidigte M. 1941/42 die Philippinen gegen die Invasion der Japaner.

Vor dem Fall von Bataan nach Australien befohlen, erhielt er danach, im März 1942 das Oberkommando der Alliierten im Pazifik, nahm in dieser Eigenschaft Anfang 1945 ein japanisches Friedensangebot entgegen und leitete es befürwortend an → *Roosevelt* weiter.

Nach der endgültigen Kapitulation Japans Mitte August 1945 erhielt M. den Befehl über die Besatzungstruppen und löste die Aufgabe,

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

das übervölkerte und erschöpfte Land bei der Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen zu unterstützen, mit soldatischer Tatkraft und zugleich staatsmännischem Weitblick. Diese Leistung darf als Krönung seiner Laufbahn angesehen werden.
1950 erhielt M. das Oberkommando über die → *UNO*-Truppen (Teil I) in Korea, wo zahlreiche rotchinesische „Freiwillige" auf Seiten der kommunistischen Nordkoreaner in die Kämpfe eingriffen. Als sich M. entschlossen zeigte, China anzugreifen, erschien Anna Rosenberg mit Windjacke und umgehängter Maschinenpistole in Korea. Kurz darauf berief → *Truman* M. ab.
Nach seiner Rückkehr in die USA wurde M. 1952 Präsident der Remington-Gesellschaft, die sich seine hervorragenden Führungseigenschaften und -erfahrungen zunutze machte.
Bei seinem Tode am 5. April 1964 hinterließ M. Aufzeichnungen von hohem geschichtswissenschaftlichem Wert, auch hinsichtlich der innerpolitischen Verhältnisse in den USA der Roosevelt—Truman—Ära.
M.s Sohn, Douglas McArthur (II) war 1965 parlamentarischer Staatssekretär im State Department, zuvor amerikanischer Botschafter in Japan (1957—61) und Belgien (1961—65).

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. MACMILLAN

Harold M., 1957 bis 1963 britischer Premierminister und Führer der Konservativen Partei, zuvor u. a. 1954/55 Verteidigungsminister, 1955 Außenminister und 1955/57 Schatzkanzler, gehört seit 1924 dem britischen Unterhaus, seit 1945 der Regierung an, bemühte sich sowohl um eine Entspannung Ost-West als auch um den Beitritt Großbritanniens zur→EWG (Teil I) und gewährte → ZYPERN (Teil I) die Unabhängigkeit.

Am 10. Februar 1894 als Sohn einer Londoner Verlegerfamilie geboren, wurde M. traditionsgemäß in Eton erzogen und studierte in Oxford. Von 1914 bis 1918 nahm er als Hauptmann bei den Gardegrenadieren am Weltkrieg teil, war dann 1919/20 Adjutant des britischen Generalgouverneurs von Kanada und trat anschließend als Teilhaber in das Verlagsunternehmen seiner Familie ein.
1924 wurde M. als Konservativer für den Wahlkreis Stockton-on-Tees ins Parlament gewählt. Während des Zweiten Weltkrieges wurde er 1940 parlamentarischer Sekretär im Versorgungsministerium, im Februar 1942 parlamentarischer Unterstaatssekretär im Kolonialministerium und noch im gleichen Jahr bis zum Kriegsende im Mai 1945 Resident der britischen Regierung im Ministerrang beim Alliierten Hauptquartier in Nordwestafrika.
In dieser Position gehörte zu M.s Obliegenheiten auch die diplomatische Vertretung Großbritanniens beim französischen Nationalkomitee 1943/44 und der Vorsitz im alliierten Beraterstab für Italien 1944/45. Vom Mai bis zum Juli 1945 war M. dann noch Luftfahrtminister im Kriegskabinett → *CHURCHILL*.
Als Churchill 1951, nach Rückkehr der Konservativen an die Regierung, erneut ein Kabinett bildete, berief er M. zum Wohnungsbau- und 1954 zum Verteidigungsminister. → *EDEN*, der am 7. April 1955 Churchill als Premier ablöste, machte M. zunächst zu seinem Außenminister. Doch übernahm M. noch im gleichen Jahr das Amt des Schatzkanzlers und war daher zur Zeit des Edenschen → *SUEZ*-Abenteuers (Teil I) nicht mehr für die Außenpolitik verantwortlich. M. konnte daher, vom Scheitern dieses Unternehmens unbelastet, nach Edens Rücktritt Führer der Konservativen Partei und Chef des dritten Konservatien Nachkriegskabinetts werden, das er der Königin am 10. Januar 1957 vorstellte. Am 19. Februar 1959 unterzeich-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

nete er in London ein Abkommen mit Griechenland und der Türkei, in dem → *ZYPERN* (Teil I) die Unabhängigkeit zugesprochen und gleichzeitig sein Bestand als ungeteilte Republik garantiert wird.
Im März 1959 reiste M. nach Moskau und bemühte sich um eine Entspannung des Verhältnisses zwischen UdSSR und USA. Doch nahmen die Russen die britischen Vermittlungsversuche – dem verringerten politischen Gewicht Großbritanniens nach Auflösung des Empire entsprechend – offenbar nicht mehr sehr ernst.
Nachdem M. 1961 nochmals in seinem Amt bestätigt worden war, betrieb er planmäßig eine Annäherung an das kontinentale Westeuropa. Das offizielle Gesuch Großbritanniens um Aufnahme in die → *EWG* (Teil I) im Januar 1963, das am Widerstand → *DE GAULLEs* scheiterte, war wesentlich auf M.s Initiative zurückzuführen.
Doch war nicht die Ablehnung dieses Gesuches durch Frankreich der Anlaß zu M.s Ablösung als Premier durch Douglas-Home am 21. Oktober 1963, sondern ein Sittenskandal, in den ein Minister seines Kabinetts (Profumo) verwickelt war. Der Fall hatte das Kabinett unmöglich gemacht.
Seitdem ist M. wieder in seinem Verlagsunternehmen tätig, als Vorsitzender der M.-Holdings, zugleich bereits seit 1960 Kanzler der Universität Oxford.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. MAHENDRA BIR BIKRAM

Seit dem Tode seines Vaters Tribhubana am 14. März 1955 König von → NEPAL (Teil I), regierte M. von 1957 bis 1963 absolut, ohne Parlament und Kabinett. Erst Ende 1962 erließ er eine neue Verfassung, die einer bedingt konstitutionellen Monarchie entspricht. Außenpolitisch laviert M. zwischen Indien, China und der UdSSR.

1920 in Katmandu als Thronfolger der Gurkha-Dynastie geboren und von Hauslehrern erzogen, erlebte M., bereits im Mannesalter, den Machtkampf zwischen seinem Vater und dem letzten Ministerpräsidenten der Rana-„Hausmeier"-Dynastie mit, der die königliche Familie zwang, 1950 für einige Monate das Land zu verlassen.

Nach der Rückkehr am 15. Februar 1951 — der Ministerpräsident war inzwischen auf Intervention Indiens hin zurückgetreten — proklamierte Tribhubana die konstitutionelle Monarchie und berief drei Jahre später eine Verfassunggebende Versammlung ein. M. als Thronfolger faßte diesen Schritt seines Vaters als taktische Maßnahme auf, zunächst die erschütterte Position des Königshauses wieder zu festigen.

1955 entstanden neue Unruhen. Tribhubana, seit 44 Jahren an der Regierung, starb. M. folgte ihm auf den Thron, schloß ein halbes Jahr darauf ein Abkommen mit der Volksrepublik → *CHINA* (Teil I) und verzichtete auf die altüberlieferten Tributzahlungen aus dem inzwischen chinesisch gewordenen Tibet.

Ende Juli 1957 bildete K. J. Singh eine Regierung. Er hatte 1952 gegen Tribhubana rebelliert und war geschlagen worden. Im November 1957 entließ M. ihn und sein Kabinett, übernahm die Regierung selbst und löste auch die Verfassunggebende Versammlung auf. Im Februar 1959 erließ er eine neue, parlamentarische Verfassung und ließ im April Parlamentswahlen durchführen, bei denen die sozialistische, indienfreundliche Kongreßpartei gewann.

Ihr Führer, M. P. Koirala, bildete die Regierung, erreichte im November, daß Indien Nepals Grenzen garantierte, und fuhr im März 1960 zu einem Staatsbesuch nach Peking, während M. selber nach Washington flog und im Oktober London besuchte. Doch schien ihm sein konstitutioneller Versuch abermals verfrüht. Von Koirala enttäuscht, ließ er ihn und sein Kabinett am 15. Dezember 1960 verhaften, löste das Parlament auf und übernahm, auf die Armee gestützt, die

Regierung wiederum selbst. Im Januar 1961 verbot er auch die Parteien.

Im Dezember 1962 erließ M. dann die seitdem gültige Verfassung, die einen aus regionalen und berufsständischen Vertretern zusammengesetzten Nationalen Rat (Panchayat), dessen Mitglieder zu 15 % vom König ernannt, im übrigen gewählt werden, und einen Staatsrat aus ausschließlich ernannten Mitgliedern einführte, die Stellung des Königs aber ungeschmälert ließ.

Im April 1963 ernannte M. wieder einen Ministerpräsidenten (Tulsi Giri), dem inzwischen S. B. Thapa folgte, ohne daß es zu neuen Störungen kam. Außenpolitisch verfolgt M. einen Kurs der Blockfreiheit und strengen Neutralität zwischen Indien, China, USA und UdSSR, die alle an der wirtschaftlich-technischen Entwicklungshilfe für Nepal beteiligt sind.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Mohammed Ahmed M., 1965/66 und seit dem 18. Mai 1967 Ministerpräsident des → SUDAN (Teil I), war zuvor, von 1956 bis 1958 und von 1964 bis 1965 Außenminister seines Landes. Er setzte sich erfolglos für die Beendigung der Kämpfe im → JEMEN (Teil I) ein und fand für seine Pläne im August 1967 die Zustimmung → NASSERs. Anfang Februar 1968 löste M. das Parlament auf und damit eine Verfassungskrise aus.

Jahrgang 1908, absolvierte M. eine vielseitige Berufsausbildung, außer dem juristischen auch ein Ingenieurstudium, und betätigte sich in Khartum als Anwalt, als Zivilingenieur sowie als Schriftsteller.
1947 schloß sich M. der damals prowestlich eingestellten Volkspartei (UMMA) des Imam der Mahdisten an und begleitete eine Delegation dieser Partei zur → *UNO*-Vollversammlung (Teil I). 1952 gehörte M. der Kommission an, die den Verfassungsentwurf beriet.
Bei den allgemeinen Wahlen 1954 kandidierte M. als Parteiloser, also nicht für die UMMA, und übernahm im neuen Parlament die Führung der Opposition. Nachdem dann der Sudan mit Beginn des Jahres 1956 die Unabhängigkeit erhalten hatte, übernahm M. das Außenministerium und machte sein Land zum Mitglied der → *ARABISCHEN LIGA* (Teil I) sowie der UNO.
Als am 18. November 1958 die Regierung Khalil durch das Oberkommando der Streitkräfte abgesetzt wurde, zog sich M. zunächst aus der Politik zurück und widmete sich sechs Jahre lang vorwiegend seiner Anwaltspraxis. Am 15. November 1964 wurde der Chef der Militärregierung, Ministerpräsident General Abboud gestürzt und M. kehrte, zunächst wieder als Außenminister, in die Regierung zurück.
Nach den Aprilwahlen 1965 beauftragte der Souveränitätsrat M. mit der Regierungsbildung. Er brachte eine Koalition der UMMA mit der Nationalen Unionspartei (NUP) zustande und nahm als Premier Verbindung zur Sowjetunion auf. Im Rahmen einer panarabischen Politik betrieb er auch die verschärfte Arabisierung des vorwiegend von Negern bevölkerten südlichen Sudan.
1966 überließ M. die Regierungsführung Saddik el Mahdi, dem Urenkel des von Lord Kitchener 1898 zur Strecke gebrachten Mahdi.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Aber Saddik überwarf sich 1967 mit seinem Onkel, dem Imam der Mahdisten al Hadi und spaltete damit die UMMA-Partei. Daraufhin übernahm von neuem M. das Amt des Ministerpräsidenten, nunmehr auch von Imam al Hadi gestützt.
Während der Beratungen im Parlament über eine neue Verfassung Anfang 1968 drohte ein Drittel der Abgeordneten, seine Sitze zur Verfügung zu stellen. Damit hätte die erforderliche Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen nicht zustandekommen können. Am 7. Februar 1968 löste M. daher vorsorglich das Parlament auf, führte damit aber eine gefährliche Staatskrise im Sudan herbei.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Michael Kykkotis, als Erzbischof M. III. seit Ende 1959 Staatspräsident von Zypern, vorher von 1950 bis 1956 die Seele des Widerstandes gegen die britische Oberhoheit, spielt in der Frage eines Anschlusses Zyperns an Griechenland eine zweideutige Rolle. Der Türkei gegenüber vertritt er den griechischen Standpunkt, möchte aber andrerseits auch die Selbständigkeit Zyperns nicht wieder aufgeben, und treibt sein diplomatisches Spiel bis nach Moskau.

1913 als Bauernsohn auf Zypern geboren, begann M. sein Studium der griechisch-orthodoxen Theologie in Nikosia, wurde 1938 Diakon und ging zur Fortsetzung seiner Studien nach Athen. Bereits während des 2. Weltkriegs war er in der griechischen Untergrundbewegung auf Zypern gegen die Engländer tätig.
Von 1943 bis 1946 gehörte M. zum Lehrkörper der Abtei Kykkos, erhielt die Priesterweihe und ging für zwei Jahre in die USA, um an der Universität Boston das Theologiestudium abzuschließen. Bei seiner Rückkehr 1948 wurde er Metropolit (Bischof) von Kition, zwei Jahre später Erzbischof von Zypern.
Als solcher nahm sich M. tatkräftig und unternehmend der Enosis-Bewegung (Anschluß an Griechenland) an, warb für diesen Plan auch im Ausland und führte 1955 entsprechende Verhandlungen mit dem britischen Gouverneur Sir John Harding.
1956 deportierten die Engländer M. auf die Seychellen-Inseln, ließen ihn 1957 frei, untersagten ihm aber zunächst die Rückkehr nach Zypern. M. hielt sich in Athen auf und betrieb von dort aus weiter die zyprische Unabhängigkeit von Großbritannien.
Erst im März 1959, nachdem das Londoner Zypernabkommen zwischen Großbritannien, Griechenland und der Türkei veröffentlicht worden war, traf M. wieder auf Zypern ein und wurde am 13. Dezember 1959 zum Staatspräsidenten gewählt, obgleich erst am 7. April 1960 der Verfassungsentwurf für die künftige Republik (Präsidialdemokratie) unterzeichnet wurde.
Seit der Unabhängigkeit Zyperns (16. August 1960) scheint es M. mit dem Anschluß an Griechenland nicht mehr so eilig zu haben. Er tat auch nichts, um den 1963 ausbrechenden Bürgerkrieg zwischen Griechen und Türken auf der Insel zu schlichten, so daß 1964 eine

→ *UNO*–Friedensstreitmacht (Teil I) nach Zypern entsandt werden mußte.

1966 überwarf sich M. zudem mit General Grivas, dem Oberbefehlshaber der (griechischen) Streitkräfte auf Zypern. Infolgedessen verschlechterten sich auch seine Beziehungen zu Athen. Von Enosis war nicht mehr die Rede. Dafür verlängerte M. seine eigene Amtsperiode zunächst um ein Jahr. Anfang Juli 1967 suchte die griechische Regierung seinen Einfluß dadurch zu mindern, daß sie die Gründung einer „panzypriotischen vereinigten Front" propagierte.

Literatur:

Karl Kerber, Makarios Kirchenfürst oder?, (Aktuelle Taschenbücher Bd. 3) 1964

Ch. Heinze, „Zypern – eine Aufgabe für Athen und Ankara" in Außenpolitik 10/66 S. 624 ff

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Corneliu M., seit dem 21. März 1961 rumänischer Außenminister im Kabinett → MAURER, ist ein bedeutender Exponent der rumänischen Selbständigkeitsbestrebungen gegenüber der UdSSR und dem → WARSCHAUER PAKT (Teil I). Ende 1967 betonte er als gewählter Präsident der → UNO-Vollversammlung (Teil I) am Tag der Menschenrechte, „den Völkern dürfe kein fremder Wille aufgezwungen werden".

Jahrgang 1916, studierte M. in Bukarest die Rechtswissenschaften und schloß sich der Demokratischen Studentenfront an. Nach dem Sturz Marschall Antonescus (vgl. → *RUMÄNIEN*, Teil I) und dem Einmarsch der Sowjettruppen 1944 wurde er Mitglied der Rumänischen Arbeiterpartei.

Seit den Neuwahlen im März 1948 im Armeeministerium mit Rüstungsplanung beschäftigt, wurde M. 1955 Vicepräsident der staatlichen Planungskommission. Sein Aufstieg in diesen sieben Jahren war auch für revolutionäre Verhältnisse ungewöhnlich. Die Arbeit der Planungskommission war erfolgreich und trug dazu bei, Rumänien zum modernsten Industriestaat Osteuropas zu machen.

1960 übernahm M. die Leitung der Politischen Abteilung im Außenministerium, d. h. er nahm von nun an Einfluß auf die Richtung der rumänischen Außenpolitik, und zwar im Sinne der aus der Wirtschaftsplanung resultierenden Notwendigkeiten. Im gleichen Jahre noch ging er als Botschafter nach Ungarn, um dann 1961 — im Rahmen des von John Gheorghe → *MAURER* neugebildeten Kabinetts — selber Außenminister zu werden.

Systematisch verstärkte M. die Kontakte zu Westeuropa, tauschte bereits 1963 Handelsmissionen mit Westdeutschland aus, besuchte 1964/65 Frankreich, schloß dort ein Wirtschafts- und Kulturabkommen ab und brachte im Oktober 1965 vor der → *UNO* (Teil I) den Vorschlag ein, mit Bulgarien, Jugoslawien und Griechenland einen Balkanpakt zu schließen. Es war das erste Mal, daß innerhalb der UNO regionale Zusammenschlüsse über die Grenzen der ideologischen Blocks hinweg erörtert wurden.

Gleichzeitig pflegte M. trotz des chinesisch-russischen Konfliktes gute Beziehungen zu → *CHINA* (Teil I), empfing sogar im März 1965 den Besuch → *TSCHU EN-LAIs* und stellte normale diplo-

matische Beziehungen zu → *ALBANIEN* (Teil I) wieder her, das seit 1960 in scharfem Gegensatz zur UdSSR stand. Im September 1966 reiste M. nach Rom und Anfang Februar 1967 erreichte diese Entwicklung seiner Außenpolitik einen Höhepunkt mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik.
Damit demonstrierte M. die außenpolitische Entscheidungsfreiheit Rumäniens, die er dann bei seiner diplomatischen Japanreise Anfang Juni und vor allem am 11. Dezember 1967 im Plenarsaal der → *UNO* (Teil I) in New York für alle Völker zum Postulat erhob. In seiner Ansprache dort im Rahmen einer Feierstunde zum 19. Jahrestag der Menschenrechtsdeklaration beanspruchte M. kraft seines Amtes als Präsident der Vollversammlung die Menschenrechte grundsätzlich auch für die Völkerpersönlichkeiten.
Sein Auftreten bei dieser Gelegenheit war gleichzeitig ein persönlicher Triumph M.s nach einer beispiellos zielstrebigen Laufbahn und ein Affront an die Adresse der UdSSR, wie er schärfer nicht gedacht werden konnte, jedoch so geschickt arrangiert, daß die Russen sich nicht einmal merken lassen durften, wie sehr sie sich herausgefordert fühlten.

Literatur:

vgl. → *RUMÄNIEN* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. MAO TSE-TUNG

Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, des Politbüros und des ständigen Ausschusses des Politbüros, gleichzeitig Begründer und Praktiker eines Kommunismus „auf dem Dorfe", einer Revolutionsidee, die von der Landbevölkerung ausgeht, nicht, wie in Rußland, von der Industriearbeiterschaft. Mao Tse-tung hat einerseits den Bruch mit allen Traditionen des alten China bis zur letzten Konsequenz vollzogen, sich andererseits aber auch vom Kommunismus sowjetrussischer Prägung gelöst.

Am 26. Dezember 1893 in Schauschan, Provinz Hunan, als Bauernsohn geboren, schaltete sich M. nach Studienjahren als Hilfsbibliothekar in Peking aktiv in die Führung marxistisch beeinflußter Studenten- und Arbeitergruppen ein und war Mitbegründer der kommunistischen Partei Chinas. Mit Erfolg agitierte er im Landproletariat Kiangsis, wo er 1931 einen ersten „Sowjetstaat" auf chinesischem Boden gründete. Bei seinen 1934 forcierten Bemühungen, den chinesischen Aspekt der Weltrevolution zu verwirklichen, kam ihm der Kampf des chinesischen Volkes gegen die japanischen Expansionsbestrebungen sehr zugute: Geschickt verbündete er sich mit den konservativ-bürgerlichen Reformern um Sun-Yat-Sen und nahm zusammen mit ihnen unter Wahrung seiner eigenen kommunistischen Ziele entscheidend am Kriege gegen die Japaner teil.

Durch erfolgreichen Appell an die von der veralteten Feudalstruktur Chinas betroffenen ärmsten Schichten der Landarbeiter gewann M. mehr und mehr Einfluß. Er schuf den Bauernkommunismus (im Gegensatz zum Industriekommunismus Lenins). Mit dem Fortgang des für Japan ungünstig verlaufenden Krieges schob sich seine Armee immer mehr in den Vordergrund und konnte sich bald erlauben, es auch mit dem inneren Gegner aufzunehmen. Der Sieg über die national-konservativen Truppen des Marschalls Tschiang-Kai-Schek war erst möglich, als die Alliierten M. als Gegner des gemeinsamen japanischen Feindes mit modernen Waffen ausstatteten und ihm nach der Kapitulation der Japaner deren gesamtes in China befindliches Gerät überlassen wurde.

Auch M.'s klare revolutionäre Konzeption fiel ins Gewicht: Nach seiner Lehre hatte die revolutionäre Minderheit nur dann Chancen, wenn sie die Formen des Guerillakrieges auf die Gesetze des „Großen

Krieges" umzuformen in der Lage war. M. verglich seine Partisanen mit den Warmwasserfischen, die das „kalte Wasser", in dem zu leben sie vorerst noch gezwungen waren, stetig durch geeignete Maßnahmen erwärmten, bis die ihnen genehme Temperatur erreicht und die Durchführung ihres eigentlichen Planes möglich war.
M. setzte seine „Warmwassertheorie" meisterlich in die Tat um. Erst als er die Situation voll meistern konnte, trennte er sich von seinen bislang mit ihm verbündeten Gegnern. 1949 besiegte er die Truppen Tschiang-Kai-Scheks endgültig und errichtete die kommunistische „Volksrepublik China", deren erster Präsident er 1954 wurde.
Der „große Sprung nach vorn", der Versuch, die Güterverteilung nach Bedürfnissen, nicht nach Leistung zu regeln, die Familie aufzulösen und die „Kommunen" an ihre Stelle zu setzen, scheiterte am Widerstand der Partei selbst. M. mußte als Staatspräsident 1958 zurücktreten.
M.'s Bedeutung als kommunistischer Theoretiker kann dennoch kaum überschätzt werden. 1945 wurde er in der Verfassung der chinesischen KP als dritter geistiger Lehrmeister neben Marx und Lenin anerkannt. Die Gefährlichkeit seiner Revolutionstheorie liegt auf der Hand: in aller Welt erheben sich seine Schüler. Das Programm der Weltrevolution wird in China selbst von einem Staat übernommen, der noch lange vom Mythos des möglichen, ja notwendigen Erfolges durch unverbrauchte Volkskraft zehren kann.
Im Alter scheint M. aber die Sorge um die unverfälschte Überlieferung seiner Konzeption vom Kommunismus an kommende Generationen befallen zu haben. Er fürchtete offensichtlich eine Verfälschung durch die Intellektuellen und eine Aufweichung unter sowjetrussischem Einfluß. Das mag zur Proklamierung der sogenannten „Kulturrevolution" 1966, zu den heftigen Reaktionen gegenüber der UdSSR und zum Mao-Kult der „Roten Garde" beigetragen haben, die alles bisher Erreichte wieder in Frage stellen können.

Literatur:

Edgar Snow, Gast am anderen Ufer. Rotchina heute, München (Kindler) 1964
Gerd Stamp, Mao, roter Khan der gelben Partisanen, Boppard 1964
Carl Gustav Ströhm, Zwischen Mao und Chruschtschow, Stuttgart 1964
R. Payne, Mao Tse-tung, Hamburg 1965
Klaus Mehnert (Hrg.), Maos zweite Revolution, Stuttgart (DVA) 1966

MARCOS

Ferdinand E. M., seit dem 30. Dezember 1965 Staatspräsident und Regierungschef der Philippinen, kämpfte im 2. Weltkrieg als Partisan gegen die japanische Besatzung und unterstützt gegenwärtig die Ostasienpolitik der USA.

1917 in Sarrat auf der Insel Luzón geboren, studierte M. Rechtswissenschaften, bestand die abschließenden Examina mit Auszeichnung und war unter der dominionähnlichen Verwaltung der USA als Rechtsanwalt tätig.

Als 1942 Japan die Philippinen eroberte und am 17. September 1943 für unabhängig erklärte, die USA daraufhin die volle Unabhängigkeit für den 4. Juli 1946 versprachen, ging M. in den Untergrund und zeichnete sich als Partisanenkämpfer gegen die Japaner durch besondere Tapferkeit aus.

Nachdem dann die USA die Inseln unter → *MAC ARTHUR* zurückerobert und ihr Unabhängigkeitsversprechen zum vorgesehenen Termin erfüllt hatten, schloß sich M. der 1946 gegründeten Liberalen Partei an und wurde 1949 in die Kammer gewählt, später in den Senat (Oberhaus, 24 Mitglieder). Über sein Verhältnis zu der — ebenfalls aus den Partisanen hervorgegangenen — Rebellenarmee der kommunistisch beeinflußten Huks in den Jahren von 1945 bis 1949 ist nichts bekannt.

Auf die Dauer erfüllte die neugegründete Liberale Partei nicht die Erwartungen, die M. in sie gesetzt hatte. Vor allem versperrte ihm hier Diosdado Macapagal den Weg nach oben, der am 30. Dezember 1961 Präsident geworden war. Nach anderthalb Jahrzehnten gab er den Versuch auf, mit Hilfe dieser Partei ans Ziel zu gelangen, trat 1964 aus und schloß sich der bereits seit 1907 bestehenden Nationalistischen Partei an. Es spricht für das Gewicht seiner Persönlichkeit oder auch für das seiner finanziellen Möglichkeiten, daß ihm kurz nach dem Übertritt schon die Leitung dieser traditionsreichen Partei übertragen wurde.

Bei der Präsidentenwahl vom 9. November 1965 siegte M. jedenfalls über seinen liberalen Vorgänger Macapagal und trat am 30. Dezember 1965 das Amt des Präsidenten und Regierungschefs an. Auch das Verteidigungsministerium übernahm er — als Präsident ohnehin Oberster Befehlshaber der Streitkräfte — selber.

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

In seinem Regierungsprogramm vom Januar 1966 kündigte M. wie üblich umfassende wirtschaftliche Reformen und Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage an, vor allem eine scharfe Bekämpfung des Schmuggels an den ausgedehnten Küsten der zahlreichen Inseln, der dem Staat jährlich Milliardenverluste zufügte.
Außenpolitisch bekennt er sich zu einer strikt antikommunistischen Haltung und zur → *SEATO* (Teil I), betrieb im Februar 1966 die Wiederannäherung an → *MALAYSIA* (Teil I) und ließ — mit Zustimmung des Parlaments — im April 1966 ein Bataillon Sappeure nach → *VIETNAM* (Süd, Teil I) senden, nicht mehr als eine Geste, dies aber immerhin.

Anmerkungen ....

MARCUSE, HERBERT

Der marxistische Philosoph, Soziologe und Politologe Herbert M. wurde als Theoretiker der sozialistischen → REVOLUTION (Teil I), gleichzeitig der Freud'schen Sexualanalyse, zum Lehrmeister der akademischen Jugend im Sinne einer totalen → REEDUCATION (Teil I). Der → SDS (Teil I) und die jugendlichen Vertreter einer außerparlamentarischen Opposition linker Prägung sind typische Resultate der Lehre M.s.

Am 19. Juli 1898 in Berlin als Sohn von Carl M. und Paula, geb. Gumbert geboren, mosaischen Glaubens, besuchte M. mit seinem vier Jahre älteren Bruder Ludwig das Gymnasium in Friedrichswerder, studierte in Berlin und Freiburg Philosophie sowie Politische Wissenschaften und promovierte 1922 zum Dr. phil.

Nach seiner Promotion ging M. nach Frankfurt und war bis zu seiner Emigration 1933 mit Theodor W. Adorno und Max Horkheimer zusammen am Institut für Sozialforschung tätig. Spätestens dort wurde M. zum überzeugten Marxisten und Verfechter des Historischen Materialismus in Gestalt der sogenannten „Wissens-Soziologie" (vgl. → *SOZIOLOGIE*, Teil I).

1933 setzte er seine Tätigkeit in New York fort, veröffentlichte 1941 „Reason and Revolution, Hegel and the Rise of Social Theorie", das auch ins Japanische und Hebräische übersetzt wurde. Nach Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg stellte sich M. dem Office of Strategic Service (OSS) zur Verfügung, der zunächst politische und militärische Nachrichten über die → *ACHSENMÄCHTE* (Teil I) sammelte.

Als 1943 der Aufgabenbereich des OSS auf die UdSSR ausgedehnt wurde, avancierte M. zum Experten für die russischen Verhältnisse, die ohnehin nicht seinen und seiner Freunde Vorstellung von einer revolutionären Entwicklung entsprachen. Nach Auflösung des OSS bei Kriegsende 1945 ging M. als Mitglied des Office of Intelligence Research nach Frankfurt und war dort als Chief of the Central European Branch of the Office of Intelligence Research unmittelbar dem State Department der USA unterstellt.

1951 kehrte M. in die USA zurück, war 1952 an der Columbia-Universität lehrtätig, und zwar am Rußland-Department bzw. -Institut, das unter Leitung von Zbigniew Brzesinski und Iwan Svitak stand,

ging 1953 an ein Spezialdepartment der Harward-Universität mit ähnlicher Themenstellung und wurde 1954 an die zionistische Brandeis-Universität berufen.
Als anerkannte Autorität für sowjetischen Marxismus hielt M. 1958 und 1960/61 Gastvorlesungen in Paris, die zum Treffpunkt der jungen Linksintellektuellen wurden. Um die Zeit der Pariser Maiunruhen 1968 flog er mehrfach nach Frankreich, sprach am 13. Mai auch im Auditorium Maximum der Berliner Freien Universität.
Seine Hoffnung, führte er dabei aus, sei die Dritte Welt, in der es noch Proletariat im Sinne von Marx gäbe, ferner die Hauptstädte, in deren „Gettos die Arbeiterklasse repolitisiert" werde, schließlich die klassischen Länder des Sozialismus sowie China und Kuba. Auf Rußland schien er keine Hoffnung mehr zu setzen, es sei denn, er rechnete es unter die „klassischen Länder des Sozialismus".
M.s These, es herrsche ein System der Ausbeutung, stützt sich auf die → *MARX*'sche Interpretation von Ausbeutung im Sinne der Mehrwert-Theorie. Auch M.s Glaube, die Menschen könnten, vom System der Ausbeutung befreit, jede denkbare geistige und moralische Entwicklungsstufe erreichen (Milieu-Theorie) fußt noch auf Marx. Neu dagegen ist M.s Synthese von Marx, Freud und Packard.
Danach wird der Mensch im spätkapitalistischen System an der freien Entfaltung seiner Sexualität, nach Freud des entscheidenden Triebes überhaupt, gehindert. Dafür werden ihm andere, von Natur aus nicht vorhandene Bedürfnisse aufoktroyiert, um ihn zum Konsum, zum Kauf zu veranlassen und den Besitzern des Kapitals zu weiterem Gewinn zu verhelfen.
Kennzeichnend für das spätkapitalistische System ist nach M. auch, daß sich die Unterdrückten aufgrund ihrer → *MANIPULATION* (Teil I) durch das System ihrer Unterdrückung (Repression) nicht bewußt werden können, sondern ihr Dasein durchaus passabel finden. Daß ihnen sogar gewisse individuelle Freiheiten (Grundrechte) gelassen werden, ist nach M. ein besonders raffinierter Trick, für den er den Ausdruck „repressive Toleranz" gefunden hat.
Um dieses ganze spätkapitalistische System zu beseitigen und den Idealzustand einer nur noch den echten Bedarf produzierenden Gesellschaft ohne hierarchische Ordnung herbeizuführen, ist – nach M. – die Gewalt von links, der rote Terror gut und notwendig, denn er dient dem → *FORTSCHRITT* (Teil I), der „weiße", konservative Terror dagegen böse, denn er behindert den Fortschritt.

George Catlett M., als Stabschef der US-Armee (1939 bis 1945) mitschuldig an der bewußten Opferung amerikanischer Soldaten in → PEARL HARBOR (Teil I) und dem dadurch herbeigeführten Kriegseintritt der USA, hinderte als Sonderbotschafter in China (1945 bis 1947) → TSCHIANG KAI SCHEK an einer zügigen Bekämpfung des Kommunismus, entwarf aber als Außenminister unter Präsident → TRUMAN den nach ihm benannten → M.-PLAN im Rahmen der → CONTAINMENT-Politik (Teil I). Dafür erhielt er 1953 den Friedens-Nobelpreis.

Am 31. Dezember 1880 in Uniontow/Pensylvania geboren, kam M. als Sechzehnjähriger an das Militärinstitut Virginia, schloß 1907 die Ausbildung an der Infanterie- und Kavallerieschule der USA mit Auszeichnung, ein Jahr darauf auch das Studium am Armee-Stabs-College ab, an dem er zwei weitere Jahre als Instrukteur tätig war.
Von 1913 bis 1916 tat M. Dienst auf den Philippinen, wurde 1917 bei Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg zum amerikanischen Expeditionskorps versetzt, zunächst zum Generalstab der 1. US-Division, dann als Chef der Operationen zur 1. Armee, schließlich als Stabschef zum 8. Armeekorps und kämpfte u. a. bei Cantigny, in der Aisne-Marne-Schlacht bei St. Mihiel und im Moise-Argonnen-Abschnitt.
1919 wurde M. Adjutant des Generals Pershing, 1924 bis 1927 erstmals nach China kommandiert und nach weiteren Kommandierungen 1936 Kommandierender General der 5. Armee-Brigade. 1938 wurde er stellvertretender Stabschef und im September 1939 Stabschef der US-Armee im Generalsrang. In dieser Position unterließ M. es in den Tagen vor dem 7. Dezember 1941 im Einverständnis mit Präsident → *ROOSEVELT* (vgl. dort!), die ihm dienstlich bekanntgewordene Meldung vom bevorstehenden japanischen Angriff auf → *PEARL HARBOR* (Teil I) rechtzeitig an den dort stationierten US-Flottenverband weitergeben zu lassen. (M. war während der kritischen Stunden vor dem Angriff ausgeritten und nicht zu erreichen.)
Im November 1945 ernannte Präsident → *TRUMAN* M. zu seinem Sonderbeauftragten für China und sandte ihn im Botschafterrang in das Hauptquartier → *TSCHIANG KAI SCHEKs*, wo er – laut China-Weißbuch der US-Bundesregierung, Seite 211 – Tschiang

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

bedrängte, Kommunisten in die Regierung aufzunehmen, und den „vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch" für den Fall ankündigte, daß der Kampf gegen die Kommunisten fortgesetzt würde. Schließlich empfahl er die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferung an Tschiang die auch erfolgte. Das Ergebnis ist bekannt

Im Januar 1947 ernannte Truman M. zum Außenminister. Inzwischen begann ruchbar zu werden, daß die Interessen der USA durch die fortgesetzte Hilfestellung für den Kommunismus schwer geschädigt wurden. Der Rooseveltkurs wurde im Senat und einem Teil der Presse zunehmender Kritik unterzogen. Truman und M. unternahmen eine Wendung um 180 Grad, gewährten im Mai 1947 → *GRIECHENLAND* (Teil I) Militärhilfe *gegen* den Kommunismus (vgl. → *CONTAINMENT*, Teil I), ebenso der Türkei.

M.s Außenpolitik entsprach nunmehr der sogenannten „Truman-Doktrin", nämlich der Binsenwahrheit, daß die „freien", d. h. noch nicht kommunistisch regierten Länder wirtschaftlich gestärkt werden müßten, um nicht durch Verelendung einer kommunistischen Subversion zum Opfer zu fallen. In Anwendung dieser späten Erkenntnis ließ er im Rahmen des → *MARSHALL-PLANS* (Teil I) auch Westdeutschland amerikanische Wirtschaftshilfe zukommen, die zwar die prokommunistische Agitation durch Presselizenzträger, Gewerkschaftsfunktionäre und Frankfurter Soziolagen –sämtlich durch USA-Instanzen gefördert – nicht verhinderte, sich dafür aber als eine außerordentlich lohnende Investition amerikanischen Kapitals erwies und den Beginn des Überganges zahlreicher westdeutscher Industrieunternehmen in ausländischen Besitz bildete.

Nachdem 1948 die Untersuchungen des US-Senatsausschusses gegen unamerikanische Umtriebe den ganzen Umfang kommunistischer Infiltration in hohe und höchste Positionen der Roosevelt- und anfänglichen Truman-Administration – nicht zuletzt aufgrund der von → *NIXON* vorgenommenen Hearings – enthüllt hatten, trat M. von seinem Amt als Außenminister zurück und ließ sich bei der Armee reaktivieren.

Später wurde M. Direktor der Pan American Airways und Präsident des amerikanischen Reservekorps. 1953 erhielt er den Friedens-Nobelpreis, offenbar u. a. auch dafür, daß er in China zum Frieden mit den chinesischen Kommunisten gedrängt hat. Am 16. Oktober 1959 verstarb er in Washington.

Karl M., (1818—1883) Begründer des sogenannten „wissenschaftlichen" Sozialismus, ging vom „historischen Materialismus" aus, erklärte die geschichtliche Entwicklung ausschließlich aus den wirtschaftlichen (Produktions-)Verhältnissen und stellte eine Theorie über die innere Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus auf, die zu seiner zwangsläufigen Ablösung durch den → SOZIALISMUS (Teil I) führen müsse. M. wurde damit zum Initiator des → KOMMUNISMUS (Teil I), dessen politischer Konzeption und internationaler Organisation er sich von London aus Jahrzehnte lang annahm.

1818 in Trier als Sohn eines Rechtsanwalts geboren, der, ebenso wie M.s Mutter, aus einer Rabbinerfamilie (Mardochai) stammte und erst 1824 zum Protestantismus übertrat, studierte M. in Bonn und Berlin Jura, Geschichte sowie Philosophie und ließ sich zunächst insbesondere von der vernunftbetonten Staatsphilosophie Hegels beeinflussen.

1842 übernahm M. die Redaktion der liberalen „Rheinischen Zeitung", kam dabei mit Moses Hess und Ludwig Feuerbach in Verbindung, der zwar Hegelschüler war, sich aber (wie auch M.) von Hegel ab und einem zunehmend materialistischen Denken zuwandte.

Als 1843 die Rheinische Zeitung verboten wurde, ging M. mit seiner Frau, der Tochter eines adligen preußischen Landrates (von Westphalen), nach Paris und gab dort die „Deutsch-Französischen Jahrbücher" heraus, in denen er unter anderem seinen berühmten Aufsatz über Judentum und Christentum veröffentlichte. In Paris lernte M. auch Friedrich Engels kennen und befreundete sich mit ihm. Mit Heinrich Heine kam er dort gelegentlich ebenfalls zusammen, der seinerseits wieder mit dem Pariser Rothschild Kontakt hatte.

1845 aus Paris ausgewiesen, siedelte M. nach Brüssel über und begann hier gemeinsam mit Engels und in kritischer Auseinandersetzung mit Feuerbach die Grundlagen zu seinem einseitig milieu-theoretischen „ökonomischen System" zu formulieren. 1847 griff er dann in den ringsum bereits entbrannten politischen Kampf der Arbeiterbewegungen ein, schloß sich dem „Bund der Kommunisten" an und schrieb gemeinsam mit Engels das → *KOMMUNISTISCHE MANIFEST* (Teil III), das Konzept der Weltrevolution des Proletariats.

1848 auch aus Brüssel ausgewiesen, kehrte M. zunächst nach Deutschland zurück und redigierte in Köln die „Neue Rheinische Zeitung", ging dann 1849 nach London, wo er mehrere Jahre journalistisch tätig war, unter anderem für die „New York Tribune" über weltpolitische und weltwirtschaftliche Fragen schrieb. Dann erst begann er sein eigentliches Werk, mit dem seither Sozialisten und Kommunisten den Anspruch auf „Wissenschaftlichkeit" ihrer Lehre zu rechtfertigen suchen.
1859 erschien „Zur Kritik der politischen Ökonomie", 1867 der 1. Band von „Das Kapital". Mit den folgenden Bänden quälte M. sich bis zu seinem Tode. Sie wurden erst 1885 bis 1894 von Friedrich Engels herausgegeben. M. scheint am Ende selber nicht mehr von der Stichhaltigkeit seiner Hypothesen und Argumente überzeugt gewesen zu sein, zumal die industrielle Entwicklung zu seinen Lebzeiten nicht seiner Theorie entsprach.
Dennoch war sein Einfluß groß, insbesondere innerhalb der „1. Internationale" und innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nach Lassalles Tod (1864). Hier beeindruckte vor allem die Systematik der M.schen Lehre, die, aufbauend auf der materialistischen bzw. ökonomischen Geschichtstheorie, feststellt, daß
1. die Arbeiter mehr Arbeit leisten, als zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendig ist (Mehrwert-Theorie),
2. die technische Entwicklung der Produktionsmittel zwangsläufig zur Bildung von Großbetrieben auf Kosten der Klein- und Mittelbetriebe führt und damit auch das Kapital sich in wenigen Händen sammelt (Akkumulations-Theorie),
3. aus 1. und 2. naturnotwendig eine zunehmende Ausbeutung und Verelendung der Arbeitermassen resultiert (Ausbeutungstheorie), die
4. nur durch gewaltsamen Umsturz und Machtübernahme des Proletariats beseitigt werden könne (Klassenkampf-Theorie),
5. die sich häufenden inneren Krisen des kapitalistischen Systems schließlich zum Zusammenbruch dieses Systems führen müßten, was der obigen Entwicklung entgegenkäme (Krisentheorie).
Gegenwärtig wirkt auch in den nicht kommunistisch regierten Staaten vor allem die einseitig ökonomische und milieutheoretische Betrachtungsweise der M.schen Lehre nach, und zwar in so bestimmender Weise, daß man durchaus von einem globalen Sieg sprechen kann.

Alphonse M. D., seit dem 16. August 1963 Regierungschef, seit dem 20. Dezember 1963 Staatspräsident von → KONGO BRAZZAVILLE (Teil I) wurde auch Generalsekretär der im Juli 1964 zur Einheitspartei erklärten MNR (Mouvement National Revolutionnaire). 1966 war er Mitbegründer der → OCAM (Teil I). Im Januar 1968 übernahm er das Amt des Regierungschefs — nach zwei gescheiterten Ministerpräsidenten — wieder selbst.

1921 in einer Familie des Lari-Stammes unweit Brazzaville geboren, wurde M. D. in einem Lehrerseminar in Br. ausgebildet und war seit 1940 als Lehrer an der Volksschule in Fort Lamy im Tschad tätig. Von 1945 bis 1947 war er Generalsekretär der Vereinigung für die Entwicklung des Tschad. Nach Brazzaville zurückgekehrt, wurde er dort Leiter einer Volksschule.

Nachdem M. D. zuvor bereits Mitglied der Fortschrittspartei des Kongo geworden war, schloß er sich 1956 der Demokratischen Union zur Verteidigung der Interessen Afrikas (UDDIA) an, die von Fulbert Youlou geführt wurde. Unter der Regierung Youlous stieg M. D. dann 1959 zum Präsidenten des Parlaments auf.

1961 wurde er Minister für Planung und Rüstung, nach dem erzwungenen Rücktritt Youlous Mitte August 1963 Chef der provisorischen Regierung und Verteidigungsminister. Bei den folgenden Präsidentschaftswahlen am 20. Dezember 1963 war M. D. einziger Kandidat und trat das Amt sogleich an. Auch seine Partei, die linkssozialistische, marxistisch orientierte, zunächst unter starkem chinesischem Einfluß stehende MNR, legte bei den Dezemberwahlen 1963 zur Nationalversammlung als einzige eine Liste vor und gewann alle 55 Sitze. Sie wurde im Juli 1964 unter geringfügiger Namensänderung offiziell zur Einheitspartei des Landes erklärt.

Im September und Oktober 1964 reiste M. D. nach Peking, im August 1965 nach Moskau. Da gleichzeitig sämtliche amerikanischen Diplomaten Brazzaville verließen, kam dieser Moskaureise erhöhte Bedeutung zu. Sie hatte eine wachsende antichinesische Tendenz in Staat und Partei zur Folge, die schließlich am 16. April 1966 im Rücktritt des Ministerpräsidenten Lissouba (seit 27. Dezember 1963) gipfelte, der den prochinesischen Flügel in der MNR geführt hatte.

M. D. ernannte den prorussischen Direktor im Planungsministerium

Noumazalay zum neuen Regierungschef, bildete das Kabinett um, behielt aber nach wir vor das Verteidigungsministerium selbst in der Hand. Wenige Tage später führte er einen Beschluß der Nationalversammlung herbei, durch den die Streitkräfte des Landes in eine „Nationale Volksarmee" umgewandelt wurden (1800 Mann, dazu 1400 Mann Polizeitruppe).

Während M. D. unmittelbar darauf auf der Insel Madagaskar an der Gründungskonferenz der → *OCAM* (Teil I) teilnahm, scheiterte in Brazzaville ein gegen ihn gerichteter Militärputsch. Als er am 3. Juli 1966 zurückkehrte, ging er den sechs Kilometer langen Weg vom Flugplatz Brazzaville ins Stadtzentrum zu Fuß, um zu demonstrieren, daß Sicherheit und Ordnung voll wiederhergestellt seien.

1967 nahm er den verborgenen Kampf innerhalb der Parteiführung gegen die Oppositionsgruppe „Défense Civile", später auch gegen den Ersten Sekretär des Politbüros und Ministerpräsidenten Noumazalay auf, brachte ihn am 12. Januar 1968 zu Fall und übernahm das Amt des Ministerpräsidenten wieder selbst.

Anfang August 1968 wurde M. D. jedoch von einer Militärjunta gestürzt, tags darauf vom Führer dieser Junta, Marien Ngouabi, gebeten, das Präsidentenamt wieder zu übernehmen. M. D. bildete die Regierung um und nahm acht neue Minister in sein Kabinett auf. Er bestätigte die Führer des Militärputsches in ihren selbstgewählten Ämtern eines Oberkommandierenden und eines „Generalstabschefs" der Streitkräfte.

Am 31. August führten Soldaten der Armee nach schweren Kämpfen gegen die von China bewaffnete Miliz M. D. in Handschellen ab.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

John Gheorghe M., von 1958 bis 1961 Staatsoberhaupt, seit 1961 Ministerpräsident der Volksrepublik → RUMÄNIEN (Teil I), war, bevor er sich 1936 den Kommunisten anschloß, ein angesehener liberaler Rechtsanwalt in Bukarest. Gemeinsam mit → CEAUSESCU und Außenminister → MANESCU verfolgt er eine selbständige rumänische Außen- und Wirtschaftspolitik, unabhängig von der UdSSR und vom → WARSCHAUER PAKT (Teil I).

1902 als Sohn eines Gymnasiallehrers siebenbürgendeutscher Abstammung geboren, besuchte M. die Militärschule in Craiowa, studierte anschließend in Bukarest sowie in Paris Rechtswissenschaften und eröffnete in Bukarest eine vielfach in Anspruch genommene Rechtsanwaltspraxis.
Seine politische Zugehörigkeit wechselte M. mehrfach, wanderte von der Liberalen Partei Jon J. C. Bratianus (1864—1927) zur Radikalen Bauernpartei, von dort in die von König Carol II geschaffene Einheitspartei, um sich schließlich 1936 der Kommunistischen Partei Rumäniens anzuschließen, die ein Jahr darauf mit allen anderen Parteien aufgelöst wurde (vgl. → *CODREANU*).
1942 unter der Staatsführung Marschall Antonescus im Krieg gegen die Sowjetunion verhaftet und in ein Konzentrationslager eingeliefert, wurde M. 1944 beim Einmarsch sowjetrussischer Truppen befreit und sofort zum Unterstaatssekretär für Transportfragen in der ersten kommunistischen Regierung Groza gemacht. 1945 wurde er Mitglied des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei, 1946 Mitglied der Großen Nationalversammlung und Wirtschaftsminister im Kabinett Groza.
Von 1948 bis 1951 war M. dann in der Parteiführung tätig. Über seinen Aufenthalt und sein Wirken in den folgenden Jahren, also beim Sturze Anna Paukers und danach, ist nichts bekannt. Möglicherweise war M. einige Zeit in der UdSSR. Erst im Juli 1957 trat er wieder an die Öffentlichkeit und zwar als Außenminister im Kabinett Stoica. Bereits ein halbes Jahr darauf, am 11. Januar 1958, wurde M. zum Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalversammlung gewählt, d. h. zum Staatsoberhaupt.
In diesem mehr repräsentativen Amt wurde er, seit 1960 auch Mitglied des Politbüros, nach den Wahlen vom März 1961 durch

Gheorghiu-Dej abgelöst, um selber als Regierungschef Vorsitzender des Ministerrates zu werden. Vier Jahre später wurde er es von neuem und begann in der nun folgenden Regierungsperiode gemeinsam mit → *CEAUSESCU* und mit dem Außenminister → *MANESCU* die vorsichtige und schrittweise Lösung Rumäniens aus den einseitigen Sowjetbindungen.
Im Januar 1966 besuchte M. Ungarn und Jugoslawien, offenbar um über eine gemeinsame Haltung im russisch-chinesischen Konflikt zu beraten, dessen baldige Beendigung er im Interesse aller kommunistisch regierten Länder für notwendig hielt. Bei dem 2. Besuch → *TSCHU EN-LAIs* in Bukarest Ende Juni 1966 setzte M. die Streichung der antirussischen Polemik aus der Schlußerklärung des Gastes durch.
Im Juli 1966 besuchte M. die Türkei, im August Griechenland, wo er die Neutralität Rumäniens im Zypernkonflikt betonte, eine Reihe von bilateralen Verträgen abschließen konnte und Anerkennung für → *MANESCUs* Balkanvorstoß in der UNO fand. Nachdem dann Manescu Anfang Februar 1967 die diplomatischen Beziehungen Rumäniens zur westdeutschen Bundesrepublik hergestellt und anschließend einen Besuch in Belgien gemacht hatte, reiste M. gemeinsam mit → *CEAUSESCU* Mitte März nach Moskau und ließ unmittelbar nach dieser Reise die rumänische Außenpolitik durch das Zentralkomitee der rumänischen KP ausdrücklich billigen.
Im Juni 1967 erneut in Moskau, unterschrieben M. und Ceausescu die von dort an → *ISRAEL* (Teil I) gerichtete Forderung zum Rückzug seiner Truppen aus Sinai und Westjordanien nicht, sondern M. reiste Anfang Juli nach Peking. — US-Präsident → *JOHNSON* hatte ihn zuvor gebeten, dort den amerikanischen Standpunkt über die Rolle Chinas zu erläutern — und anschließend mit Manescu nach Holland, wo beide im Haag ein Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit unterzeichneten.

Literatur:

vgl. → *RUMÄNIEN* (Teil I), → *CODREANU*

II. MCCARTHY

Joseph R. McC. leitete im US-Senat als Senator für Wisconsin von 1950 bis 1954 den Unterausschuß gegen unamerikanisches Verhalten, d. h. gegen die kommunistische Subversion in der US-Administration, und wurde dann von seinen Gegnern zu Fall gebracht. Er starb 47 Jahre alt.

Am 14. November 1909 in Grand Chute/Wisc. als Sohn eines kleinen Farmers irischer Abstammung geboren, studierte McC. nach einjährigem Praktikum im Metallwarenhandel 1930—1932 an der Ingenieurschule der Universität Marquette, knüpfte daran ein juristisches Studium an, verdiente sich die Studienkosten als Nachtkellner und Tankwart, und bestand 1935 die Prüfung als Bachelor of laws.
McC. war zunächst in Waupaca als Anwalt tätig, gründete 1936 mit einem Kompagnon (Eberlein) eine Firma in Shawano und wurde drei Jahre später zum Bezirksrichter gewählt.. Im Zweiten Weltkrieg gehörte McC. 1942 im Mannschaftsdienstgrad dem US-Marine-Korps an, meldete sich dann zur Marine-Luftwaffe, wurde Offizier, 1945 bei Kriegsende als Hauptmann entlassen und mehrfach in der Kriegsberichterstattung namentlich genannt.
1947 wählten die Republikaner des Staates Wisconsin McC. in den Senat, wo er sogleich in mehreren Ausschüssen tätig wurde. Im vereinigten Ausschuß für den Wohnungsbau wurde M. stellvertretender Vorsitzender. Außerdem gehörte er dem Banken- und Währungsausschuß sowie dem Ausschuß für öffentliche Ausgaben an, schließlich – ebenfalls bereits seit 1947 – dem Sonderausschuß des Senats zur Untersuchung des amerikanischen Kriegseintritts 1941 und der Kriegspolitik der USA bis 1945.
Hier erhielt M. die für seine spätere Tätigkeit entscheidenden Eindrücke. Die hartnäckigen Versuche des → *ROOSEVELT*-Kreises, die wirklichen Zusammenhänge um → *PEARL HARBOR* (Teil I) zu verschleiern, in Verbindung mit der 1946/47betriebenen amerikanischen Chinapolitik (vgl. → *MARSHALL*), die Enthüllungen vor allem der Untersuchung gegen Alger → *HISS* (vgl. auch → *NIXON*) und Dexter → *WHITE* 1948 ließen M. erkennen, wie weit und wie tief die kommunistische Infiltration während des Krieges und danach in die Regierungskreise der USA eingedrungen war.
1950 übernahm M. den Vorsitz des Sonderausschusses und erreichte, daß das Untersuchungsfeld über den Weltkrieg hinaus auf zahlreiche

Umtriebe erweitert wurde, die dem Interesse der USA und den amerikanischen Traditionen zuwiderliefen und wiederum weitgehend kommunistischer Subversion wowie deren Förderern zuzuschreiben waren.
Je weiter M.s Ausschuß in die Zusammenhänge eindrang, als desto engmaschiger erwies sich das Netz der unter → *ROSSEVELTs* Regierung von Moskau aus planmäßig aufgebauten Subversion. So konnte er nachweisen, daß der ehemalige Außenminister Acheson dem Sowjetspion Alger → *HISS* Eingang in die höchsten Positionen des Außenministeriums verschafft und ihn noch nach seiner Entlarvung gedeckt hatte. Auch die von Acheson und → *MARSHALL* gemeinsam betriebene prokommunistische → *CHINA*-Politik (Teil I) konnte er durchleuchten.
Die Herkunft vieler der von M. aufgespürten und überführten Agenten oder Förderer des Kommunismus in den USA trug ihm den Vorwurf des Antisemitismus ein. Um diesem Vorwurf öffentlichkeitswirksam zu begegnen, nahm M. Mitte 1953 demonstrativ in seinen engeren Mitarbeiterstab zwei junge Juden auf, David Shine und Cohn, und sandte sie nach Europa, um u. a. die kommunistischen Tendenzen in der westdeutschen Lizenzpresse nachzuweisen.
Einer der beiden Genannten verweigerte bald darauf den Wehrdienst. Das ermöglichte es den Gegnern M.s, im März 1954 seine Ablösung als Vorsitzender des Ausschusses durchzusetzen. Der Ausschuß stellte seine Tätigkeit ein, seine Ergebnisse gerieten in Vergessenheit. Der überführte Sowjetspion Alger Hiss wurde später kurzerhand „rehabilitiert".
M. selbst verstarb drei Jahre nach seiner Ablösung, am 2. Mai 1957, in Washington. Man hat ihm nachgesagt, er habe in den Vereinigten Staaten durch seine Kommunistenjagd eine Hysterie erzeugt und das amerikanische Selbstverständnis vorübergehend aus dem Gleichgewicht gebracht. Zu einer solchen Hysterie bestand sehr viel Anlaß.

Literatur:

Joseph R. McCARTHY, „McCarthyism", New York (Devin Adair Company) 1952

II. MC NAMARA

Robert Strange M., seit 1961 Verteidigungsminister der USA, wurde ebenso wie der Außenminister Dean → Rusk von Präsident → Johnson aus dem Kabinett → Kennedy übernommen. Er kommt von der Ford-Motor-Company, deren Präsident er bis 1961 war, und gilt als hervorragender Organisator und Planer. Sein politisches Interesse an der Entwicklung in Europa ist verhältnismäßig gering. Der Krieg in → Vietnam (Teil I) und die damit zusammenhängenden fernöstlichen Probleme stehen naturgemäß für ihn im Vordergrund.

1916 geboren, studierte M. an der Universität von Californien und an der Harvard-Universität. Dort war er von 1940–43 selbst als Dozent für Betriebswirtschaftslehre tätig.
Von 1943 bis 1946 diente M. bei den US-Luftstreitkräften und trat anschließend in die Leitung der Ford-Motor-Company ein, wo er 1955 zum Vizepräsidenten und 1960 zum Präsidenten avancierte.
1961 berief Kennedy M. als Verteidigungsminister in die Regierung. Im Herbst 1962 trug M. während der Kubakrise die Verantwortung für die Sperrmaßnahmen gegen sowjetische Schiffe mit Raketenfracht, in Ungewißheit darüber, ob und inwieweit die Sowjets sich diesen Maßnahmen ohne Eröffnung der Feindseligkeiten fügen würden. Die Gefahr eines Atomwaffenkrieges war damals drohender als je zuvor.
Zu Lebzeiten Präsident Kennedys hielt M. in Südvietnam den Einsatz amerikanischer Truppen in engen Grenzen. Nach der Ermordung des südvietnamesischen Präsidenten Diem wie des US-Präsidenten Kennedy im November 1963 weitete M. den Einsatz amerikanischer Truppen seit dem Februar 1964 allmählich aus.
Ein Jahr später, im Februar 1965, befahl M. – nach einem Angriff der Vietcong auf das amerikanische Truppenlager Pleiku – die Bombenangriffe auf Nordvietnam, um die Nachschubbasen der Vietcong zu schwächen. Wieder ein Jahr darauf ließ M. die Bombenangriffe erneut aufnehmen und endlich im Februar 1967, gleichzeitig mit einer entscheidenden Massierung der Bodenkämpfe gegen die Vietcong, auch die Marineartillerie an der Beschießung nordvietnamesischer Nachschub- und Rüstungszentren teilnehmen.
Damit nahm das Vietnamunternehmen im Rahmen der gesamten US-Militärplanung einen so großen Raum ein, daß darüber zwangs-

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

läufig das Interesse M.s an der ohnehin durch → *de Gaulle* empfindlich geschwächten → *NATO* (Teil I) nachließ.

Dafür trieb er den Bau des unterirdischen Luftverteidigungs-Kommandos südlich Colorado Springs voran, das im Juli 1966 bezogen werden konnte, ließ das Raketen-Frühwarnsystem entscheidend verbessern und rüstete die Atomstreitkräfte unter Abbau der Bomberflotte auf Interkontinentalraketen um (Endtermin 1971).

M. ist ein erklärter Gegner des Gedankens, daß Verbündete der USA an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen beteiligt werden. Seine Einstellung ist insofern bedeutungslos, als Großbritannien und Frankreich über eigene Atomwaffen verfügen.

Die Gesamttruppenstärke der amerikanischen Streitkräfte in aller Welt ließ M. am 31. Juli 1966 mit 3 136 259 Offizieren und Soldaten angeben. Das waren fast eine halbe Million mehr als ein Jahr zuvor. Die zentrale Steuerung einer solchen über den halben Erdball verteilten, straff organisierten auf Befehl und Gehorsam gestellten Macht weist M. zweifellos als einen Kopf von überragenden organisatorischen Fähigkeiten aus.

Dennoch blieb seiner Kriegsführung in Vietnam bis 1967 ein entscheidender Erfolg versagt, und zwar auch auf dem psychologischen Sektor an der Heimatfront in den USA selbst. Die Notwendigkeit jener Kriegsführung ist weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung nur schwer verständlich zu machen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

General Emilio Garrastazu M., seit dem 30. Oktober 1969 Staatspräsident und Regierungschef von → BRASILIEN (Teil I), wurde vom Oberkommando der Streitkräfte eingesetzt und vom Parlament bestätigt. Er versprach, bis zum Ende seiner (fünfjährigen) Amtszeit zu einer parlamentarisch-demokratischen Regierungsform zurückzukehren.

1906 in Bage (Südbrasilien) als Sohn baskischer Eltern geboren, wurde M. Berufssoldat, durchlief die übliche Offizierslaufbahn und wurde zu Beginn der sechziger Jahre zum Kommandanten der Militärakademie „Agulhas negras" ernannt. 1964 ging er als Militärattaché an die brasilianische Botschaft nach Washington.

Im März 1967 kehrte M. aus Washington zurück und übernahm unter der Präsidentschaft → *COSTA E SILVA*s (Teil II, vgl. dort!) die Leitung des militärischen Geheimdienstes, der in erster Linie mit Ermittlungen gegen die Frente Ampla, die „Breite Front" der Oppositionsparteien, sowie gegen subversive Tätigkeit der Kommunisten befaßt war.

Nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse dieser Ermittlungen suspendierte Costa e Silva am 14. Dezember 1968 Verfassung und Parlament und ließ über 300 Angehörigen der Opposition, darunter 100 Abgeordneten die politischen Rechte auf zehn Jahre entziehen. In den letzten Augusttagen 1969 erlitt der Präsident einen Schlaganfall und blieb teilweise gelähmt.

Unter Übergehung des Vizepräsidenten Aleixo übernahmen am 1. September 1969 drei hohe Offiziere von Heer, Marine und Luftwaffe (Lyra Tavares, Rademaker und Souza e Mello) stellvertretend die Staatsführung. Sie ernannten am 7. Oktober 1969 den widerstrebenden M., den zweitältesten General Brasiliens, zum Präsidenten, führten am 17. Oktober eine neue Verfassung ein und ließen M. am 25. Oktober durch das seit Mitte Dezember 1968 erstmals wieder einberufene Parlament als Staatsoberhaupt bestätigen. Neuer Vizepräsident wurde Admiral Augusto Rademaker.

Nach der neuen Verfassung verlängerte sich die Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre. Innerhalb dieser Frist will M. Pressefreiheit und Bürgerrechte wiederherstellen. Am 29. Oktober gab er seine neue Kabinettsliste bekannt. Den Finanz- und den Innenminister

Costa e Silvas behielt er bei. Letzterer, General Costa Cavalcanti, wandte sich bereits am 16. Oktober 1969 gegen „falsche Analysen gewisser ... Pseudoanthropologen", nach denen in Brasilien Waldindianer durch Bodenspekulanten noch bis weit in die sechziger Jahre hinein mit Napalbomben und vergifteten Lebensmitteln planmäßig und massenweise ausgerottet worden seien. In Wirklichkeit stammten diese Berichte ursprünglich von brasilianischen Sozialwissenschaftlern. Am 30. Oktober 1969 begann die offizielle Amtszeit der Regierung M., Costa e Silva verstarb am 18. Dezember 1969.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Erich M., von 1960 bis 1967 Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei (vgl. → FDP, Teil I) in der Westdeutschen Bundesrupublik, war vom Oktober 1963 bis zum Oktober 1966 Vizekanzler und Minister für gesamtdeutsche Fragen im Kabinett Erhard, das er durch seinen und der anderen FDP-Minister Rücktritt sprengte. Anschließend stellte er sich Cornfelds IOS-Investment-Trust zur Verfügung.

Am 28. Oktober 1916 in Groß-Strehlitz (Oberschlesien) als Lehrersohn geboren, besuchte M. in seiner Heimatstadt das Johanneum, rückte 1935 nach dem Abitur zum Arbeitsdienst ein, wurde Berufssoldat beim Heer und schlug die Offizierslaufbahn ein.
Im Kriege zeichnete sich M. mehrfach aus und erhielt sowohl das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz als auch das Deutsche Kreuz in Gold. Bei Kriegsende geriet er im Majorsrang in englische Gefangenschaft, studierte nach seiner Entlassung in Köln und Bonn Rechts- und Staatswissenschaften und promovierte zum Dr. jur.
Bereits während seines Studiums war M. 1947 Mitbegründer der → *FDP* (Teil I) in der britischen Besatzungszone sowie Mitglied des staatlichen Exekutivausschusses für das Land Nordrhein-Westfalen. Seit 1949 gehörte er dem Bundesexekutivausschuß der FDP und seit September 1949 dem ersten westdeutschen Bundestag an.
1953 wurde M. stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag, 1956 stellvertretender Parteivorsitzender und 1957 Fraktionsführer. 1960 wählte ihn die FDP zu ihrem Bundesvorsitzenden. Ein Jahr darauf, bei den Bundestagswahlen von 1961, konnte die FDP die Zahl ihrer Sitze von 41 auf 67 erhöhen, und zwar auf Kosten der SPD, und 12,8 % der abgegebenen gültigen Zweitstimmen für sich verbuchen.
Dennoch forderte → *ADENAUER* M. nicht zum Eintritt in die Regierung auf. Erst unter Bundeskanzler → *ERHARD* kam am 16. Oktober 1963 eine Regierungskoalition der CDU/CSU mit der FDP zustande, in der M. das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Amt des Vizekanzlers übernahm. Es zeigte sich, daß M. die Regierungspolitik, die er in der Opposition und im Wahlkampf angegriffen hatte, nicht zu ändern vermochte, insbesondere nicht die seinem Ministerium mit obliegende Deutschlandpolitik.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Die Wähler waren enttäuscht. 1965 erhielt M.s Partei nur noch 9,5 % der Stimmen und 49 Sitze im Bundestag, blieb aber zunächst noch in der Koalition, bis M. im Oktober 1966 einen Eklat herbeiführte und mit den anderen Ministern seiner Partei das Kabinett verließ. Er trug damit wesentlich zum Sturze Erhards im darauffolgenden Monat bei, brachte sich aber auch selbst um die unbestrittene Führungsposition in der FDP.
Ein Jahr lang konnte er sich noch gegen die zunehmenden Angriffe der Parteiopposition behaupten, dann, im September 1967, verzichtete er von sich aus auf eine nochmalige Kandidatur für den Parteivorsitz, um der sich anbahnenden Entwicklung zuvorzukommen. Am 30. Januar 1968 wurde Scheel zu seinem Nachfolger gewählt.
M. selbst zog sich zunächst aus dem politischen Leben zurück und trat als Repräsentant im Bereich der westdeutschen Bundesrepublik in Cornfelds IOS ein. Der Kurs des IOS-Fond of Fonds fiel von 25,70 im Oktober 1968 auf 21,24 im August 1969. In den USA ist der Fond nicht zugelassen, obgleich er sich im wesentlichen auf Papiere US-amerikanischer Unternehmungen stützt.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

MENDES-FRANCE

Pierre Isaak Isidor M. F., vom 19. Juni 1954 bis zum 22. Februar 1955 Ministerpräsident und Außenminister der Vierten Republik Frankreich, vereinigte in seiner Regierungszeit den endgültigen Verlust Indochinas mit dem Beginn des Algerienkrieges, der zum Verlust Algeriens führen sollte. 1955—1957 Vizepräsident der gespaltenen Radikalsozialistischen Partei, war M. F. 1958 Mitbegründer des Demokratisch-Republikanischen Zentrums und gilt als einer der schärfsten und profiliertesten Gegner → DE GAULLEs.

1907 in Paris als Nachkomme einer sephardischen Rabbinerfamilie geboren, erwarb M. F. 1926 das Diplom der Schule für politische Wissenschaften in Paris und 1929 an der Sorbonne die juristische Doktorwürde. Nachdem er 1932 von den Radikalsozialisten des Departments Eure in die Deputiertenkammer gewählt worden war und in Paris eine Anwaltspraxis eröffnet hatte, heiratete er 1933 eine ägyptische Jüdin, Lily Cicurel.
1938 erhielt M. F. einen Lehrstuhl an der Nationalen Verwaltungshochschule, wurde Untersekretär des Schatzamtes und zugleich Bürgermeister von Louviers. Zu Beginn des 2. Weltkriegs tat er als Leutnant der französischen Luftwaffe und aktiver Flieger Dienst. Nach der Niederlage Frankreichs gelangte er 1940 mit dem Flüchtlingsschiff Massilia nach Marokko.
Dort im Auftrage der → *VICHY*-Regierung (Teil I) noch im gleichen Jahre verhaftet, wurde M. F. nach Frankreich zurückgebracht und in das Militärgefängnis Lyon eingeliefert. Von dort gelang ihm 1941 die Flucht zu den Maquis bei Grenoble und weiter über Spanien nach London zu General → *DE GAULLE.* Als Offizier der Kampffliegergruppe „Lothringen" nahm er wiederum am Kriege teil.
Ende 1943 übernahm M. F. das Finanzministerium der provisorischen französischen Regierung de Gaulles in Algier. Im Juli 1944 nahm er als Leiter der französischen Finanzdelegation an der Konferenz von → *BRETTON WOODS* (Teil I) teil und wurde nach dem Einzug de Gaulles in Paris im August 1944 Wirtschaftsminister, schied aber 1945 für neun Jahre aus der Regierung aus, um das Präsidium des Generalrates der Region Eure zu übernehmen und sich — seit 1946 — internationalen Aufgaben zu widmen. M. F. wurde Gouverneur des 1944 in Bretton Woods gegründeten → *IMF*

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

(Teil I) und auch Gouverneur der ebenfalls in Bretton Woods geschaffenen → *WELTBANK* (Teil I). Seit 1947 gehörte er dem Wirtschafts- und Sozialrat der → *UNO* (Teil I) an.
Als sich Mitte 1954 der Indochinakrieg seinem für Frankreich unglücklichen Ende näherte, erklärte sich M. F. bereit, die Regierung zu übernehmen, und behielt sich auch das Außenministerium vor. Damit nahm er Frankreich gegenüber die volle Verantwortung für das Genfer Waffenstillstandsabkommen vom 21. Juli 1954 auf sich. Einen Monat später brachte er – gestützt auf eine Mehrheit in der Nationalversammlung – den → *EVG*-Vertrag (Teil I) zu Fall. Dafür förderte er das Zustandekommen der Pariser Verträge (vgl. → *WEU*, Teil I), mit denen der Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 geändert und die Westeuropäische Union geschaffen wurde.
Nachdem am 1. November 1954 die bereits im Juli gegründete Nationale Befreiungsarmee (ALN) in Algerien den allgemeinen Aufstand entfesselt hatte, zweifellos durch Frankreichs Niederlage in Indochina ermutigt, versuchte M. F. vergeblich, im Januar 1955 durch Reformen in der Verwaltung Algeriens eine Ausweitung der Unruhen zu verhindern. Sie entwickelten sich zum Algerienkrieg und die Regierung M. F. wurde am 23. Februar 1955 abgelöst.
Vom Mai 1955 bis zum Mai 1957 versuchte M. F. als Vizepräsident der Radikalsozialisten den Zerfall dieser Partei zu verhindern. 1959 wurde er selber aus ihr ausgeschlossen. Während des Putsches der Algerienfranzosen gegen die Regierung Pflimlin im Mai 1958, der zur Rückkehr → *DE GAULLEs* führte, reiste M. F. durch China und Rußland. Wieder in Frankreich, warnte er vor seinem alten Chef de Gaulle und gründete mit Mitterand und einem Teil der Sozialisten das Centre Démocrate Républicain.
Bereits bei den Märzwahlen 1967 galt M. F. wieder als der „kommende Mann"; ebenso bei den Unruhen im Mai und Juni 1968.

Anmerkungen ....

....

....

....

MENDEZ MONTENEGRO

Julio Cesar M., seit dem 1. Juli 1966 Staatsoberhaupt und Regierungschef von → GUATEMALA (Teil I), trat als Kandidat für die Präsidentschaft an die Stelle seines Ende 1965 wahrscheinlich ermordeten Bruders Mario, der 1957 die gemäßigt linke Revolutionäre Partei gegründet hatte.

1916 in angesehenem guatemalesischem Hause geboren, studierte M. Rechtswissenschaften und führte als Student eine linksradikale Jugendgruppe, die an dem Staatsstreich der Sozialrevolutionären Aktion gegen den Diktator Ubico und an seinem Sturz maßgeblich beteiligt war.

1945 bis 1951 war M. unter dem Präsidenten Juan José Arevalo als Regierungssprecher tätig, zog sich dann aber aus dem politischen Leben zurück und widmete sich seiner Anwaltspraxis sowie seinem Lehrstuhl für Rechtswissenschaften an der Universität Guatemala.

Erst nach dem Tode seines Bruders Mario, der Ende 1965 erschossen aufgefunden wurde, übernahm M. dessen Nachfolge sowohl als Führer der 1957 gegründeten Revolutionären Partei als auch in der Kandidatur für das Präsidentenamt.

Bei den Parlamentswahlen im März 1966 gewann M.s Partei 29 von 51 Sitzen. Am 10. Mai 1966 wurde er vom neugewählten Kongreß zum Präsidenten gewählt, nachdem die direkte Wahl durch das Volk zuvor keine absolute Mehrheit ergeben hatte. Am 1. Juli trat er das Amt an und löste damit die seit dem 31. März 1963 herrschende Militärjunta ab, gegen deren Regime eine Kette von Unruhen stattgefunden hatte.

Aber auch M. mußte bereits am 4. November 1966 für 30 Tage den Ausnahmezustand verhängen lassen, weil zahlreiche Attentate die öffentliche Sicherheit und den Bestand des Staates gefährdeten und u. a. der Informationssekretär des Präsidialamtes sowie der Präsident des Obersten Gerichtshofes von Guatemala entführt worden waren.

M. selbst wurden umfassende Vollmachten als Oberbefehlshaber der Armee zugebilligt. Sein Gegenspieler war der ehemalige Armeeoberst Yon Sosa, der eine kommunistische Guerillatruppe aufgebaut hatte und mit ihr das Land terrorisierte.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

M.s erste Regierungsmaßnahme leitete eine → *BODENREFORM* (Teil I) ein. Er ließ alle dem Staat gehörenden Domänen und 17 Landwirtschaftsgüter aus Bankbesitz unentgeltlich an diejenigen Bauern überschreiben, die das Land bearbeitet hatten, und führte im Ministerrat am 4. August 1966 einen entsprechenden Entschluß herbei.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Takeo M., seit dem 3. Dezember 1966 japanischer Außenminister (im dritten, vierten und fünften Kabinett → SATO), zuvor (seit 1965) Minister für Außenhandel und Industrie, gehörte zu den erklärten Gegnern des von den USA und der UdSSR vorgelegten zweiten Entwurfs zu einem → ATOMWAFFEN-SPERRVERTRAG (Teil I), protestierte im Juni 1967 gegen die französischen Kernwaffenversuche im Pazifik und vertrat nach einer Ostblockreise im Juli 1967 die bedingungslose Einstellung der amerikanischen Bombenwürfe auf → VIETNAM Nord (Teil I).

Jahrgang 1907, studierte M. an der Meiji-Universität in Tokio, wurde als Dreißigjähriger Mitglied des Repräsentantenhauses, nach der Kapitulation Japans im 2. Weltkrieg als Vierzigjähriger (1947) Verkehrsminister, 1954 Transportminister und 1958 Minister für wirtschaftliche Planung.

1961 übernahm M. den Vorsitz der Atomenergiekommission und 1965 das Ministerium für Außenhandel und Industrie. In diesen beiden Funktionen war M. bereits maßgeblich mit den wirtschaftlichen Aspekten der japanischen Außenpolitik befaßt.

Nachdem Ministerpräsident → *SATO* dann bei seiner zweiten Kabinettsumbildung Anfang Dezember 1966 M. das Außenministerium angetragen hatte, erhielt dieser sogleich Gelegenheit, die Interessen der japanischen Atomenergiepolitik gegenüber dem zweiten russisch-amerikanischen Sperrvertragsentwurf zu verteidigen, der im Februar 1967 vorgelegt worden war.

Ein viertel Jahr darauf kündigte Frankreich seine Kernwaffentestserie im südlichen Pazifik an, gegen die M. entschieden Protest erhob, wenn auch ohne Erfolg. Seine anschließende Reise nach Moskau, Warschau, Prag und Budapest ergab die übereinstimmende Auffassung, eine bedingungslose Einstellung der amerikanischen Bombenwürfe in Nord-Vietnam werde auch den Krieg in Südvietnam beenden.

Die tiefere Bedeutung der Moskaureise M.s liegt darin, daß es ihm offensichtlich gelang, Japan den Russen als ein natürliches Gegengewicht gegen China erkennbar zu machen, insbesondere als bestgeeigneten Partner für die Entwicklung Sibiriens, das von den Sowjets zu einer Bastion gegen chinesische Ambitionen ausgebaut wird.

So konnte M. ein Luftfahrtabkommen mit nach Hause bringen, das Japan die Eröffnung einer Fluglinie Tokio-Moskau über sibirischem Gebiet gestattet, wenn auch unter erheblichen bürokratischen Erschwernissen. Außerdem verhandelte er über das Projekt einer gemeinsamen japanisch-sowjetrussischen Ausbeutung reicher sibirischer Kupferlager und führte auch hier eine Politik weiter, die er bereits als Außenhandelsminister angebahnt hatte.
Doch wendete sich M. mit dieser Politik keineswegs von China ab, sondern suchte im Gegenteil die Kontakte Japans zur chinesischen Volksrepublik trotz der Kulturrevolution zu verbessern und vor allem den Handelsverkehr auszubauen. Bei alledem hielt er eine enge Verbindung zu den USA als eine — bis auf weiteres — conditio sine qua non aufrecht, zumindest solange die USA noch in der Lage schienen, ihren Verpflichtungen aus dem 1960 erneuerten Sicherheitsvertrag nachzukommen.

Anmerkungen ....

Anastas Iwanowitsch M., Armenier, seit 1930 Regierungsmitglied der UdSSR, seit 1935 Mitglied des Politbüros, wurde nach Stalins Tod, im Jahre 1955 erster stellvertretender Ministerpräsident und am 15. Juli 1964 Staatspräsident der UdSSR. Ende 1965 trat er zurück. M. war ein gewandter Diplomat und erfolgreicher Handelspolitiker.

Am 25. November 1895 in Sanain/Armenien geboren, schloß sich M. als Neunzehnjähriger zwei Jahre vor der russischen Revolution den Bolschewiki an und legte mit der Organisation eines Generalstreiks in Baku sein politisch-revolutionäres Gesellenstück ab. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, entkam, wurde wieder aufgegriffen und nach Georgien verbannt.
Von dort floh er nach Baku zurück und war dort an der Oktoberrevolution führend beteiligt. Bei den anschließenden Kämpfen zwischen weißer und → *ROTER ARMEE* (Teil I) geriet M. 1918 in Gefangenschaft, wurde 1919 wieder befreit und führte politische Aufträge im Kaukasusgebiet aus.
1923 wurde M. in das Zentralkomitee der KPdSU aufgenommen, also noch zu Lebzeiten Lenins. Seit 1926 gehörte er zu den Kandidaten für das Politbüro, das bedeutete zu dieser Zeit zu den Favoriten → *STALINs*, die ihrerseits Stalin bedingungslos ergeben waren und außerdem die Reaktionen des Unberechenbaren dennoch vorauszuahnen verstanden.
1930 wurde M. Volkskommissar (Minister) für die Ernährung. K. I. Albrecht berichtet, M. habe 1930/31 gegen Dörfer, deren Bauern aus Selbsterhaltungsgründen die restlose Getreideabgabe verweigerten und sich gegen den zwangsweisen Abtransport der Ernte wehrten, GPU-Truppen und sogar Bombenflugzeuge einsetzen lassen. 1934 übernahm M. das Volkskommissariat für Lebensmittelindustrie, 1935 wurde er Mitglied des Politbüros, also des engeren Führungskreises von Partei und Staat.
1937 wurde M. einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten, zugleich Mitglied des Rates für Arbeit und Verteidigung, und konnte sich in dieser Position während der „großen Reinigung" (vgl. → *STALIN*) und während des Zweiten Weltkrieges behaupten, das heißt sich die Gunst Stalins erhalten. Gleichzeitig übernahm M. auch das Außenhandelskommissariat (-Ministerium) und entfaltete in dieser Tätigkeit ein ungewöhnliches Talent.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Während des Krieges gehörte M. 1942 bis 1945 dem neunköpfigen Staatsverteidigungskomitee, also dem engsten Führungsgremium um Stalin an, begleitete britische und amerikanische Handelsmissionen, die nach Moskau kamen, und erwies sich als ein so gewandter Diplomat und Handelspolitiker, daß er sich auch für weitere Zukunft unentbehrlich machte. Zweifellos trug er wesentlich zur Festsetzung des ungewöhnlichen Umfanges amerikanischer Lieferungen an die UdSSR und zum gleichzeitigen Ausbau des sowjetischen Einflusses in den USA selber bei.
Ein Jahr vor Stalins Tod wurde M. ins Präsidium des Zentralkomitees gewählt. Danach, im Kabinett Malenkow, übernahm er aufs neue das Außenhandelskommissariat, dazu auch das für den Binnenhandel und wurde wieder stellvertretender Ministerpräsident, 1955, im Kabinett Bulganin und auch noch im Kabinett Chruschtschow Erster stellvertretender Ministerpräsident. Unmittelbar vor Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes Anfang November 1956 fuhr M. nach Budapest um Imre Nagy in Sicherheit zu wiegen.
Nach Chruschtschows Sturz machten seine Nachfolger M. zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, d. h. zum repräsentierenden Staatsoberhaupt. Im Dezember 1965 legte er dieses Amt aus Gesundheitsrücksichten nieder, gehörte aber dem Präsidium auch weiterhin an. M. hat sich über vierzig Jahre lang in der Führungsgruppe der UdSSR behaupten können, unter Vermeidung der Schlüsselpositionen (Parteichef oder Regierungschef), immerhin eine bemerkenswerte Leistung.
M.s Bruder, Artan I. M., war ein erfolgreicher Flugzeugkonstrukteur und entwickelte von 1939–1946 die Typen MIG-1, MIG-3 und MIG-15, ein Turbinenflugzeug.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

Joseph-Désiré M., seit dem 24. November 1965 Staatsoberhaupt, seit dem 26. Oktober 1966 gleichzeitig auch Regierungschef der Republik Kongo (Kinshasa), blickt auf eine sprunghafte militärische und politische Laufbahn zurück und bemächtigte sich der Regierungsgewalt angeblich nur, um — fünf Jahre nach der Ermordung Lumumbas — einem Machtkampf zwischen Präsident Kasawubu und Ministerpräsident → TSCHOMBE vorzubeugen.

1930 in Lisala geboren, gehört M., dem Stamme der Bangala an. 1949 trat er in die von belgischen Offizieren geführte Force Publique ein, schied nach seiner Beförderung zum Feldwebel 1956 aus und war vorübergehend kaufmännisch sowie — nach einem Lehrgang am Institut für Sozialstudien in Brüssel — in Leopoldville (Kinshasa) auch journalistisch tätig.

1959 schloß sich M. der Nationalkongolesischen Bewegung (MNC) Lumumbas an und nahm 1959/60 an den Konferenzen über die Unabhängigkeit des Kongo in Brüssel als Delegierter teil. Im gleichen Jahre noch wurde er — unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung des Kongo am 30. Juni 1960 — Staatssekretär für Verteidigung im Kabinett Lumumba im Range eines Obersten und Stabschef der Armee, mit 30 Jahren und dem militärischen Wissen eines Feldwebels.

Nachdem sich wenige Tage später die Provinz Katanga vom Kongo gelöst hatte (vgl. → *TSCHOMBE*) und am 15. Juli 1960 internationale Truppenkontingente der → *UNO* (Teil I) eingerückt waren, unternahm M. am 14. September 1960 einen Staatsstreich, behielt die Regierungsgewalt — insoweit man in dem allgemeinen Chaos von einer solchen sprechen konnte — bis zum 9. Februar 1961 und beförderte sich zum Generalmajor und Oberbefehlshaber der Armee.

Lumumba, den M. im Dezember 1960 hatte verhaften lassen, war inzwischen ermordet worden. Die Schuld an seinem Tode suchte M. von sich abzuwälzen und den Belgiern in die Schuhe zu schieben.

Während im Januar 1963 die militärischen Aktionen der UNO-Truppen gegen Katanga zum Abschluß kamen, am 30. Juni 1964, also erst anderthalb Jahre später, die fremden Truppen den Kongo verließen und am 10. Juli 1964 → *TSCHOMBE* Ministerpräsident wurde, spielte M.s Armee keine entscheidende Rolle. Es bleibt eine

offene Frage, inwieweit man in dieser Zeit überhaupt von einer Armee des Kongo sprechen konnte.
Auch als sich in Stanleyville am 15. November 1964 eine Revolutionsregierung bildete, die eine bewaffnete Aktion Belgiens zur Befreiung europäischer Geiseln notwendig machte, und noch während der Parlamentswahlen in der zweiten Aprilhälfte 1965 traten M. und seine Armee kaum in Aktion.
Erst als sich in der Folgezeit zwischen dem Ministerpräsidenten Tschombé und dem Staatspräsidenten Kasawubu wachsende Spannungen abzeichneten, die sich angeblich zu einem langwierigen Machtkampf zu entwickeln drohten, und erst nachdem Tschombé bereits durch Kimba abgelöst worden war (14. November 1965), bemächtigte sich M. am 25. November in einem zweiten Staatsstreich von neuem der Regierungsgewalt und setzte zunächst Mulamba als Minsterpräsidenten ein. Kimba und einige seiner Minister ließ er am 2. Juni 1966 öffentlich hinrichten, Tschombé im Ausland verfolgen, um auch seiner habhaft zu werden.
Am 5. September 1966 eröffnete M. das neue Parlament und überließ ihm einen Teil seiner verfassungsmäßigen Befugnisse. Zwei Tage darauf beschuldigte er → *CHINA* (Teil I) öffentlich der Einmischung in innerkongolesische Konflikte. Am 5. Oktober brach er die diplomatischen Beziehungen zu → *PORTUGAL* (Teil I) ab und am 26. Oktober änderte er den verfassungsmäßigen Status des Kongo, errichtete ein Präsidialregime und übernahm selber das Amt des Ministerpräsidenten sowie des Verteidigungsministers. Gleichzeitig beschnitt er die Befugnisse der Provinzgouverneure und löste mehrere von ihnen ab. Am 24. Juni 1967 proklamierte er dann die neue Verfassung.
Am 13. März 1967 ließ M. Tschombé durch ein Militärgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilen. Seine Furcht vor Tschombé war zu einem Komplex geworden, ähnlich der → *STALINs* vor Trotzki. Als → *ALGERIEN* (Teil I) sich am 1. Juli 1967 der Person Tschombés bemächtigte, verlangte M. prompt dessen Auslieferung und klagte feierlich „gewisse westliche Mächte" an, sie übten einen Druck auf Algerien aus, um diese Auslieferung zu verhindern.
Von diesem Zeitpunkt an bis zum Oktober 1967 hatte M. gegen aufständische Katangasoldaten und eine Gruppe weißer Söldner zu kämpfen, die sich zeitweilig der Stadt Bukawu bemächtigt und dort eine Gegenregierung ausgerufen hatten. Doch gelang es ihm schließlich, die Truppe aus dem Kongo zu vertreiben.

Sidi M. V. ben Jussuf, seit 1927 Sultan, vom 14. 8. 1957 bis zu seinem Tode am 26. Februar 1961 König von Marokko, gewann seinem Lande nach zweijähriger Absetzung und Verbannung 1956 die Unabhängigkeit von Frankreich (2. März) und Spanien (2. April) sowie die Eingliederung Tangers in das Königreich (vgl. auch → Hassan II.).

1911 in Fes als Sohn Sultan Mulai Jussufs geboren, lernte M. Marokko nur als französisches Protektorat (seit 1912) kennen. Seine Kindheitseindrücke waren von den jahrelangen schweren Kämpfen der Rifkabylen unter Abd-el-Krim gegen Spanien und Frankreich bestimmt, deren Ziel, die Unabhängigkeit, sich ihm unauslöschlich einprägte.
Als M. 1927 den Thron bestieg, als Sultan gleichzeitig weltlicher und geistlicher Führer seines Volkes, versuchte er zunächst, mit Frankreich zu einem erträglichen Modus vivendi zu kommen. Doch erhoben sich nach Frankreichs Niederlage im 2. Weltkrieg und während der Zeit der → *Vichy*-Regierung (Teil I) auch in Marokko die arabischen Nationalisten in der Istiklalpartei und brachten M. seit 1945 in wachsenden Konflikt mit dem französischen Generalresidenten.
Nachdem die → *UNO*-Vollversammlung (Teil I) im Dezember 1952 vergeblich an beide Kontrahenten appelliert hatte, auf jede verschärfende Maßnahme zu verzichten, kam es im August 1953 zum Eklat. M. weigerte sich, zu neuen französischen Reformgesetzen seine Zustimmung zu geben. Daraufhin setzten die französischen Behörden ihn kurzerhand ab und verbannten ihn nach Madagaskar.
Die Folge waren verlustreiche Unruhen, die sich jahrelang hinzogen und 1955 zum allgemeinen Aufstand steigerten. Die französische Fremdenlegion wurde eingesetzt. Am 5. November 1955 wurde M., soeben aus Madagaskar zurückgekehrt, von der französischen Regierung wieder eingesetzt und kündigte in seiner Thronrede „eine Epoche der Freiheit und Unabhängigkeit" an, die jedoch „keine Lockerung der Bande zu Frankreich" bedeute.
Am 2. März 1956 erkannte Frankreich die Unabhängigkeit und Souveränität Marokkos an. Im Oktober bildete M. eine „Beratende Versammlung" aus 74 Vertretern der Parteien, Gewerkschaften, Berufsorganisationen und der Geistlichkeit. Und im Februar 1957 unter-

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

zeichnete er in Madrid einen Konsultationspakt mit Spanien, der eine Abstimmung vor allen außenpolitischen Schritten beider Partner vorsah

Am 18. August 1957 verwandelte M. das Sultanat Marokko in ein Königreich, blieb aber auch als König „Beherrscher aller Gläubigen", das heißt religiöses Oberhaupt im Sinne des Islam. 1958 räumte Spanien dann auch die südlichste Zone Marokkos, die unmittelbar an Spanisch-Westafrika grenzt. Nur die umkämpfte spanische Enklave Ifni blieb noch erhalten.

Nach der Erdbebenkatastrophe von Agadir im März 1960 bildete M. eine neue Regierung aus Fachministern, die den Aufgaben eines zunehmend industrialisierten Staatswesens gewachsen waren. Am 26. Februar 1961 verstarb M. Sein Sohn trat als König → *Hassan II.* die Nachfolge an.

Literatur:

Rolf Italiaander, Die neuen Männer Afrikas, Düsseldorf (Econ) 1960

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. MOHAMMED RISA PEHLEWI

M. R. P., seit dem 15. 9. 1941 Schah von Persien (Iran) als Nachfolger seines Vaters, den die Alliierten im Zweiten Weltkrieg zur Abdankung zwangen, hatte wiederholt um seinen Thron zu kämpfen und führte nach der Nationalisierung der Anglo-Iranian Oil Co. durch seinen Gegenspieler Mossadegh 1951 und dessen Ausschaltung 1953 eine großangelegte Boden- und Sozialreform im Iran durch, eine „Revolution von oben".

1919 in Teheran geboren und zeitweilig in der Schweiz erzogen, heiratete M. 1939 in erster Ehe eine Schwester König Faruks von Ägypten. Als der Iran zu Beginn des 2. Weltkrieges teils von den Sowjetrussen, teils von den Engländern besetzt wurde, zwangen sie M.s Vater, der 1925 die Dynastie Risa Pehlewi begründet hatte, zur Abdankung zugunsten seines Sohnes M. Er ging nach Südafrika ins Exil, wo er 1944 verstarb.

Nach dem 2. Weltkrieg zogen sich die Briten wieder aus dem Iran zurück, die Sowjets nicht. Sie unterstützten die Tudehpartei und begründeten mit deren Hilfe in den iranischen Provinzen Ost- und Westaserbeidschan eine autonome kommunistische Regierung.

Erst nach zweimaliger Beschwerde beim Sicherheitsrat gelang es M. 1946, die Sowjets zum Verlassen des Iran zu bewegen. Hier liegen die Ursachen zur weltweiten kommunistischen Hetze gegen den Schah. Als er sich 1948 amerikanischer Entwicklungshilfe im Rahmen eines Siebenjahresplanes versicherte, wurde 1949 von Anhängern der prosowjetischen Tudehpartei ein Attentatversuch gegen ihn unternommen. Daraufhin ließ er diese Partei für illegal erklären, ihre Mitglieder verfolgen, kurz: er erwehrte sich seiner Feinde. Das trug ihm in der internationalen Propaganda für Jahrzehnte den Vorwurf undemokratischen Verhaltens ein.

1951 wurde Mossadegh von der Partei der Nationalen Front Ministerpräsident und führte einen Parlamentsbeschluß zur Verstaatlichung der Ölquellen sowie der Anlagen der Anglo-Iranian Oil Company in Abadan herbei, damit zugleich eine Krise der britisch-iranischen Beziehungen, die 1952 in der beiderseitigen Abberufung der Botschafter gipfelte.

Als Mossadegh 1953 eine Volksabstimmung durchzuführen suchte, mit dem Ziel, die Befugnisse des Schahs im Sinne einer Konstitutio-

nellen Monarchie einzuschränken, ging der Schah kurze Zeit außer Landes, bis Mossadegh durch die Armee gestürzt und die „Nationale Front" verboten war.
1954 stellte M. die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien wieder her. Es wurde ein neues Ölabkommen geschlossen. Auch fanden Prozesse gegen Mitglieder der beiden verbotenen Parteien statt (Tudeh und Nationale Front). Die ausgesprochenen Urteile bildeten neuen Anlaß zur internationalen Diffamierung M.s. Im Spätsommer 1955 kam es zu einem kommunistischen Umsturzversuch, der niedergeschlagen werden konnte.
1956 reiste M. nach Moskau, um die Mitgliedschaft seines Landes zum → *Bagdad*-Pakt gegenüber sowjetischen Vorwürfen zu vertreten.
1957 stimmte der Schah der Einführung eines Zweiparteiensystems zu (Regierungspartei „Nation", Opposition „Volkspartei"). Für den August 1960 waren Parlamentswahlen anberaumt, doch da es zu innenpolitischen Unruhen kam, setzte M. die Wahlen aus und regierte ohne Parlament.
1962 ließ er das Bodenreformgesetz verkünden, das es ermöglichte, gegen angemessene Entschädigung Großgrundbesitz zu enteignen und an Bauern zu verteilen. Es kam zu Studentenunruhen. Als der Schah 1963 weitere Sozial- und Wirtschaftsreformen folgen ließ, kam es wieder zu Unruhen — *gegen* die Reformen. Im November 1963 ließ er dann die Parlamentswahlen durchführen, die schon 1960 hatten stattfinden sollen.
M. R. P. hat einen ständigen Zweifronten-Kampf gegen Kommunisten und Reaktionäre auszufechten. Viele seiner Gegner leben als Emigranten im Ausland und agitieren gegen ihn. Die Unwissenheit der Zuhörerschaft in den Gastländern erleichtert ihnen die Agitation. Auch in der eigenen Familie werden dem Schah und seinem Sozialprogramm Schwierigkeiten bereitet, einer der Gründe für die wiederholte Verschiebung der Krönungsfeierlichkeiten.

Literatur:

Mohammed Reza Schah, Die soziale Revolution Irans, Düsseldorf (Diederichs) 1967
Randolph Braumann, „Der Schah ist der Boß" in Stern Nr. 22, 28. 5. 1967

II. MOHAMMED ZAHIR

Seit der Ermordung seines Vaters Nadir Khan am 8. November 1933 König von → AFGHANISTAN (Teil I), trieb M.Z. die Entwicklung seines Landes mit Hilfe sowohl der UdSSR als auch der USA (sowie der westdeutschen Bundesrepublik) voran und erreichte, daß russische und amerikanische Berater dabei erfolgreich zusammenarbeiteten.

Am 30. Oktober 1914 als Sohn Nadir Khans vom Stamme der Paschtunen geboren, wurde M..Z in Kabul an der Habibia-Schule und am Istiqlal-College erzogen, besuchte anschließend das Janson-de-Sailly-Lyceum in Frankreich und studierte an der Universität von Montpellier.

Währenddessen hatte sein Vater Nadir Khan in Afghanistan am 3. November 1929 den Nachfolger König Aman-Ullahs Bacha-i-Sakao gestürzt, hatte selbst den Thron bestiegen, zwei Jahre später, am 31. Oktober 1931 Afghanistan die Verfassung eines unabhängigen Königreichs gegeben und ein umfassendes Reformprogramm begonnen.

Wieder zwei Jahre darauf, am 8. November 1933, wurde Nadir Khan ermordet. M.Z. trat unverzüglich die Nachfolge an und wurde noch am gleichen Tage gekrönt. Er hatte 1931 seine Studien in Frankreich mit hohen Auszeichnungen abgeschlossen, 1932 in Kabul an einem Lehrgang der Infanterie-Offiziersschule teilgenommen, anschließend im Verteidigungsministerium gearbeitet und 1933 das Erziehungsministerium geleitet.

Er war somit für sein Amt wohl vorbereitet und bemühte sich, das Reformprogramm seines Vaters fortzusetzen, bzw. auszubauen, sowie das Verhältnis seines Landes zu dem mächtigen Nachbarn im Norden, der UdSSR auf eine möglichst feste Grundlage zu stellen, insbesondere nachdem der Zweite Weltkrieg beendet und Afghanistan der → *UNO* (Teil I) beigetreten war.

Im September 1954 konnte M.Z. das Abkommen über eine erste große Anleihe der UdSSR schließen, im Dezember des darauffolgenden Jahres kam → *CHRUSCHTSCHOW* zu einem Staatsbesuch nach Kabul, 1957 erwiderte M.Z. den Besuch und fuhr nach Moskau. Im Dezember 1959 konnte er den USA-Präsidenten → *EISEN-*

HOWER in Kabul begrüßen. Ein viertel Jahr später kam Chruschtschow zum zweiten Male.
Damit begann die Entwicklungshilfe beider Großmächte für Afghanistan, u. a. im Bau von Straßen, Flughäfen, Kraftwerken und Industrieanlagen. M.Z. erwies sich als gewiegter Diplomat und nahm die Hilfe beider Kontrahenten für sein Land in Anspruch, ohne sich einseitig zu binden.
Im März 1963 beauftragte er zum ersten Male einen Nichtadligen (Mohammed Jussuf) mit der Regierungsführung, am 1. Oktober 1964 setzte er eine neue Verfassung in Kraft, die Afghanistan zur konstitutionellen Monarchie nach westlichen Vorbildern machte. Im September 1965 ließ er die ersten Parlamentswahlen durchführen.
Anfang April 1966 konnte M.Z. auch den Ministerpräsidenten der Chinesischen Volksrepublik, → *TSCHU EN-LAI*, der sich vier Tage lang in Kabul aufhielt, begrüßen. Im Mai 1967 ließ er ein Abkommen mit der UdSSR über die Lieferung von afghanischem Erdgas abschließen.
Um aber den sowjetrussischen Einfluß nicht überhandnehmen zu lassen, strebt M.Z. gleichzeitig eine engere Zusammenarbeit mit Pakistan und dem Iran, soweit damit zu vereinbaren, auch mit Indien an.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Der in Westdeutschland lebende schweizerische Historiker der „Konservativen Revolution" und Publizist Armin M. vertritt selbst eine konservative Haltung, die — nach seinen eigenen Worten — „die ständig sich wandelnde Wirklichkeit" des Völkerlebens „gegen die Tyrannei der Abstraktionen verteidigt". Es geht ihm also um die Erhaltung des Lebens, das er durch dogmatische Ideologien gefährdet sieht. Politisch vertritt M. die — blockfreie — Europakonzeption → DE GAULLEs „als das geringste Übel".

1920 in Basel als Sohn eines eidgenössischen Beamten geboren, legte M. 1938 am Realgymnasium in Basel die Reifeprüfung ab und studierte 1938—1949 an den Universitäten Basel und Berlin Philosophie (als Hauptfach), Kunstgeschichte und Germanistik. 1949 promovierte er in Basel zum Dr. phil. über „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918—1932".
Von 1949 bis 1953 in Ravensburg und Wilflingen als Sekretär Ernst Jüngers tätig, veröffentlichte M. 1950 in Stuttgart seine erweiterte Doktordissertation und gab damit als erster nach 1945 eine objektive, vom Verständnis der Zusammenhänge geprägte Darstellung der rechtsgerichteten deutschen Intelligenz nach dem 1. Weltkrieg, eine historiographische Arbeit von hohem Rang.
1953 ging M. als Korrespondent westdeutscher, österreichischer und schweizerischer Zeitungen nach Paris und veröffentlichte von dort aus 1958 eine Arbeit über die französische Rechtsbewegung, die in mehrfacher Hinsicht eine Parallele zu seinen Untersuchungen über den deutschen Konservatismus darstellt. Aus beiden Arbeiten ergaben sich Erkenntnisse über die Voraussetzungen einer → *DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERSTÄNDIGUNG* (Teil I).
1961 kehrte M. aus Paris nach Westdeutschland zurück, ließ sich in München als freier Schriftsteller nieder und schrieb zunächst ein Buch über die 5. Republik Frankreich und den Gaullismus, in dessen Europavorstellung er die einzige Alternative zur Aufspaltung Europas zwischen Ostblock und „westlicher Welt" erblickte, um so mehr, als sich seit der Jahreswende 1959/1960 eine deutliche Wiederannäherung USA—UdSSR abzuzeichnen schien.
1965 ließ M. dann dieser Arbeit seine bekannte Analyse der westdeutschen Mentalität folgen (Angst vor der Politik, Angst vor der

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Geschichte, Angst vor der Macht) und erinnerte die Deutschen daran, daß ein Volk sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen muß, wenn es bestehen will, und nicht erwarten darf, daß andere zu seinen Gunsten tätig werden.
Mit dem Buch „Vergangenheitsbewältigung. Von der Läuterung zur Manipulation", das 1968 bei Seewald in Stuttgart erschien, konkretisierte M. diese Mahnung und bezeichnete als primäre Aufgabe Westdeutschlands die Abwehr der → *REEDUCATION* (Teil I), die ihm (Westdeutschland) zunächst von außen her aufgezwungen, dann aber zu einer Art suggerierter Zwangsvorstellung geworden war.
Es bleibt nachzutragen, daß sich M. 1967 an der Universität Innsbruck für „Wissenschaft von der Politik" habilitierte (in wohlverstandener Distanzierung von der „Politologie" mit ihren bekannten Tendenzen) und im gleichen Jahre erster Preisträger des Adenauer-Preises für Publizistik im Rahmen der Deutschland-Stiftung wurde.

Literatur:

Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918—1932, Stuttgart (Vorwerk) 1950
Armin Mohler, Die französische Rechte, München (Isar-Vl.) 1958
Armin Mohler, Die Fünfte Republik, München (Piper) 1963
Armin Mohler, Was die Deutschen fürchten, Stuttgart (Seewald) 1965 und Darmstadt (Ullstein Taschb.) 1966
Armin Mohler, Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart (Seewald) 1968

Anmerkungen ....

....

....

....

....

MOLOTOW

Wjatscheslaw Michailowitsch Skrjabin, mit Parteinamen M. genannt, Bolschewik seit 1906, engster und selbständigster Mitarbeiter → STALINs, war 1930 bis 1941 Ministerpräsident, 1939 bis 1956 Außenminister der UdSSR. 1957 sandte ihn → CHRUSCHTSCHOW als Botschafter in die äußere Mongolei, 1960 bis 1963 zur Internationalen Atomenergiebehörde (→ IAEA, Teil I) nach Wien.

Am 9. März 1890 in Kurkaka bei Wjatka geboren, studierte Skrjabin am Polytechnikum in St. Petersburg (Leningrad), schloß sich bereits als Sechzehnjähriger der Fraktion der Bolschewiki an, bildete Bolschewistenzellen unter der Studentenschaft und arbeitete an den Blättern Zwezda und Prawda mit.

Seit Mitte Februar 1917 gehörte M. dem Exekutiv des Petersburger Sowjet an, das nach dem Urteil Trotzkis während der Märzrevolution jegliche Initiative vermissen ließ. Unmittelbar danach lehnte M., damals noch im Gegensatz zu → *STALIN*, die Vereinigung der Bolschewiki und Menschewiki ab.

Während der Oktoberrevolution gehörte M. dem Revolutionskomitee der Soldatenräte an, das im Brennpunkt des Geschehens stand. Er bezeugte später selbst, die Ankunft → *LENIN*s sei der entscheidende Wendepunkt gewesen (Trotzki, Geschichte ..., II 458). Spätestens zu diesem Zeitpunkt erhielt er den Namen M. (Hammer).

Von 1918 bis 1920 war M. dann nacheinander in Petersburg, Nischni-Nowgorod und Donbass für die KPdSU tätig. 1920 wurde er Sekretär des Zentralkomitees der ukrainischen KP, 1921 Mitglied des Sekretariats im Zentralkomitee der KPdSU, 1926 Mitglied des Politbüros, 1928 wurde er in das Präsidium des Exekutivkomitees der → *KOMINTERN* (Teil I) aufgenommen, außerdem Erster Sekretär des Moskauer Stadt-Parteikomitees, und 1930, im Alter von vierzig Jahren, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, also Ministerpräsident.

Bei den Hinrichtungen der „Großen Reinigung" billigte M. alles, was Stalin anordnete oder durchführen ließ. Noch 1938 unterstützte er Stalin rückhaltlos gegen die „Rechtsabweichler" Bucharin und Genossen. 1939 übernahm M. in seinem eigenen Kabinett kommissarisch die Leitung des Außenministeriums und war maßgeblich am Zustandekommen des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes vom

23. August 1939 beteiligt, den er und → *RIBBENTROP* unterzeichneten.
Als Stalin den Vorsitz im Rat der Volkskommissare am 7. Mai 1941 selber übernahm, wurde M. Außenminister, führte in dieser Eigenschaft, offenbar mit allen Vollmachten ausgestattet die entscheidenden Verhandlungen in Berlin mit → *HITLER* und forderte freie Hand in Finnland, den baltischen Ländern und den Dardanellen. Seine übersteigerten Forderungen und die Art seines Auftretens erweckten den Eindruck, als wolle er den Nichtangriffspakt von 1939 unter allen Umständen zu Fall bringen.
Angesichts der deutschen Anfangserfolge im Rußlandfeldzug verließ M. im November 1941 mit Stalin vorübergehend Moskau. Nachdem der Kriegseintritt der USA dann die Wende herbeigeführt hatte, strich M. bei den Konferenzen von → *TEHERAN*, → *JALTA und* 1945 in → *POTSDAM* (sämtl. Teil I) die Gewinne ein und sorgte dafür, daß → *ROOSEVELT* und → *TRUMAN* nicht aufhörten zu bewilligen bzw. zuzustimmen.
M. gehörte zu den wenigen höchsten Sowjetfunktionären, die auch nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 noch eindeutig zu ihm standen. Als Außenminister im Kabinett Malenkow, seit April 1954 sogar als Erster stellvertretender Ministerpräsident unterstützte er wohl Malenkows Entspannungspolitik gegenüber den USA, um deren damals bereits sechs Jahre lang wirksamer → *CONTAINMENT*-Politik (Teil I) die Spitze abzubrechen, blieb aber gegenüber den sogenannten „Tauwetter"-Tendenzen hart.
Im Juli 1955 warnte M. das Zentralkomitee eindringlich vor einem Generalangriff auf das Andenken des „großen Fortsetzers des Werkes Lenins" und der Kettenreaktion, die daraus entstehen würde. Sein „hartnäckiger Widerstand" bei der Beseitigung der „Folgen des Persönlichkeitskults" wurde dann auch von → *CHRUSCHTSCHOW* zur Begründung für M.s Absetzung und Verschickung in die Mongolei angeführt.
Zweifellos war es ein Erfolg der Stalinisten, daß Chruschtschow dann 1960 M. von dort zurückrief und zur IAEA nach Wien sandte, wo er als der alte Njet-Sager bis 1963 blieb.

Anmerkungen ....

....

Eduardo M., seit dem 23. September 1964 Präsident der schwarzen Aufstandsbewegung FRELIMO (Frente de Libertaçao de Mozambique) in Portugiesisch Ostafrika, war zuvor in den USA Hochschullehrer (Soziologie) und ist mit einer Amerikanerin verheiratet (vgl. → MOCAMBIQUE, Teil I).

1920 im Inneren Mocambiques geboren, war M. bis zu seinem 15. Lebensjahr als Landarbeiter tätig und erhielt dann durch einen Schweizer Missionar die Möglichkeit, sich in Südafrika auf ein Studium vorzubereiten. Das Studium selbst absolvierte M. bereits in den USA. An der Harvard-Universität promovierte er zum Doktor der Soziologie.

M. schlug die Hochschullehrer-Laufbahn ein, war mehrere Jahre hindurch als Professor an der Universität Syracuse im Staate New York tätig und heiratete eine Amerikanerin. Anfang der sechziger Jahre kehrte er nach Mocambique zurück, wo erste Aufruhrzentren gegen die portugiesische Verwaltung erkennbar wurden.

Am 23. September 1964 gründete M. offiziell die FRELIMO-Organisation (siehe oben), faßte in ihr einen großen Teil der Unabhängigkeitsbewegungen unter den Farbigen in Mocambique zusammen und verkündete den bewaffneten Kampf gegen den „portugiesischen Kolonialismus".

Bis zum Herbst 1967 konnte M. mit Hilfe des Staates Tansania im Norden von Mocambique Gebiete in den Grenzprovinzen Njassa und Cabo Delgado unter seine Kontrolle bringen. Nach seinen eigenen Angaben verfügte er im November 1967 über 8500 → *PARTISANEN* (Teil I) im Kampf gegen etwa 65 000 Mann portugiesischer Truppen.

Die Waffen für seine Partisanen erhielt M. vor allem von der Volksrepublik China und von der UdSSR. Aber sein Ausbildungslager in Dar-es-Salam (Tansania) erhielt auch finanzielle Hilfe von der Ford Foundation (vgl. → *CFR*, Teil I) in den USA. Im Kampf gegen die letzten Bastionen der Weißen in Afrika wirken bestimmte Kreise in den USA mit den kommunistischen Ostmächten zusammen (vgl. → *ONE WORLD*, Teil I).

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Jean M., 1919 stellvertretender Generalsekretär des → VÖLKERBUNDes (Teil I), 1943 Berater → DE GAULLEs in Algier, wurde 1947 französischer Generalkommissar für Wirtschaftsplanung, entwickelte den nach ihm, bzw. nach dem französischen Außenminister Robert → SCHUMAN benannten Plan für die → MONTAN-UNION (Teil I) und war von 1952 bis zum Juni 1955 deren erster Präsident. Auch an den Pänen zur → EWG und → OECD (Teil I) war M. maßgeblich beteiligt.

Am 9. November 1888 in Cognac/Charente geboren, nahm M. um 1908 seinen Wohnsitz in London, gehörte während des Ersten Weltkriegs der alliierten Marinekommission und 1917 als Vertreter Frankreichs, insbesondere des Pariser Bankhauses Lazard, dem Exekutivrat der Alliierten in London an. Die Lazards empfahlen ihn Sir Eric Drummond für das Amt eines Assistenten des → *VÖLKERBUND*-Generalsekretärs (Teil I). Noch im Jahre 1919 wurde M. Erster stellvertretender Generalsekretär.

In den folgenden Jahren reiste er als Finanzberater nach Bulgarien, China, Österreich, Polen und Rumänien. Gemeinsam mit René Pleven vermittelte er Anleihen an Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei, zunächst noch von Paris, seit 1928 von New York aus. 1932 verlegte M. seinen Aufenthalt nach China, knüpfte Beziehungen zum Bankhaus Sung an und gründete in Verbindung mit J. P. Morgan, New York, die „China Finance Development Co.".

Japans Okkupation der Mandschurei veranlaßte M. zur Rückkehr nach New York, wo er mit Georges Murmane, der Bank Lazard sowie Kuhn, Loeb & Co. die „Société Monnet & Murmane" ins Leben rief. 1938 sandte der französische Ministerpräsident Daladier M. zu → *MORGENTHAU*, um über eine Anleihe zu verhandeln. Die Mission scheiterte.

1939 wurde M. Vorsitzender des britisch-französischen Wirtschafts-Koordinationskomitees, 1940 floh er vor der deutschen Besatzung zuerst nach Bordeaux, dann nach London, von wo er als Mitglied des britischen Supply Council nach Washington gesandt wurde, um die amerikanischen Hilfslieferungen zu steuern.

1943 war M. Mitarbeiter → *ROOSEVELTs* geworden, der ihn nach Algier sandte, um General Giraud zu „beraten". Als Giraud ihn

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

nicht akzeptierte, ging M. zu General → *DE GAULLE,* wurde Kommissar für Bewaffnung und Wiederaufbau im Nationalen Befreiungskomitee, gelangte von dort ins neue Außenministerium in Paris, wurde 1947 Generalkommissar für das Modernisierungsprogramm der französischen Wirtschaft und investierte bis 1950 400 Millionen Dollar → *MARSHALLPLAN*-Gelder (Teil I) in der französischen Eisen- und Stahlindustrie.

Als lebhafter Befürworter der Industriedemontage in West- Deutschland (vgl. → *REPARATIONEN,* Teil I) entwarf M. den M.- oder Schuman-Plan für die → *MONTAN-UNION* (Teil I, vgl. dort!), die am 18. April 1951 in Paris gegründet wurde. 1952 wurde er zum Präsidenten der Hohen Behörde dieser Institution gewählt und begann sogleich, die ursprüngliche Konzeption mit dem Ziel einer New York-gesteuerten Integration Europas zu erweitern.

Sein Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung (vgl. → *EVG,* Teil I), aber die Unterzeichnung des → *EWG*-Vertrages (Teil I) in Rom am 25. März 1957 bedeutete einen persönlichen Erfolg für M., da auch die Konzeption zu einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf seine Ideen und Vorschläge zurückging.

Als am 1. Oktober 1961 aus der OEEC (ohne USA-Stimme) die →*OECD* (mit USA-Stimme) entstand, wurde auch damit ein Vorschlag M.s verwirklicht. Bereits im Januar 1956 war er zum Präsidenten eines Aktionskomitees für die „Vereinigten Staaten für Europa" gewählt worden, das die letzte Konsequenz aus M.s Vorstellungen zu seinem Programm erhoben hatte, Europa als Vorstufe zur → *ONE WORLD* (Teil I).

Anmerkungen ....

....

....

....

....

Henry M. jr., amerikanischer Finanzminister unter F. D. Roosevelt und maßgeblich am → New Deal (Teil I) beteiligt, wurde nach 1945 durch den nach ihm benannten, von Harry Dexter White ausgearbeiteten → Morgenthau-Plan (Teil I) zum Symbol des Antigermanismus in der Welt.

1891 als Sohn des aus Mannheim stammenden, gleichfalls deutschfeindlichen Geschäftsmannes und Diplomaten Henry M. sen. in New York geboren, arbeitete M. jr. zunächst im väterlichen Geschäft und schrieb über agrarpolitische Themen. Um 1913 schloß er Freundschaft mit F. D. Roosevelt und gehörte zum Kreise der amerikanischen Liberalen und radikalen Progressisten. 1929 verschaffte ihm Roosevelt das Amt des Vorsitzenden der Agricultural Advisory Commission im Staate New York, 1933 berief er ihn zunächst als stellvertretenden, 1934 als Finanzminister ins Kabinett, ein Amt, das M. bis zum 5. Juli 1945 innehatte, als er unter Truman zurücktrat, der es abgelehnt hatte, M. mit zur → *Potsdamer Konferenz* (Teil I) zu nehmen.

1916 hatte M. eine Nichte Herbert H. Lehmanns, des späteren Gouverneurs von New York, geheiratet, dem gemeinsam mit Felix Frankfurter und Bernard M. Baruch entscheidender Einfluß auf das Weltgeschehen zu Beginn unseres Jahrhunderts zugesprochen wird. Noch 1938 promovierte M. an der Temple-Universität zum Dr. jur. 1947 bis 1950 war er Vorsitzender einer jüdischen Hilfsorganisation (UJA), seit 1951 Vorsitzender der American Financial and Development Corporation for Israel.

M. war auch Initiator der → *Bretton Woods* Konferenz (Teil I) und der dort geschaffenen Institutionen → *Weltbank* (Teil I) sowie → *IMF* (Teil I).

Über die Motive zu M.'s fanatischem Deutschenhaß, der ihn seinen in den Auswirkungen auf → *Genocid* (Teil I) hinauslaufenden Plan unterbreiten ließ, gehen die Meinungen auseinander. Moltmann will sie mit der jüdischen Herkunft M.'s (und auch Whites) erklären, als Reaktion auf die Judenbehandlung in Deutschland. Doch war schon M.'s Vater, der selbst aus Deutschland stammte, ein Deutschenfeind. Schrenck-Notzing schreibt: „Der Morgenthau-Plan war keine Aus-

arbeitung eines Außenseiters, sondern die ausgereifte Deutschland-Konzeption des New-Deal-Liberalismus."
Demnach wären M.'s Motive also in einer krypto-kommunistischen → *One-World-I*deologie (Teil I) zu suchen. Wahrscheinlich entsprang sein Handeln nicht einer Wurzel allein. Es ließe sich ja auch zwischen Moltmanns und Schrenck-Notzings Erklärungsversuchen eine Verbindung denken.
M. verstarb in der Nähe von New York am 7. Februar 1967 im Alter von 75 Jahren.

Literatur:

Walter Trohan, „Three Men, Called a Government in Themselves" in Chicago Tribune, 29. Mai 1950
Günter Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg, Krieg- und Friedensziele 1941—1945, Heidelberg 1958
Kurt Keppler, „Geschichte und Wesen des Morgenthau-Planes" in: National-Zeitung 13/42—14/12, 1963/64
Henry Morgenthau jr., Germany is our Problem, New York 1945
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche, Stuttgart 1966 (3. Auflage)
John L. Snell, Wartime Origins of the East-West-Dilemma over Germany, New Orleans 1959
Ganther, Die Juden in Deutschland, Hamburg 1959 (S. 172)
Sündermann, die Pioniere und die Ahnungslosen, Leoni 1960 (S. 203)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

MORO

Aldo M., seit dem 5. Dezember 1963 Ministerpräsident der Republik Italien, war zuvor Justizminister (ab 1955), Erziehungsminister (von 1957 an) und Politischer Sekretär der Christlich-Demokratischen Partei (seit 1959). Er bildete eine Koalitionsregierung mit Sozialdemokraten, Linkssozialisten und den ebenfalls linksgerichteten Republikanern.

Süditaliener, 1916 in Maglie geboren, studierte M. an der Universität Bari Rechtswissenschaften, habilitierte sich als Privatdozent für Strafrecht und wurde zum Präsidenten der Katholischen Universitätsvereinigung sowie der Katholischen Akademiker-Bewegung gewählt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Abdankung König Umbertos II. (1946) wurde M. Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und des 18ner Komitees, das die neue republikanische Verfassung entwarf, gleichzeitig auch Mitglied der neu gegründeten Christlich-Demokratischen Partei (D.C.), für die er ins Parlament gewählt wurde.

1949 trat M. als Unterstaatssekretär des Außenministeriums erstmals in die Regierung ein, 1953 übernahm er die Führung der Christlich-Demokratischen Fraktion in der Deputiertenkammer.

Als Ministerpräsident setzte sich M. für ein Programm vorsichtiger Sozialreformen sowie für einen gemäßigten Kurs in der → *Südtirolfage* ein, der 1966/67 zu Verhandlungen mit Österreich und Vertretern der Südtiroler Volkspartei führte.

Es gelang M. nicht, einen Arbeitsfrieden herzustellen. Allein in den ersten acht Monaten des Jahres 1966 verursachten die aufeinanderfolgenden Streikwellen einen Verlust von 92,2 Millionen Arbeitsstunden, mehr als doppelt so viel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Ebensowenig gelang es ihm, die nach wie vor chaotischen Zustände auf Sizilien zu bessern, die nur mit denen der ärgsten Notstandsgebiete → *Indiens* (Teil I) zu vergleichen sind. Noch im März 1967 lebten im Westen der Insel mehrköpfige Familien mit den Haustieren im gleichen Raum ohne Wasser und sanitäre Einrichtungen. Die Kindersterblichkeit liegt weit über dem Durchschnitt. Großgrundbesitz, Mafia und Verwaltungsbürokratie, vielfach miteinander verflochten, sind an der Beibehaltung dieser Zustände interessiert. Unter

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

solchen Verhältnissen Ordnung zu schaffen, wird auch dem zu Kompromissen neigenden M. kaum gelingen.

Literatur:

Dino Del Bo, Die Krise der politischen Führungsschicht, S. 135 ff, Freiburg (Rombach) 1966
Will Berthold, Die anderen schlafen nicht (Heyne-Sachbücher 8), München o. J.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Benito M., Begründer und Führer des italienischen → Faschismus (Teil I) und seit dem Staatsstreich vom 28. Oktober 1922 bis zum 25. Juli 1943 italienischer Regierungschef mit diktatorischen Vollmachten, versuchte, im italienischen Volk Stolz, Tatkraft und imperiale Leistung der Römerzeit wiederzuerwecken. Nach zwei Jahrzehnten erfolgreichen Aufbaus mußte er den vollständigen Zusammenbruch seines Werkes im Zweiten Weltkrieg erleben, bevor er am 28. April 1945 von kommunistischen Partisanen ermordet wurde.

1883 in der Romagna als Sohn eines Schmiedes geboren, bereitete sich M. auf den Volksschullehrerberuf vor, mußte aber wegen extremsozialistischer Betätigung außer Landes gehen und wurde 1904 aus dem gleichen Grunde auch aus der Schweiz ausgewiesen. In Trient redigierte er darauf gemeinsam mit dem Trienter Irredentisten Cesare Battisti ein sozialistisches Blatt.

Nachdem ihn auch die Österreicher ausgewiesen hatten, übernahm M. in Mailand die Redaktion des sozialdemokratischen „Avanti", die er bis zum Oktober 1914 behielt. Inzwischen aber war der Erste Weltkrieg ausgebrochen und M. trat entschieden für eine Beteiligung Italiens auf Seiten der Alliierten ein.

Das trennte ihn natürlich von den Sozialisten. M. empfand national, nicht international. Sein späteres Verhältnis zum Sozialismus dürfte etwa dem ihm zugeschobenen Bonmot entsprechen: „Wer bis zu seinem 30. Lebensjahr kein Sozialist war, hat kein Herz, wer es danach noch ist, keinen Verstand."

M. gründete in Mailand die nationalrevolutionäre Zeitung „Popolo d'Italia", anfangs noch als ein Blatt der Sozialisten, bald schon als ein Organ der „Krieger und Produzenten", verband sich mit D'Annuncio, ging 1915 als einfacher Soldat an die Front und wurde schwer verwundet.

Anfang 1919 gründete M. in Mailand den ersten „Fascio de combattimento", wurde 1921 in die Kammer gewählt und errang 1922 mit seinem „Marsch auf Rom" die Macht im Staate. Am 1. November wurde er Regierungschef. Als Führer (duce) seiner staatstragenden Faschistischen Partei, der „Schwarzhemden", erlangte M. nach

der Ermordung des sozialistischen Parteisekretärs Matteotti 1924 diktatorische Gewalt.
1929 regelte M. in den Lateranverträgen das Verhältnis des italienischen Staates zum Vatikan neu. In der Folgezeit widmete er sich tatkräftig und erfolgreich der Gesundung des italienischen Lebens. Symbolisch dafür war die Entwässerung der Pontinischen Sümpfe. Nach Ausbau und planmäßiger Besiedlung Libyens, Eritreas und ital. Somalilands eroberte er 1935 Abessinien und widerstand den daraufhin gegen Italien verhängten Völkerbundssanktionen durch Entwicklung der Industrie.
1936 verbündete er sich mit Deutschland (→ *Achsenmächte*, Teil I) und sandte Truppen zur Unterstützung → *Francos* nach Spanien. 1939 besetzte M. Albanien und erklärte es zum italienischen Hoheitsgebiet. Sein Angriff auf Griechenland mißlang und damit war der Höhepunkt seiner Erfolge überschritten. Im Anschluß an eine Meuterei in der Parteiführung ließ ihn der König 1943 gefangennehmen und auf dem Gran Sasso internieren. Dort befreite ihn am 12. September 1943 Skorzeny mit Sturzseglern.
Es blieben ihm noch anderthalb Jahre eines Scheinregiments an der Spitze der „Italienischen Sozialrepublik" unter deutschem Schutz im Norden des Landes. Am Tage des Waffenstillstandes an der deutschen Südfront (28. April 1945) wurde M. beim Versuch, mit einer deutschen Lastwagenkolonne die Schweiz zu erreichen, von kommunistischen Partisanen erkannt und gemeinsam mit seiner Freundin Clara Petacci erschossen. Die Toten wurden mit dem Kopf nach unten öffentlich an einer Mailänder Garage aufgehängt, der italienische Staatsschatz gestohlen.

Literatur:

Giorgio Pini, Geschichte des Faschismus, Berlin 1941
Enno von Rinteln, Mussolini als Bundesgenosse, Tübingen(Wunderlich) 1951
Christopher Hibbert, Mussolini, Frankfurt/M. (Athenäum) 1963
F. W. Deakin, Die brutale Freundschaft, Köln (Kiepenheuer) 1964
Georges-Roux, Der Mann des Schicksals, Wien (Molden) 1966

Imre N., 1953 bis 1955 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik, dann abgesetzt, übernahm bei Ausbruch des Ungarischen Volksaufstandes am 24. Oktober 1956 dieses Amt von Neuem, machte sich zum Führer des Aufstandes, wurde am 22.November 1956 nach Rumänien entführt und Ende Januar 1957 ermordet.

1896 in Kaposvár als Bauernsohn geboren, wurde N. Schlosser, kämpfte im Ersten Weltkrieg in der österreichisch-ungarischen Armee, geriet in russische Gefangenschaft, wurde dort für die Sache der Bolschewisten gewonnen und war danach nur 1919 und 1921 kurze Zeit wieder in Ungarn, sonst in der UdSSR, wo er die entsprechende politische Kaderausbildung erhielt.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, beim Einmarsch der Sowjettruppen 1944, kehrte N. nach Ungarn zurück und nahm sogleich eine führende Position in der kommunistischen Regierung des Landes ein. Er wurde Mitglied des Politbüros der ungarischen kommunistischen Partei, vom Dezember 1955 bis November 1945 Landwirtschaftsminister und als solcher verantwortlich für die Durchpeitschung der Kollektivierung des bäuerlichen Grundbesitzes.

Anschließend war N. bis zum Juni 1946 Innenminister und verfügte damit über die Polizeigewalt, um die Durchführung der Bolschewisierung und Kollektivierung zu erzwingen. Erst als Parlamentspräsident seit 1946 fand N. dann Anlaß und Gelegenheit, sich mit den ungarischen Verhältnissen und der Mentalität des Volkes wieder vertraut zu machen.

Als er im August 1952 stellvertretender Ministerpräsident und am 4. Juli 1953 Ministerpräsident geworden war, suchte er aus der inzwischen gewonnenen Erkenntnis, daß die Industrialisierung des Landes zu rasch und zu gewaltsam forciert worden war, Konsequenzen zu ziehen und die Entwicklung langsamer ablaufen zu lassen.

N. stand damit vor dem gleichen Problem, mit dem alle bolschewisierten Agrarstaaten zu kämpfen hatten. Da die Marxsche Wirtschaftstheorie auf Industrieverhältnisse zugeschnitten war, konnte sie auf Rußland selbst und die meisten seiner alten und neuen Satelliten nur mittels gewaltsamer Zerstörung des Bauerntums übertragen werden und das mußte zu schweren Opfern an Menschenleben und empfindlichen Störungen des Wirtschaftslebens führen.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Es erging N. wie zahlreichen russischen Funktionären vor ihm und wie dem Slowaken → *DUBCEK* noch dreizehn Jahre später. N. wurde trotz des seit → *STALINs* Tode herrschenden „Tauwetters" auf Weisung des Parteichefs Rakosi im April 1955 abgelöst und auch aus dem Zentralkomitee der ungarischen KP ausgeschlossen. Anderthalb Jahre darauf brach der ungarische Volksaufstand aus.
Inzwischen war Rakosi durch Gerös abgelöst worden, der nunmehr aufs Neue N. zum Ministerpräsidenten berief. N. versuchte zunächst, die Aufstandsbewegung in Schranken zu halten, erkannte aber schnell, daß er sie nur in der Hand behalten konnte, wenn er sich zu ihrem Führer erklärte. Nunmehr griff die UdSSR unmittelbar ein. Während → *MIKOJAN* nach Budapest reiste, um mit N. Scheinverhandlungen zu führen und ihn abzulenken, bereiteten russische Truppen den Angriff auf die Hauptstadt vor und begannen ihn unmittelbar darauf.
Am 4. November 1956 bat N. die jugoslawische Botschaft in Budapest um Asyl und wurde aufgenommen. Inzwischen hatten die Russen → *KADAR* zum Partei- und zum Regierungschef Ungarns gemacht. Am 22. November lockten sie durch Zusicherung Freien Geleites N. aus seinem Asyl. Er wurde sofort verhaftet, nach Rumänien entführt und am 28. oder 29. Januar 1957 in Sinaia heimlich ermordet. Erst anderthalb Jahre später gab man seinen Tod bekannt.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

NASSER

Gamal Abd el N., Vorsitzender des Präsidialrates (Präsident) der VAR (Ägypten) seit dem 23. Juni 1956, strebt die Führung in der → Arabischen Liga an und bekämpft dabei die arabischen Monarchien zugunsten der republikanischen Araberstaaten. Gleichzeitig ist er der natürliche Gegner Israels und erklärter Gegner Südafrikas und Portugals, in denen er „Kolonialmächte" sieht.

Jahrgang 1918 und Sohn eines südägyptischen Postbeamten, besuchte N. in Kairo das Gymnasium, bestand das Abitur mit Auszeichnung und wurde Kadett der Militärakademie, die er 1942 ebenfalls mit Auszeichnung absolvierte. In der Generalstabsschule, in die er anschließend kommandiert wurde, festigte sich seine nationalrevolutionäre Gesinnung. Im Krieg gegen → *Israel* (Teil I) wurde er verwundet, zeichnete sich aus und bereitete den Staatsstreich gegen König Faruk vom 23. Juli 1952 generalstabsmäßig vor.
Im Anschluß daran putschte N. als Innenminister und stellvertr. Ministerpräsident mit einer Fronde ihm ergebener junger Offiziere auch gegen den eben erst eingesetzten Staatspräsidenten Naguib, dem das Suezabkommen mit Großbritannien und der Abzug der britischen Truppen aus der Kanalzone gelungen war, und löste ihn am 14. November 1954 endgültig ab. Bis 1956 war N. Ministerpräsident und Militärgouverneur, dann, nach Beendigung des Mitbestimmungsrechtes Großbritanniens im Sudan und nach Abzug der letzten britischen Truppen, wurde er am 23. Juni 1956 zum Staatspräsidenten gewählt und eine neue Verfassung verkündet.
Schon einen Monat später verstaatlichte N. den Suezkanal und setzte damit Ägypten in den Besitz der beträchtlichen Einnahmen aus dieser Wasserstraße. Großbritannien, Frankreich und Israel verabredeten noch im gleichen Jahr den Angriff auf Ägypten, den sie nach neun Tagen auf Druck der UdSSR (und der UNO) abbrechen mußten. Es war ein Triumph für N.
Als wichtigste Leistungen seiner ägyptischen Revolution können genannt werden:

Weitgehende Aufhebung des Feudalismus und Landübereignung an 14 Millionen Bauern
Ingangsetzung des Assuandammbaues
Organisation der Wasserversorgung Ägyptens

Ausbau des Bildungswesens
Ausbau des Heeres
Abschaffung des Baumwollmonopols weniger Besitzender
Bildung von Landarbeitergewerkschaften
Entwicklung des Verkehrs- und des Rundfunkwesens

Voraussetzung für die Erfolgsreihe des revolutionären Ägypten war die Bildung der „Nationalen Union". In der Folge entstand die Arabische „Sozialistische Union" als Massenbewegung; (sie hatte 1966 rund 5 Millionen Mitglieder). Wahlen zur Nationalversammlung wurden für den 10. Februar 1964 ausgeschrieben. Die Staats- und Regierungsreform wurde die „Vereinigte Arabische Republik", in der das Kabinett vom Präsidenten ernannt wird.

Seitdem entfaltete N. eine rege diplomatische Tätigkeit, die durch entsprechende Aktionen seiner Geheimdienste gestützt wurde. Die Union mit → *Syrien* (1958, Teil I) zerfiel zwar wieder, doch wurde der Name Vereinigte Arabische Republik (VAR) trotzdem beibehalten. Besonders regen und freundschaftlichen Kontakt pflegt N. mit → *Tito.*

Nachdem er schon 1955 maßgeblich am Zustandekommen der ersten → *Bandung*-Konferenz (Teil I) mitgewirkt hatte, bedauerte er offiziell elf Jahre später den russisch-chinesischen Konflikt als eine Schwächung der „Dritten Welt" und des „sozialistischen Lagers um die afrikanisch-asiatischen Länder".

Im Kampf gegen Israel lehnt N. ein Zusammengehen mit den monarchistischen Araberstaaten (Jordanien, Saudiarabien) ab, unter anderem, weil er sie für unzuverlässig hält. Dagegen strebt er nach wie vor eine enge Union mit → *Syrien* (Teil I) und auch mit dem Irak an und setzt seinen Einfluß im → *Jemen* (Teil I) mit militärischen Mitteln und Vernichtungsmaßnahmen gegen den monarchistisch eingestellten Teil der Bevölkerung durch. Sein ständiges Bemühen, Einfluß auf die Organisation der afrikanischen Staaten zu gewinnen, wird zum Beispiel von → *Tschombé* als „eine neue Form des Kolonialismus" bezeichnet.

Literatur:

Peter Meyer-Ranke, Der rote Pharao, Hamburg 1964
F. R. Allemann (Hrg.), Die arabische Revolution, Nasser über seine Politik, (Ullstein-Bücher 610)
A. Abdel-Malek, Egypte-Société Militaire, Paris 1962
Wolfgang Mommsen, Imperialismus in Ägypten (Janus-Bücherei, Bd. 21), München 1961

Jawaharlal N., vom September 1946 bis zu seinem Tode am 27. Mai 1964 Ministerpräsident der Republik → Indien (Teil I), war der erste Regierungschef nach der Unabhängigkeitsgewährung und hatte gleich zu Beginn die Last des verlustreichen pakistanischen Grenzstreites zu tragen. Über die Konsolidierung des eigenen jungen Staates hinaus setzte er sich tatkräftig für eine Zusammenarbeit der blockfreien, weder den USA noch der UdSSR verbündeten afroasiatischen Staaten ein (vgl. → Bandungkonferenz, Teil I).

1889 in Allahabad als Sohn des europäisch beeinflußten Rechtsanwalts und Politikers Motilal N. geboren, der sich von einer Brahmanenkaste aus Kaschmir herleitete, wurde der junge N. zum Jurastudium und zur Erziehung in Stil und Lebensart der britischen gentry nach England gesandt. Er kehrte erst nach sieben Jahren von dort zurück. Sowohl sein Vater als auch N. selbst erhofften die zukünftige Unabhängigkeit Indiens als das Ergebnis einer Reihe von Reformen in der britischen Kolonialverwaltung. Sie waren maßgebend an der Ausarbeitung eines Entwurfs beteiligt, mit dem der Allindische National-Kongreß 1916 den Dominion-Status anstrebte, während Indien am Krieg gegen die Mittelmächte Europas teilnahm.

Aber nach dem Kriege und dem Massaker, das die Engländer 1919 in Amritsar anrichteten, schloß sich N., zunächst gegen den Willen seines Vater, Mahatma K. Gandhi an, der durch zähen passiven Widerstand gegen die britische Verwaltung und Nichteinhaltung von ihr erlassener Gesetze die Kolonialherrschaft zu unterminieren hoffte, ohne Gewalt anwenden zu müssen. Der endliche Erfolg gab ihm nach Jahrzehnten recht.

Nach dem Tode seines Vaters (1931) war N. wiederholt Präsident des Nationalkongresses und wiederholt wegen Widerstandes gegen die britische Herrschaft im Gefängnis. Gandhi bestimmte ihn zu seinem Nachfolger in der Führung der indischen Unabhängigkeitsbewegung, obschon er wußte, daß N. seiner Veranlagung und Bildung nach eher eine Hamletnatur als ein zielbewußter Revolutionär war. Darum stellte er ihm den Systematiker Sardar V. Patel zur Seite.

Der Zweite Weltkrieg, an dem Indien wiederum auf Seiten Englands teilnahm, machte dann die weitere gewaltsame Aufrechterhaltung der

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

britischen Kolonialherrschaft unmöglich. Im September 1946 trat N. an die Spitze eines Übergangskabinetts. Unter Lord Mountbatten, dem letzten britischen Vizekönig Indiens, setzte N. 1947 die Abschaffung der Paria-Kaste durch, eine Voraussetzung zur Volkwerdung der Inder. Ein dauerhafter Ausgleich der Gegensätze zwischen Hindus und Moslems gelang ihm dagegen nicht. Auch Gandhi konnte dieses Ziel vor seiner Ermordung (im Januar 1948) nicht mehr erreichen.
Im Juni 1947 nahm der Kongreß den britischen Teilungsplan (Indien-Pakistan) an, am 15. August wurde das Land offiziell unabhängig und am 26. Januar 1950, zwei Monate nach Annahme der Verfassung, die Republik Indien proklamiert.
Damit verblieb N. noch der schwerste Teil seiner Aufgabe, aus den Indern eine Nation zu machen, die einen Staat tragen konnte. Neben den Kämpfen mit Pakistan, dem Aufbau einer afroasiatischen Front, unabhängig von Kommunismus und US-Kapitalismus, der weltweiten Bekämpfung des Kolonialismus (vgl. → *Bandung-Konferenz*, Teil I), der vorsichtigen Abwehr der Bedrohung durch das China Mao Tsetungs, vor allem nach der Besetzung Tibets, arbeitete er an diesem umfassenden Erziehungswerk bis zu seinem Tode 1964. Seine Tochter und langjährige Mitarbeiterin, → *Indira Gandhi*, setzt es fort.

Literatur:

Jawaharlal Nehru, Indiens Weg zur Freiheit, Frankfurt 1962
Heinrich Bechtoldt, Indien oder China, Stuttgart (DVA) 1961
Heinz Lehmann, Jawaharlal Nehru (Persönlichkeit und Geschichte Bd. 38), Göttingen (Musterschmidt) 1965
Frank Moraes, Nehru — Eine Biographie, München 1957
Max Mohl, Gandhis gefährliches Erbe, Gütersloh (Bertelsmann) 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

Pietro N., nach dem Zweiten Weltkrieg Reorganisator der italienischen Sozialisten, war 1945 bis 1947 und von 1963 bis 1968 stellvertretender Ministerpräsident, im letzten Quartal 1946 sowie im Kabinett Rumor seit Dezember 1968 italienischer Außenminister. Am 30. Oktober 1966 vereinigte er seine linkssozialistische Partei mit Saragats Sozialdemokraten zur Vereinigten Sozialistischen Partei Italiens, deren Präsident er wurde.

Am 9. Februar 1891 in Faenza geboren, beteiligte sich der Zwanzigjährige an Unruhen, die gegen den italienisch-türkischen Krieg gerichtet waren, und wurde 1911 gemeinsam mit → *MUSSOLINI* inhaftiert. Später gab er mit Carlo Rosselli zusammen das sozialistische Organ „Il quarto stato" heraus, wurde Pariskorrespondent des zunächst von Mussolini geleiteten sozialdemokratischen Blattes „Avanti" und übernahm dessen Hauptschriftleitung, nachdem Mussolini sich vom Sozialismus losgesagt hatte.

Als diese 1926 sein früheres Organ verbieten ließ, emigrierte N. nach Frankreich, gehörte dort seit 1931 dem Exekutivrat der → *SOZIALISTISCHEN* (bzw. sozialdemokratischen Dritten) *INTERNATIONALE* (Teil I) an und war während des Spanischen Bürgerkrieges (1936–1939) mit Randolfo Pacciardi Politischer Kommissar der Garibaldi-Brigade, also eng mit den Kommunisten liiert.

Nach Frankreich zurückgekehrt, wurde N. 1940 in → *VICHY* (Teil I) verhaftet, an Italien ausgeliefert und dort inhaftiert. Nach seiner Entlassung im August 1943 reorganisierte N. die Sozialistische Partei Italiens, wurde im August 1944 ihr Generalsekretär, im Juni 1945 stellvertretender Ministerpräsident (noch in der Monarchie) und im Oktober 1946, nach der Abreise König Umbertos II., Außenminster im Kabinett Gasperi.

Im Januar 1947 verlor N. seine Regierungsämter. Da er weiterhin eng mit den Kommunisten zusammengearbeitet hatte, spalteten sich die Sozialdemokraten unter Guiseppe Saragat zu diesem Zeitpunkt als Partito Socialista dei Lavatori Italiano (PSL) von N.s Partei ab. Vier Jahre später bildeten sie mit anderen Sozialisten zusammen die Partito Socialista Italiano.

N. war damit auf Jahre hinaus gegenüber Saragat und → *MORO* ins Hintertreffen geraten. Erst 1959 löste er seine Partei aus der

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten und suchte Annäherung an die Sozialdemokraten, die sich 1947 von ihm getrennt hatten, sowie an die Mittelparteien. 1963 trat er vom Amt des Generalsekretärs seiner Partei zurück und als stellvertretender Ministerpräsident in das Kabinett Moro ein, blieb aber auch bei seinen Linkssozialisten maßgeblich wirksam.
Seit 1965 betrieb N. dann nachdrücklich die Wiedervereinigung seiner Partei mit den Sozialdemokraten. Am 30. Oktober 1966 gelang sie ihm schließlich. Inzwischen war Saragat Staatspräsident geworden. N. wurde Präsident der Vereinigten Sozialistischen Partei. Im Kabinett Rumor (seit 13. Dezember 1968) übernahm er nach 22 Jahren wieder das Amt des Außenministers. Die Rangordnung in Italien vom März 1969 war Saragat, Rumor, de Martino, N.
Im Sommer 1969 unterbrach eine langandauernde Regierungskrise diese Ordnung. N. war mittlerweile 78 Jahre alt geworden.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

General N. W., auch Maung Shu Maung genannt, vom 28. Oktober 1958 bis zum 4. April 1960 Ministerpräsident von → BIRMA (Teil I), seit dem 12. März 1962 Regierungschef und Staatsoberhaupt in einer Person, blickt auf eine rein militärische Laufbahn zurück und sucht in Birma auf nahezu diktatorischem Wege einen → SOZIALISMUS (Teil I) eigener, birmesischer Prägung zu verwirklichen.

1911 im damals britisch-indischen Birma geboren und an einer Regierungsschule erzogen, studierte N. W. an den Universitäten in Prome und Rangun und begann seine militärische Laufbahn im Rahmen der bis in die zwanziger Jahre hinein noch fast ausschließlich von britischen Offizieren geführten Eingeborenenarmee.
Als im Oktober 1945 britische Truppen das von Japan 1943 unabhängig erklärte Land von neuem besetzten, schloß sich N. W. ihnen an und setzte seine Laufbahn fort. Als Birma dann am 4. Januar 1948 selbständige Republik außerhalb des *COMMONWEALTH* (Teil I) wurde, avancierte N. W. zum Vizegeneralstabschef im Range eines Generalmajors.
Ein Jahr später, während des Aufstandes der Karen, wurde er Oberkommandierender, zugleich ins Parlament gewählt sowie für kurze Zeit stellvertretender Ministerpräsident, Verteidigungs- und Innenminister, als es darauf ankam, die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe mit nationalen Minderheiten und kommunistischen Banden zu beenden.
1950, nachdem Ruhe eingetreten war, kehrte N. W. zur Armee zurück. 1956 wurde er zum General befördert. Am 26. September 1958 zwang er den Ministerpräsidenten U Nu zum Rücktritt und übernahm das Amt selber, zugleich auch wieder das Verteidigungsministerium.
Bei den Wahlen vom Februar 1960 siegte die 1948 gegründete Antifaschistische Volks-Freiheitsliga (AFPFL), die unter Führung U Nu's stand. Dieser wurde wieder Ministerpräsident, N. W. zog sich als Generalstabschef der Armee auf Warteposition zurück, aber nur für zwei Jahre. Am 2. März 1962 stürzte er aufs neue die Regierung U Nu, machte sich wieder selbst zum Regierungschef und übernahm auch die Leitung sämtlicher wichtiger Ministerien, nämlich des Verteidigungs-, Finanz-, Steuer-, Planungs- und Justizministeriums selbst.

Zehn Tage später, nachdem Staatspräsident S. D. Nawng zurückgetreten war, übernahm N. W. auch das Amt des Staatsoberhauptes. Im Juli gründete er die „Partei des birmesischen Wegs zum Sozialismus" (BSPP) in der Erkenntnis, daß jedes Volk seine eigene Form des Sozialismus finden muß. Im November 1963 unternahm er einen entscheidenden Schlag gegen die Führung der Kommunistischen Partei Birmas und im März 1964 verbot er alle Parteien außer seiner BSPP.
Innenpolitisch bereitete N. W. die Umwandlung des Staatenbundes → *BIRMA* (Teil I) in einen Bundesstaat vor. Außenpolitisch suchte er zunächst gleich gute Beziehungen zur Volksrepublik China und zur UdSSR zu unterhalten, unternahm 1966 eine Reihe von Staatsbesuchen in Pakistan und Osteuropäischen Ländern, aber auch in den USA und in Japan.
1967 mußte er gegen die überhandnehmende Mao-Propaganda chinesischer Studenten in Rangun einschreiten und gleichzeitig die antichinesischen Ausschreitungen der aufgebrachten Bevölkerung Ranguns in Schach halten, am 28. Juni 1967 sogar das Kriegsrecht verhängen. Im Oktober ging infolge der fortgesetzten Auseinandersetzungen das Wirtschaftsabkommen mit China in die Brüche, und die chinesischen Experten reisten ab.
N. W.s Hauptanliegen ist bei einer solchen Entwicklung natürlich, sein Land aus dem Strudel des Vietnamkrieges herauszuhalten. Dabei steht ihm auch der Ausspruch seines kambodschanischen Nachbarn Prinz → *SIHANOUK* vor Augen: „Amerikaner will ich nicht im Lande haben. Die ziehen den Kommunismus an wie der Zucker die Ameisen."

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

NIXON

Der Republikaner Richard Milhous N. entlarvte 1948 Alger → HISS und Harry Dexter → WHITE, war 1953 bis 1961 USA-Vicepräsident neben → EISENHOWER, wurde am 5. November 1968 zum Präsidenten der USA gewählt, hat die demokratische Mehrheit in beiden Häusern des neugewählten Parlaments gegen sich und daher von Anfang an einen ungewöhnlich schweren Stand gegenüber dem → ROOSEVELT- → KENNEDY- JOHNSON-Establishment. Er hat sich andrerseits gründlicher auf sein Amt vorbereitet als etwa → TRUMAN, Eisenhower oder Johnson.

1913 in Yorba Linda/Kalifornien als Sohn eines nicht vom Glück begünstigten Farmers geboren, verdiente sich N. die Kosten seines Jurastudiums als Werkstudent selber, bestand 1934 am Whittier-College die Bachelor of Art-Prüfung und 1937 das Examen als Bachelor of Laws an der Rechtshochschule der Duke-Universität.

Anschließend in einer Anwaltsfirma in Whittier tätig, wurde N. im 2. Weltkrieg 1942 zunächst Anwalt bei der Notstandsbehörde (emergency management office) in Washington, rückte aber noch im gleichen Jahr zur Marine ein, nahm an den Kämpfen im Pazifik teil und wurde zum Commander-Lieutenant befördert.

1946 von der Marine entlassen, wurde N. 1947 für den 12. kalifornischen Distrikt in den Kongreß gewählt und entfaltete in den folgenden vier Jahren eine so rege Tätigkeit — unter anderem im Untersuchungsausschuß gegen unamerikanische Umtriebe, wo er 1948 maßgeblich zur Entlarvung der kommunistischen Agenten Alger → *HISS* und Harry Dexter → *WHITE* beitrug —, daß er bereits 1951 für Kalifornien in den Senat einziehen konnte.

Nur ein Jahr später nominierte auf Vorschlag → *EISENHOWERs* die Republikanische Partei N. zum Kandidaten für die Vicepräsidentschaft. Am 4. November 1952 wurde er zusammen mit Eisenhower gewählt, am 20. Januar 1953 trat er das Amt an, nützte die acht folgenden Jahre, um sich gründlicher und umfassender als manche Präsidenten in der internationalen Politik zu orientieren, und machte von seinen Befugnissen als Vicepräsident weitgehend Gebrauch, u. a. auf Reisen, die ihn auch nach Moskau führten.

1960 stellten die Republikaner N. als Präsidentschaftskandidaten auf, doch verlor er die Wahl am 8. November knapp (um 122 000 Stimmen) gegen → *KENNEDY* und wurde daraufhin Gesellschafter der Anwaltsfirma Adams, Duque und Hazeltine. 1962 bewarb er sich um den Gouverneursposten von Kalifornien, verlor aber auch diese Wahl, wobei der inzwischen rehabilitierte Alger → *HISS* keine geringe Rolle spielte.
Im Dezember 1963 trat N. als Teilhaber in die neugegründete New Yorker Anwaltsfirma Nixon, Mudge, Rose, Guthrie, Alexander & Mitchell ein, hielt sich gleichzeitig in allen Fragen der amerikanischen Innen- und der internationalen Außenpolitik auf dem Laufenden und arbeitete stetig an seiner publicity.
Als bei den Präsidentschaftswahlen von 1964 der Republikaner Bary Goldwater gegen den Demokraten → *JOHNSON* verlor, empfahl ersterer seiner Partei N. nachdrücklich als den Mann, der die stark angeschlagenen Republikaner wieder zum Erfolg führen könne. Tatsächlich führte N. 1968 den Wahlkampf für sich und seine Partei dann so geschickt und unbeirrbar, daß diese zwar nicht die Mehrheit im Parlament erringen, aber doch weiter aufholen und fünf Gouverneursposten zusätzlich für sich gewinnen konnte. N. selbst erhielt über 31 Millionen Stimmen (43,5 %), sein demokratischer Gegner Humphrey 30,7 Millionen (43 %).
N. sieht sich bei Amtsantritt den beiden gleichen Hauptproblemen gegenüber wie sein Vorgänger Johnson: innenpolitisch dem notwendigen Ausgleich zwischen → *SEGREGATION* (Teil I) sowie → *BLACK POWER* (Teil I) einerseits und den Bürgerrechtsbestrebungen andrerseits; außenpolitisch der ebenso notwendigen baldigen Beendigung des → *VIETNAM*-Krieges (Teil I).

Anmerkungen ....

....

....

....

Dr. Kwame N., von 1952 bis 1957 Ministerpräsident der britischen Kolonie Goldküste, dann Ministerpräsident und von 1960 bis Anfang 1966 Präsident der Republik GHANA (Teil I) mit diktatorischen Vollmachten, übersteigerte den Kult um seine Person so lange, bis ihn ein „Nationaler Befreiungsrat" am 24. Februar 1966 in Abwesenheit stürzte. Seitdem lebt er als Gast Sékou → TOURES in Guinea.

1909 in Nkroful (Goldküste) geboren, wurde N. auf einem Lehrerseminar der Mission in Achimota ausgebildet, unterrichtete von 1931 bis 1934 als Volksschullehrer in Elmina und Axim und 1935 am katholischen Seminar in Amisano. Bis 1945 studierte er in den USA an der Negeruniversität Lincoln und an der Pensylvania-Universität und ging von dort nach London an die School of Economics. Dort wurde er Generalsekretär des Sekretariats der westafrikanischen Völker und Redakteur des „New African". Beim Panafrikanischen Kongreß 1945 in Manchester war er ebenfalls als Sekretär tätig.
1947 kehrte N. nach der Goldküste zurück und wurde erster Generalsekretär der United Gold Coast Convention. 1949 verließ er diese Partei und gründete eine eigene, die Convention Peoples Party (CPP), die die sofortige Unabhängigkeit verlangte. Als er 1950 illegale Streiks organisierte, ließ ihn die britische Kolonialverwaltung verhaften.
Trotzdem wurde er bei den ersten allgemeinen Wahlen aufgrund der neuen Verfassung im Februar 1951 in den Stadtrat von Accra gewählt und aus der Haft entlassen, um die Leitung der Regierungsgeschäfte im Parlament zu übernehmen.
1952 wurde N. Ministerpräsident im Rahmen der kolonialen Selbstverwaltung. Nachdem Großbritannien 1954 die Zuständigkeiten dieser Selbstverwaltung erweitert hatte, konnte N. im August 1956 erstmals eine autonome Regierung bilden, deren Machtbereich im Dezember des gleichen Jahres um den britischen Mandatsanteil an → *TOGO* (Teil I) erweitert wurde.
Als am 6. März 1957 Großbritannien dann nach langen Verhandlungen N.s hartnäckige Forderung nach Selbstregierung mit dem vollen Dominionstatus erfüllte, wurde er wiederum Ministerpräsident, gab dem Land den Namen Ghana und erreichte die Aufnahme

in die → *UNO* (Teil I). Drei Jahre später, am 1. Juli 1960 proklamierte er die Republik und wurde ihr Staatsoberhaupt und Präsident.

Seitdem orientierte sich N. zunehmend östlich und übernahm zahlreiche wichtige Ministerämter selbst. Die Convention Peoples Party, deren Vorsitz ihm bereits 1960 auf Lebenszeit zugesprochen worden war, machte er im Oktober 1962 zur Einheitspartei, neben der es keine anderen mehr gab. 1961 erhielt er den Lenin-Friedenspreis. Im Bewußtsein seiner Begabung und gründlichen westlichen Bildung und aufgrund seiner verhältnismäßig langen Regierungszeit (seit 1952) fühlte sich N. den Mitgliedern seiner Regierung so sehr überlegen, daß er schließlich die Haltung eines Halbgottes annahm.

Diese Überheblichkeit sowie der zunehmende Einfluß Chinas und der UdSSR, zudem eine wachsende Inflation mit starker Verteuerung selbst der landeseigenen Lebensmittel führten zu steigender Unzufriedenheit, in der Bevölkerung sowohl wie in der Armee, und schließlich, am 24. Februar 1966, als sich N. in Peking aufhielt, um sich „persönlich in die Vietnamfrage einzuschalten", zu seinem Sturz.

Literatur:

Kwame Nkrumah, Towards Colonial Freedom, 1946
Kwame Nkrumah, What I Mean by Positive Action, 1950
Kwame Nkrumah, Education in the Colonial Liberation Movement, Ghana 1957
Kwame Nkrumah, Africa Must Unite, 1963
Kwame Nkrumah, Consciencism, 1964
vgl. auch → *GHANA* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

NYERERE

Julius Kambarage N., seit dem 9. Dezember 1962 Präsident von Tanganjika, seit dem 27. April 1964 Präsident, Regierungschef und Außenminister der Vereinigten Republik Tansania (einschl. Sansibar), neigt zur Anlehnung an die kommunistisch regierten Mächte und sieht „die wirklichen afrikanischen Revolutionen" durch die Politik der westlich orientierten afrikanischen Staaten bedroht.

1921 in Butiama als Häuptlingssohn geboren, besuchte N. zunächst die katholische Missionsschule in Musoma, dann die Höhere Regierungsschule in Tabora, studierte am Makerere-College in Uganda und war von 1946 bis 1949 in Tabora als Lehrer tätig.
Von 1949 bis 1952 studierte N. dann in England an der Universität Edinburgh Volkswirtschaft und Geschichte, kehrte nach Tanganjika zurück und unterrichtete von 1953 bis 1955 am römisch-katholischen St.-Francis-College.
Gleichzeitig half er eine soziale Hilfsorganisation aufbauen, die Tanganyika African Association, übernahm ihre Leitung und bildete sie 1954 zu einer politischen Partei um, zur Tanganyika African National Union (TANU), die sich für die Unabhängigkeit Tanganjikas einsetzte.
Seit 1954 auch Mitgied der Gesetzgebenden Versammlung wurde N. nach zwei eindrucksvollen Wahlerfolgen seiner Partei (1958 und 1960) Chefminister und, nachdem das Land am 9. Dezember 1961 seine volle Unabhängigkeit erhalten hatte, Ministerpräsident.
Anderthalb Monate später trat er wieder zurück, wartete, bis am 9. Dezember 1962 die Republik ausgerufen wurde, und übernahm nunmehr das Amt des Präsidenten. Nachdem eine Revolution auf der Insel Sansibar im Januar 1964 dort den Sultan gestürzt und zunächst eine ostorientierte Volksrepublik ausgerufen hatte, kam es am 27. April 1964 zum Zusammenschluß von Tanganjika und Sansibar zur Vereinigten Republik, die am 29. Oktober des gleichen Jahres den Namen Tansania annahm. N. behielt das Präsidentenamt, das des Regierungschefs und auch das des Außenministers.
Er erhob seine Partei, die TANU, zur Einheitspartei, verbot alle anderen und ließ sich am 21. September 1965 für weitere fünf Jahre wiederwählen. Als sein Kollege in → *GHANA* (Teil I) → *NKRUMAH* am 24. Februar 1966 gestürzt wurde, verurteilte N. offiziell

den Staatsstreich und bot Nkrumah Asyl in Tansania an. In diesem Zusammenhang fiel sein anfangs zitiertes Wort von den „wirklichen afrikanischen Revolutionen", unter denen er offenbar nur die nach östlichem Muster versteht.
Im Mai 1966 begann N. mit einer vorerst noch begrenzten Aufrüstung, den zur Verfügung stehenden bzw. nicht zur Verfügung stehenden Mitteln entsprechend, und sprach Sowjetrußland wie auch China seinen Dank für die Ausbildung der Streitkräfte auf Sansibar sowie für moderne militärische Ausrüstung Tansanias aus.
Mitte Juni 1966 löste N. die Währung Tansanias vom britischen Pfund Sterling und führte eine eigene ein, deren Banknoten und Münzen sein Bildnis tragen. Im August wurde der Kurs der neuen landeseigenen Währung mit dem → *IMF* (Teil I) festgelegt.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Apollo Milton O., seit dem 2. Mai 1962 Ministerpräsident, seit dem 1. Mai 1966 Staatspräsident und Regierungschef von → UGANDA (Teil I), war seit 1957 Führer des Uganda National Congress und damit des Kampfes für die Unabhängigkeit. O. erzwang 1967 den Einheitsstaat unter Liquidierung der Teilmonarchien und erstrebt eine Ostafrikanische Föderation mit → KENIA und → TANSANIA (Teil I).

1925 in Ankoro/Uganda als Sohn eines Unterhäuptlings geboren und an einer evangelischen Missionsschule erzogen, wurde O. in Kampala auf einem College zum Lehrer ausgebildet, übte diesen Beruf aber nicht aus, sondern war bei der Eisenbahn tätig.

Von 1950 bis 1955 hielt sich O. in → *KENIA* (Teil I) auf und nahm dort Verbindung zu Führern der Unabhängigkeitsbewegung auf, erlebte auch den Mau-Mau-Aufstand mit und war Mitbegründer der Kenya African Union sowie nach seiner Rückkehr nach Uganda des Uganda National Congress, der ihn 1957 zu seinem Präsidenten wählte.

Bei den ersten Wahlen im Jahre 1958, die von dem Teilstaat Buganda boykottiert wurden, wurde O. in den Gesetzgebenden Rat gewählt. Nachdem sich der National Congress 1959 gespalten hatte (infolge der inneren Spannungen zwischen Buganda und den anderen Teilstaaten), gründete er 1960 den Volkskongreß von Uganda. Nach den allgemeinen Wahlen im März 1961 übernahm er die Führung der Opposition im Parlament.

Im Oktober 1961 nahm O. an der Londoner Ugandakonferenz teil. Am 1. März 1962 erhielt das Land die volle innere Autonomie. Bei den anschließenden Wahlen zur Nationalversammlung am 25. April siegte O.s Volkskongreß. Er selbst wurde am 2. Mai Ministerpräsident und konnte am 9. Oktober 1962 die endgültige Unabhängigkeit des Landes verkünden.

Genau ein Jahr später erklärte er Uganda zur Republik, konnte jedoch die Feudaltradition nicht sofort überwinden. Der König von Buganda, Mutesa, wurde erster Staatspräsident der Republik Uganda, behielt aber Buganda verfassungsrechtlich eine Sonderstellung vor. Erst am 2. März 1966 konnte O., der inzwischen Beziehungen zu den

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

kommunistischen Mächten aufgenommen hatte, es wagen, Mutesa als Staatspräsidenten abzusetzen.
Nachdem O. am 16. April 1966 selbst zum Staatspräsidenten gewählt worden war und das Amt am 1. Mai offiziell angetreten hatte, vertrieb er am 24. Mai Mutesa auch als Kabaka (König) von Buganda. Am 8. September 1967 setzte O. eine neue Verfassung durch, mit der die Teilmonarchien Buganda, Ahkole, Bunyoro und Toro endgültig aufgehoben wurden. Der Staatenbund wurde zum Einheitsstaat.
Am 1. Dezember 1967 konnte O. dann den ersten Schritt zu der von ihm seit 1963 betriebenen Ostafrikanischen Föderation mit Kenia und Tansania tun, nämlich die am 20. August 1965 beschlossene Ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft verwirklichen. Der gemeinsame Markt der drei Länder blieb zunächst auf Zusammenlegung der Dienstleistungsbetriebe, Flug- und Schiffahrtsgesellschaften, Eisenbahnen, Post, Fernsprech- und Fernschreibverbindungen beschränkt.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Juan Carlos O., seit dem 29. Juni 1966 Präsident der Republik Argentinien, wurde in dieses Amt von der Militärjunta eingesetzt, die am Tage zuvor den Präsidenten Arturo Illia gestürzt hatte. O. ist sowohl Antikommunist als auch Anti-Peronist. Bis zum November 1965 war er Oberbefehlshaber der argentinischen Streitkräfte gewesen und dann zurückgetreten. Mit dem Versuch, die zerrütteten Wirtschaftsverhältnisse zu einer Gesundung zu führen, steht O. vor einer unlösbaren Aufgabe.

Baskischer Abstammung, Jahrgang 1914, schlug O. die Offizierslaufbahn in der argentinischen Armee ein, erhielt 1934 das Leutnantspatent und wurde 1948 zum Major, 1955 zum Obersten befördert.

Nach dem Wahlerfolg der Peronisten im März 1962 und dem Sturz des Präsidenten Frondizi bildeten sich im argentinischen Offizierskorps gegensätzliche Gruppen. O. machte sich zum Führer der verfassungstreuen Gruppe und trug wesentlich dazu bei, daß wieder relativ geordnete Verhältnisse Platz griffen und Neuwahlen ausgeschrieben werden konnten.

Der im Oktober 1963 zum neuen Präsidenten erhobene Illia schien ihm jedoch zu nachgiebig gegenüber den Peronisten und zu wenig entschlußfreudig. Nach zwei Jahren, im Oktober 1965, ließ O. daher dem Präsidenten eine Warnung zukommen. Im Dezember nahm er, um seiner Warnung Nachdruck zu verleihen, nach erneuten Meinungsverschiedenheiten seinen Abschied.

Sofort nach seiner Regierungsübernahme ließ O. eine umfassende Aktion gegen die Kommunistische Partei durchführen und wenige Tage danach auch alle anderen Parteien auflösen, setzte einen neuen Obersten Gerichtshof ein, ernannte Costa Mendez zum Außenminister, verhängte am 8. 7. 1966 das Ausnahmerecht und ließ die unter seinem Vorgänger Illia neu ernannten Beamten auf ihre Eignung überprüfen.

In einer Grundsatzerklärung bekannte sich O. zur Verteidigung der „westlichen, christlichen Welt" und zur staatlichen Lenkung einer grundsätzlich „freien Wirtschaft". Die Universitäten als Pflanzstätten kommunistischen Gedankenguts stellte er unter Regierungskontrolle, was zu einer mehrwöchigen Schließung der Hochschulen führte.

Professoren erklärten ihren Rücktritt. Die Studentenunruhen dauerten monatelang an.
Am 9. August ließ O. den argentinischen Peso um 6 % abwerten (die achte Abwertung binnen zwei Jahren), im September begann er mit der Reprivatisierung von staatlichen Betrieben und erklärte, seine Regierung strebe Rohöl-Selbstversorgung, Erhöhung der Stahlproduktion und Reform der Eisenbahnen an. Am 14. 12. setzte ein auf 24 Stunden befristeter Generalstreik gegen O.s Wirtschafts- und Sozialpolitik ein, am 29. 12. erklärten vier Minister des Kabinetts ihren Rücktritt.
Das Fazit aus den bisherigen Bemühungen O.s ist negativ. Er hat sich mit Tatkraft, Mut und Elan auf eine Sisyphusarbeit eingelassen. Die einzelnen südamerikanischen Staaten werden sich aus eigener Kraft aus ihrer Misere kaum befreien können.

Literatur:

vgl. → *Argentinien* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

OVANDO CANDIA

General Alfredo O., seit dem 26. September 1969 Präsident der Republik → BOLIVIEN (Teil I), kandidierte bereits 1966 als Oberbefehlshaber der bolivianischen Streitkräfte für die Präsidentschaft und stürzte nach dem Tode des Präsidenten → BARRIENTOS dessen Nachfolger Siles Salinas.

Am 6. April 1918 geboren, wurde O. Berufssoldat, Offizier, Lehrer an der bolivianischen Militärakademie und zeitweise auch Militärattaché seines Landes in Paraguay und Uruguay. Anfang der sechziger Jahre erhielt er den Generalsrang und stieg zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte auf.

Aus dieser Position war O. maßgeblich an dem Staatsstreich gegen den Präsidenten Paz Estenssoro vom 4. November 1964 beteiligt, der ein halbes Jahr zuvor trotz umfangreichen Wahlboykotts wiedergewählt worden war. In der Junta, die die Regierung übernahm, hatte Barrientos Ortuno die Führung. Bei der Präsidentenwahl am 3. Juli 1966 kandidierte O. neben Barrientos, unterlag aber und stellte sich mit der Armee loyal hinter den gewählten Präsidenten, unterdrückte die Aufstände der Zinnminenarbeiter sowie die Guerillatätigkeit der → *OLAS* (Teil I), vgl. auch → *GUEVARA* (Teil II).

Dagegen begegnete O. dem Vizepräsidenten Siles Salinas, einem Zivilisten und Sozialdemokraten, von jeher mit starkem Mißtrauen. Als dieser nach dem Flugzeugabsturz und Tode Barrientos' am 5. Mai 1969 dessen Nachfolge antrat, setzte sich O. an die Spitze einer sozialistisch orientierten, nationalistischen Offiziersgruppe innerhalb der Armee, die sich den Sturz Siles Salinas' zm Ziel gesetzt hatte.

Während einer Reise des Präsidenten ins Landesinnere wurde der Staatsstreich in La Paz am 26. September 1969 ohne Blutvergießen durchgeführt. Siles Salinas entkam nach Chile, O. übernahm den Vorsitz der Revolutionsregierung und das Amt des Präsidenten. Er entzog der US-amerikanischen Erdölkompanie Bolivian Gulf Oil ihre Rechte in B., kündigte eine wirksame Bodenreform an, löste (laut Bericht von Fr. Otto Ehlert in der FAZ vom 18. Oktober 1969) das Parlament und die Parteien auf, zog aber gleichzeitig die noch unter Barrientos vorgenommene militärische Besetzung der Zinngruben zurück.

O. gab sich zu Beginn seiner Regierung in mancher Hinsicht radikaler, als es seiner früheren Haltung entsprach. Möglicherweise hielt er es für notwendig, den jüngeren Offizieren mit ihren am Beispiel Perus entfachten radikal nationalistischen und sozialistischen Tendenzen gleich durch seine ersten Regierungsmaßnahmen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Juho Kusti P., 1944 bis 1946 Ministerpräsident und danach zehn Jahre lang, bis zu seinem Tode am 14. Dezember 1956, Staatspräsident → Finnlands (Teil I), war derjenige finnische Staatsmann, der nach beiden Weltkriegen sowie nach dem Alleingang Finnlands im Winterkrieg 1939/40 die entscheidenden Verhandlungen mit der UdSSR führte, trotz der Niederlagen die Unabhängigkeit des Landes wahren konnte und den schnellen Wiederaufbau nach 1944 von höchster Stelle aus leitete.

1870 im Tampere geboren, schloß sich P. früh der finnischen Unabhängigkeitsbewegung an und bereitete sich auf die Diplomatenlaufbahn vor. Nachdem Finnland, das seit 1809 ganz unter russischer Herrschaft stand, im Anschluß an die russische Oktoberrevolution 1917 sich eine eigene Regierung gegeben, einen kommunistischen Aufstand im eigenen Land mit deutscher Waffenhilfe niedergeschlagen und die in Finnland stehenden Teile der Roten Armee zur Kapitulation gezwungen hatte, war P. an dem Ausgang der Friedensverhandlungen in Dorpat, die im Oktober 1920 ihren Abschluß fanden, maßgeblich beteiligt.

Neunzehn Jahre später vertrat P. sein Land gegenüber der sowjetrussischen Forderung, Hangö als Stützpunkt zu verpachten. Er lehnte sie ab. Daraufhin brach Molotow die Verhandlungen ab und die Sowjetunion griff am 30. November 1939 Finnland an.

Als es nach der finnischen Niederlage am 12. März 1940 durch Vermittlung Schwedens zum Frieden von Moskau kam, war es wiederum P., der zusammen mit Ryti die Verhandlungen führte. Finnland mußte zwar große Gebietsteile abtreten, behielt aber seine Souveränität. Darüber hinaus enthielt der Vertrag eine gegenseitige Nichtangriffsverpflichtung. Auch der Abschluß von Handelsverträgen wurde vereinbart.

Im Zweiten Weltkrieg kämpfte Finnland von 1941–44 an der Seite der Deutschen gegen Rußland. Nach Niederlagen schloß P. als Ministerpräsident den Waffenstillstand vom 19. September 1944 mit der UdSSR, nahm allerdings nicht persönlich an den Verhandlungen in Moskau teil. Doch konnte er abermals die Erhaltung der finnischen Unabhängigkeit erreichen. Im wesentlichen wurden die Bedingungen des

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

Friedens von Moskau 1940 erneuert und dieser wieder für gültig erklärt.
Unter der Präsidentschaft P.s gelang dann dem Lande die Begleichung der ihm auferlegten Reparationen bis 1952, die Neuansiedlung der Flüchtlinge aus dem abgetretenen Karelien, die Rückgabe des zwangsverpachteten Porkkala durch die Sowjets und der Aufbau einer modernen Metallindustrie.
Vor allem gelang es dem konservativen P., die starken Linksströmungen im Lande trotz der unmittelbaren Nachbarschaft der siegreichen Sowjetunion nicht zur Aufrichtung einer Kommunistenherrschaft gelangen zu lassen, die Finnlands Unabhängigkeit von innen her hätte unterminieren können – eine kaum zu ermessende staatsmännische Leistung angesichts der leichten Siege kommunistischer Minderheiten in ganz Osteuropa.

Literatur:

Juho Kusti Paasikivi, Meine Moskauer Mission 1939/41, Hamburg (Holsten) 1966
Werner Nigg, Finnland – Suomi, Bern (Kümmerly) 1958
Eino Jutikkala, Geschichte Finnlands (Kröners Taschenbuchausgaben Bd. 365), Stuttgart 1964

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Kustaa Rafael P., vom 27. Mai 1966 bis zum 23. März 1968 finnischer Ministerpräsident, nahm erstmals seit 1948 die kommunistischen Volksdemokraten in seine Regierung auf und bildete mit ihnen, den finnischen Sozialdemokraten und den Agrariern eine → VOLKSFRONT-Regierung (Teil I), die sein Nachfolger, Koivisto, dann beibehielt (vgl. auch → KEKKONEN).

1903 in Uskela als Sohn eines Tischlers geboren, erlernte P. das Setzerhandwerk, war von 1927 bis 1934 im Zeitungsvertrieb und anschließend wieder als Typograph tätig. 1938 wurde er Redakteur der Arbeiterjugend-Zeitung und 1941 Vorsitzender des sozialdemokratischen Arbeiterjugendverbandes (bis 1945).
Seit 1942 Chefredakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung in Turku (Åbo), wurde P. 1948 in den finnischen Reichstag gewählt und ein Jahr später Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Gleichzeitig wurde er auch Mitglied des Verwaltungsrates des finnischen Rundfunks (bis 1963). Seit 1951 gehörte P. mehreren Kabinetten → *KEKKONEN*s und Fagerholms als Sozial- und Staatsminister an und wurde Vizepräsident der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
1962 sozialdemokratischer Präsidentschaftskandidat, übernahm P. 1963, nach dem Ausscheiden Tanners, das Präsidium der Partei. Nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg vom Mai 1966 bildete P. die Regierung (siehe oben), in der die Kommunisten den Verkehrsminister, den Sozialminister und den stellvertretenden Finanzminister stellten.
P. selbst vertrat einen demokratischen Kurs und suchte außenpolitisch eine Neutralitätspolitik mit der Erfüllung des finnisch-sowjetrussischen Freundschaftspaktes von 1948 (verlängert 1955) in Einklang zu bringen. Mitte November 1966 unternahm er seinen ersten offiziellen Besuch in Moskau, bei dem die Einsetzung einer ständigen finnisch-sowjetrussischen Wirtschaftskommission für spezielle Projekte verabredet wurde.
Nach seiner Rückkehr wurde P. Ende November 1966 erneut zum Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei gewählt, die sich kurz darauf überraschend einem heftigen Angriff in der „Prawda" (12. Dezember 1966) ausgesetzt sah. Es zeigte sich, daß P. trotz der

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Aufnahme von drei Kommunisten in sein Kabinett und trotz der in Moskau getroffenen Vereinbarungen vom Kreml mit Mißtrauen beobachtet wurde, obgleich er in der Außenpolitik Finnlands doch weitgehend hinter → *KEKKONEN* zurücktrat.
Wirtschaftspolitisch gelang es P.s Regierung weder, die seit 1960 zunehmend passive Handelsbilanz wieder in eine aktive zu verwandeln, noch die alljährlichen Haushaltsdefizite zu überwinden. Die Folge war eine ständige Geldentwertung bei ungewöhnlich hohen Lebenshaltungskosten.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Jorge P. Areco, seit dem 6. Dezember 1967 Staatspräsident und Regierungschef von → URUGUAY (Teil I), war am 27. November 1966 zum Vizepräsidenten gewählt worden und wurde nach dem Tode des gleichzeitig gewählten Präsidenten Gestido dessen Nachfolger. Er behauptete sich gegen Generalstreiks, Unruhen, Beamtenmeuterei und kommunistische Subversion mit fester Hand, Ausdauer sowie persönlichem Mut.

P. wurde am 9. April 1920 in Montevideo als Sohn eines Arztes geboren, begann Rechts- und Sozialwissenschaften zu studieren, wurde Aktivist in der seit 1865 regierenden Colorado-Partei, war dann zunächst als Mittelschullehrer tätig und brach schließlich sein Studium ab, um sich dem Journalismus und der Politik zuzuwenden.
1961 wurde P. Direktor der Tageszeitung „El Dia", 1962 ins Abgeordnetenhaus gewählt. Auf wiederholten Auslandsreisen nahm er internationale Kontakte auf und verschaffte sich Einblick in aktuelle Probleme der Weltwirtschaft.
Als am 27. November 1966 ein Volksentscheid gegen das seit vierzehn Jahren währende Kollegialsystem in der Regierung (neunköpfiger Präsidialrat) und für die Wiedereinführung des gewählten Staatspräsidenten entschied, wurde P., von der Coloradopartei als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten aufgestellt, gleichzeitig mit dem Präsidenten Gestido gewählt. Am 1. März 1967 traten beide ihr Amt an.
Die Kommunisten sahen voraus, daß sich aus dem wiedereingeführten Präsidialsystem eine Militärdiktatur wie in anderen südamerikanischen Staaten entwickeln könnte, und putschten am 20. Juli 1967 den Nationalen Arbeiterbund (CNT) zu einem 24stündigen Generalstreik für die Durchsetzung von Lohnerhöhungen auf. Gleichzeitig stiegen die Lebenshaltungskosten allein im Juli 1967 um 15,9 %
Streiks unter den Bankbeamten, die die Finanzpolitik der Regierung lähmten, weiteten sich Anfang Oktober zu einem neuen Generalstreik aus. Vier Regierungsmitglieder traten zurück. Gestido mußte den Ausnahmezustand verhängen. Am 5. November mußte seine Regierung erneut die Landeswährung abwerten. Am 6. Dezember erlag Gestido einem Herzschlag. P. trat an seine Stelle, verbot

die Sozialistische Partei und fünf andere kubafreundliche Gruppen, schloß ihre Zeitungen und ließ einige Parteiführer verhaften.
Am 19. März 1968 bildete P. das Kabinett um, Ende April verfügte er nach erneuter Abwertung der Landeswährung einen Importstop und ließ die Preise für Waren des Grundbedarfs blockieren. Am 13. Juni 1968 mußte er wiederum den Ausnahmezustand verhängen und ließ einige Grundrechte außer Kraft setzen, um Demonstrationen und Streiks angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage verbieten zu können. Diesesmal traten drei Minister zurück. P. ersetzte sie durch andere.
Am 18. Juni 1968 rief der CNT trotz des bestehenden Streikverbots zum Generalstreik auf, am 2. Juli noch einmal, und zwar innerhalb der Staatsverwaltung, vor allem der Staatsbanken. P. ließ mit Hilfe von Heer, Marine, Polizei und Feuerwehr am 3. Juli 500 Beamte verhaften. Es kam dabei zu Straßenschlachten mit zahlreichen Verletzten.
Am 12. August 1968 kam es in Montevideo zu schweren Studentenunruhen, an denen sich auch Oberschüler beteiligten. P. ließ die Höheren Schulen schließen. Am 19. September folgte ein neuer Generalstreik des CNT, der offensichtlich mit den Studenten zusammenarbeitete. P. ließ am 23. September alle Hochschulen bis zum 15. Oktober schließen. Als daraufhin der CNT für den 24. September erneut einen Generalstreik ausrief, ließ P. drei Mitglieder der UdSSR-Botschaft als die Anstifter ausweisen. Der Zusammenhang war eindeutig und es trat für ein Jahr Ruhe ein.
Am 17. März 1969 hob P. den Notstand auf und stellte die Verfassungsrechte wieder her. Es war verfrüht. Am 12. Juni 1969 eröffnete der CNT den Kampf von neuem. Streiks und Unruhen steigerten sich bis zum 21. Juni (Brandstiftung bei General Motors) in solchem Maße, daß P. am 23. Juni über das ganze Land den Belagerungszustand verhängen und nunmehr auch zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre verhaften ließ.

Anmerkungen ....

....

....

Georgios P., seit dem 13. Dezember 1967 Ministerpräsident von → GRIECHENLAND (Teil I), war der führende Kopf der Militärjunta, die sich am 21. April 1967 durch einen Staatsstreich in den Besitz der Macht in Griechenland setzte und sich gegenüber dem Versuch König Konstantins Mitte Dezember 1967, sie wieder zu stürzen, behauptete.

1919 in Eleochorion/Achäa geboren, wurde P. Berufssoldat, absolvierte die Kriegsakademie und schloß seine Studien dort im August 1940 als Second-Leutnant der Artillerie ab. Als Ende Oktober 1940 Italien nach der Besetzung Albaniens die Feindseligkeiten gegen Griechenland eröffnete, stand P. mit einer Batterie an der albanischen Front und wurde mehrfach ausgezeichnet.

Nachdem Griechenland 1941 von deutschen Truppen besetzt worden war und diese 1943 die Italiener in der Militärverwaltung des Landes abgelöst hatten, stieß P. zum nationalen Widerstand. Dort wurde er im September 1943 zum Leutnant befördert. Ende 1944, nach der Räumung, wurde er Stabsoffizier, Anfang 1945 Nachrichten- (Intelligence-)offizier und nach Ausbruch des → *GRIECHISCHEN BÜRGERKRIEG*es (Teil I) am Ende desselben Jahres als Kommandeur einer Batterie der Regierungstruppen im Grammos-Gebirge, bei Souli, im Peloponnes und bei Agrafa eingesetzt.

Im Dezember 1946 zum Hauptmann befördert, wurde P. Ausbildungsoffizier an der Artillerieschule. Ende Januar 1948 übernahm er, wieder im Fronteinsatz, die Führung der 131., später, zum Major befördert, der 144. Gebirgsartillerieabteilung. Ende 1949 kehrte er als Instrukteur an die Artillerieschule zurück und absolvierte gleichzeitig die Schule des Armee-Ingenieur-Korps.

1952/53 nochmals im aktiven Truppendienst und 1954 wiederum an der Artillerieschule tätig, wurde P. 1955 in das Intelligence-Büro (A 2) des Armeegeneralstabs kommandiert, 1956 zum Oberstleutnant befördert und 1957 Chef des Stabes einer Artillerie-Division. Von 1959 bis 1964 arbeitete P. dann, 1960 zum Obersten befördert, beim zentralen Intelligence Service.

Danach wieder als Truppenkommandeur eingesetzt, wurde P. im August 1966 zum 3. Stabsbüro des Armee-Generalstabs versetzt. Dort bereitete er den Putsch vor, mit dem die Generalität am 21. April

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

1967 die Regierungsgewalt in Griechenland übernahm, und wurde selbst zunächst Minister beim Amt des Ministerpräsidenten.
Als acht Monate später der Versuch König Konstantins, die Militärjunta zu stürzen, scheiterte, übernahm am 13. Dezember P. das Amt des Ministerpräsidenten, durch seine lange Tätigkeit beim Intelligence Service politisch hinlänglich vorbereitet, und auch das Verteidigungsministerium. Eine Woche später nahm er, zum Brigadegeneral befördert, seinen Abschied von der Armee. Seinen Bruder Konstantinos P., Dorfschullehrersohn aus Eleochorion wie er selber, machte er zum Generalsekretär der Staatskanzlei.
P.s langjährige Bürgerkriegserfahrung an der Front hat ihn zu einem entschlossenen Gegner aller des Kommunismus verdächtigen Strömungen in Griechenland gemacht. Er gibt demokratischen Prinzipien nur insoweit Raum, als sie sich nicht zu subversiven Zwecken mißbrauchen lassen. Er scheute nicht einmal vor der Entlassung von Richtern des Obersten Gerichtshofes (Areopag) am 31. Mai 1968 zurück. Der Verfassungsentwurf, den er am 17. September 1968 vorlegte und über den das griechische Volk in einem Volksentscheid abstimmte, entspricht daher auch in mehrfacher Hinsicht nicht dem Bilde, das man sich gemeinhin von einer demokratischen Verfassung macht.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Georg A. P. war 1944/45 und 1963/65 Ministerpräsident → GRIECHENLANDs (Teil I) und Führer der von ihm gegründeten linksliberalen Zentrumsunion. Nach einer Auseinandersetzung mit König Konstantin trat er Mitte Juli 1965 zurück und wurde zur Symbolgestalt und Stimme der Opposition gegen die Militärregierung.

1888 in Kalentizi/Achäa geboren, studierte P. Rechts- und Staatswissenschaften in Athen, Berlin, Paris und Leipzig und trat in die höhere Verwaltungslaufbahn ein. 1915 wurde er Präfekt von Lesbos, von 1916 bis 1920 Generalgouverneur der Ägäischen Inseln.
Seit 1923 gehörte P. dann sowohl der Regierung Griechenlands als auch dem Parlament an. Er wurde Innenminister, 1925 Wirtschafts-, 1930 Erziehungs- und 1933 Verkehrsminister. Wann und unter welchen Umständen P. im Verlauf dieser ununterbrochenen Verwaltungs- und Regierungskarriere zu den Sozialdemokraten stieß, läßt sich nicht mehr rekonstruieren.
Jedenfalls wurde er 1935 Führer der Sozialdemokratischen Partei, gerade im Jahre der Rückkehr Griechenlands zur monarchistischen Verfassung von 1911 und der Rückkehr König Georgs II. nach Griechenland. Sieben Jahre später, während der Besetzung Griechenlands durch italienische Truppen im Zweiten Weltkrieg, wurde P. 1942 verhaftet.
Im April 1944 gelang ihm die Flucht nach Kairo, wo er Chef einer griechischen Exilregierung wurde. Mit dieser kehrte er bereits im Oktober 1944 anch Griechenland zurück, wurde Ministerpräsident des Kabinetts der Nationalen Union und mußte sofort mit britischer Hilfe gegen die Partisanenarmee der kommunistischen „Nationalen Befreiungsarmee" (EAM) kämpfen.
Bereits im Januar 1945, noch vor dem Waffenstillstandsabkommen mit der EAM (vgl. → *GRIECHISCHER BÜRGERKRIEG,* Teil I) legte P. sein Amt nieder. Vom Januar bis September 1947, also in der Periode, die dem eigentlichen Bürgerkrieg vorausging, war er dann noch einmal Innenminister im Kabinett Maximos. Über seine Tätigkeit auf dem Höhepunkt der Kämpfe gegen die Truppen der nordgriechischen Gegenregierung des roten Generals Marcos vom Dezember 1947 bis Januar bzw. Oktober 1949 ist nichts bekannt.
Erst Ende 1950 trat P. wieder in Erscheinung und zwar als stellvertretender Premier und Koordinationsminister im Kabinett Venizelos

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

bis Oktober 1951. Dann wurde es volle zehn Jahre lang still um ihn. 1961 trat er an die Spitze der von ihm selbst gegründeten neuen linksliberalen Partei der Zentrumsunion. Offenbar hatten zwölf Jahre genügt, um vergessen zu lassen, daß eine linksliberale Haltung der kommunistischen Subversion Tür und Tor öffnet.
Im November 1963 und nochmals im Februar 1964 beauftragte König Paul P. mit der Regierungsbildung. Das erste mal scheiterte er nach einem Monat, das andere mal trat er nach 16 Monaten, am 16. Juli 1965 zurück, nachdem König Paul gestorben war und der junge König Konstantin eine scharfe Auseinandersetzung mit P. gehabt und es standhaft abgelehnt hatte, den Verteidigungsminister Garoufalias zu entlassen, dem P. „rechtsradikale" Tendenzen in der Armee zuschob.
Diese „rechtsradikalen" Tendenzen in der Armee bezeichneten den nach den Schrecken des griechischen Bürgerkrieges verständlichen festen Willen, dem Kommunismus nicht noch einmal Eingang nach Griechenland zu gestatten, sondern den Anfängen zu wehren. Es ist daher recht bezeichnend, daß P. nunmehr öffentlich für Neuwahlen eintrat und eine Agitationskampagne eröffnete, die zu antimonarchistischen Demonstrationen, Streiks und Straßenkämpfen führte. Die Regie war unverkennbar.
Als sich dann am 21. April 1967 eine Militärjunta unter Führung von → *PAPADOPOULOS* (vgl. dort!) in den Besitz der Macht setzte, um die verhängnisvolle Entwicklung noch rechtzeitig zu stoppen, wurde P. zum Symbol und Sprecher der Opposition, sein Sohn Andreas, 1965 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, verhaftet.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Franz v. P., vom Juni bis November 1932 vorletzter deutscher Reichskanzler der Weimarer Republik und Reichskommissar für Preußen, war vom 30. Januar 1933 bis zum Juli 1934 Vizekanzler im ersten → HITLER-Kabinett, befürwortete beim Reichspräsidenten nach dem Scheitern des Reichskanzlers Schleicher die Beauftragung Hitlers mit der Regierungsbildung. Seit 1934 wirkte er als Diplomat in Wien, seit 1938 in Ankara.

1879 in Werl geboren, wurde P. zunächst aktiver Offizier, war unmittelbar vor dem 1. Weltkrieg als Militärattaché bei den deutschen Botschaften in Washington und Mexiko tätig, nahm als Rittmeister des I. Garde Ulanenregiments und Generalstabsoffizier der 4. Garde Infanterie Division an den Kämpfen an der Somme und bei Arras teil und wurde Chef des Generalstabs der 4. türkischen Armee in Palästina.
1918 schied er als Major im Generalstab aus und war 1920 bis 1928 sowie 1930 bis 1932 als Abgeordneter der katholischen Zentrumspartei Mitglied des preußischen Landtags. Nachdem der Reichspräsident von → *HINDENBURG* am 30. Mai 1932 den Reichskanzler Brüning hatte fallen lassen, wurde P. mit Unterstützung alter Regimentskameraden, nämlich Schleichers und des Sohnes von Hindenburg, mit der Regierungsbildung beauftragt. Schleicher wurde Reichswehrminister.
Das Kabinett v. P. (mit sieben Adelsmitgliedern) fand aber im Parlament keine Mehrheit. P. löste daraufhin am 4. Juni 1932 den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 31. Juli an, bei denen die Nationalsozialisten 37 % der abgegebenen Stimmen erhielten, nachdem die Wahlkämpfe allein im Juni über 100 Tote und fast 1200 Verletzte gekostet hatten.
Unmittelbar nach der Auflösung des Reichstages erwirkte P. beim Reichspräsidenten eine Verordnung, mit der die preußische Regierung abgesetzt wurde und der Kanzler als Reichskommissar die Leitung der preußischen Regierungsgeschäfte übernahm. Um die Anträge der Nationalsozialisten im Reichstag abzuwehren, löste P. auch den neugewählten Reichstag auf dem Notverordnungswege (Artikel 48 der → *WEIMARER VERFASSUNG*, Teil III) wieder auf.
Die Neuwahlen am 6. November 1932 brachten den Nationalsoziali-

sten einen Stimmenverlust von 4,4 %, die Kommunisten erhielten 16,7 % der Stimmen, die höchste Stimmenzahl, die sie je in freien Wahlen erzielen konnten. Bei der Eröffnungssitzung suchte P. dem Mißtrauensantrag der Nationalsozialisten mit einem erneuten (seinem dritten) Auflösungsdekret zuvorzukommen. → *GÖRING* als Reichstagspräsident verhinderte das. Damit war die Regierung P. gestürzt.
Während des kurzen Zwischenspiels der Regierung Schleicher war P. maßgeblich an den Verhandlungen um die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten beteiligt. In der Überzeugung, daß diese nicht mehr zu verhindern sei, befürwortete er bei Hindenburg die Beauftragung Hitlers. Hindenburg bestand darauf, daß P. als Vizekanzler dem Hitlerkabinett angehöre.
Bis zum April 1933 war P. auch erneut Reichskommissar für Preußen. Im Juli schloß er das Reichs→*KONKORDAT* (Teil I) mit dem Vatikan ab. Am 13. November 1933 ernannte ihn Hitler zum Saarbevollmächtigten der Reichsregierung, im Juli 1934 unter Aufhebung des Vizekanzleramtes zum außerordentlichen Gesandten des Deutschen Reiches bei der Österreichischen Regierung in Wien. Unmittelbar zuvor war, im Zusammenhang mit der Röhm-Revolte, einer der engsten Mitarbeiter und Vertrauten P.s umgebracht worden.
Nach dem Anschluß Österreichs 1938 wurde P. deutscher Botschafter in Ankara und blieb es während des 2. Weltkrieges bis 1944. 1946 wurde er im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß freigesprochen. 1959 bestätigte ihn Papst Johannes XXIII. als Päpstlichen Geheimkämmerer in einer Würde, die bereits Pius XI. im Jahre 1923 dem damals 44jährigen verliehen hatte.

Literatur:

Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, 1952
Franz von Papen, Vom Scheitern einer Demokratie, Mainz (v. Haase & Koehler) 1968

Anmerkungen ....

....

II. PARVUS-HELPHAND

Alexander Helphand, eigentlich Israel Lasarewitsch Gelfand, mit Revolutionsnamen P., war nicht nur russischer Sozialist sondern als Urheber der Theorie der Permanenten → REVOLUTION (Teil I) Internationalist und einer der Begründer der → ONE WORLD-Bewegung (Teil I). Seit 1914 veranlaßte er u. a. die deutsche Reichsregierung finanziell, 1917 auch mit der Durchreisegenehmigung für → LENIN und Sinowjew zur Förderung der russischen Revolution.

1867 in Beresino im Gouvernement Minsk als Sohn eine Schlossermeisters geboren, besuchte P. in Odessa, offensichtlich gefördert, das Gymnasium, studierte 1887 bis 1891 in Basel Nationalökonomie und promovierte zum Dr. rer. nat. In der deutschen Sozialdemokratie erwarb er sich den Ruf eines bedeutenden marxistischen Theoretikers. Von Konrad Haenisch, Karl Kautsky und Clara Zetkin unterstützt, schrieb P., für sozialdemokratische Blätter. Aus Preußen und Württemberg ausgewiesen wurde er unter dem Decknamen „Markus" Leitartikler der „Volksstimme" in Chemnitz, 1895 Redakteur der Leipziger Volkszeitung. Wieder ausgewiesen ging er nach München. 1899 und 1902 unternahm P. Reisen nach Rußland mit falschem Paß, traf sich u. a. mit Maxim Gorki und ließ sich von diesem sämtliche Auslandsrechte an Gorkis Büchern und Dramen übertragen, mit denen er in kurzer Zeit große Summen verdiente.

Während des russisch-japanischen Krieges fuhr P. erneut nach Rußland, diesesmal gemeinsam mit Trotzki, den er von München her kannte und der ihn später in seiner Geschichte der russischen Revolution nicht gänzlich übergehen konnte. Denn von P. ging der Gedanke der „Permanenten → *REVOLUTION*" (Teil I, vgl. dort!) aus, der ihn über den Gesichtskreis der russischen Revolution hinaushob. Beide organisierten in Petersburg 1905 Streiks, den ersten „Sowjet" sowie den ersten „Soldaten- und Arbeiterrat". Nach dem Scheitern des Revolutionsversuches wurde P. zusammen mit Trotzki und Leo Deutsch 1906 nach Turuchansk/Nordsibirien verbannt, floh vom Transport wieder nach Deutschland und veröffentlichte 1907 sein Buch „In der russischen Bastille während der Revolution".

Anläßlich des Jungtürkenaufstandes 1908 ging P. als Korrespondent deutscher Zeitungen nach Konstantinopel, wurde alsbald Finanzberater der Hohen Pforte, belieferte die türkische Armee während der

Balkankriege mit Waffen und erwarb sich ein beträchtliches Vermögen. Er spekulierte auf Krieg, gab frühzeitig umfangreiche Terminbestellungen für Kriegsartikel auf, verkaufte dann die angesammelten Vorräte an die Türkei und agitierte zugleich im Namen der deutschen Sozialdemokratie für ein Bündnis „gegen den Zarismus".
Am 8. Januar 1915 übermittelte der deutsche Botschafter in Konstantinopel dem Auswärtigen Amt in Berlin telegraphisch P.s Vorschlag, die deutsche Reichsregierung möge ein Zweckbündnis mit den russischen Revolutionären eingehen und diese finanziell unterstützen. Ende Februar führte P. selbst in Berlin Gespräche im Auswärtigen Amt und legte am 9. März ein Memorandum vor, in dem die Unterstützung sowohl der unterdrückten Völker Rußlands als auch der sozialen Revolution empfohlen wurde.
In Kopenhagen richtete P. dann ein Büro ein, nahm Verbindung mit der deutschen Botschaft auf (Bericht des Gesandten Graf Brockdorff-Rantzau), drängte dort wieder darauf, „Rußland rechtzeitig zu revolutionieren" und quittierte am 29. Dezember 1915 einen Betrag von einer Million russischer Rubel für diesen Zweck.
Gleichzeitig stand P. aber in Kopenhagen in enger Verbindung mit Dr. Katz aus Warschau, der für den Nachrichtendienst des russischen Generalstabs tätig war. Nicht nur diese Tatsache spricht dafür, daß der militärische russische Nachrichtendienst die Revolutionäre ebenso unterstützte, wie es der deutsche Reichskanzler tun ließ.
Offenbar waren hier internationale Interessen im Spiel, wie sie auch von amerikanischen Bankkreisen verfolgt wurden, die ebenfalls erhebliche Transaktionen für die russischen Revolutionäre über Nya Banken in Stockholm laufen ließen. P.s politische Bedeutung bis in die Gegenwart hinein liegt darin, daß er in diesen internatinalen → *ONE WORLD*-Bestrebungen (Teil I), in deren Rahmen die russische Revolution nur einen ersten Schritt darstellte, eine entscheidende Schlüsselposition einnahm.
Im März 1917 gelang es ihm, Bethmann-Hollweg und das Auswärtige Amt zur Genehmigung der Durchreise → *LENIN*s, und Sinowjews zu bewegen, der schon 1914 von der Reichsbank einen Kredit erhalten hatte. Der Staatsanwalt der Regierung Kerensky, Karinski, ließ am 21. Juli 1917 ein Hochverratsverfahren gegen Lenin, Sinowjew, Madame Kollontay und – in Abwesenheit – auch gegen P. eröffnen, das aber, da auch die amerikanischen Transaktionen in der Anklageschrift erwähnt worden waren, nicht zum Abschluß kam.
P. selbst erlag am 12. Dezember 1924 einem Schlaganfall.

Giovanni Battista Montini, seit 1958 Kardinal, seit dem 21. Juni 1963 als Papst P. VI. Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche und absoluter Monarch des → Vatikan-Staates (Teil I), ringt um die Erhaltung der hierarchischen Ordnung gegenüber wachsenden demokratisierenden Tendenzen, wie sie in den Beschlüssen des Vatikanischen Konzils 1962/63 zum Ausdruck kommen, und bemüht sich gleichzeitig um Kontakte zu den anderen christlichen Konfessionen.

1897 in Concesio als Sohn eines Rechtsanwalts geboren und in den Jesuitenkollegs Cesare Arici sowie Liceo Arnaldo in Brescia erzogen, studierte Montini nach Besuch des Priesterseminars in Brescia und des Pontificalseminars in Mailand an der Gregoriana und an der Staatsuniversität in Rom Kirchenrecht, Philologie und Philosophie.

1920 erhielt er die Priesterweihe, ging 1923 für ein Jahr als Attaché an die Päpstliche Nuntiatur in Warschau und war anschließend bis 1937 im Staatssekretariat des Vatikans tätig. Gleichzeitig arbeitete Montini in der Studentenseelsorge und hielt von 1931—1936 Vorlesungen über Diplomatie-Geschichte des Heiligen Stuhls an der Kirchlichen Akademie.

1937 wurde Montini Stellvertreter des Kardinalstaatssekretärs Pacelli, des späteren Papstes Pius XII und absolvierte bei ihm die Hohe Schule traditionell kirchlicher Staatskunst. Siebzehn Jahre blieb er in diesem Amt, dann wurde er zum Erzbischof von Mailand ernannt, wo er sich durch erfolgreiche kirchliche Sozialarbeit einen Namen machte.

Als 1958 Kardinal Roncalli als Nachfolger Pius XII. zum Papst Johannes XXIII. gewählt wurde, ernannte er Montini zum Kardinal und es spricht manches dafür, daß er damals bereits an eine mögliche Nachfolge dieses so sorgsam vorbereiteten Priester-Diplomaten gedacht hat. Jedenfalls wurde Montini nach Johannes' Tode am 21. Juni 1963 von dem Kardinalskollegium schon nach kurzem Konklave, also im 1. oder 2. Wahlgang, gewählt.

P. VI. setzte zunächst das von seinem Vorgänger 1962 einberufene Konzil fort, zögerte aber, dessen Beschlüssen, soweit sie die traditionelle, hierarchische Ordnung der Kirche gefährdeten, seine Zustimmung zu geben. Er scheint — bei aller Aufgeschlossenheit für die

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Sozialprobleme — zu befürchten, daß eine weitgehende Demokratisierung Bestand und Dauer der Kirche und ihrer Einrichtungen in Frage stellen würde. Sowohl dem Jesuitenorden als auch Priorinnen von Nonnenklöstern gegenüber vertrat er diesen Standpunkt noch 1966/67.
Auch die „Öffnung nach links" seines Vorgängers Johannes, die Kontaktaufnahme mit Kommunistischen Regierungen, setzte P. VI. nicht im gleichen Stile fort. Eventuelle zukünftige diplomatische Beziehungen des Vatikans zum Kreml und vereinzelte Audienzen für sowjetische Staatsmänner gewährt er im Rahmen seiner Friedenspolitik und seiner Bemühungen um Daseinserleichterung sowie Freiheit der Religionsausübung für die kommunistisch regierten Völker. Der Audienz für das Staatsoberhaupt der UdSSR, → *Podgorny*, am 1. Februar 1967 gab er die Form einer diplomatischen Arbeits-Konferenz, bei der sachlich verhandelt wurde. Der Forderung Polens und der polnischen Kirche nach Angleichung der alten Bistumsgrenzen an die → *Oder-Neiße-Linie* (Teil I) kam er bis 1966 nicht nach. Mit Nachdruck widmete er sich der Kontaktpflege mit den anderen christlichen Konfessionen sowie mit den anderen großen Religionen der Erde, ohne allerdings den Anspruch des Katholizismus, die allein rechte Lehre zu sein, aufzugeben. Seine Reisen nach Palästina und Indien gaben dieser besonderen Seite seines Wirkens sichtbaren Ausdruck. Seine nachdrücklich vorgetragenen Friedensappelle, z. B. im Vietnamkrieg, sind ein unmittelbar politischer Faktor auch dann, wenn sie nicht sofort zu einem Erfolg führen können.

Literatur:

Corrado Pallenberg, Paul VI., Schlüsselgestalt eines neuen Papsttums, München (List) 1965
Andrea Lazzarini, Papst Paul VI., Freiburg (Herder) 1963
Reinhard Raffalt, Der Papst in Jerusalem, München (Prestel) 1964

Anmerkungen ....

....

....

Lester Bowles P., seit 1963 Premierminister von → Kanada, vorher zehn Jahre lang (1948–1957) Außenminister seines Landes, war ursprünglich Historiker, dann erfolgreich und mannigfach im Rahmen der → UNO (Teil I) wirksam, deren 7. Generalversammlung er 1952 präsidierte, Vorsitzender des NATO-Rates 1951/52 und erhielt 1957 den Friedens-Nobelpreis. 1958 wurde P. Führer der Liberalen Partei, die er 1963 zum Siege führte. Er schuf erstmalig eine kanadische Nationalflagge (das Ahornblatt) und versucht, den zunehmenden Einfluß der USA in Grenzen zu halten.

Sohn eines Methodistengeistlichen, 1897 in Toronto geboren, studierte P. Geschichte an den Universitäten Toronto und Oxford (England) und kämpfte im Ersten Weltkrieg als Offizier beim Royal Teying Corps. Anschließend arbeitete P. zwei Jahre bei einem Unternehmen in Chicago/USA, wurde 1923 Dozent für Geschichte an seiner heimatlichen Universität Toronto und erhielt dort 1926 eine Professur.

1928 begann P. seine diplomatische Laufbahn, war zunächst Erster Sekretär im Kanadischen Außenamt Ottawa, dann beim kanadischen Hohen Kommissar in London (1935–38), wo er bis in den Zweiten Weltkrieg hinein in beratender Funktion blieb. In dieser Zeit war er auch beim → *Völkerbund* (Teil I) in Genf tätig.

1941 kehrte P. ins Kanadische Außenamt nach Ottawa zurück, ging aber bereits ein Jahr später an die Kanadische Botschaft in Washington und wurde dort 1944 Gesandter, 1945 Botschafter. Während dieser Jahre in Washington engagierte sich P. stark für die Roosevelt–Churchillsche Neugründung der → *UNO* (Teil I), war am Entwurf ihrer Verfassung beteiligt und bereits 1943 Vorsitzender der Kommission für Ernährung und Landwirtschaft, 1949 Vorsitzender des Komitees für Politik und Sicherheit.

1946 wurde P. zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt in Ottawa ernannt, 1948 wurde er kanadischer Außenminister, blieb es bis 1957 und führte die kanadische Delegation von der 3. bis zur 11. Sitzung der UNO-Generalversammlung. Bei der 7. Sitzung, 1952, wurde P. zum Präsidenten gewählt.

Nachdem er bereits 1949 maßgeblich am Abschluß des → *NATO-Vertrages* (Teil I) in Washington beteiligt gewesen war, wurde P.

für das Jahr 1951/52 zum Präsidenten des ständigen NATO-Rates gewählt und stand somit 1952 an der Spitze beider internationalen Gremien UNO und NATO. Seine Idee war es auch, nach dem Angriff Englands, Frankreichs und Israels auf Ägypten 1956 an der ägyptisch-israelischen Grenze die UN-Friedensarmee einzusetzen. 1957 wurde ihm der Friedens-Nobelpreis zuerkannt.
1958 übernahm P. die Führung der Nationalliberalen Partei in Kanada, die bei den Wahlen 1963 gegen die Fortschrittlich-Konservative Partei Diefenbakers einen Sieg davontrug. P. wurde Premierminister und bildete 1963 und erneut am 18. Januar 1966 die Regierung. Innenpolitisch bemüht er sich um einen Ausgleich der immer noch erheblichen Spannungen zwischen der französisch und englisch sprechenden Bevölkerung und sucht den totalen Aufkauf der kanadischen Industrie durch US-amerikanische Unternehmen (vgl. → *Kanada*, Teil I) zu verhindern.
Außenpolitisch fördert er die Wirtschaftsverbindungen zu China, zur UdSSR (die beide relativ große Mengen kanadischen Weizens beziehen) und sogar zu → *Kuba* (Teil I). Auch ist P. ein Gegner der US-amerikanischen Bombenangriffe auf → *Nordvietnam* (Teil I), die er für politisch verfehlt hält.

Literatur:

Lester B. Pearson, Democracy in World Politics, 1955
Lester B. Pearson, Diplomacy in the Nuclear Age, 1959
vgl. auch Literatur unter → *Kanada* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Juan Domingo P., von 1946 bis 1955 Präsident der Republik Argentinien, regierte totalitär, förderte die Industrialisierung, brachte die Sozialgesetzgebung auf modernen Stand, nationalisierte Eisenbahnen, Petroleumquellen sowie andere ausländische Unternehmungen, bekämpfte den wirtschaftlichen und politischen Einfluß der USA und bahnte einen Zusammenschluß südamerikanischer Staaten an, was zu seinem Sturz beitrug.

1895 in Lobos (Prov. Buenos Aires) geboren, kam P. in den ersten Lebensjahren nach Patagonien, wo seine Eltern eine mittlere Schafzucht betrieben. Er lernte dort von klein auf das Milieu der Großgrundbesitzer, der reichen Hacienderos kennen, die ihre Tagelöhner, teils indianischer Abstammung, noch im Kolonialstil behandelten.
Nach dem Besuch der Colegio Internacional in Olivos, des Polytechnikums und des Militärkollegs erhielt P. 1913 das Leutnantspatent und durchlief zunächst die normale Laufbahn des Berufsoffiziers der Infanterie. 1930 wurde er Privatsekretär des Kriegsministers und unterrichtete bis 1936 Militärgeschichte an der Kriegsakademie. Anschließend wurde er Adjutant des Kriegsministers und ging als Militärattaché nach Chile.
Von 1939 bis 1941 bereiste P. an der Spitze einer argentinischen Delegation Europa und war nach seiner Rückkehr vorübergehend Direktor des Centro de Instrucción de Montaña, 1943 Chef des Stabes der 1. Armeedivision und Leiter des Sekretariats im Kriegsministerium.
Zu diesem Zeitpunkt erfolgte sein endgültiger Übertritt von der militärischen in die politische Laufbahn. P. war an dem Staatsstreich beteiligt, der 1943 Ramirez zur Präsidentschaft verhalf, und übernahm zusätzlich das Departement für Arbeit und Wohlfahrt mit der Aufgabe, die seit langem notwendigen Sozialreformen durchzuführen. Es gelang ihm, Depressionen und Mißtrauen der breiten Massen zu überwinden und sich vor allem in den Gewerkschaften eine starke Anhängerschaft, die „Descamisados" (Hemdärmeligen) zu schaffen, denen er in den folgenden Jahren seine weltanschaulich-politische Doktrin des „Justicialismo" (soziale Gerechtigkeit auf nationaler Basis) predigte. Aus dieser Anhängerschaft formte sich später die Peronistenpartei, argentinisch-sozialistisch und antikommunistisch.

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

1944 brachte ein neuer Staatsstreich Präsident Farrell an die Macht. P. wurde Vizepräsident, aber im Oktober 1945 plötzlich zum Rücktritt von allen seinen Ämtern gezwungen, da seine große Popularität Farrell zu gefährlich erschien. Daraufhin führte Eva (Evita) Duarte eine große Volksmenge vor das Regierungsgebäude und demonstrierte dort drei Tage lang, bis P. wieder eigesetzt wurde. Kurz darauf heiratete er Evita. Am 24. Februar 1946 wurde er Präsident. Evita übernahm offiziell das Sozialministerium, inoffiziell die Regierungspropaganda.
1947 wurde das Frauenwahlrecht eingeführt, 1949 eine autoritäre Verfassung verkündet. Die rasche Industrialisierung und Durchführung eines umfangreichen Sozialprogramms führten zu Rückschlägen, die wiederum eine Intensivierung der Landwirtschaft notwendig machten. Die Enteignung der nordamerikanischen Ölgesellschaften im Norden des Landes und die enge außenpolitische Zusammenarbeit P.'s mit Bolivien und Chile machten ihn zum bestgehaßten Mann in den USA. Sein Sturz wurde vorbereitet.
1952 starb Eva Peron, trotz zerrütteter Ehe bis zum letzten Tag für P.'s Regierung werbend. Rom lehnte ihre vom Volk verlangte Seligsprechung ab. Innenminister Bourlenghi, alias Burlenski, riet P. zu scharfen Maßnahmen gegen die katholische Kirche Argentiniens. Großgrundbesitz, Marineoffizierskorps und Kirche vereinigten sich zum Sturz P.'s. Am 21. September 1955 konnte er sich vor der ins Regierungsgebäude eindringenden Offizierskamarilla im letzten Augenblick auf ein uruguayisches Kanonenboot im Hafen von Buenos Aires retten.
Seitdem lebt P. im Exil, z. Zt. in Madrid. Auf die Peronistenpartei hat er nur noch geringen Einfluß und nicht die Absicht, noch einmal in die Regierung Argentiniens zurückzukehren.

Literatur:

Hans Ulrich Rudel, Zwischen Deutschland und Argentinien, Göttingen (Plesse) 1955, S. 63 ff, 231 ff
W. Stäuble, Argentinien, Zürich 1952
Eva Peron, La razon de mi vida, Buenos Aires, 1950

Seit dem 20. September 1955 Ministerpräsident der Volksrepublik → VIETNAM NORD (Teil I) und seit drei Jahrzehnten enger Mitarbeiter → HO CHI-MINHs, ist P. auch Mitglied des Politbüros im Zentralkomitee der Arbeiterpartei und, je älter Ho Chi-minh wird, desto mehr der eigentliche Träger des nordvietnamesischen Kampfeswillens.

1906 in Indochina als Sohn eines Beamten der französischen Verwaltung geboren, besuchte P. in Hanoi ein Lehrerseminar, schloß sich als Neunzehnjähriger der frühen Unabhängigkeitsbewegung an und floh, nachdem er einen Streik ausgelöst hatte, nach China.
1926 kehrte er zurück und war in Hanoi als Lehrer tätig, gleichzeitig auch wieder in der Unabhängigkeitsbewegung, bis er 1929 für die Dauer von sieben Jahren gefangen gesetzt wurde. 1936 entlassen, war P. sogleich wieder an Kämpfen der Aufständischen beteiligt und floh noch im gleichen Jahr erneut nach China.
Als → *HO CHI-MINH* 1941 die Vietminh, die vietnamesische Unabhängigkeitsfront bildete, stieß P., der ihm schon vorher mehrfach begegnet war, endgültig zu ihm und arbeitete von da an ununterbrochen mit ihm zusammen. Nach Abzug der Japaner und Ausrufung der Republik Vietnam am 22. August 1945 wurde P. Finanzminister und bei Umgliederung der Ressorts innerhalb des Kabinetts Staatssekretär im Wirtschaftsministerium.
Nach dem endgültigen Sieg üder die Franzosen im Mai 1954 (Dien Bien Phu) und dem Genfer Abkommen vom Juli gleichen Jahres übernahm zunächst Ho Chi-minh selber das Amt des Ministerpräsidenten. Am 20. September 1955 überließ er es P., der bereits das Außenministerium leitete und es auch bis 1961 behielt.
Außerdem ist P. seit 1955 Mitglied des Politbüros im Zentralkomitee der Arbeiterpartei und seit Beginn der nordamerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam auch 1. stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. Er fördert nicht nur hartnäckig die Tätigkeit der Vietkong in Südvietnam, sondern entsendet auch reguläre nordvietnamesische Truppen in den Süden.
Noch Mitte Juli 1966 lehnte P. — selbstverständlich im Einvernehmen mit Ho-Chi-minh — alle Bemühungen um eine friedliche Lösung des Vietnamkonfliktes von Seiten → *WILSONs*, → *TITOs*,

6. Lieferung. © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

→ *SATOs* und anderer schroff ab und warf den Genannten vor, sie würden mit ihren Vorschlägen nur den „amerikanischen Friedensverhandlungs-Schwindel" unterstützen.
Drei Tage später ließ er über die sogenannte Vaterländische Front einen Hilferuf an alle kommunistischen Länder und an die Weltöffentlichkeit richten, Nordvietnam moralisch und materiell stärker zu unterstützen, da es sich im Kriege mit den USA einer „äußerst ernsten" Situation gegenübersähe. Am 19. August 1966 reiste er dann mit einer Delegation nach Moskau, zu der auch der Verteidigungsminister gehörte.
Anfang Januar 1967 gab P. dem amerikanischen Journalisten Salisbury ein Interview, in dem er Abzug der amerikanischen Streitkräfte, Rückkehr zu den Genfer Vereinbarungen von 1954 und Regelung der südvietnamesischen Probleme durch die „Nationale Befreiungsfront", also im nordvietnamesischen, kommunistischen Sinne, zur Grundlage für eine Lösung des Konfliktes erklärte.
Kurz darauf richtete P. bei einem Kongreß in Hanoi einen Aufruf an das vietnamesische Volk, „sein revolutionäres Heldentum weiterzuentwickeln und die amerikanischen Aggressoren völlig zu schlagen. ... Der Kampf wird noch lange dauern, aber unser Volk wird nicht vor Opfern und Nöten zurückschrecken." Es war das erste Mal, daß P. an Stelle von Ho Chi-minh sich in dieser Form offiziell an das Volk wandte.
Ein halbes Jahr später, am 24. Juli 1967, erklärte P. in einem Interview für die polnische Zeitung „Trybuna Ludu", selbst mit feindlichen Landeoperationen in Nordvietnam, mit denen man rechnen müsse, werde man es aufnehmen, und wies auf die schweren Verluste und Rückschläge bei den USA-Streitkräften hin.
Auch in der Rede zum Nationalfeiertag am 31. August 1967 betonte P., Nordvietnam werde weiterkämpfen, solange die USA „das Land mit Bomben verwüsteten", und dem nordamerikanischen Negerführer Carmichael, der ihn tags darauf aufsuchte, brachte er den Dank der nordvietnamesischen Bevölkerung an die schwarzen Amerikaner für ihre tatkräftige Unterstützung im Widerstand gegen die „amerikanischen Aggressoren" zum Ausdruck.

Literatur:

vgl. → *VIETNAM NORD* (Teil I)
vgl. → *HO CHI-MINH*

Wilhelm P., vom 11. Oktober 1949 bis zu seinem Tode am 7. September 1960 Staatspräsident der mitteldeutschen „Demokratischen Republik", war Altkommunist schon seit dem Ersten Weltkrieg, in dem er desertierte, und gehörte im Zweiten Weltkrieg seit Juli 1943 dem in der UdSSR tätigen „Nationalkomitee Freies Deutschland" an.

Am 3. Januar 1876 in Guben geboren, lernte P. das Tischlerhandwerk, schloß sich als Neunzehnjähriger der SPD an, während des Ersten Weltkrieges dem Spartakusbund unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Als P. dann zum Militärdienst eingezogen wurde, desertierte er nach Holland.

Im November 1918 kehrte P. nach Deutschland zurück und wurde am 30. Dezember in das Zentralkomitee der KPD gewählt. Von 1921 bis 1928 gehörte er als KPD-Abgeordneter dem preußischen Landtag, danach dem Deutschen Reichstag und zugleich der Führungsgruppe der → *KOMINTERN* (Teil I) an, seit 1930 auch dem Preußischen Staatsrat.

Als Anfang 1933 die Nationalsozialisten in Deutschland die Regierung übernahmen, ging P. nach Frankreich, 1934 in die UdSSR, wo er mit → *ULBRICHT* zusammen einen wesentlichen Teil der emigrierten Deutschen Kommunisten um sich sammelte. 1936 übernahm P. als Nachfolger von Béla Khun das Balkansekretariat des Exekutivkomitees der → *KOMINTERN* (Teil I) (EKKI).

Als → *STALIN* 1943 diese Organisation mit Rücksicht auf die West-Alliierten auflöste, organisierte P. mit Ackermann, Becher, Herrnstadt, Hoernle, Matern, Ulbricht und Weinert das „Nationalkomitee Freies Deutschland", das unter den deutschen Kriegsgefangenen und darüber hinaus bis in die noch kämpfende deutsche Truppe hinein Agitation betrieb.

1945 kam P. im Gefolge der → *ROTEN ARMEE* (Teil I) nach Deutschland und wurde Vorsitzender der neu gegründeten KPD, im April 1946 mit Otto Grotewohl zusammen Vorsitzender der →*SED* (Teil I), die nach dem → *VOLKSFRONT*-Prinzip (Teil I) aus KPD und SPD gebildet wurde und deren Zentralsekretariat bzw. Politbüro P. bis zu seinem Tode angehörte.

Am 18. März 1948 wurde P. Präsident des „Deutschen Volksrates", den der 2. „Volkskongreß", eine Art Verfassunggebender Versammlung, ernannt hatte. Nach Annahme der (schon 1948 veröffentlich-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

ten, ersten) Verfassung durch den 3. „Volkskongreß" am 30. Mai 1949 wurde P. am 11. Oktober 1949 „Präsident der Republik", also Staatsoberhaupt.

Damit hatte → *ULBRICHT* P. auf einen Repräsentationsposten geschoben und hielt ihn von politischen Entscheidungen fern. Nach P.s Tode am 7. September 1960 wurde das Präsidentenamt nicht wieder besetzt sondern durch den Staatsrat unter Vorsitz Ulbrichts wahrgenommen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Eugenio Pacelli, vom 2. März 1939 bis zu seinem Tode am 9. Oktober 1958 als Papst P. XII. Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche, hatte bereits seit 1930 unter seinem Vorgänger Pius XI. als Kardinalstaatssekretär die Außenpolitik des → VATIKAN (Teil I) gelenkt und lenkte sie von 1944 an wieder selbst, ohne einen Kardinalstaatssekretär. Er bemühte sich im Zweiten Weltkrieg um strenge Neutralität, auch in der moralischen Verurteilung von Kriegsuntaten.

Am 2. März 1876 in Rom geboren, absolvierte Pacelli neben dem theologischen das Studium generale, wie es die Universitas Gregoriana noch vermittelte. 1901, im Alter von 25 Jahren, begann er seine diplomatische Laufbahn im Vatikan, die ihn 1914 über das Amt des Sekretärs für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten schließlich im Ersten Weltkrieg 1917 im Range eines Titularerzbischofs von Sardes als päpstlichen Nuntius nach München führte.

1919 übernahm P. die Nuntiatur bei der Deutschen Reichsregierung in Berlin, wo er zehn Jahre lang auch das Amt des Doyens des Diplomatischen Korps versah, sich umfassende Kenntnis der deutschen politischen und kulturellen Verhältnisse in der Weimarer Republik verschaffen konnte und naturgemäß enge Beziehungen zu den deutschen Bischöfen pflegte.

Als er im Dezember 1929 nach Rom zurückgerufen und dort als Kardinalstaatssekretär zur maßgebenden Instanz für die außenpolitischen Beziehungen der Kurie wurde, lag ihm daher die Entwicklung in Deutschland auch weiterhin besonders nahe. Das → *KONKORDAT* (Teil I) mit Bayern hatte P. bereits 1924, das mit Preußen 1929 noch von Berlin aus abschließen können.

Nunmehr folgte 1932 das Konkordat mit Baden und am 20. Juli 1933 das Reichskonkordat mit der nationalsozialistischen Deutschen Reichsregierung, das die fortgeltenden Konkordate mit den deutschen Ländern in sich schloß. Es räumte der Katholischen Kirche in Deutschland auch unter dem nationalsozialistischen Regime erhebliche Rechte ein und stellte einen beachtlichen Erfolg der Diplomatie P.s dar.

Als die weitere Entwicklung P.s Vorgänger auf dem Heiligen Stuhl, Pius XI. 1937 veranlaßte, seine den Verhältnissen in Deutschland ge-

widmete Enzyklika „Mit brennender Sorge ...“ zu veröffentlichen, lag keine unmittelbare Verletzung des Konkordates vor. Am 10. Februar 1939 verstarb Pius XI. Am 2. März, seinem 63. Geburtstage, wurde P. zum Papst gewählt. Ein halbes Jahr darauf brach der Zweite Weltkrieg aus.

Am 21. Oktober 1939 ließ P. seine erste Enzyklika erscheinen, „Summa Pontificatus“, die keinen Zweifel daran ließ, daß er die Autorität seines Amtes im vollen Umfange zu wahren gewillt war, und im Hinblick auf die Kriegswirren aussprach, Not und Irrtümer der Zeit seien nur durch Christus zu überwinden. Während der Kriegsjahre zog sich P. auf rein geistliche Thematik zurück (1939 „Mystici corporis Christi“, 1943 „Divini afflante spiritu“), Enzykliken also, aus denen sich höchstens mittelbar eine Stellungnahme zum Kriegsgeschehen herauslesen ließ.

Im übrigen wahrte P. gebotene Neutralität und verurteilte auch schwere Kriegsverbrechen, von denen er Kenntnis erhielt, nicht öffentlich, weder die der einen noch die der anderen Seite, weder Auschwitz noch Dresden oder Hiroshima. Daß er nicht eindeutiger gegen die Kriegsverbrechen der deutschen Seite Stellung nahm, hat man ihm nach seinem Tode in Deutschland zum Vorwurf gemacht (Hochhuth, Der Stellvertreter).

Unmittelbar nach Kriegsende, am 1. November 1945, lehnte P. in einem Schreiben an die deutschen Bischöfe den Gedanken der → *KOLLEKTIVSCHULD* (Teil I) eines ganzen Volkes ab. In der Enzyklika „Quem ad modum“ vom 6. Januar 1946 rief er zur weltweiten Hilfe für die Überwindung der Kriegsfolgen auf, im Dezember 1948 umriß er in einer weiteren Enzyklika die Grenzen der Staatsgewalt.

Theologisch und vor allem vom Standpunkt der Ökumene umstritten blieb die Dogmatisierung der leiblichen Himmelfahrt Mariä durch P. im Jahre 1950. Die damit gegebene Betonung des Unfehlbarkeitsanspruches ex cathedra erschwerte die Zusammenführung der christlichen Konfessionen. Politisch wurde das neue Dogma als eine Geste zugunsten der spanischen Katholiken gedeutet.

Am 9. Oktober 1958 verstarb P. in Castelgandolfo. Sein Nachfolger wurde → *JOHANNES XXIII.*

Nikolaj P., seit dem 9. November 1965 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet und Staatsoberhaupt der UdSSR, hat nicht, wie seine Vorgänger, eine ausschließlich repräsentative Aufgabe zu erfüllen, sondern beteiligt sich aktiv an der russischen Außenpolitik.

1903 in der Ukraine geboren und am Technologischen Institut in Kiew ausgebildet, wurde P. 1930 Parteimitglied und war von 1939 bis 1946 stellv. Kommissar für die ukrainische Lebensmittelindustrie. Bis 1950 vertrat er dann die Ukraine in Moskau, um anschließend erster Parteisekretär im Distrikt Charkow zu werden. 1953 avancierte er zum Zweiten Parteisekretär der Ukraine, 1957 zum Ersten Sekretär. Damit wurde er gleichzeitig Vollmitglied des Zentralkomiteepräsidiums der KP der UdSSR. 1963 wählte ihn das Zentralkomitee zum Sekretär.
Soweit war P.'s Laufbahn also eine reine und typische Parteikarriere. Doch zeigte sich bei seinen Staatsbesuchen in Österreich vom 15.—20. November 1966 sowie in Italien Ende Januar 1967, daß er sehr genaue Vorstellungen von der europäischen Politik hatte und den sowjetischen Standpunkt präzise und klar zu formulieren verstand. Es stellte sich heraus, daß diese Besuche nicht nur repräsentativen Zwecken im Rahmen des Protokolls dienten, sondern planmäßige Schritte im Rahmen der sowjetischen Außenpolitik waren. Besonders die Audienz beim Papst → *Paul VI.* am 1. Februar 1967 im Vatikan war keine reine Formsache und diente nicht allein Repräsentationszwecken, sondern wurde von beiden Seiten zum Anlaß genommen, eine diplomatische Arbeitskonferenz durchzuführen und über anstehende Probleme zu verhandeln.
Offensichtlich ist also seit dem Sturze → *Chruschtschows* der Aufgabenkreis des Staatsoberhauptes wesentlich aktiviert worden, unter Umständen auf Initiative des dynamischen P. selbst hin. Die Aufgabenteilung zwischen ihm, → *Breschnew* und → *Kossygin* stellt in der Geschichte der UdSSR ein Novum dar.
P. nutzte die Gelegenheit seines Besuches in Rom auch, um Mißtrauen gegen die Bundesrepublik Deutschland zu säen, deren aktive Ostdiplomatie der UdSSR und vor allem →*Ulbricht* ein Dorn im Auge ist.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Georges Jean Raymond P., seit dem 15. April 1962 Premierminister von Frankreich unter der Präsidentschaft de Gaulles, führt bereits sein viertes Kabinett. Er wurde, entsprechend der Verfassung der V. Republik vom 5. Oktober 1958, vom Präsidenten ernannt und genießt dessen besonderes Vertrauen.

P. gehört dem Jahrgang 1911 an, stammt aus der Auvergne und studierte an der Hochschule für Politische Wissenschaften. Nachdem er in Marseille und Paris als Lehrer tätig war, gehörte er bereits 1945/46 dem persönlichen Stab de Gaulles an, widmete sich von 1946—1949 an leitender Stelle dem Fremdenverkehrswesen und ging als Generaldirektor in das Pariser Bankhaus der Brüder Rothschild, das nach wie vor erheblichen Einfluß auf die Politik Frankreichs ausübt.

1958/59, als de Gaulle selbst das Amt des Ministerpräsidenten ausübte, nahm P. bereits die Stellung eines Kabinettchefs ein. Im Kabinett Debré 1959/62 gehörte P. dem Verfassungsrat an, der aus elf Mitgliedern besteht und die Verfassungsmäßigkeit den Staatsaufbau betreffender Gesetze zu überprüfen hat (entsprechend etwa dem Bundesverfassungsgericht).

1962 wurde P. dann Ministerpräsident. Seitdem wurde das Kabinett dreimal umgestaltet. P. blieb an der Spitze. Wieviel Handlungsfreiheit der Präsident ihm einräumt, ist nicht festzustellen. Doch sind hier auch private Verbindungen im Spiel. (De Gaulle ist durch seine Kinder mehrfach mit Bankdirektoren der Rothschildgruppe verwandt.)

Bei den drei gescheiterten Verhandlungen 1966 in London über den Eintritt Großbritanniens in die EWG, trat P. mit betonter Herablassung auf, die fast schon verletzend wirkend mußte. Er ist sich seiner beherrschenden Vermittlerrolle zwischen Hochfinanz und Staatsführung jedenfalls voll bewußt.

Literatur:

Armin Mohler, Die V. Republik, Stil und Struktur des französischen Regimes, München 1963

Hans-O. Staub, Frankreich zwischen gestern und morgen, Freiburg 1963

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Koča P., von 1953—1965 jugoslawischer Außenminister, wurde am 14. Juli 1966 vom jugoslawischen Parlament zum Vizepräsidenten ~~des Landes~~ gewählt und stieg damit zum Stellvertreter ~~und wahrscheinlich auch Nachfolger~~ → Titos auf. Er vereinigt literarische Bildung mit militärischen Führungserfahrungen, insbesondere im → Partisanenkampf (Teil I) und diplomatische Fähigkeiten mit einem Hang zu ungewöhnlicher Grausamkeit. verstorben: 8. 5. 1971

P. ist weder Slawe noch Arbeiterkind. Er stammt aus einer wohlhabenden Belgrader Bankiersfamilie levantinischer Herkunft, wurde 1908 geboren, studierte in Belgrad, in Frankreich und der Schweiz Literaturwissenschaften und promovierte 1932 in Paris zum Doktor der Philosophie.

Unbestätigt ist das Gerücht, daß P. vor seinem Studium bereits Reserveoffizier geworden sei, ebenso, daß er 1933 als Journalist nach Jugoslawien zurückgekehrt und dort Mitglied der Kommunistischen Partei geworden sei. Gedichte und andere Beiträge von ihm erschienen sowohl in französischen linksgerichteten als auch in jugoslawischen Blättern.

Wo sich P. 1934 aufhielt, als in Marseille König Alexander von Jugoslawien ermordet wurde, scheint nicht eindeutig geklärt. Fest steht dagegen seine Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg 1936, wo er derselben Internationalen Brigade angehört haben soll wie Hemmingway, nach anderer Version eine Artillerieeinheit kommandierte. 1941 stellte er sich in Jugoslawien → *Tito* zur Verfügung und wurde Kommandeur der „Ersten Proletarischen Brigade", die sich im Partisanenkrieg besonders hervortat. Später führte er die 23. Partisanendivision „Sumadija", deren Offiziere sich z. T. bei Kriegsende 1945 schwerster Verbrechen gegen die Menschlichkeit an deutschen Kriegsgefangenen und an Volksdeutschen schuldig machten (vgl. Aussprache im deutschen Bundestag am 16. Mai 1963).

Nach dem Krieg wurde P. 1946 Generalstabschef der jugoslawischen Armee im Range eines Generalobersten, reiste 1948 erstmalig nach Moskau und nach dem Bruch mit der UdSSR 1951 nach Washington, wo er über amerikanische Waffenlieferungen verhandelte.

1953 Außenminister geworden, schloß er am 28. Februar des gleichen Jahres in Ankara den Freundschaftsvertrag mit Griechenland und

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

der Türkei, den er anderthalb Jahre später, am 9. August 1954 in Bled noch um militärische Vereinbarungen erweiterte, begleitete Tito auf zahlreichen Auslandsreisen und nahm an mehreren UNO-Generalversammlungen in New York teil. 1961 stellte er einen guten persönlichen Kontakt zu → *Chruschtschow* her, 1962 zu → *Kennedy*. 1965 zog sich P. aus dem politischen Leben zurück, ließ sich jedoch 1966, nach dem Sturz Alexander Rakowics, zum Vizepräsidenten wählen.

Literatur:

„Der zweite Mann" in: Die Tat, Zürich 5. August 1966
„Ungewöhnliche Karriere" in: Die Welt, 15. Juli 1966
„Außenminister Popovics Justifizierungsmethoden" in: Neuland, Wochenschrift der Donauschwaben, Salzburg, Nr. 19 vom 11. Mai 1963
Ernst Halperin, Der siegreiche Ketzer, Titos Kampf gegen Stalin, Köln 1957
Vertragsploetz II, 4A, Würzburg 1959

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. PRIMO DE RIVERA jun.

José Antonio P., Begründer (Oktober 1933) und Führer der spanischen Falange, erstrebte für Spanien eine soziale Erneuerung auf vaterländischer und christlicher Grundlage, unter einem festen nationalen Ordnungsprinzip, dessen Organ der Staat sei, getragen von einer politisch klardenkenden Elite. Er wurde zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges verhaftet, nach einem Schauprozeß auf ausdrückliche Weisung der → KOMINTERN (Teil I) zum Tode verurteilt und am 20. November 1936, nach achtmonatiger Haft, in Alicante erschossen.

1903 in Madrid als Sohn des in Marokko kämpfenden Obersten Don Miguel P., Marqués de Estella, des späteren Diktators, geboren, studierte P. nach Schulzeit und Militärdienst Rechtswissenschaften, bestand seine Examina mit Auszeichnung und wurde Rechtsanwalt.
Inzwischen hatte sich seinVater nach der schweren Niederlage von 1921 in Marokko im Einverständnis mit König Alfons XIII, am 13. September 1923 mittels einer Militärrevolte zum Diktator Spaniens gemacht, um für den Kampf gegen Abd El-Krim und seine Rifkabylen eine politische Plattform von ausreichender Beständigkeit nach italienischem Muster zu schaffen.
Nachdem er, P. senior, 1925 gemeinsam mit dem französischen Marschall Petain zum entscheidenden Schlag ausgeholt und den Kampf im Mai 1926 siegreich beendet hatte, widmete er sich erfolgreich der Reorganisation von Wirtschaft und Verwaltung Spaniens, wurde aber Anfang 1930 von König Alfons unter dem Druck wachsender liberaler und marxistischer Kräfte entlassen und starb wenige Monate später enttäuscht und vereinsamt im Pariser Exil.
Dieses Schicksal seines Vaters wurde zum entscheidenden Erlebnis für José Antonio und trieb ihn in die Politik. Ging es ihm zunächst vor allem um die Verteidigung der Ehre des Verstorbenen, so erkannte er bald, daß die Angriffe auf seinen Vater zugleich Angriffe auf die nationale Souveränität Spaniens waren und gründete zu ihrer Abwehr mit einer Gruppe Gleichgesinnter im Oktober 1933 die Falange Española Tradicionalista, der sich 1934 Gruppen der Junta de Ofensiva Nacional Sindicalista (JONS) anschlossen.
Schwebten P. anfangs noch die italienischen Fascisten und die deutschen Nationalsozialisten als Vorbild vor, so kam er nach kurzen

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

Reisen durch Italien und Deutschland scharf beobachtend zu der Erkenntnis, daß beide Bewegungen durch die vom kommunistischen Gegner übernommene Form der Massenmobilisierung in ihrer eigentlichen Zielsetzung gefährdet waren.
Zurückgekehrt bildete er die Falange zu einer Elite aus, in der die „wirklich Berufenen" nicht von einer Massenanhängerschaft behindert oder erdrückt werden sollten. Und als sich im Juli 1935 Leon Degrelle, Sir Oswald Mosley, Fürst Starhemberg, → *CODREANU* und andere Führer nationalistischer europäischer Erneuerungsbewegungen in Montreux trafen, um den Plan einer überstaatlichen katholischen „Fascintern" zu erörtern, sagte ihnen P.:
„Die Stunde Europas wird erst dann schlagen, wenn jeder von uns in seinem Lande den eigenen Kampf siegreich beendet hat. Der Weg der Erneuerung verläuft von innen nach außen und nicht umgekehrt."
Gleichzeitig war P. aber von einem tiefen Mißtrauen gegenüber einer vorwiegend gefühlsbetonten Heimatliebe erfüllt, in der er den Nährboden partikularistischer und separatistischer Spaltpilze erblickte und der er die stark rational erfaßte Idee der Nation, des Vaterlandes als „Schicksal" und „Tat" entgegensetzte.
Nachdem der König bereits 1931 die Quittung für die Entlassung P.s senior erhalten und das Land verlassen hatte, Spanien Republik geworden war und unter dem Ministerpräsidenten Azaña einen zunehmenden Linkskurs eingeschlagen hatte, war bei den Wahlen Ende 1933 ein Rückschlag zugunsten der Katholischen Partei erfolgt. Im Februar 1936 aber kam Azaña wieder zur Macht, wurde Staatspräsident und ein beispielloser Terror bereitete die Bolschewisierung vor. P. brandmarkte in seiner Zeitschrift „Arriba" die Entwicklung, enthüllte und bewies am 5. März 1936 die Zusammenarbeit Azañas mit der französischen Volksfront sowie mit Moskau. Daraufhin wurde die Falange offiziell verboten, P. mit anderen Führungsmitgliedern am 14. März verhaftet. Es gelang ihm noch vom Gefängnis aus, aufrüttelnde Manifeste an die Falangemitglieder zu richten und vor seinem Abtransport nach Alicante im Juni Befehle und Verhaltungsmaßregeln auszugeben, die noch nach seinem Tode weiterwirkten.
→ *FRANCO*, der am 17. Juli 1936 den Kampf gegen die Roten begann, konnte P. bis zum 20. November, dem Tag der Erschießung, nicht befreien. Doch ließ er ihn 1939 im Escorial unter der Kuppel unweit der Sarkophage Karls V. und Philipps II. beisetzen.

Als Kleinkind unter dem Namen Hsüan Tang letzter Kaiser von China und letzter Sproß der Mandschu-Dynastie, als 28-Jähriger von Japan zum Kaiser von Mandschukuo gemacht, geriet Pu Ji 1945 in sowjetrussische Gefangenschaft, wurde 1949 an China ausgeliefert und dort umerzogen. Seit 1964 gehörte er der politischen Konsultativkonferenz an. 1967 starb er, ein tragisches Beispiel für den politischen Mißbrauch von Menschen repräsentativer Herkunft.

1906 im Himmelspalast in Peking geboren, folgte Hsüan Tang 1908 dem verstorbenen Kaiser Kuangshü auf den Thron, mußte aber bereits 1912 nach der Proklamation Chinas zur Republik durch Sun Jat-sen wieder abdanken. Den Titel durfte der Sechsjährige behalten, auch seinen Hofstaat und seine Lehrer, unter ihnen den Engländer Sir Reginald Fleming.

Bei den schweren innenpolitischen Kämpfen im Frühjahr 1917, die der Kriegserklärung Chinas an die Mittelmächte vorausgingen, stellte General Chang Hsün vorübergehend die Monarchie wieder her und setzte den mittlerweile Elfjährigen Hsüan Tang wieder als regierenden Kaiser ein, allerdings nur für 14 Tage. Dann war China von neuem Republik und der junge Kaiser wieder Privatmann.

Als dann sieben Jahre später, im November 1924, ausgerechnet der nationalistische General Fung den Kaiserlichen Hofstaat endgültig aus Peking vertrieb, floh Pu Ji nach Tientsin und stellte sich unter den Schutz der Japaner. Sie zahlten ihm acht Jahre lang eine auskömmliche Apanage, ermöglichten ihm die Fortführung seiner inzwischen skandalumwitterten Hofhaltung und machten 1932 den 26jährigen zunächst zum Staatspräsidenten der soeben von ihnen besetzten Mandschurei. 1934 erhoben sie ihn zum Kaiser von Mandschuko unter dem mandschurischen Namen Engka Erdemtü.

Elf Jahre lang repräsentierte er im japanischen Auftrag die Mandschu-Dynastie in dem Lande, aus dem sie im 17. Jahrhundert hervorgegangen war. Dann wurde er 1945 von sowjetrussischen Truppen gefangen genommen, zunächst in sibirischen Lagern interniert, zwischendurch als Belastungszeuge zum → *Kriegsverbrecher*-Prozeß (Teil I) nach Tokio gebracht und 1949 an die Volksrepublik China ausgeliefert.

Die chinesischen Kommunisten hielten Pu Ji zehn Jahre lang in Fuschun, nordöstlich Mukden, gefangen und unterwarfen ihn einer Gehirnwäsche. Im Dezember 1959 entließen sie ihn nach Peking, zunächst als Parkwächter und Gärtner im Botanischen Garten. Seit 1963 wurde er dann mit historischen Forschungsaufträgen, natürlich im Sinne seiner Auftraggeber, beschäftigt und im Dezember 1964 Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes.

Als solches erlebte Pu Ji die Kulturrevolution mit, die in ihm Zweifel auch an seiner Umerziehung erweckt haben mag, vielleicht auch Zweifel am Sinn seines Daseins als politische Schachfigur. Mitte Oktober 1967 starb er.

Literatur:

Pu Yi, From Emperor to Citizen (Autobiography) Vol. I, 1965

Valentin Polcuch, „Vom Kaiser zum Genossen" in Die Welt, 19. X. 1967

Wilfried Ahrens, „Der Kaiser, der Genosse wurde" in stern, 12. XI. 67

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. QUISLING

Vidkun Qu., 1931–1933 norwegischer Kriegsminister, vom 1. Febr. 1942 bis zur Kapitulation Deutschlands 1945 norwegischer Ministerpräsident während der deutschen Besetzung, anschließend wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und erschossen, sah in einem engen Bündnis Norwegens mit Deutschland den einzig wirksamen Schutz gegen eine Annektion Norwegens durch die UdSSR. Er wurde von der Kriegs- und Nachkriegspropaganda der Alliierten zum Prototyp des → Kollaborateurs (Teil I) gestempelt. Man versuchte sogar, aus seinem Namen eine Vokabel, ein Synonym für „Verräter" zu machen und nahm das Wort Qu. in diesem ihm künstlich unterschobenen Sinne irreführenderweise in zahlreiche Nachschlagewerke auf, ein Musterbeispiel für die Methoden der → Reeducation (Teil I).

1887 in Fyredal/Telemarken als Sohn eines Probstes mit größerem Landbesitz geboren, schlug Qu. die Laufbahn des Berufssoldaten ein, bestand das Abschlußexamen an der Kriegsschule mit Auszeichnung und war während des ersten Weltkriegs, im Alter von 28 Jahren, bereits norwegischer Militärattaché in Petersburg (Leningrad).

1922 bis 1930 erwarb er sich gemeinsam mit Fridtjof Nansen Verdienste um die Rückführung deutscher Kriegsgefangener aus russischen Lagern in Sibirien, organisierte als Geschäftsführer die berühmte Nansenhilfe zur Linderung der Hungersnot in der Ukraine und suchte dort die pestverseuchten Gebiete auf, um die Hilfssendungen persönlich dorthin zu leiten, wo sie am dringendsten benötigt wurden. Die UdSSR zeichnete ihn für diese Rettungstätigkeit öffentlich aus.

Bezeichnenderweise wurde Qu. unmittelbar danach, 1931, zum norwegischen Kriegsminister ernannt. Er war ein hervorragender Rußlandkenner geworden und im sowjetischen Rußland sah man in Norwegen damals die einzige akute Bedrohung, nicht zuletzt aufgrund des Interessenkonflikts im Kohleabbau auf Spitzbergen.

Da Qu. nach seinen Erfahrungen mit Großbritannien während der ukrainischen Hungersnot — im Gegensatz zu vielen seiner Landsleute — kein Vertrauen zur britischen Politik mehr haben konnte, blieb für ihn der einzige Bündnispartner Norwegens, von dem Schutz

gegen sowjetrussische Übergriffe zu erhoffen war, Deutschland. Als er sich in der Regierung mit seinen Rüstungsforderungen und der Forderung nach einem Verbot der marxistischen Partei, der er Landesverrat nachweisen konnte, nicht durchsetzte, trat er 1933 als Kriegsminister zurück und gründete die Nationale Sammlungspartei mit eindeutig antikommunistischer Zielsetzung.
Als am 9. April 1940 Deutschland Großbritannien bei der Besetzung Norwegens zuvorkam, die norwegische Regierung sowie der König sich nach London absetzten und das Land seinem Schicksal überließen, erklärte sich Qu. bereit, eine Interimsregierung zu bilden, um die Souveränität Norwegens gegenüber der Besatzungsmacht vertreten zu können und die Kontinuität des Staatswesens zu sichern. Da er jedoch mit diesem Anerbieten weder bei den alten norwegischen Parteien noch bei den deutschen Dienststellen Beifall fand, nahm er zunächst davon Abstand.
Erst zwei Jahre später, im Februar 1942 zwang die Entwicklung die deutschen Dienststellen nach vielfachen und verhängnisvollen politischen Mißgriffen, Qu. mit einer Regierungsbildung zu beauftragen. Er übernahm mit dem Amt des Ministerpräsidenten die denkbar undankbarste Aufgabe, um ein totales Chaos zu verhindern und stand zwischen dem von England aus gesteuerten norwegischen Widerstand einerseits und den politisch ungeschickt operierenden deutschen Besatzungsbehörden (Terboven) andrerseits.
Der Hochverratsprozeß, den die nach der deutschen Kapitulation aus dem Exil zurückgekehrte norwegische Regierung gegen Qu. durchführen ließ, beruhte u. a. auf der unzutreffenden Anklage, er habe eigenmächtig einen Demobilisierungsbefehl der norwegischen Streitkräfte gegeben. Es war ein Schauprozeß im Rahmen der Anti→ *Kollaborations*-Psychose (Teil I), die Vollstreckung des Todesurteils nach der Darstellung des britischen Autors Ralph Hewins ein Justizmord.

Literatur:

Ralph Hewins, Quisling — prophet without honour, London 1965
Hannes Rein, „Wer war Quisling?" in Der Weg, Heft 4/7, Buenos Aires 1950, S. 654 ff.

Julius R., vom 1. April 1953 bis zum 11. April 1961 Bundeskanzler → ÖSTERREICHs (Teil I), war Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei und brachte Mitte April 1955 in Moskau den → ÖSTERREICHISCHEN STAATSVERTRAG (Teil III) zum Abschluß, der den Abzug aller Besatzungstruppen noch im gleichen Jahre zur Folge hatte.

Am 29. November 1891 in St Pölten geboren, studierte R. am Polytechnikum, gründete eine Baufirma, schloß sich den Christlich-Sozialen, der seit 1920 stärksten Partei Restösterreichs an und wurde 1927 als Abgeordneter in den österreichischen Nationalrat gewählt, dem er bis zur Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß und bis zum Aufgehen der Christlich-sozialen Partei in der „Vaterländischen Front" 1933/34 angehörte.

1936 war R. unter denen, die im Gefolge des Heimwehrführers Fürst Starhemberg die sogenannten „Kornneuburger Eide" leisteten, eine Art von „austrofaschistischem Rütlischwur" mit stark antiliberalem, auch als antidemokratisch zu verstehendem Akzent. R.s Beteiligung daran wurde ihm später von der Linken wiederholt zum Vorwurf gemacht.

Anfang 1938 wurde R. in Schuschniggs Kabinett Minister für Handel und Verkehr, allerdings nur für die wenigen Wochen bis zum Anschluß Österreichs an das Reich am 12. März. Danach zog er sich in seine Baufirma zurück, in der er später auch Figl – nach dessen Entlassung aus dem Konzentrationslager – beschäftigte.

Unmittelbar vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges, im April 1945 wurde R. Staatssekretär in der provisorischen österreichischen Regierung Renner, gehörte dann zu den Gründern der Österreichischen Volkspartei und war seit November 1945 deren Fraktionsobmann im Nationalrat. Figl als Führer der ÖVP wurde erster Bundeskanzler nach dem Kriege. Am 1. April 1953 löste R. Figl in diesem Amte ab.

Zwei Jahre später gelang es ihm, die schon neun Jahre währenden Verhandlungen über einen österreichischen Staatsvertrag in Moskau erfolgreich zum Abschluß zu bringen, der dann am 15. Mai in Wien unterzeichnet wurde. Am 25. Oktober verließen die Besatzungstruppen das Land, tags darauf gab R.s Regierung die im Staatsver-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

trag zur Auflage gemachte Neutralitätserklärung ab, ein Vorgang, der übrigens in keiner Weise zum Modell für die völlig anders geartete Situation in Mittel- und Westdeutschland gemacht werden kann.
In den folgenden Jahren kam es innerhalb der ÖVP zu Rivalitäten zwischen den Mitgliedern verschiedener Korporationen (CV), bei denen R. am Ende unterlag. Im Februar 1961 trat er als Parteivorsitzender zurück, am 11. April gleichen Jahres auch als Bundeskanzler. Sein Nachfolger wurde Gorbach.
R. war ein erklärter Gegner des Gedankens einer „Österreichischen Nation". Er bejahte zwar, den Umständen Rechnung tragend, die Eigenstaatlichkeit Österreichs, war sich aber gleichzeitig der Zugehörigkeit der österreichischen Stämme zum deutschen Volke bewußt.
R. verstarb am 8. Januar 1964 in Wien.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

RADHAKRISHNAN

Sarvepalli R., seit dem 13. Mai 1962 Staatspräsident, vorher zehn Jahre lang Vizepräsident der Republik Indien, gehört der geisteswissenschaftlichen Elite von internationalem Rang an. Er ist als führender Religionsphilosoph und Kulturhistoriker weltweit anerkannt und seine Werke sind in allen Kultursprachen der Erde erschienen.

1888 in Südindien geboren, wurde R. am christlichen College in Madras erzogen, studierte in England und übte eine jahrzehntelange Hochschullehrertätigkeit an britischen, amerikanischen und indischen Universitäten aus. Gleichzeitig veröffentlichte R. beständig seine Forschungsergebnisse, vor allem auf dem Gebiet der indischen Religion und Philosophie, in der sein eigenes Denken und Weltbild wurzelt, von den Upanishaden an bis zu Rabindranath Tagore und Mahatma Gandhi, dessen Leben und Wirken 1939 durch R. eine gültige Darstellung fand.

Kulturkritische und zeitkritische Schriften vervollständigen das umfassende Werk und legten den Grund zu R.'s staatspolitischem und kulturpädagogischem Auftreten an der Spitze des indischen Staates sowie im Rahmen der → *UNESCO* (Teil I), deren Exekutivrat er 1947 leitete, nachdem er seit 1946 die indische Delegation geführt hatte. 1949—1952 war R. Botschafter seines Landes in Moskau.

Ein besonderes Anliegen R.'s ist der Ausgleich zwischen den großen Religionen und die Verdeutlichung ihres gemeinsamen ethischen Strebens. Mit dieser Zielsetzung wächst die Bedeutung seines Wirkens über den Rahmen eines einzelnen Staates oder Erdteils hinaus. Als Weg zu diesem Ziel empfiehlt R., die Religionen sollten ihren Wahrheitsanspruch aufgeben, und setzt damit bei den anderen eine geistige Souveränität voraus, die er selbst sich im Verlauf seines Forschens, Lehrens und Wirkens errungen hat. Besonders tragisch erscheint der große Abstand der Geistigkeit R.'s vom durchschnittlichen Begabungsstand des Volkes, das er politisch repräsentiert, und das ein Jahrtausende altes kulturgeschichtliches Erbe nur noch in einer kleinen Führungsschicht zu erfassen vermag.

Literatur:

Otto Wolff, Radhakrishnan (kleine Vandenhoeck-Reihe, 124) Göttingen 1962

Literatur:

Wolfgang Schwarz, Hoffnung im Nichts. Radhakrishnan, Gebser und der westöstliche Geist, Krailling o. J. (H. G. Müller, jetzt: Wirtschaftsverlag M. Klug GmbH, München-Pasing.)
Sarvepalli Radhakrishnan, Meine Suche nach Wahrheit, Gütersloh 1961
Sarvepalli Radhakrishnan, Religion und Gesellschaft, Baden-Baden o. J. (Holle)
Sarvepalli Radhakrishnan, Religion in Ost und West, Gütersloh 1961
Sarvepalli Radhakrishnan, Wissenschaft und Weisheit, München 1961
Sarvepalli Radhakrishnan, Erneuerung des Glaubens aus dem Geist, Frankfurt a. M. 1962
Max Mohl, Gandhis gefährliches Erbe, Gütersloh (Bertelsmann) 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

R. Louis Henri Maxence Bertrand aus dem Hause Grimaldi, seit April 1950 Fürst von → MONACO (Teil I), suspendierte 1959 die Verfassung, mußte sich im Dezember 1962 jedoch gewisse Beschränkungen seiner Selbstherrlichkeit gefallen lassen und führte seit 1965 eine Auseinandersetzung mit dem Hauptaktionär von Monto Carlo, Onassis, um die zukünftige Gestaltung des für Monaco lebenswichtigen Fremdenverkehrs.

1923 als Sohn des Duc de Valentinois, Pierre Grimaldi, aus der seit 1297 in Monaco regierenden genuesischen Dynastie geboren, wurde R. an der Summerfields School in Hastings/England sowie an einem Schweizer Internat erzogen.
Er begann seine Studien an der Universität Montpellier und setzte sie nach dem zweiten Weltkrieg, nachdem er 1944 zum Erbprinzen von Monaco erklärt worden war und 1944/45 im Anschluß an die deutsche Besetzung Monacos in der französischen Armee Kriegsdienst geleistet hatte, in Paris an der Ecole libre des Sciences Politiques fort.
Im Mai 1949 übernahm R. für seinen erkrankten Großvater Louis II. die Regierungsgeschäfte. Nachdem Louis gestorben war, bestieg R. im April 1950 den Thron. 1952 gründete er die Vereinigung der amerikanischen Freunde Monacos, 1956 heiratete er die amerikanische Filmschauspielerin Grace Kelly, die 1958 als Fürstin Gracia Patricia dem Thronfolger Albert Alexander das Leben schenkte.
1959 löste R. den Nationalrat sowie den Gemeinderat von Monaco auf, suspendierte die Verfassung von 1911 und regierte drei Jahre lang ohne Parlament. Im Zusammenhang mit der gegen die Einkommensteuerfreiheit in Monaco gerichtete Intervention Frankreichs Ende 1962 (vgl. → *MONACO*, Teil I) mußte R. eine neue Verfassung billigen, die das Parlament wieder in seine Rechte einsetzte und eine eigenmächtige Parlamentsauflösung durch den Fürsten künftig ausschloß.
Die Verhandlungen mit Frankreich in der Steuerfrage führten im Februar 1963 zu einer vorläufigen Einigung. Doch entstanden 1965 Differenzen zwischen R. einerseits und dem Hauptaktionär der Spielbank Monto Carlo, dem griechischen Reeder Onassis, andrerseits über die künftige Entwicklung des Fremdenverkehrs in Monaco.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Während Onassis daran gelegen war, dem Fürstentum die exklusive Atmosphäre des alten Monte Carlo und einer Steueroase zu erhalten, wollten R. und seine amerikanischen Freunde das Land dem Massentourismus öffnen und von dessen Erträgnissen profitieren. In diesem Streit arbeitete die Zeit für R., da der Anteil der Spielbankeinkünfte an den Einnahmen des Fürstentums immer weiter zurückging.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Matyas R., von 1944 bis 1956 Erster Sekretär der ungarischen Kommunistischen bzw. (seit 1949) Sozialistischen Arbeiterpartei, war vom 14. August 1952 bis zum 2. Juli 1953 auch Ministerpräsident → UNGARNs (Teil I). 1956 wurde R. im Zuge der → ENTSTALINISIERUNG (Teil I) seiner Parteiämter enthoben.

Am 17. März 1892 in Ada an der Theiß geboren (die Angaben schwanken um ein volles Jahrzehnt), schloß sich R. während des Ersten Weltkrieges der bolschewistischen Fraktion der Kommunisten an, wurde schnell Spitzenfunktionär und war im Frühjahr 1919 in der Räterepublik unter Bela Kun Volkskommissar, also Regierungsmitglied. 1924 wurde er deswegen zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt.

Nach einer sechzehnjährigen Haft 1940 entlassen, ging R. in die UdSSR, wo er während des Zweiten Weltkrieges eine zusätzliche Ausbildung erhielt. Im Herbst 1944 kehrte er mit der → *ROTEN ARMEE* (Teil I) nach Ungarn zurück, übernahm als Erster Sekretär der neugebildeten ungarischen KP deren Führung und gehörte seit November 1945, nach den Wahlen, bei denen noch die Kleinlandwirte-Partei gesiegt hatte, als einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten der Regierung an.

Im April 1949 wurde Ungarn nach vollzogener Fusion von Kommunisten und Sozialisten laut Verfassung zur Volksrepublik erklärt, R. wiederum Erster Sekretär der Vereinigten Sozialistischen Arbeiterpartei. Im Sommer 1952 übernahm er als Ministerpräsident auch die Führung der Regierung, allerdings nur für ein Jahr, da nach → *STALINs* Tod Imre Nagy im Juli 1953 R. ablöste.

Zwar gelang es R. als Parteichef im April 1955 noch, Imre Nagy abzusetzen und aus dem Zentralkomitee der Partei ausschließen zu lassen, doch setzte sich 1956 der antistalinistische Trend wieder durch und im Juli 1956 wurde R. seinerseits seiner Ämter enthoben, ein viertel Jahr vor Ausbruch des Ungarischen Volkaufstandes.

R. ging wieder in die UdSSR, wo er bis zu seinem Tode blieb.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Adam R., seit 1956 ununterbrochen polnischer Außenminister, seit 1947 ständig Mitglied der polnischen Regierung, befand sich von 1939–1945 in Kriegsgefangenschaft, wurde 1957 international bekannt durch den nach ihm benannten Plan der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (vgl. → Rapackiplan, Teil I).

Jahrgang 1909, erhielt R. seine Ausbildung an der Höheren Wirtschafts- und Handelsschule in Warschau und war vor dem 2. Weltkrieg in der revolutionären polnischen Jugendbewegung aktiv.
Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wurde er 1946 Mitglied des Exekutivkomitees der Polnischen Sozialistischen Partei, 1947 Mitglied des Seym (Parlaments) und im gleichen Jahr als Minister für Schiffahrt Regierungsmitglied, 1948 Mitglied des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei und des Politbüros.
1949 war R. stellvertretender Vorsitzender des polnischen Friedenskomitees, 1950 bis 1956 Minister für Hochschulbildung, anschließend Außenminister, nachdem → *Gomulka* rehabilitiert und wieder Erster Parteisekretär geworden war.
Seinen Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa stellte R. 1962 erneut zur Diskussion. 1963 schloß er mit der westdeutschen Bundesrepublik ein Abkommen über den Austausch von Handelsmissionen, vertrat aber weiterhin die strikt antiwestdeutsche Politik des kommunistischen Polen.
Im Juni 1966 stattete R. Schweden einen fünftägigen offiziellen Besuch ab, bei dem wiederum sein hartnäckig verfochtener Plan im Vordergrund der Besprechungen stand. Dieser hatte im Zusammenhang mit den Vorbesprechungen zu einem Atomwaffensperrvertrag zwischen den USA und der UdSSR erneut an Aktualität gewonnen und fand 1967 in dem einmütigen Beschluß der südamerikanischen Staaten, den südamerikanischen Raum atomwaffenfrei zu halten, ein Pendant.
Im Oktober 1966 nahm R. an den Gesprächen der polnischen Regierung in Moskau teil, bei denen Polen sich in die Front gegen Rotchina einreihen ließ. Inwieweit auch die Initiative zu der sich im Frühjahr 1967 abzeichnenden Konföderation Polen–Tschechoslowakei–Mitteldeutschland von R. ausgeht, war noch nicht zu ermitteln.

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

Literatur:

K. S. Karol, Polen zwischen Ost und West, Köln 1962
vgl. auch Literatur unter → *Polen* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

RASSINIER

Paul R., französischer Historiker, Literaturhistoriker und aktiver Pazifist, sah sich als während des Zweiten Weltkrieges gesundheitlich schwer geschädigter deutscher KZ-Häftling nach dem Kriege veranlaßt, den Übertreibungen in der Berichterstattung und beginnenden Historiographie über Zustände und Vorkommnisse in den → KONZENTRATIONSLAGERN (Teil I) entgegenzutreten, insbesondere der [redacted] *von den sechs Millionen vernichteter Juden, und bildete sich zum Experten für diesen Problemkreis aus.*

Jahrgang 1906, trat R. mit 16 Jahren der Kommunistischen Partei Frankreichs bei, widersprach aber nach Abschluß seiner Studien der kommunistischen Forderung nach Verstaatlichung der Produktionsmittel, geriet in Opposition und wurde aus der Partei ausgeschlossen. 1934 schloß er sich der Sozialistischen Partei an (SFIO) und führte deren Bezirk Belfort.

Als Dozent an der Universität Besançon und überzeugter Kriegsgegner stellte sich R. zwar 1939 gegen eine Kriegsteilnahme Frankreichs und geriet in Widerspruch zum Ministerpräsidenten Daladier, leistete aber nach der Besetzung durch deutsche Truppen 1940 passiven Widerstand, organisierte mit anderen die Resistancegruppe Liberation Nord und versuchte, in dieser mit Hilfe einer illegalen Zeitschrift „Die IV. Republik" den Gedanken der Gewaltlosigkeit auszubreiten. Das brachte ihm ein Todesurteil von seiten der Kommunisten ein. Wahrscheinlich von ihnen verraten, wurde R. Anfang 1943 von Organen der deutschen Besatzungsbehörden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald bzw. „Dora" verbracht.

In zwanzig Monaten Haft lernte R. das Lagersystem in Theorie und Praxis genauestens kennen, erlebte den Terror zwischen verschiedenen Häftlingskategorien, die beherrschende Rolle der Kommunisten auch hier, war am Ende dieser Zeit gesundheitlich ruiniert, hundertprozentig invalide, gelangte aber dennoch durch die noch kämpfenden Linien nach Frankreich zurück.

Als Deputierter der Sozialistischen Partei von Belfort in der 2. verfassunggebenden Versammlung und im Parlament, mit der Anerkennungsmedaille der Resistance in Gold dekoriert, begann R. in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre seinen einsamen Kampf gegen die „Nachkriegswiderstandskämpfer", erklärte, daß er die meisten

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

von ihnen im Widerstand niemals angetroffen habe, empörte sich gegen den Massenmord an sogenannten → *„KOLLABORATEUREN"* (Teil I) und gegen die tendenziöse KZ-Literatur, die eine hinreichend grausame Wahrheit ins Groteske verzerrte. Er machte sich damit erneut die Kommunisten zu erbitterten Feinden, die in der Resistance tonangebend gewesen waren und blieben.

Als 1950 R.s Buch „Die Lüge des Odysseus" in Paris erschien, verklagten sie ihn und trieben den Prozeß durch alle Instanzen. In der letzten, vor dem Kassationshof in Paris, wurde R. endgültig freigesprochen. Sofort nahm er den Kampf wieder auf, ergänzte und verbesserte sein Buch von Auflage zu Auflage, forschte auf zahlreichen Reisen und in der an Umfang ständig zunehmenden einschlägigen Literatur nach der Wahrheit, um die es ihm ging. Der Prozeß gegen → *EICHMANN* gab R. reichlich Gelegenheit, seine Kenntnisse von dieser Materie zu vervollständigen.

1962 erschien in Paris R.s Buch „Le véritable Process Eichmann", 1964 „Le Drame des Juifs europeén", 1965 „Operation Vicaire", eine Verteidigung des Papstes → *PIUS XII.* gegen die Vorwürfe Hochhuts und anderer, um so bemerkenswerter als R. sich selbst als „Ungläubigen" klassifizierte. Als er sich 1965 als Beobachter und Berichterstatter zum 1. Frankfurter Auschwitzprozeß anmeldete, fürchtete der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer die Anwesenheit dieses ersten Fachmannes so sehr, daß er über das Innenministerium ein Einreiseverbot erwirkte. R., schon auf der Reise, mußte an der Grenze umkehren.

Der jahrzehntelange Kampf an mehreren Fronten zugleich hatte R.s ohnehin schwer geschädigte Gesundheit vollends zermürbt. Am 28. Juli 1967 erlag er in Paris einem Herzinfarkt. Noch ein halbes Jahr vor seinem Tode äußerte er in seiner Wohnung auf direkte Befragung hin, seiner festen Überzeugung nach entspreche die Behauptung von der millionenfachen Judenvergasung in stationären Gaskammern in Auschwitz-Birkenau nicht den Tatsachen. Er habe den Prozeß genau verfolgt und keine beweiskräftigen Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung gefunden.

Anmerkungen ....

....

II. RATHENAU

Walther R., deutsch-jüdischer Wirtschaftsführer im 1. Weltkrieg und Reichsaußenminister in der Weimarer Republik (1922) wandelte sich 1918 vom Monarchisten und Germanenverehrer mit antisemitischen Zügen zum überzeugten Republikaner, Erfüllungspolitiker und Antimilitaristen, darüber hinaus zum heimlichen Freund des Bolschewismus. Seine tatsächliche politische Bedeutung wurde erst nach seiner Ermordung am 24. Juni 1922 erkennbar, als das internationale Echo auf seinen Tod Zusammenhänge zwischen gewissen Kreisen in den USA und Moskau sichtbar machte, von denen nicht einmal die Attentäter Kenntnis gehabt zu haben scheinen.

1867 als Sohn des deutsch-jüdischen Industriellen und Begründers der AEG Emil R. in Berlin geboren, studierte R. in Berlin und Straßburg Physik und Chemie, ging 1893 als Leiter eines elektrochemischen Werkes in die Schweiz, kehrte 1899 zurück und trat in die Direktion der AEG ein. 1907/08 bereiste er als Direktionsmitglied der Berliner Handeslgesellschaft die deutschen Kolonien Ost- und Südwestafrika und berichtete darüber.
Bei Kriegsausbruch 1914 wurde R. die Leitung der Rohstoffabteilung im Kriegsministerium übertragen (vgl. → *Baruch*), 1915 wurde er als Nachfolger seines verstorbenen Vaters Präsident der AEG. 1917 suchte er Ludendorff dazu zu bestimmen, im Rahmen der Kriegswirtschaft ein Sozialisierungsprogramm der Rüstungsindustrie durchzuführen.
Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches wurde R. inoffizieller *Berater* der Reichsregierung in Wirtschaftsfragen und gewann wachsenden Einfluß (vgl. → *Baruch*). Im Mai 1921 übernahm er im Kabinett Wirth vorübergehend das Wiederaufbauministerium, ging im November zu einer „privaten" Besprechung mit Lloyd George nach London, vertrat im Januar 1922 das Deutsche Reich offiziell bei der Konferenz von Cannes, um Aufschub der fälligen Reparationsraten zu erreichen, und wurde bei seiner Rückkehr zum Reichsminister des Äußeren ernannt. Als solcher unterzeichnete R. im Mai 1922 während der Weltwirtschaftskonferenz in Genua widerstrebend und auf Drängen von Maltzans den Vertrag von → *Rapallo* (Teil I), aus dem sich u. a. später eine deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit ergab. R. selbst hatte mehr zu dem Plan

Lloyd Georges geneigt, die UdSSR wieder in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem zu verflechten.
Am 24. Juni 1922 wurde R. von jungen Nationalisten, die ihn stark anfeindeten, Erwin Kern, Hermann Fischer und Ernst Techow, erschossen. Über ihre Motive gehen die Meinungen auseinander. → *Antisemitismus* (Teil I) scheint dabei die geringste Rolle gespielt zu haben. Die ungewöhnlich starke Erregung, die dieser Mord im In- und Auslande hervorrief, ließ erkennen, welche Kreise und Gruppen vor allem R. als ihren Repräsentanten betrachtet hatten, z. B. die Gewerkschaften, die damals führenden Politiker Frankreichs, Schriftsteller wie Emil Ludwig und Arnold Zweig, die marxistischen Parteien und eine bestimmte Gruppe des einflußreichen Judentums in aller Welt.
Offenbar hatte R. unabhängig von seiner sichtbaren, offiziellen Tätigkeit in der Stille eine zweite, ideologisch-politische Wirksamkeit entfaltet und es ist angesichts der auffallenden Zwiespältigkeit seines Wesens nicht ausgeschlossen, daß er, der Inhaber eines der kultiviertesten Häuser Berlins, Kräfte gefördert hat, die auf die Unterminierung eben dieser Kultur hinarbeiteten.
Andrerseits war R. unter den Politikern der Weimarer Republik mit Abstand der Begabteste und hätte als Reichsaußenminister durchaus eine wesentliche Stärkung der deutschen Position erreichen können, wäre es ihm vergönnt gewesen, sein noch kurz vor dem Tode konzipiertes außenpolitisches Programm durchzuführen.
Ebensowohl allerdings hätte seine verhängnisvolle Neigung zum Bolschewismus, die er mit Jakob Schiff, Felix → *Frankfurter* und anderen teilte, über ein Zweckbündnis mit der UdSSR hinaus den sowjetischen Einfluß in → *Mitteleuropa* (Teil I) gefährlich steigern können. In dieser und anderer Hinsicht war R.s Haltung kaum vorauszusehen.

Literatur:

Walther Rathenau, Tagebuch 1907—1922, Düsseldorf (Droste) 1967
H. M. Böttcher, Walther Rathenau, 1958
Harry Graf Kessler, Walther Rathenau, Wiesbaden (Rhein. Verlagsanstalt) 1962
Walter Görlitz, „Unternehmer, Philosoph und Staatsmann" in Die Welt, 28. 9. 67
Heinrich Härtle, „Zwischen Kaiser und Lenin" in DWZ 39 und 40/1967

Karl R., vom 20. Dezember 1945 bis zu seinem Tode am 31. Dezember 1950 Bundespräsident von → ÖSTERREICH (Teil I), Sozialdemokrat, war bereits 1918 einer der Mitbegründer der österreichischen Republik, ihr erster Staatskanzler (bis 1920) und überzeugter Befürworter eines Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reich.

Am 14. Dezember 1870 in Unter-Tannowitz/Mähren als Bauernsohn geboren, studierte R. Rechtswissenschaften, promovierte in Wien zum Dr. jur., war dann in der Bibliothek des Reichsrates tätig und avancierte zum Bibliotheksdirektor. Daneben verfaßte R. zahlreiche sozialpolitische Schriften, teils unter seinem eigenen Namen, teils unter den Pseudonymen Synopticus, Rudolf Springer, Josef Karner und O. W. Payer.

Seit 1907 Mitglied des Österreichisch-Ungarischen Reichsrates, seit 1911 auch des Landtags von Nieder-Österreich, gehörte R. bei Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im November 1918 der provisorischen und verfassunggebenden Versammlung an, war an der Konzeption der republikanischen Verfassung maßgeblich beteiligt und wurde zum Leiter der Staatskanzlei bzw. zum ersten Staatskanzler Österreichs gewählt.

Am 2. März 1919 unterzeichnete in R.s Auftrage sein Außenminister Otto Bauer in Berlin ein Geheimprotokoll mit dem deutschen Reichsaußenminister, dem Grafen Brockdorff-Rantzau, in dem ein Staatsvertrag vereinbart wurde, der Österreich zum Bestandteil des Deutschen Reiches, Wien zur zweiten deutschen Hauptstadt und zum periodischen Amtssitz des Reichspräsidenten machen sollte. Die Verträge von Versailles und St. Germain machten später die Durchführung dieses Vorhabens unmöglich (vgl. Teil III → *DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHES GEHEIMPROTOKOLL 1919*).

Vom Mai bis September 1919 war R. Präsident der österreichischen Friedensdelegation in St. Germain. Es gelang ihm, einige Härten des Vertrages zu mildern und ein für Österreich günstiges Klima bei den Siegermächten zu erzeugen. Vom Juli bis November 1920 war er Staatssekretär für Äußeres, anschließend Präsident des Nationalrates bis zu dessen Auflösung durch Dollfuß im März 1933.

Aus Anlaß des Verbotes der Sozialdemokratischen Partei Österreichs nach Niederwerfung des Aufstandes des Republikanischen

Schutzbundes im Februar 1934 wurde R. vorübergehend verhaftet. Dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im Jahre 1938 stimmte er zu und äußerte, es würde seinem gesamten politischen Werdegang widersprechen, wenn er nicht mit diesem Anschluß einverstanden wäre. Doch hielt er sich von politischer Tätigkeit bis 1945 fern.
Dann aber, noch vor der Einnahme Wiens durch Truppen der→ *ROTEN ARMEE* (Teil I), bereitete R. eine österreichische Regierung vor und nahm Verbindung zu den Sowjets auf. Es gelang ihm, der Einsetzung einer den Sowjets genehmen, prokommunistischen Regierung zuvorzukommen. Am 27. April 1945 verkündete er die Unabhängigkeit Österreichs.
Auch die Fusion der Sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten, den üblichen ersten Schritt zur gewaltsamen Bildung eines sowjetischen Satellitenstaates, konnte R. verhindern. Im Oktober versicherte er sich des Einverständnisses der Westmächte mit seiner provisorischen Regierung. Bei den ersten Wahlen zum Nationalrat am 25. November erlitten die österreichischen Kommunisten trotz Anwesenheit der sowjetrussischen Besatzungstruppen eine bemerkenswerte Niederlage. Am 20. Dezember 1945 wurde R. zum Bundespräsidenten gewählt und repräsentierte den zweimal von ihm geschaffenen Staat bis zu seinem Tode am 31. Dezember 1950.

Anmerkungen ....

Ernst R. (Friesland), seit dem 24. Juni 1946 Oberbürgermeister von Gesamtberlin (vom russischen Stadtkommandanten an der Ausübung seines Amtes gehindert), vom 2. Juli 1948 bis zu seinem Tode am 29. September 1953 Oberbürgermeister von Westberlin (vgl. → BERLIN, Teil I), Sozialdemokrat, machte sich um den Wiederaufbau der Stadt verdient und vermochte gegenüber Versuchen, auch die westliche Stadthälfte dem Kommunistischen Machtbereich einzuverleiben, insbesondere während der Berlinblockade 1948/49, die Bevölkerung zum Durchhalten zu ermutigen.

Am 29. Juli 1889 in Apenrade/Nordschleswig als Sohn eines Handelsmarinekapitäns und Navigationslehrers geboren, wenige Jahre danach nach Leer in Ostfriesland verzogen, wuchs R. mit fünf Brüdern in streng konservativer Atmosphäre auf, gehörte dem Wandervogel an und studierte in Marburg und München Germanistik, Geographie und Geschichte.

1912 schloß er sich als Lehramtskandidat und Hauslehrer in Bielefeld den Sozialdemokraten an, verlor damit sein Berufsziel und das Vertrauen des Vaters. 1913 wurde R. in Berlin Wanderlehrer für den sozialdemokratischen Bildungsverein, 1914 opponierte er als überzeugter Pazifist gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD.

1915 einberufen, kam R. nach vier Monaten Stellungskrieg im Westen an die Ostfront, geriet am 10. August 1916 schwer beinverletzt in russische Gefangenschaft, lernte russisch und kam nach der Märzrevolution 1917 in ein Kohlebergwerk im Gouvernement Tula. Bei dessen Übernahme durch den Ortssowjet wurde R. in der Geschäftsführung beschäftigt.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution kam R. als Vorsitzender eines Kriegsgefangenenkomitees für etwa 30 000 Gefangene nach Moskau, wurde → *LENIN* vorgestellt und von diesem als Kommissar in die Wolgadeutsche Republik gesandt. Im Dezember 1918 gelangte er mit Karl Radek und anderen, als „österreichischer Kriegsgefangener" getarnt, nach Berlin und übergab Klara Zetkin ein Empfehlungsschreiben Lenins, in dem er als „brillanter Kopf" aber „zu unabhängig" gekennzeichnet wurde.

Zunächst in Oberschlesien unter dem Decknamen Friesland mit dem

Aufbau der KPD-Bezirksorganisation beschäftigt, verhaftet und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, schloß sich R. um die Jahreswende 1919/20 in Berlin dem Spartakusbund an. Als dieser sich im Dezember 1920 mit der USPD vereinigte, wählte der linke Flügel R. zum Politischen Sekretär für Berlin-Brandenburg. Nach dem Zusammenschluß dieses linken Flügels mit der KPD 1921 wurde R. als Nachfolger des inzwischen aus der KPD ausgeschlossenen Paul Levi zum Generalsekretär des Zentralkomitees gewählt, wiederholte aber dann die Angriffe Levis auf die KPD-Zentrale und wurde am 23. Januar 1922 ebenfalls ausgeschlossen.
Mit Levi zusammen zur USPD übergetreten, kam R. nach deren Zusammenschluß mit den Mehrheitssozialisten im Oktober 1922 in die Redaktion des „Vorwärts", spezialisierte sich auf Kommunalpolitik, wurde 1926 zum Verkehrsdezernenten des Berliner Magistrats gewählt und schuf 1928 die BVG, die Berliner Verkehrsgesellschaft als städtisches Unternehmen.
1929 Oberbürgermeister von Magdeburg und städtebaulich aktiv, 1932 in den Reichstag gewählt, kam R. nach 1933 zweimal in Schutzhaft, konnte aber dann 1935 über England in die Türkei ausreisen, wo er zunächst Berater des Wirtschaftsministeriums (vgl. → *PARVUS-HELPHAND*), 1940 Professor für Kommunalpolitik an der Verwaltungsakademie Ankara wurde.
1946 nach Berlin zurückgekehrt, wurde R. zum Oberbürgermeister gewählt, doch focht der sowjetrussische Stadtkommandant Kotikow die Wahl unter Hinweis auf R.s „ziemlich dunkle und zweifelhafte" Vergangenheit an und verhinderte die Amtsausübung. Nach der Spaltung → *BERLINs* (Teil I) wurde R. im Dezember 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin und hatte sogleich der Blockade standzuhalten. Er bewies Umsicht und menschliche Größe.
R. wäre der Mann gewesen, die Spaltung Berlins, vielleicht auch die Fusion der SPD mit der KPD in Mitteldeutschland zu verhindern. Das hatte Kotikow erkannt. Wenige Monate nach dem Ostberliner Aufstand vom 17. Juni, der R. tiefer erregen mußte als andere, verstarb er am 29. September 1953. Er hatte keinen annähernd ebenbürtigen Nachfolger mehr.

Anmerkungen ....

....

Der Belgier Jean R., seit dem 21. Juli 1967 als Nachfolger Walter → HALLSTEINs Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (vgl. → EWG, Teil I), setzte sich, obschon bei seiner Nominierung von Frankreich gefördert, für die Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien über dessen EWG-Beitritt ein.

1902 in Lüttich geboren und am dortigen Königlichen Atheneum erzogen, studierte R. an der französischsprachigen Universität Lüttich Rechtswissenschaften und ließ sich 1926 in seiner Vaterstadt als Rechtsanwalt am Appellationsgericht nieder. Seit 1935 diente er ihr außerdem als Mitglied des Gemeinderates.
1939 als Abgeordneter der Liberaldemokraten für Lüttich ins Parlament gewählt, geriet R. 1940 als Reserveoffizier in deutsche Kriegsgefangenschaft und blieb bis 1945 gefangen. Nach der Entlassung 1946 erneut Parlamentsmitglied, war R. 1947 Mitbegründer der Entente Liberale Wallone und wurde Vizepräsident der Familienbehörde.
1948 nahm R. als Alternativdelegierter an der dritten Generalversammlung der → *UNO* (Teil I) in Paris teil, 1949 an der ersten Sitzung der Konsultativversammlung des → *EUROPARAT*s (Teil I). Im gleichen Jahr wurde er in der belgischen Koalitionsregierung Eyskens Minister für Wiederaufbau.
Von 1954 bis 1958 belgischer Wirtschaftsminister, wurde R. anschließend Abteilungspräsident bzw. Kommissar für Auswärtige Beziehungen in der → *EWG*-Kommission (Teil I). Nach der Zusammenlegung der Organisationen von EWG, → *MONTANUNION* und → *EURATOM* (Teil I) zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Juni 1966 lehnte es → *DE GAULLE* kategorisch ab, daß Walter → *HALLSTEIN* das Präsidium dieser Kommission übernähme.
Es standen für dieses Amt zur Wahl R. und der Holländer Sicco Mansholt, der den gemeinsamen Agrarmarkt der EWG-Länder durchgesetzt hatte. Die Franzosen stimmten für R. Am 30. Mai 1967 wurde er in Rom nominiert, am 21. Juli trat er sein neues Amt an, aber erst am 16. September hielt er vor dem → *EUROPÄISCHEN PARLAMENT* (Teil I) in Straßburg seine programmatische Antrittsrede, in der er sich für Aufnahme der Verhandlungen mit

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Großbritannien über dessen EWG-Beitritt aussprach, obwohl dieser von Frankreich bekanntlich blockiert wurde.
Die vier Fraktionen des Parlaments der Europäischen Sechsergemeinschaften sprachen R. und seiner Kommission daraufhin das Vertrauen aus. Seitdem versuchte er zwischen dem französischen Standpunkt und dem der fünf übrigen EWG-Länder, die den Beitritt Großbritanniens wünschten, zu vermitteln und strebte eine Kompromißlösung an.
Angesichts der katastrophalen Entwicklung der britischen Wirtschaft, einer natürlichen Folge der beschleunigten Auflösung des Empire, konnte allerdings auch R. bisher keine konkreten Vorschläge für eine solche Kompromißlösung machen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

RIBBENTROP

Joachim von R., von 1935 bis 1938 deutscher Sonderbotschafter in London, 1938 bis 1945 Reichsaußenminister, schloß am 23. August 1939 in Moskau mit → STALIN den deutsch-russischen Nichtangriffspakt. Es gelang ihm nicht, → HITLER davon zu überzeugen, daß England tatsächlich Krieg führen werde. R. wurde am 16. Oktober 1946 in Nürnberg hingerichtet.

1893 in Wesel am Rhein als Offizierssohn geboren, besuchte R. das Gymnasium in Metz, trieb in Grenoble und London mehrjährige Sprachstudien und war vor Ausbruch des 1. Weltkrieges als selbständiger Kaufmann in Kanada tätig.
Ende August 1914 schlug er sich nach Deutschland durch, trat als Kriegsfreiwilliger in das 12. Husarenregiment ein, wurde 1915 Leutnant, kämpfte an der West- und Ostfront und war 1918 Adjutant des Bevollmächtigten des deutschen Kriegsministeriums in der Türkei.
Bei Kriegsende im Kriegsministerium tätig, nahm R. als Adjutant der deutschen Delegation an den Friedensverhandlungen teil, schied anschließend als Oberleutnant aus der Armee aus und erwarb eine Import- und Exportfirma, die vor allem mit England und Frankreich Handel trieb.
Seit 1930 machte R. seine Auslandsbeziehungen der NSDAP nutzbar, der er 1932 beitrat. Im Sommer 1932 beteiligte er sich vermittelnd an den Verhandlungen um einen Regierungseintritt Hitlers, ebenso vom 10. bis 30. Januar 1933. Im Rahmen dieser Verhandlungen fanden entscheidende Zusammenkünfte in R.s Hause in Berlin-Dahlem statt.
Seitdem ließ sich Hitler in außenpolitischen Fragen von R. informieren, ernannte ihn im Mai 1935 zum Beauftragten der Reichsregierung in Abrüstungsfragen und im Juni desselben Jahres zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in London, wo er am 18. Juni 1935 das deutsch-britische Flottenabkommen unterzeichnete. Dort auch gewann R. insbesondere während des Jahres 1937 die Überzeugung, daß England bei gegebenem Anlaß gegen Deutschland kämpfen werde.
R.s Witwe hat später den dokumentarischen Nachweis geführt, daß R. damals Hitler entsprechend unterrichtete. Dieser aber teilte R.s

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Auffassung nicht, da er sich nicht vorstellen konnte, daß die britische Regierung den Bestand des ohnehin gefährdeten Empire aufs Spiel setzen werde, nur um gegen Deutschland Krieg führen zu können.
1938 ernannte Hitler R. an Stelle des scheidenden Frhrn. von Neurath zum Reichsaußenminister, zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Außenpolitik bei der schrittweisen Aufhebung der Bestimmungen des Versailler Vertrages ihren gewagtesten und bewegtesten Abschnitt erreichte.
R. bereitete das → *MÜNCHNER ABKOMMEN* (Teil I) vor, unterzeichnete im Dezember 1938 in Paris den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, trotz italienischen Widerstandes, mit dem endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, am 22. Mai 1939 den „Stahlpakt" mit Italien und drei Monate später in Moskau den deutsch-russischen Nichtangriffspakt.
Während des 2. Weltkrieges unterstützte R. Hitlers Großraumpläne, schloß am 27. September 1940 den Dreimächtepakt mit Japan, den im Jahre darauf → *ROOSEVELT* und → *CHURCHILL* dazu benutzten, die USA auch mit Deutschland und Italien in Kriegszustand zu bringen, und konnte zunächst im südosteuropäischen Raum ein territoriales Ausgleichs- und Vertragswerk einleiten, das bei klarer Begrenzung der deutschen Kriegsziele und vernünftiger Behandlung der Ostvölker durchaus von Tragweite hätte sein können.
In dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß wurde R. auch wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges („Verschwörung gegen den Frieden") angeklagt und verurteilt. Dieses Urteil läßt sich nicht aufrecht erhalten. Natürlich war R. sich der Kriegsgefahr bewußt, die seine Außenpolitik an der Seite und nach den Weisungen Hitlers in sich schloß. Aber das Risiko eines Krieges eingehen heißt nicht, einen Angriffskrieg vorbereiten.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

Franklin Delano R., von 1933 bis 1945 32. Präsident der USA, provozierte 1941 den Angriff Japans, um die → isolationistische (Teil I) Mehrheit im Senat und Volk auszuschalten und die Kriegsbeteiligung Amerikas zu erzwingen. Er förderte einerseits den als „policing the world" bekanntgewordenen amerikanischen Weltpolizistenkomplex, half andererseits den kommunistischen Machtbereich und Einfluß erheblich vergrößern.

Als Sohn einer der wohlhabendsten Familien im Staate New York 1882 geboren und bis zum 15. Lebensjahr von Hauslehrern unterrichtet, wurde R. nach einem im Jahre 1900 begonnenen Studium 1911 demokratischer Senator. 1913 ernannte ihn Wilson zum Unterstaatssekretär der Marine; mit Wilson wandelte er sich unter dem Einfluß von Brandeis vom Kriegsgegner zum Befürworter des Kriegseintritts (vgl. → *Balfour-Declaration*, Teil I). Mit Wilson glaubte er auch an die Friedensmission des → *Völkerbundes* (Teil I) und nahm an der Versailler Friedenskonferenz teil.
1920 war R. Vizepräsidentschaftskandidat der Demokraten, verlor aber die Wahl. Ein Jahr darauf erkrankte er an spinaler Kinderlähmung und erlangte nur durch ungewöhnliche Energie und Zähigkeit seine Bewegungsfähigkeit wieder zurück. Mit Unterstützung Herbert H. Lehmans vom Bankhaus Lehman Bros. wurde er 1928 Gouverneur von New York. Auch mit Henry → *Morgenthau*, Felix → *Frankfurter* und Samuel Rosenman war er schon damals befreundet. 1930 wurde R. als Gouverneur des Staates New York wiedergewählt. Inzwischen war die Wirtschaftskrise ausgebrochen und Präsident Hoover mußte 1932 abtreten. R. ließ sich mit Hilfe seiner Freunde als Präsidentschaftskandidat der Demokraten aufstellen. Den Wahlkampf führte er mit der Propagierung seines → *New Deal* genannten Sanierungsprogramms, wobei Bernard Manasse → *Baruch* und Mandell House seine Berater waren. Am 9. November 1932 wurde R. gewählt und am 3. März 1933 vereidigt.
Hull, Philipps, Bullit wurden neben Eugene Meyer, Strauss, Sidney Hillmann und Rose Schneidermann seine wichtigsten Mitarbeiter. Später kam Harry Hopkins dazu, der ihm besonders nahe stand und entsprechenden Einfluß besaß. Staatssekretär Stimson hatte R. schon vorher für eine Kriegspolitik gegenüber Japan gewonnen.

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Dem → *Nationalsozialismus* (Teil I) stand R. von Anfang an mit äußerster Ablehnung gegenüber, im Unterschied zu Politikern wie Lloyd George oder selbst Churchill. Der von R.'s Brains Trust ausgearbeitete New Deal erwies sich um diese Zeit mehr und mehr als Fehlschlag und die Arbeitslosenanzahl stieg bis 1939 auf über 12 Millionen. Bereits mit der Quarantäne-Rede vom 7. Oktober 1937 hatte R. den künftigen Kurs abgesteckt. Nach Ausbruch des europäischen Krieges begann er planmäßig die Kriegsbeteiligung der USA vorzubereiten, belieferte zuerst England, dann auch Rußland unter Bruch der amerikanischen Neutralitätsgesetze mit Kriegsmaterial, erließ seinen berüchtigten „Schießbefehl" und zwang endlich Japan durch Blockademaßnahmen und unannehmbare ultimative Forderungen zum Krieg.
Obwohl Ort und Zeit des japanischen Angriffs ihm sowohl wie Marshall, Stimson und Stark vorher bekannt waren, erging die Warnung an die Fernostflotte nicht rechtzeitig, da Pearl Harbor (7. Dezember 1941) R. dazu dienen sollte, die Kriegserklärung der USA im Senat durchzusetzen. Die der Nachlässigkeit beschuldigten zuständigen Offiziere Kimmel und Short rechtfertigten sich später ausführlich und halfen dabei die tatsächlichen Zusammenhänge aufdecken.
Mit der Forderung einer bedingungslosen Kapitulation der → *Achsenmächte* (Teil I) auf der Konferenz von Casablanca 1943 verlängerte R. — den Warnungen seiner Berater entgegen — den Krieg beträchtlich. Seine Nachgiebigkeit gegenüber → *Stalin* bei den Konferenzen von → *Teheran* und → *Jalta* (Teil I) trug entscheidend zur Ausbreitung des Sowjetsystems bei. R. starb am 12. April 1945, 18 Tage vor Hitler, 16 Tage vor → *Mussolini.*

Literatur:

Robert E. Sherwood, Roosevelt and Hopkins, New York (Harper) 1948
Alden Hatch, Franklin D. Roosevelt. Eine Biographie, Wien (Panorama) 1949
Frances Perkins, Roosevelt wie ich ihn kannte, (deutsch 1949)
Elleanor Roosevelt, Wie ich es sah, (deutsch 1950)
George N. Crocker, Roosevelts Road to Russia, deutsch: Schrittmacher der Sowjets, Tübingen (Schlichtenmayer) 1960
Admiral R. Theobald, Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor, (deutsch) Berlin (Schnitter) 1961

II. ROSENBERG, ALFRED

Der Baltendeutsche Alfred R., der in Moskau studiert hatte, schloß sich 1919 in München Hitler an, wurde 1921 Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachter"s, gründete 1929 den Kampfbund für deutsche Kultur, wurde 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, 1934 Beauftragter Hitlers für die weltanschauliche Erziehung in allen Parteigliederungen, 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, 1946 im ersten → NÜRNBERGER PROZESS (Teil I) zum Tode verurteilt und hingerichtet. In seinen zahlreichen Veröffentlichungen vertrat R. eine Geschichtsauffassung und eine Kulturpolitik nach biologischen (rassischen) Gesichtspunkten und einen scharfen Antijudaismus, aus dem heraus er auch das Christentum bekämpfte.

1893 in Reval als Sohn eines baltendeutschen Handelsherrn geboren, studierte R. an den Technischen Hochschulen Riga und Moskau Architektur, erlebte in Moskau die russische Revolution mit, machte 1918 sein Diplomexamen und ließ sich 1919 in München nieder, wo er gegen die kommunistische Eisnerregierung auftrat, gemeinsam mit Dietrich Eckart schriftstellerisch tätig war und Hitler kennen lernte.

1921 übernahm R. die Hauptschriftleitung des nationalsozialistischen Parteiorgans „Völkischer Beobachter", seit 1924 gab er die Monatsschrift „Der Weltkampf" heraus, 1929 schuf er sich eine eigene Organisation, den Kampfbund für deutsche Kultur, in dem sich bereits zeigte, daß R. offensichtlich infolge mangelnder Menschenkenntnis, in der Auswahl seiner Mitarbeiter eine unglückliche Hand zu haben schien und sich in kritischen Situationen nicht durchzusetzen vermochte.

1930 wurde R. Mitglied des Reichstages. Im gleichen Jahre erschien sein Hauptwerk, der Mythos des 20. Jahrhunderts, das, ebenso antichristlich wie antijüdisch, Geschichte rassenbiologisch zu interpretieren suchte, von Hitler aber *nicht* als parteioffiziell anerkannt wurde.

Von 1931 bis 1933 hielt sich R. im Auftrage Hitlers in London und Rom auf. Bei seiner Rückkehr ernannte ihn Hitler im April 1933 zum Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, doch sank die

Bedeutung dieser Funktion mit dem zunehmenden Einfluß → *RIBBENTROPS.*
1934 ernannte Hitler, von der Entwicklung innerhalb der evangelischen Kirche enttäuscht, R. zu seinem Beauftragten für die weltanschauliche Erziehung der NSDAP und der ihr angeschlossenen Organisationen. Das war angesichts R.s eindeutig antichristlicher Einstellung ein bewußter Affront gegen beide Kirchen und wurde auch so verstanden.
R. schuf sich, auf diesen Auftrag gestützt, einen umfangreichen Apparat, setzte aber die von ihm vertretene Weltanschauung in den Führungsgremien der Parteigliederungen keineswegs durch und scheiterte insofern auch in diesem Amte.
Endgültig zum Verhängnis wurde ihm der letzte Auftrag, den ihm Hitler während des 2. Weltkrieges gab, seine Ernennung zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Es gelang R. auch hier nicht, sich gegen die ihm unterstellten Reichskommissare, insbesondere, gegen Koch in der Ukraine, durchzusetzen. Infolgedessen wurde er mitverantwortlich für die von Koch und anderen geradezu provozierte zunehmende → *PARTISANEN*-Tätigkeit (Teil I) hinter der deutschen Ostfront.
Im Hauptkriegsverbrecherprozeß in Nürnberg belastete die Anklage R. u. a. mit allen im Baltikum, in Weißrußland und in der Ukraine deutscherseits verübten Unmenschlichkeiten. Bei seiner Hinrichtung am 16. Oktober 1946 unter dem Galgen gefragt, ob er noch etwas zu sagen wünsche, antwortete er: „Nein."

Literatur:

Alfred Rosenberg, Die Spur der Juden im Wandel der Zeiten
Alfred Rosenberg, Unmoral im Talmud
Alfred Rosenberg, Die Verbrechen der Freimaurerei
Alfred Rosenberg, Der staatsfeindliche Zionismus
Alfred Rosenberg, Die Protokolle der Weisen von Zion
Alfred Rosenberg, Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik
Alfred Rosenberg, Houston Stewart Chamberlain
Alfred Rosenberg, Dietrich Eckart — ein Vermächtnis
Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts
Alfred Rosenberg, An die Dunkelmänner unserer Zeit

ROSENBERG, LUDWIG

Seit 1963 als Nachfolger Willi Richters erster Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes steht Ludwig R. an der Spitze einer Organisation, die erhebliche Wirtschaftsmacht und vielfache unternehmerische Wirksamkeit mit radikal klassenkämpferischen Tendenzen, weit links von der → SPD verbindet. Von dieser Position aus hat auch R. selbst viel zum anachronistischen Rückfall in eine Politik der ständigen Lohnerhöhungsforderungen beigetragen, die — unter ständiger Streikandrohung — automatisch zur bekannten Lohn—Preis-Spirale und damit zwangsläufig zur Geldentwertung führen mußten (vgl. auch → Gewerkschaften, Teil I).

1903 als Sohn eines Unternehmers in Berlin geboren, besuchte R. zunächst das Realgymnasium in Berlin, anschließend die staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, war bis zum Jahre 1928 kaufmännisch tätig und übernahm dann die Leitung der Bezirksgeschäftsstellen der Angestelltengewerkschaft in Krefeld, Düsseldorf und Brandenburg an der Havel.

1933 emigrierte R. nach England, unterrichtete dort im Rahmen der Gesellschaft für Arbeiterbildung, betätigte sich auch journalistisch sowie kaufmännisch und war Mitbegründer der Vereinigung deutscher Gewerkschaftler in England. Während des 2. Weltkriegs war R. Abteilungsleiter im britischen Arbeitsministerium mit der Aufgabe, 70 000 deutsche und österreichische Emigranten beruflich unterzubringen.

Nach seiner Rückkehr 1946 widmete sich R. dem Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften im Rahmen des gewerkschaftlichen Sekretariats der britischen Zone in Bielefeld. 1947 wurde er Mitglied des Gewerkschaftsrates in Frankfurt am Main.

Dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes gehörte R. seit dessen Gründung im Oktober 1949 an und zwar als Leiter der Hauptabteilung für Wirtschaftspolitik. Nach zehnjähriger Tätigkeit in der Zeit des westdeutschen „Wirtschaftswunders", dessen Zustandekommen R. dort besonders gut beobachten konnte, wurde er 1959 stellvertretender Vorsitzender und löste 1963 Willi Richter als Ersten Vorsitzenden ab.

Seitdem gehört R. zu den ständigen Warnern vor einer → *Notstandsgesetzgebung* (Teil I), selbst in stark eingeschränkter Form und setzt das ganze Gewicht seiner Organisation in diesem Sinne ein. Wirtschaftspolitisch tritt er für den ständigen Kampf der Arbeitnehmer gegen das Unternehmertum ein und zwar aus der hoffnungslos veralteten, zur leeren Phrase gewordenen Konzeption der laut Marx naturgegebenen Klassengegensätze.

Gedanken, die geeignet sind, die Klassenkampftheorie ad absurdum zu führen, sowie Vorschläge für eine Organisation des Arbeits- und Betriebslebens, in der Arbeitnehmer und Arbeitgeber *zusammen*wirken, ignoriert R. Sie sind ihm entweder wesensfremd, oder er sieht in ihnen eine Gefährdung seiner Organisation.

Zur Wirtschaftsphilosophie Otto A. → *Friedrichs* zum Beispiel und zu dessen Plan zur neuen Lösung der Eigentumsfrage auf dem Wege einer gegenseitigen Integration von Unternehmern und Arbeitern hat er kein Verhältnis. R. ist allerdings auch ein völlig anderer Typ als Friedrich und ein klassisches Beispiel dafür, wie angeblich → *progressive* Kräfte in Wirklichkeit längst → *reaktionär* (Teil I) geworden sind. Anfang 1968 reist R. an der Spitze einer bundesdeutschen Gewerkschaftsdelegation nach Moskau zu einer Begegnung mit sowjetrussischen „Gewerkschaftlern".

Literatur:

Ludwig Rosenberg, Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften, 1952
Ludwig Rosenberg, The German Experiences with Inflation, 1958
Ludwig Rosenberg, Wirtschaftspolitik als Aufgabe, 1958

Anmerkungen ....

....

....

....

....

Mariano R., seit dem 13. Dezember 1968 Ministerpräsident von → ITALIEN (Teil I), seit 1965 Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten, bildete am 5. August 1969 nach einmonatiger Regierungskrise ein Minderheitskabinett ausschließlich aus Ministern der Christlich-Demokratischen Partei und sicherte sich die parlamentarische Unterstützung der beiden sozialistischen Parteien.

Jahrgang 1915, gehört R. seit 1948 dem italienischen Parlament an, d. h. seit Beginn der italienischen Republik. 1954 wurde er stellvertretender Sekretär der Christlich-Demokratischen Partei, 1964 Generalsekretär und 1965 politischer Sekretär.
Kabinettsmitglied wurde R. zuerst 1959 im Kabinett Fanfani als Landwirtschaftsminister, nachdem er zuvor Unterstaatssekretär in diesem Ministerium sowie beim Präsidialamt gewesen war. Am 11. November 1963 wurde er Innenminister im Kabinett → *MORO*. 1965 wählte die Europäische Union der Christlichen Demokraten R. zu ihrem Präsidenten. Im November 1968 beauftragte ihn Präsident → *SARAGAT* erstmals mit der Regierungsbildung. Auch damals kam es zu einer 23tägigen Regierungskrise, bis R. eine Ministerliste vorlegen konnte, die 16 Christdemokraten, 9 Sozialisten und einen Republikaner enthielt.
Im März 1969 sah sich R. bereits zur Umbildung seines Kabinetts gezwungen, da der Erziehungsminister Sullo unmittelbar vor Beratung der Universitätsreform zurückgetreten war. Anfang Juli 1969 fiel dann die Regierungskoalition gänzlich auseinander und es gelang keinem der vom Präsidenten Beauftragten, eine neue Regierung zu bilden.
Am 26. Juli erhielt R. den Auftrag. Am 1. August gab er ihn dem Präsidenten zurück. Schon tags darauf beauftragte ihn Saragat nach Besprechungen mit den Parteiführern aufs neue. Nunmehr versuchte R. die Zusicherung der Sozialisten zur Unterstütung eines christlichdemokratischen Minderheitskabinetts zu erlangen. Nachdem am 4. August Linkssozialisten und Sozialdemokraten eine solche parlamentarische Unterstützung zugesagt hatten, stellte R. am 5. seine neue Regierung vor.
An die Stelle des bisherigen Außenministers → *NENNI* trat der frühere Ministerpräsident → *MORO*. Obgleich diese Minderheits-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

regierung naturgemäß nur eine Übergangslösung bis zu einem neuen Koalitionskabinett sein kann, war von geplanten Reformen auf dem Gebiet des Arbeitswesens, der Erziehung und auch der Steuern die Rede.

Die italienische Bevölkerung nimmt an alledem allerdings kaum noch Anteil. Sie ist der ewigen Querelen müde und wird das bei den nächsten Wahlen vermutlich durch eine geringe Wahlbeteiligung zum Ausdruck bringen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Dean R., seit 1961 Außenminister der USA und bereits seit 1949 an leitender Stelle im amerikanischen Außenministerium tätig, trug maßgeblich zur Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik von Truman über Eisenhower und Kennedy bis Johnson bei, nämlich zur Aufrechterhaltung des Schwebezustandes zwischen → Kaltem Krieg und → Koexistenz (Teil I) mit der UdSSR bei gleichzeitiger Nichtaufnahme Rotchinas in die → UNO. R. gehört dem → CFR (Teil I) an.

1909 in Cherokee County im Staate Georgia als Sohn eines Predigers geboren, studierte R. am Davidson College in North Carolina Staats- und Wirtschaftswissenschaften, erhielt ein Stipendium als Rhodes-Student am St. John College in Oxford/England, promovierte dort 1934 zum Master of Art und wurde noch im gleichen Jahr Dekan seiner Fakultät am Mills College.

Von 1940 bis 1946 leistete R. Militärdienst und war zuletzt als Generalstabsoffizier auf dem fernöstlichen Kriegsschauplatz eingesetzt. Dort erwarb er sich fundierte Kenntnisse der politischen Verhältnisse in Fernost. Sein Wissen kam ihm im Korea-Krieg zustatten.

1946 war R. stellvertr. Chef der Abteilung für Internationale Sicherheit im amerikanischen Außenamt, wechselte im gleichen Jahr ins Kriegsministerium hinüber, kehrte aber 1947 als Direktor des UNO-Büros ins Auswärtige Amt zurück.

Im Februar 1949 wurde er dann Assistent des Außenministers, im Mai stellvertr. Unterstaatssekretär, 1950 Sonderbeauftragter für Fernostfragen. 1952 wurde R. Präsident der Rockefeller-Stiftung (vgl. → *CFR*, Teil I) und blieb es neun Jahre lang, bis → *Kennedy* ihn 1961 zum Außenminister ernannte.

Als solcher trug R. – neben dem Präsidenten – während der bisher schwersten Belastung des Verhältnisses USA–UdSSR anläßlich der Kuba-Krise, die sich aus der sowjetischen Raketenbasisinstallation ergab und gemeistert werden konnte, die politische Verantwortung. R. gehörte zu den wenigen Regierungsmitgliedern, die Johnson Ende 1963 aus dem Kennedy-Kabinett übernahm. In den Auseinandersetzungen um den → *Vietnam*-Krieg (Teil I) nahm er eine unnachgiebige Haltung ein. Insbesondere lehnte er die Kritik → *de Gaulles*

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

an der amerikanischen Vietnampolitik ab, drängte im Januar 1966 sogar auf europäische Truppenhilfe.
Frankreichs Ausscheiden aus der → *NATO* (Teil I) bezeichnete R. als Verstoß gegen die Unverletzbarkeit internationaler Abkommen. China gegenüber hielt er an der Ablehnung einer Aufnahme Pekings in die → *UNO* (Teil I) unter den gegebenen Umständen fest, ebenso an der Verteidigungsverpflichtung der USA gegenüber Nationalchina (Formosa).

Literatur:

Der neue Kurs. Amerikas Außenpolitik unter Kennedy 1961–1963, dtv-dok. 246, München o. J.
Klaus Schoenthal, Amerikanische Außenpolitik, Köln (Kiepenheuer u. W.) 1964

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

António de Oliveira S., seit 1932 ununterbrochen Ministerpräsident der Republik Portugal, verkündete 1933 eine „Verfassung des Korporativen Staates" auf der Grundlage einer katholisch verstandenen Ständeordnung, blieb auch bei zweimaligem Wechsel des Staatspräsidenten im Amt, und gab den bisherigen portugiesischen Kolonien des Status „Überseeischer Provinzen". Durch seine lange und kluge Amtsführung erhielt die Politik Portugals das Gepräge ausgleichender Ruhe und Beständigkeit.

1889 als Bauernsohn in Santa Comba Dão geboren, wurde S. im geistlichen Seminar von Vizeu erzogen, studierte an der Universität Coimbra, promovierte dort und habilitierte sich 1917 als Professor der Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft.

1921 wurde S. als Mitbegründer der Katholischen Partei in das Parlament berufen, 1926 ernannte ihn der Diktator General Carmona zum Finanzminister, 1932 zum Ministerpräsidenten. Als solcher verkündete S. im Jahre darauf die neue Verfassung, die auf der Katholischen Soziallehre fußt und Marschall Carmona von einem zusammengesetzten Wahlausschuß zum Staatspräsidenten wählen ließ.

Danach besteht neben der auf vier Jahre gewählten Nationalversammlung die Korporative Kammer aus Vertretern der Kommunen, der sozialen und der Wirtschaftsverbände. Neben der Gesetzgebung durch die Nationalversammlung her werden Verordnungen unmittelbar durch den Staatspräsidenten erlassen.

Das Finanzministerium behielt S. bis 1940, 1936—1944 war er auch Kriegsminister und gleichzeitig 1936—1947 Außenminister seines Landes, hielt also während des spanischen Bürgerkrieges und während des Zweiten Weltkrieges alle wichtigen Positionen in seiner Hand.

1951, nach dem Tode Carmonas, wurde General Lopes zum Präsidenten gewählt, 1958 Admiral Tomas. S. blieb Ministerpräsident und seine Verfassung in Kraft. Als im April 1961 die Kongounruhen auf Portugiesisch Angola übergriffen, unter den weißen Siedlern dort ein Massaker angerichtet wurde und im Dezember des gleichen Jahres Indien Portugiesisch Goa eroberte, übernahm S. für ein Jahr das Verteidigungsministerium, um auch die an beiden Brennpunkten notwen-

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

digen militärischen Maßnahmen selbst in der Hand zu behalten. Goa mußte er aufgeben, in Angola konnte er die Ordnung wieder herstellen.

Die von → *One World*-Kreisen (Teil I) weltweit gegen S., seine Regierung und sein Land betriebene Propaganda drängt ihn auf die Seite → *Südafrikas* und → *Rhodesiens* (Teil I), obgleich er weder in Angola noch in Mozambique eine Rassentrennungspolitik in der Art der → *Apartheid* (Teil I) betreiben läßt.

Literatur:

Manfred Kuder, Portugal (Mai's Auslandstaschenbücher Bd. 21), Buchenhain o. J.

Jakob Job, Portugal — Land der Christusritter, 3. Aufl., Zürich (Rentsch) o. J.

Ralph von Gersdorff, Angola u. s. w. (Die Länder Afrikas Bd. 23), Bonn (Schroeder) 1960

Antonio de Oliveira Salazar, The Road for the Future, 1963

Antonio de Oliveira Salazar, Dictionnaire Politique de Salazar, 1964

Anmerkungen † 27. Juli 1970 ([illegible] 23)

II. SANCHEZ HERNANDEZ

Oberst Fidel S. H., seit dem 1. Juli 1967 Staatspräsident und Regierungschef von → EL SALVADOR (Teil I), erhielt sein Amt aufgrund einer legalen Wahl und gehörte zuvor vier Jahre lang der Regierung seines Vorgängers Rivera als Innenminister an.

Jahrgang 1917, wurde S. an einer Militärschule erzogen, erhielt 1938 sein Offizierspatent als Leutnant der Infanterie und wurde später zur Ausbildung an der Schule für Panzertruppen im Fort Knox in die Vereinigten Staaten kommandiert.

Nach der Rückkehr setzte er seine militärische Laufbahn in El Salvador fort und war nach anderen Kommandierungen auch einige Zeit bei der Waffenstillstandskommission der → *UNO* (Teil I) in → *KOREA* (Teil I) tätig, sowie als Militärattaché seines Landes in Paris und Washington.

Als 1962 Rivera zum Staatspräsidenten gewählt wurde, machte er S. zu seinem Innenminister. Fünf Jahre später begünstigte Rivera auch S.s Kandidatur für das Präsidentenamt und sicherte damit seine Wahl am 5. März 1967.

Nach der Wahl erklärte S., er werde entschieden den Kampf gegen den Kommunismus fortführen und die Schaffung eines gemeinsamen Marktes in Mittelamerika anstreben, der bereits im Februar 1960 mit der Gründung der Central American Community von El Salvador, Guatemala und Honduras vorbereitet worden war (vgl. → *BUENOS AIRES-KONFERENZ 1957* (Teil I).

Kurz vor dem Amtsantritt S.s ereignete sich am 30. Mai 1967 ein schwerer Grenzzwischenfall mit Honduras, bei dem zwei Grenzbeamte von Honduras durch El Salvador-Grenzwächter getötet wurden. Honduras zog an der Grenze Truppen zusammen und S.s Vorgänger Rivera ordnete am 6. Juni 1967 die Mobilmachung an.

S.s erste Amtshandlung bestand daher darin, den Konflikt mit Honduras beizulegen. Am 1. Mai 1968 bildete er seine Regierung um und nahm vier neue Minister in das Kabinett auf, die ihm eine straffere Durchführung seiner Politik ermöglichen sollten. Es handelte sich um den Wirtschafts-, den Gesundheits-, den Innen- und den Justizminister.

Wirtschaftlich hat sich S. zum Ziel gesetzt, die durch Spezialisierung auf Kaffee-Export verursachte Krisenempfindlichkeit seines Landes

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

durch Ausbau der bereits vorhandenen Industrie sowie durch Förderung des Baumwollanbaus zu überwinden.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Giuseppe S., seit dem 28. Dezember 1964 Präsident der Republik → ITALIEN (Teil I), ist Sozialist seit 1922 und war von 1947 bis zu seinem Amtsantritt als Präsident Sekretär der Sozialistischen (Arbeiter-)Partei sowie Regierungsmitglied.

Am 19. September 1898 in Turin geboren, studierte S. an der Universität seiner Vaterstadt Nationalökonomie, schloß sich während seines Studiums im Jahre 1922, unmittelbar vor der Regierungsübernahme durch → *MUSSOLINI*, der Sozialistischen Partei Italiens an und wurde Sekretär des Ortsverbandes Turin.
S. arbeitete auch am Parteimagazin „Revoluzione Liberale" mit und konnte sich als Bankbeamter noch bis 1926 in Turin halten. Dann mußte er emigrieren, ging zuerst nach Wien, dann, nach Niederwerfung der österreichischen Sozialistenaufstände, 1935 nach Paris, wo er auch während der deutschen Besetzung blieb und mehreren „antifaschistischen" d. h. kommunistischen Gruppen der Resistance angehörte.
1943 kehrte S. nach Italien zurück, wurde verhaftet und floh aus dem Gefängnis. Nach dem Sturz Mussolinis gehörte er dem Exekutivkomitee der neu gegründeten Sozialistischen Partei an, 1944 auch der provisorischen Regierung als Minister ohne Portefeuille.
1945 ging S. als italienischer Botschafter wieder nach Paris, führte 1946 die italienische Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz und wurde im gleichen Jahr von der Verfassunggebenden Nationalversammlung zum Präsidenten dieser Versammlung gewählt. 1947 spaltete er die Sozialistische Partei, die unter → *NENNIs* Führung eng mit den Kommunisten zusammengearbeitet hatte, bildete mit dem rechten Flügel die Partito Socialista dei Lavatori (PSL), wurde Sekretär der neuen Partei und stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Gasperi.
Gleichzeitig übernahm S. das Sozialministerium, 1948 das Ministerium für die Handelsmarine. Da er sich für den Beitritt Italiens zur → *NATO* (Teil I) einsetzte, wurde er 1949 zum Rücktritt gezwungen. 1951 vereinte er die PSL mit anderen sozialistischen Gruppen zur Partito Socialista Italiano. Vier Jahre später wurde S. aufs neue stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett → *SEGNI*. 1962 kandidierte er bereits für die Präsidentschaft, wurde aber von Segni geschlagen.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

1963 Außenminister im Kabinett → *MORO*, kandidierte S. im darauffolgenden Jahr wiederum für das Präsidialamt und gewann diesesmal die Wahl, allerdings erst im 21. Wahlgang, am 28. Dezember 1964. 1967 unternahm er eine Reihe von Staatsbesuchen rings um den Globus. Seit Mitte 1968 war er vorwiegend damit beschäftigt, eine Kette von Regierungskrisen zu überbrücken (vgl. → *RUMOR*).

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Eisaku S., seit 1964 Ministerpräsident → JAPANS (Teil I), blickt auf eine zwanzigjährige Regierungstätigkeit als Ressortminister im Wirtschaftsbereich zurück, fördert eine selbständige japanische Außenpolitik, nimmt dabei eine eindeutig antikommunistische Haltung ein und bemüht sich dennoch um Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu China, weil diese für Japan lebensnotwendig sind.

1901 geboren und Mitglied einer Familie, aus der bereits ein anderer japanischer Ministerpräsident, Kishi S. hervorging, studierte S. in Tokio und schloß sich früh der konservativ eingestellten liberaldemokratischen Partei an.

Mit 46 Jahren wurde er stellvertretender Transportminister, ein Jahr darauf erster Sekretär des Kabinetts und seit 1951 nacheinander Minister für Post und Fernmeldewesen, für öffentliche Bauten, für Finanzen, für internationalen Handel und Industrie.

Nur in den Jahren 1954—1957 und 1963—1964 gehörte S. der Regierung nicht an, im letztgenannten Zeitraum hatte er Differenzen mit dem damaligen Ministerpräsidenten Ikeda und leitete die staatlichen Büros für Forschung und Technik, für die Entwicklung Hokkaidos (vgl. → *JAPAN*, Teil I) sowie die Atomenergie-Kommission. Auch an der Vorbereitung und Leitung der Olympischen Spiele in Tokio war S. maßgeblich beteiligt.

Als sich Ikeda gesundheitshalber aus der Politik zurückzog, übernahm S. im November 1964 sowohl die Führung der Liberaldemokratischen Partei als auch das Amt des Ministerpräsidenten. Seitdem zeichnet sich deutlich eine Zunahme des außenpolitischen Gewichts Japans ab.

Ein entscheidender Schritt S.s war die Entsendung des Außenministers Shiina nach Moskau Mitte Januar 1966. Wenn dieser Besuch auch nur magere Ergebnisse zeitigte, so bildete er doch den Auftakt zu einer selbständigen, den eigenen Erfordernissen Rechnung tragenden japanischen Außenpolitik. Auf der Südostasiatischen Ministerkonferenz am 6. April 1966 in Tokio trat Japan wirtschaftspolitisch die Führung in Südostasien an.

Bei den Parlamentswahlen am 29. Januar 1967 trug S.s Partei einen Sieg davon, Mitte Februar wählte das Parlament S. erneut zum Ministerpräsidenten, im Juli begann er eine neue außenpolitische Ak-

tion und sandte Außenminister Takeo Miki nach Moskau, Warschau, Prag und Budapest.
Im September begab er sich dann selbst auf eine Reise durch südostasiatische Staaten und besuchte zunächst Burma, Malaysia, Singapur, Thailand und Laos, im Oktober setzte er die Reise fort und besuchte Indonesien, die Philippinen, Australien, Neuseeland und Südvietnam. Linksradikale Demonstranten versuchten seine Abreise zu verhindern, da sie vor allem im Besuch Südvietnams einen einseitig proamerikanischen Schritt erblickten, zumal die zeitlich unbegrenzte Militärverwaltung der USA auf der Insel Okinawa ohnehin zunehmend zum innenpolitischen Stein des Anstoßes geworden ist.
Tatsächlich bedeutete aber diese Reise eine Einleitung intensiver japanischer Bemühungen um ein Partnerschaftsverhältnis zu möglichst vielen südostasiatischen Staaten, vor allem zu Agrarländern, die für japanische Industrieexporte als Abnehmer in Betracht kommen. Am 15. November 1967 verhandelte S. in Washington mit Präsident → *Johnson* erfolgreich über Rückgabe der Bonin- und Riukiu-Inseln (ohne Okinawa) in japanische Verwaltungshoheit.

Literatur:

„Die Probleme der Regierung Sato" in NZZ, 21. 1. 66
„Japans außenpolitischer Aufstieg" in NZZ, 24. 7. 67
Ingeborg Y. Wendt, Geht Japan nach links? rowohlts deutsche enzyklopädie Bd. 202
William Lange, „Peking und Moskau — Alternative für Japan?" in Außenpolitik 3/67, Freiburg (Rombach) 1967, S. 153 ff
Peter Gauers, „Japan — Wirtschaft als Basis der Außenpolitik" in Außenpolitik 11/67, S. 674 ff

Anmerkungen ....

....

....

....

S. ibn Abdul Aziz, 1953 bis 1964 König von → SAUDIARABIEN (Teil I), war ein Sohn des Begründers dieses arabischen Staates, des Wahabitenkönigs Abd el Aziz III. Ibn Saud, folgte diesem bei seinem Tode auf den Thron, gab Ende der fünfziger Jahre seinem Bruder → FEISAL weitgehende Regierungsvollmachten und ließ sich Ende 1964 von diesem vollends verdrängen.

Am 15. Januar 1902 in Kuwait geboren, erhielt S. die traditionelle Erziehung mohammedanicher Fürstensöhne, während sein Vater nach Rückeroberung des Emirats Riyad (Nedschd), des Stammsitzes der Wahabiten, die politische Einigung der arabischen Halbinsel anbahnte. Als Siebzehnjähriger nahm S. an den Kämpfen gegen Kharras teil, 1921 bis 1925 an der Eroberung des Hedschas, bereits in führender Stellung.

Nach dem Zusammenschluß von Nedschd und Hedschas zum Königreich Saudiarabien 1932 erhielt S. von seinem Vater das Oberkommando über die Streikräfte. Danach hörte man außerhalb Saudiarabiens zwei Jahrzehnte lang von ihm und seinem Bruder → *FEISAL* nichts mehr. Ibn Saud schien keine „Publicity" seiner Söhne zu wünschen.

Einen Monat vor seinem Tode schränkte Ibn Saud die absolute Autarkie seiner Herrschaft ein und ernannte den Thronfolger S. zum ersten Ministerpräsidenten des Landes. Als er dann am 9. November 1953 gestorben war und S. den Thron bestieg, behielt dieser die Regierungsführung in der Hand.

Außenpolitisch suchte S. zunächst Kontakt zu den anderen arabischen Monarchien, verhielt sich dem Westen wie dem Osten gegenüber distanziert und förderte lediglich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA, die sein Vater bereits angebahnt hatte. Im März 1955 schloß er ein Abkommen mit Ägypten und Syrien, das sich gegen den → *BAGDAD-PAKT* (Teil I) richtete und im Oktober gleichen Jahres durch ein Militärabkommen ergänzt wurde.

Als sich das Verhältnis zu Ägypten im August 1958 aufgrund angeblicher Attentatsförderung gegen S. durch → *NASSER* verschlechterte, ernannte S. seinen Bruder Feisal zum Ministerpräsidenten, stattete ihn mit weitgehenden Vollmachten aus und sandte ihn nach Kairo. Im September 1959 reiste S. selber dorthin.

Der Konflikt konnte vorübergehend beigelegt werden, entzündete sich aber 1962 aufs neue am → *JEMEN* (Teil I), in dem S. die Monarchisten, Nasser die Republikaner unterstützte, und war seitdem nicht mehr zu überbrücken. Spannungen zu Syrien, die im Juni 1957 wegen S.s Amerikapolitik (USA-Stützpunkte) entstanden waren, hatte er durch einen Besuch in Bagdad im September 1957 ausgleichen können. Ungestört entwickelte sich S.s Verhältnis zu Jordanien, Kuwait und Marokko, mit dem ein Freundschaftsvertrag zustande kam.
Als 1960 zwischen dem konservativen König S. und seinem reformfreudigen Bruder Feisal Spannungen auftraten, übernahm S. das Amt des Ministerpräsidenten wieder selbst, gab es aber 1962 an Feisal zurück, als der Stützpunktvertrag mit den USA ablief. Von diesem Zeitpunkt an wurde S.s Einfluß ständig geringer.
Am 30. März 1964 übernahm Feisal die Regentschaft in Saudiarabien. S. trat alle Exekutivbefugnisse an ihn ab. Am 2. November 1964 entthronte Feisal S. und bestieg selber den Thron. Im Januar 1965 erkannte S. von Kairo aus diesen Thronwechsel ausdrücklich an.

Anmerkungen ....

Horace Greely Hjalmar Sch., 1923 Reichswährungskommissar der Weimarer Republik, 1924—1930 und 1933—1939 Reichsbankpräsident, 1934—1937 Reichswirtschaftsminister, beendete nach dem Ersten Weltkrieg die Inflation, ermöglichte seit 1933 die Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, tritt in der Bundesrepublik Deutschland nachdrücklich für eine eigenständige Finanzpolitik ein, und warnt unermüdlich vor der Inflation.

1877 in Tingleff (Nord-Schleswig) geboren, besuchte Sch. die Gelehrtenschule des Johanneums in Hamburg, studierte in Kiel, Berlin, München, Leipzig und Paris Medizin, Germanistik, Literaturgeschichte, Zeitungswissenschaften, Soziologie sowie Volkswirtschaft und promovierte 1899 in Kiel zum Dr. phil.

Nach Syndikustätigkeit wurde Sch. 1908 Bankdirektor und Vorstandsmitglied der Darmstädter und Nationalbank. Auch dem Vorstand der Dresdner Bank gehörte er stellvertretend an und erwarb sich den Ruf eines hervorragenden Währungsfachmannes.

1923 wurde Sch. auf Vorschlag des neuernannten Reichsfinanzministers Hans Luther zum Währungskommissar bestellt. Es gelang ihm, auf der Grundlage der von Karl Helfferich entworfenen, von Luther abgewandelten Roggen- bzw. Rentenmark, die am 13. Oktober 1923 durch Gesetz eingeführt wurde, die Mark zu stabilisieren und die Inflation zu beenden.

1924 wurde Sch. Reichsbankpräsident, stellte die Rentenmark auf Gold um und blieb bis zur Weltwirtschaftskrise 1929/30 im Amt. In diesen sechs Jahren konnte sich die deutsche Wirtschaft erstmalig nach dem Zusammenbruch von 1918 und den einschneidenden Auflagen des Versailler Vertrages erholen. 1929 gehörte Sch. mit Albert Vögler dem Sachverständigenausschuß zur Regelung der Reparationsfrage an (vgl. → *Young-Plan*, Teil I), den Vögler wegen Unerfüllbarkeit der dort beschlossenen Zahlungsmodalitäten verließ. Auch Sch. selbst trat 1930 aufgrund des Young-Planes vom Reichsbankpräsidium zurück.

1933 entschloß sich Hitler unter Abkehr von dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogrammatiker Gottfried Feder, Sch. wiederum zum Reichsbankpräsidenten zu berufen. Sch. nahm an. Ein Jahr dar-

auf wurde er auch Reichswirtschaftsminister. Wiederum gelang es ihm, die Folgen der Wirtschaftskrise zu überwinden. Unter Hintansetzung seiner liberalen Grundeinstellung stellte er die Geldschöpfung in den Dienst der politischen Erfordernisse und entschloß sich zur Devisenbewirtschaftung.

Nach wenigen Jahren jedoch schien ihm die Grenze des auf diesem Wege zu Verantwortenden erreicht. Sch. warnte beständig vor weiterer Ausweitung der Ausgaben. 1937 wurde er als Wirtschaftsminister durch Walther Funk abgelöst, 1939 zog er sich auch vom Reichsbankpräsidium zurück. Kurz zuvor hatte er einen Plan zur Finanzierung der jüdischen Auswanderung entworfen, der sowohl Hitlers als auch Montague Normans, des Präsidenten der Bank von London, Zustimmung fand, jedoch an der schroffen Ablehnung durch → *Weizmann* scheiterte.

Sch.'s Kontakte mit dem Gördelerkreis (s. → *Widerstandsbewegung*, Teil I) brachte ihn 1944 ins Konzentrationslager, aus dem ihn die Siegermächte 1945 ins Nürnberger Kriegsverbrechergefängnis überführten, 1946 aber freisprachen. Dafür brachten ihn seine deutschen Landsleute im Rahmen der „Entnazifizierung" ins Internierungslager. Nach seiner Freilassung 1949 reiste Sch. als Finanzberater für Entwicklungsländer durch mehrere Erdteile und schuf sich ein begründetes Urteil über die Möglichkeiten und Grenzen einer „Entwicklungshilfe". Dieses Urteil vertritt er seit der Gründung seiner Außenhandelsbank in Düsseldorf (1953) ebenso streitbar wie seine Kritik an der inflationären Finanzpolitik der Bundesregierung.

Literatur:

Hjalmar Schacht, Schluß mit der Inflation, 1960
Hjalmar Schacht, Magie des Geldes, Düsseldorf (Econ) 1966
Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, 1953
Hjalmar Schacht, Mehr Geld, mehr Kapital, mehr Arbeit, 1949
Horst Arnold, „Der Magier des Geldes" in: Deutsche Wochenzeitung, 20. Januar 1967

Anmerkungen ....

....

Lal Bahadur S., vom 9. Juni 1964 bis zu seinem Tode am 11. Januar 1966 Ministerpräsident der Bundesrepublik → INDIEN (Teil I), gehörte schon seit 1952 ununterbrochen der indischen Bundesregierung an und wurde nach → NEHRUs Tode Ende Mai 1964 zum Führer der Kongreßpartei gewählt. Als Regierungschef versuchte er, den Kaschmirkonflikt mit → PAKISTAN (Teil I) militärisch zu lösen, konnte den begonnenen Krieg aber nur mit sowjetrussischer Vermittlung einen Tag vor seinem Tode beenden.

Am 2. Oktober 1904 nahe bei Benares geboren, besuchte S. die Schulen von Harish Chandra und Kashi Vidyapeeth in Benares und schloß sich als Siebzehnjähriger der gewaltlosen Widerstandsbewegung → *GANDHIs* gegen die britische Oberhoheit an. Er wurde sieben mal zu Gefängnisstrafen verurteilt und verbrachte insgesamt neun Jahre in Haft.

Seit 1926 war S. in der Stadtverwaltung von Allahabad tätig, seit 1930 Generalsekretär und später Präsident des Bezirkskomitees Allahabad der Kongreßpartei, wurde 1935 Generalsekretär des Provinzial-Parteikomitees für die an Nepal grenzenden „Vereinten Provinzen", deren Legislativversammlung er seit 1937 angehörte und in deren Provinzialregierung er 1946 das Ministerium für Inneres und für das Transportwesen übernahm.

1951 wurde S. Generalsekretär der Kongreßpartei für ganz Indien, 1952 trat er als Minister für Transport und Eisenbahnen in die indische Bundesregierung ein und wurde Mitglied des Oberhauses (Rajya Sabha). 1957 im Unterhaus (Lok Sabha), übernahm S. 1958 das Handels- und Industrieministerium der Bundesregierung.

Als am 27. Mai 1964 Nehru starb, wurde S. zum Führer der Kongreßpartei gewählt. Am 9. Juni trat er auch an die Spitze der Regierung und führte zusätzlich bis 1965 das Außenministerium. Innen- und außenpolitisch setzte er fort, was Nehru begonnen hatte. Lediglich in der Kaschmirfrage wich er von Nehrus Politik ab und bemühte sich, eine Entscheidung des Konfliktes mit militärischen Mitteln herbeizuführen.

So kam es im August 1965 zum Kriege mit Pakistan, den weder → *U THANT* noch der Sicherheitsrat zu beenden vermochten. Der sowjetrussische Ministerpräsident → *KOSSYGIN* lud am 17. Septem-

ber 1965 die Regierungen der kriegführenden Parteien zu einer Konferenz nach Taschkent ein. Am 4. Januar 1966 kam die Konferenz zustande, am 10. Januar unterzeichneten S. und → *AYUB KHAN* die Deklaration von Taschkent, die den Frieden wiederherstellte.
Tags darauf verstarb S. Sein Nachfolger als Regierungschef wurde Frau Indira → GANDHI.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Walter S., seit dem 21. Oktober 1969 Vizekanzler und Minister für Auswärtiges der westdeutschen Bundesregierung, gehörte bereits von 1961 bis 1966 als Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bundesregierung an und wurde am 30. Januar 1968 von der → FDP (Teil I) zum 1. Vorsitzenden gewählt, als Nachfolger Erich → MENDEs.

Am 8. Juli 1919 in Solingen geboren, besuchte S. das dortige Reform-Realgymnasium, absolvierte eine Banklehre ebenfalls in Solingen und rückte 1939 zum Wehrdienst ein. 1945 wurde er als Oberleutnant der Luftwaffe entlassen, fand Anstellung als Prokurist und Geschäftsführer in der Stahlwarenindustrie und schloß sich der FDP an. 1950 wurde S. in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt, wurde Geschäftsführer des FDP-Landesverbandes Nordrh.-Westf. und ließ sich in Düsseldorf als Wirtschaftsberater nieder. Seit 1953 gehört er dem Bundestag an, wurde in das → *EUROPÄISCHE PARLAMENT* (Teil I) delegiert, als sich dieses 1958 konstituierte, übernahm darin das Amt eines stellvertr. Vorsitzenden der Liberalen Fraktion und gehörte auch dem Präsidialausschuß für Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern an.
Nachdem S. dann in den Bundesvorstand der FDP aufgenommen worden war, berief ihn → *ADENAUER* als Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in sein letztes Kabinett. Als solcher war S. auch ständiger Vertreter des Außenministers → *SCHRÖDER*, bis Ende 1966 die Koalition CDU/CSU - FDP zerbrach.
Auf dem Bundesparteitag der FDP am 30. Januar 1968 in Freiburg wurde S. anstelle des abgewählten → *MENDE* zum Bundesvorsitzenden der Partei gewählt. Als solcher setzte er sich bei der Wahl des Bundespräsidenten am 5. März 1969 nachdrücklich dafür ein, daß die FDP-Fraktion ihre Stimmen geschlossen nicht Schröder sondern Dr. → *HEINEMANN* gab, und steuerte bei der Bundestagswahl am 28. September gleichen Jahres die Koalition mit der SPD an, die ihm dann den Vizekanzler- und Außenministerposten einbrachte.
Als Außenminister unter Bundeskanzler → *BRANDT* betrieb S. eine Politik der sogenannten Entspannung gegenüber den osteuropäischen Staaten, die jedoch von Anfang an dazu verurteilt war, an der Breschnew-Doktrin von der „begrenzten → *SOUVERÄNITÄT* (Teil I)

14. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1970

sozialistischer Staaten" zu scheitern, da die UdSSR jede Annäherung an einen Staat des Warschauer Paktsystems argwöhnisch als den Versuch brandmarkte, dieses System zu sprengen. Außerdem betrieb Brandt seine Außenpolitik weitgehend selbst, bzw. setzte seine Vertrauensleute ein wie Bahr, den er nach Moskau sandte, um mit Gromykow zu verhandeln. S. blieb dabei außen vor. Vgl. auch → *FDP* (Teil I).

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Karl Sch., seit dem 1. Dezember 1966 Bundeswirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, begann seine Laufbahn als Wirtschaftswissenschaftler und Hochschullehrer in der nationalsozialistischen Ära, schloß sich 1946 der SPD an und empfahl 1967 in seinem neuen Amt der Unternehmerschaft Investitionen um jeden Preis, ohne doch das zu einem solchen Risiko ermutigende Klima durch eine entsprechend durchdachte staatliche Wirtschaftspolitik schaffen zu können. Die mittelfristige Finanzplanung der deutschen Bundesregierung geht im Wesentlichen auf seine Initiative zurück.

1911 in Breslau als Sohn eines Ingenieurs geboren, besuchte Sch. das Realgymnasium in Kiel, studierte in Kiel, Frankfurt, Berlin und Heidelberg Nationalökonomie sowie Soziologie und promovierte ein Jahr nach Hitlers Machtergreifung zum Dr. rer. pol. Dissertationsthema war der Arbeitsdienst.
1934/35 war Sch. Assistent in Heidelberg, darauf Forschungsgruppenleiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, wo er sich 1939 als Privatdozent habilitierte und gleichzeitig Mitglied des NS-Dozentenbundes wurde. 1940 erschien sein Buch Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarwirtschaft, das damals (laut PINAR-Dienst) als „Standardwerk der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik" bezeichnet wurde.
Sch. stand also keineswegs abseits, ging auch nicht in die „innere Emigration" oder in den Widerstand, sondern leistete im Zweiten Weltkrieg von 1941—1944 Wehrdienst, bis er u. k. gestellt wurde, außerordentlicher Professor wurde und in Hamburg die Außenstelle und Redaktionsabteilung des Kieler Weltwirtschaftsinstituts übernahm, bis 1945.
Bereits 1946 hielt Sch. wieder Vorlesungen in Kiel, schloß sich der SPD an und wurde noch im gleichen Jahre Ordinarius sowie Direktor des Instituts für Außenhandel und Überseewirtschaft in Hamburg. Außerdem leitete er dort das Sozialökonomische Seminar der Universität.
1948 wurde Sch. als Senator für Wirtschaft und Verkehr Mitglied der Hamburgischen Landesregierung, 1949 auch Mitglied des Bundesrates, Vorstandsmitglied der Dortmunder Bergbau AG und der

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG, alles in allem eine ungewöhnlich schnelle und reibungslose Karriere.
Innerhalb der SPD war Sch. inzwischen Mitglied der Kommission für Wirtschaftspolitik geworden. 1961 ging er als Senator für Wirtschaft und Kredit nach Berlin. Fünf Jahre später brachte ihn die SPD in das Bundeskabinett der Großen Koalition ein. Als Wirtschaftsminister zeigte Sch. eine Begabung für neue Begriffsprägungen und begann mit Schwung und Optimismus den Versuch, die Depression von 1966 zu überwinden.

Literatur:

Karl Schiller, Der Ökonom und die Gesellschaft. Das freiheitliche und das soziale Element in der modernen Wirtschaftspolitik, Stuttgart (G. Fischer) 1964

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Todor S., seit dem 19. November 1962 Ministerpräsident der Volksrepublik → BULGARIEN (Teil I), war bereits seit 1954 Erster Sekretär des Zentralkomitees der bulgarischen Kommunistischen Partei und gilt als zuverlässiger Gefolgsmann der UdSSR-Regierung, insbesondere auch in der Ablehnung der Reformbestrebungen in der → TSCHECHOSLOWAKEI (Teil I).

1911 als Kleinbauernkind geboren, erlernte S. das Buchdruckerhandwerk, schloß sich Ende der zwanziger Jahre der (seit 1927 verbotenen) Kommunistischen Partei an und erlebte in ihren Kadern, im Untergrund, einen raschen Aufstieg.

Während des 2. Weltkriegs gehörte S. den bulgarischen → *PARTISANEN* (Teil I) an und wurde stellvertretender Kommandant einer P. Einheit. Als sich nach der Kriegserklärung der Sowjetunion an Bulgarien vom 5. Sepbember 1944 am 9. September eine kommunistische Regierung bildete, übernahm S. verantwortliche Führungspositionen in der Partei und auch im Staat.

1954 gelang es ihm, während der Regierung Tscherwenkows, sich an die Spitze des Zentralkomitees der Partei zu setzen und damit die tatsächliche Macht in Bulgarien auszuüben. Auch nach dem Sturz Tscherwenkows am 17. April 1956 konnte sich S. in seiner Position halten.

1962 übernahm er dann selbst das Amt des Ministerpräsidenten und unterstützte zunächst → *CHRUSCHTSCHOW* in seinem Konflikt mit → *CHINA* (Teil I). Auch nach Chruschtschows Sturz 1964 blieb S. im Gefolge der UdSSR. Nach den Wahlen zur Großen Nationalversammlung vom 27. Februar 1966 wählte diese S. erneut zum Ministerpräsidenten.

Er führte im Anschluß daran ein neues Planungssystem der bulgarischen Volkswirtschaft ein, das jedoch nicht den beabsichtigten Erfolg zeitigte. In diesem Zusammenhang vereinbarte er im September 1966 mit Frankreich die Errichtung einer Renault-Montagekette in Kazanlak und besprach anläßlich seines Staatsbesuches in Paris im Oktober desselben Jahres u. a. Fragen der europäischen Sicherheit mit → *DE GAULLE*.

Auf dem 9. Parteikongreß in Sofia am 19. November 1966 wiederum als Erster Sekretär des Zentralkomitees bestätigt, forderte S. die vom

Kreml gewünschte Einberufung einer internationalen Gipfelkonferenz aller Kommunistischen und Arbeiterparteien, fand aber nicht die Zustimmung aller ausländischen Gastdelegationen. Anschließend reiste er zu Besprechungen mit → *TITO* nach Belgrad.
Am 5. Juni 1967 wiederholte S. den Besuch in Belgrad, Ende September reiste er auf Einladung → *CEAUSESCUs* nach Rumänien und suchte ihn von der Notwendigkeit einer kommunistischen Weltkonferenz — im Sinne Moskaus — zu überzeugen.
In den Pressestreit mit Jugoslawien um → *MAZEDONIEN* (Teil I) Ende Januar 1968 griff S. persönlich nicht ein. Mitte März kam es infolge allgemeiner Preissteigerungen zu Unruhen in Bulgarien und es wurde gerüchtweise von einem Attentat auf S. gesprochen.
Ende März reiste er in die Türkei zu Vorbesprechungen eines Konsularabkommens sowie von Seetransportfragen.
Anläßlich der Spannungen zwischen der UdSSR sowie den übrigen → *WARSCHAUER PAKT*-Mächten (Teil I) ohne Rumänien einerseits und der → *TSCHECHOSLOWAKEI* (Teil I) andrerseits im Juli und August 1968 stellte sich S. betont gegen die Tschechen, obgleich die strittigen Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet (Änderung des Planungssystems zugunsten einer Auflockerung) zwei Jahre zuvor von ihm selbst ebenfalls eingeleitet worden waren.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Der einstige Mitarbeiter Carl von Ossietzkys und Chefredakteur der Neuen Weltbühne in Wien, William Siegmund S., hatte sich Ende der zwanziger Jahre vom Kommunismus sowjetischer Prägung gelöst, emigrierte 1938 in die USA, kehrte nach dem 2. Weltkrieg mehrfach und 1959 endgültig nach Europa zurück und schrieb regelmäßig im Stern, Hamburg, seit 1965 in der Welt am Sonntag, nicht im Sinne der → REEDUCATION (Teil I), sondern eher eines konsequenten, militanten Antikommunismus.

1904 in Przemysl (damals Österreich) als Sohn des Kaufmannes Elias David S. geboren, besuchte S. 1914 bis 1922 das Realgymnasium in Wien, schloß sich 1916 der → *JUGENDBEWEGUNG* (Jungwandervogel) und 1919 der Kommunistischen Partei an, bildete sich erheblich über das in der Schule geforderte Pensum hinaus und studierte von 1923 bis 1927 an der Universität Wien Staatswissenschaften. Lebhaft am politischen und literarischen Geschehen interessiert, überwand S. mit dem Abschluß seiner Studien auch seine kommunistische Periode, die er später als eine Art Pubertätserscheinung darstellte. 1932 gründete er gemeinsam mit Carl von Ossietzky, dem Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft (vgl. → *PAZIFISMUS*, Teil I), der 1936 in einem deutschen Konzentrationslager den Friedens-Nobelpreis zuerkannt erhielt, die Wiener Weltbühne.
Nach Ossietzkys endgültiger Verhaftung 1933 übernahm S. die Chefredaktion der Neuen Weltbühne, 1934 gründete er die Europäischen Hefte, eine Wochenschrift für internationale Politik in Prag. Vor dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich ging S. in die USA, nachdem er ein Jahr zuvor, 1937 in Zürich sein Buch Die Diktatur der Lüge veröffentlicht und darin das stalinistische System angegriffen hatte.
In Amerika war S. zunächst als Mitarbeiter bei New York Times, bei Nation, American Mercury und Saturday Review of Literature tätig. 1940 versuchte er in seinem Buch This Second War of Independence eine Deutung des 2. Weltkrieges etwa aus der Sicht → *ROOSEVELTs* und untersuchte darin die Ursachen des „Zusammenbruchs" europäischer Demokratien.
1941 Redakteur von Fortune, wurde S. drei Jahre später Assistent des Chefredakteurs von Time, Life und Fortune, Henry R. Luce, er-

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

hielt im gleichen Jahre die Staatsbürgerschaft der USA und reiste nach dem Kriege als Korrespondent dieses Zeitschriftenverlages mehrfach nach Europa.
1955 gründete S. mit amerikanischen Freunden die Nationalreview, 1959 erschien in Zürich seine Analyse des deutschen Wirtschaftswunders, in der er auf die „Grenzen" dieses Wunders hinwies. Seitdem schrieb er allwöchentlich eine Kolumne im Hamburger stern, wobei er zuweilen zu vergessen schien, daß er inzwischen Amerikaner geworden war, und ohne die damit gebotene Zurückhaltung die Westdeutschen zu einer militanten Anti-Rußland-Haltung anzustacheln suchte.
1962 setzte sich S. in seinem Buch Die jungen Herren der alten Erde kritisch mit der Nachkriegsgeneration auseinander. 1964 definierte er den Begriff des „Juden" in einem Buch, an dem → *SCHOEPS* in seiner Rezension rügte, es habe die Tatsache der Auserwähltheit außerachtgelassen.
Seit 1965 Kolumnist der Welt am Sonntag, beklagte S. 1966 in einer eingehenden Untersuchung in Buchform den Verfall der Literatur ganz allgemein und legte dabei Maßstäbe an, die noch von dem starken Literaturerlebnis seiner Wiener Jugend beeinflußt waren.

Literatur:

William S. Schlamm, Diktatur der Lüge, Zürich 1937
William S. Schlamm, This Second War of Independence, New York 1940
William S. Schlamm, Grenzen des Wunders, Zürich 1959
William S. Schlamm, Die jungen Herren der alten Erde, Stuttgart (Seewald) 1962
William S. Schlamm, Wer ist Jude?, Stuttgart (Seewald) 1964
William S. Schlamm, Vom Elend der Literatur, Stuttgart (Seewald) 1966

Anmerkungen ....

....

....

SCHMIDT, HELMUT H. W.

Der Bundesverteidigungsminister seit dem 21. Oktober 1969 Helmut S., Nachfolger Gerhard → SCHRÖDERS, war zuvor Fraktionsführer der → SPD (Teil I) im westdeutschen Bundestag sowie Mitglied des Bundestags-Verteidigungsausschusses und setzte sich 1961 in seinem Buch Verteidigung oder Vergeltung mit der Verteidigungskonzeption der → NATO (Teil I) auseinander.

Am 23. Dezember 1918 in Hamburg als Oberlehrersohn geboren, besuchte S. die Deutsche Oberschule, leistete als 18jähriger seinen Wehrdienst, kam bei Kriegsbeginn an die Front, später auf Offiziersschule und wurde 1945 als Oberleutnant der Artillerie und Batteriechef entlassen.
1945 bis 1949 studierte S. unter Nachkriegsbedingungen an der Universität Hamburg Staatswissenschaften, schloß sich der → *SPD* (Teil I) an und trat 1949 als Abteilungsleiter einer Behörde und Verkehrsdezernenten in die Hamburgische Verwaltung ein. Bereits drei Jahre später, 1952 übernahm er als Senator für Wirtschaft und Verkehr die Führung seiner Behörde.
1953 wurde S. in den Bundestag gewählt und übernahm für die Dauer von acht Jahren die Leitung des Hamburgischen Verkehrsamtes. Die SPD wählte ihn in ihren Bundesvorstand. Seit 1961 Präses der Hamburgischen Polizeibehörde (Innensenator) vertrat S. bei der Hamburger Flutkatastrophe Anfang 1962 den abwesenden Bürgermeister, zog die Leitung und Koordination der Rettungsaktionen an sich und verhinderte ein weiteres Anwachsen der Anzahl der Opfer.
1965 entschloß sich S., nach Bonn überzusiedeln und sich ganz der Partei- bzw. parlamentarischen Arbeit zu widmen. Er wurde stellvertr. Fraktionsvorsitzender der SPD, reiste Ende Juli/Anfang August 1966 nach Prag, Warschau und Moskau, um sich über die außenpolitische Haltung der dortigen Regierungen zu informieren.
Als Herbert → *WEHNER* am 1. Dezember 1966 im Rahmen der Großen Koalition CDU/CSU-SPD Minister für gesamtdeutsche Fragen wurde, übernahm S. den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion. Genau ein Jahr später kam es zu heftigen Kontroversen zwischen ihm und dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Rheinland-Pfalz sowie Nordhessen. Dort wurde S. sogar zum Rücktritt aufgefordert

14. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1970

sowie zur „Frontbewährung als Unterkassierer in einem von Zechenstillegungen bedrohten Stadtgebiet".

Nach der Wahl des 6. Bundestages am 28. September 1969 übernahm S. im Rahmen der Koalitionsregierung SPD-FDP das Bundesverteidigungsministerium. Er war auf diese Aufgabe durch die jahrelange Tätigkeit im Verteidigungsausschuß des Bundestages vorbereitet, hatte auch bereits 1961 sein Buch Verteidigung oder Vergeltung, 1969 ein zweites, Strategie des Gleichgewichts (beide bei Seewald, Stuttgart) veröffentlicht.

In dem letztgenannten Buch erklärt S. seine Auffassung von der außenpolitischen Situation insbesondere Europas vor dem Hintergrund der sowjetrussischen und nordamerikanischen Politik sowie des beginnenden Zerfalls der beiden Blöcke.

S. übernahm das Verteidigungsministerium im Augenblick des offenen Ausbruchs der inneren Krise der → *BUNDESWEHR* (Teil I), die nicht zuletzt durch das fehlende Verhältnis der sozialdemokratischen Führung zum Wehrgedanken verursacht wurde. Daraus ergab sich für S. eine ausgesprochene Konfliktsituation, die mit Forschheit, Sachkenntnis und Durchblick allein nicht zu lösen ist. Sie erfordert eine echte Entscheidung.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Hans Joachim Sch., Professor der Religions- und Geistesgeschichte in Erlangen, mosaischen Bekenntnisses, gehörte der deutschen → JUGENDBEWEGUNG (Teil I) an, bejaht Geist und Geschichte → PREUSSENs (Teil I) und vertritt eine konservative Erneuerung im Sinne Moeller van den Brucks (vgl. → REVOLUTION, Teil I).

1909 in Berlin geboren, schloß sich Sch. als Schüler einem der Bünde der deutschen → *JUGENDBEWEGUNG* an, die Mitte der zwanziger Jahre ihre zweite Blütezeit (Bündische Jugend) erlebte, und erhielt dort ebenso wie in seinem strenggläubigen, traditionsbejahenden Elternhaus einen wesentlichen Teil seiner persönlichen Prägung.

Ende der zwanziger Jahre studierte Sch. an den Universitäten Marburg, Heidelberg und Berlin, promovierte 1932 in Leipzig zum Dr. phil. und legte 1933 das philosophische Staatsexamen ab, ursprünglich in der Absicht, die pädagogische Laufbahn im Schuldienst einzuschlagen.

Angesichts der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten kehrte Sch. nach Berlin zurück und war dort als Privatlehrer sowie verlegerisch tätig. 1938 verließ er Deutschland, ließ sich in Schweden nieder und trieb in Upsala theologische Forschungen.

1946 als a. o. Professor wieder in Marburg, wurde Sch. 1947 Ordinarius und Direktor des Seminars für Religionsgeschichte, Theologie und Philosophie an der Universität Erlangen. Von dort aus wirkte er über seine Forschungs- und Lehrtätigkeit hinaus publizistisch, und zwar *nicht* im Sinne der → *REEDUCATION* (Teil I) durch die Siegermächte des 2. Weltkrieges, sondern in historisch fundierten Appellen zur Besinnung auf die erzieherischen Maximen → *PREUSSENs* (Teil I) und zu einer Erneuerung konservativen Denkens und Lebens.

Es gelang Sch., die scheinbar divergierenden Leitbilder seines Werdeganges — mosaische Glaubensüberlieferung, humanistische Bildung, deutsche Jugendbewegung, preußischer Staatsgedanke —, insbesondere auch christliche und jüdische Theologie zu einem in sich geschlossenen Ganzen zu vereinen.

Als William S. → *SCHLAMM* 1964 in Stuttgart seine Analyse veröffentlichte Wer ist Jude?, schrieb Sch. eine Rezension und kriti-

sierte darin, Schlamm habe das eigentlich wesentliche Kriterium des Judentums übersehen, nämlich die „theologische *Tatsache*" der Auserwähltheit. Diese „theologische Tatsache" der jüdischen Auserwähltheit ist als selbstverständlicher Anspruch in das Gesamtweltbild von Sch. einbezogen.

Literatur:

Hans Joachim Schoeps, Jüdischer Glaube in dieser Zeit, 1932

Hans Joachim Schoeps, Streit um Israel, 1933

Hans Joachim Schoeps, Geschichte der jüdischen Religionsphilosophie in der Neuzeit I, 1935

Hans Joachim Schoeps, L'etat actuel de la controverse messianique, 1942

Hans Joachim Schoeps, Conjectanea Neotestamentica Upsalienses, VI, 1942

Hans Joachim Schoeps, Symbolae Biblicae Upsalienses II, 1943

Hans Joachim Schoeps, Jüdisch-christliche Religionsgespräche im 19. Jahrhundert, 1937/1948

Hans Joachim Schoeps, Theologie und Geschichte des Judenchristentums, 1949

Hans Joachim Schoeps, Die Ehre Preußens, 1951

Hans Joachim Schoeps, Philosemitismus im Barock, 1952

Hans Joachim Schoeps, Das andere Preußen, 1952/57

Hans Joachim Schoeps, Jüdische Geisteswelt, 1953

Hans Joachim Schoeps, Das war Preußen, 1955

Hans Joachim Schoeps, Urgemeinde — Judenchristentum — Gnosis, 1956

Hans Joachim Schoeps, Konservative Erneuerung, 1958

Hans Joachim Schoeps, Die Theologie des Apostels Paulus im Lichte der jüdischen Religionsgeschichte, 1958

Hans Joachim Schoeps, Was ist und was will die Geistesgeschichte?, 1959

Hans Joachim Schoeps, Über Theorie und Praxis der Zeitgeschichtsforschung, 1959

Hans Joachim Schoeps, Was ist der Mensch?, 1960

Hans Joachim Schoeps (als Hrg.), Quellentexte zur Geschichte Preußens im 19. Jahrh., 1955

Hans Joachim Schoeps (als Hrg.), Preußische Geschichte aus den Werken Leopold von Rankes, 1956

II. SCHRENCK-NOTZING

Caspar Baron von S.-N. wurde als konservativer Historiker und Soziologe der Nachkriegsgeneration vor allem durch sein 1965 erschienenes Buch „Charakterwäsche" bekannt, in dem er den dokumentarischen Nachweis für die Vorausplanung der am deutschen Volk nach 1945 vollzogenen → REEDUCATION (Teil I) mit Hilfe psychologischer Techniken führt.

Am 23. Juni 1927 in München als Sohn des bekannten Industriellen Leopold Baron von S.-N., Vorstandsmitglied der Badischen Anilin- und Sodafabrik sowie der Württembergischen Metallwarenfabrik, geboren, entstammt S.-N. einem alten Münchner Ratsgeschlecht. Doch wurde er nach eigenen Angaben in der Schulzeit nicht in konservativem, sondern eher im liberalen, pazifistischen und föderalistischen Geiste eines F. W. Foerster beeinflußt.
Nachdem die alliierten Besatzungsmächte die Lehrtätigkeit an den deutschen Universitäten wieder zugelassen hatten und die Hochschullehrerschaft nach ihren Richtlinien „gesäubert" worden war, studierte S.-N. Geschichte und Soziologie, wandte sich der politischen Ideengeschichte auf internationaler Basis zu und beschäftigte sich insbesondere mit der politischen Entwicklung Indiens.
Die Arbeit an seinem Buch „Hundert Jahre Indien", das 1961 erschien, führte S.-N. zur Suche nach Parallelerscheinungen zum europäischen Einfluß auf Asien während der britischen Vorherrschaft, die geeignet waren, diesen Vorgang zu veranschaulichen. Erfahrungen und Beobachtungen aus der Zeit seines Studiums unter den oben skizzierten Begleitumständen ließen ihn in der Besatzungspolitik der Amerikaner in Westdeutschland nach 1945 eine besonders zeitnahe Parallele erkennen.

Bei der Erforschung der Richtlinien, nach denen diese Besatzungspolitik geführt wurde, stieß S.-N. unter anderem auf die vorbereitenden Arbeiten des amerikanischen Sozialpsychologen Kurt Lewin, der den angestrebten Wechsel in der Lebensform der Deutschen in drei Stadien vorsah:

1. Zerschlagung der alten Lebensform und des sozialen Gleichgewichts, das ihr zugrundelag; 2. Einrichtung eines neuen Gleichgewichts; 3. Konsolidierung des neuen Zustandes durch Selbstregulierung.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

S.-N. konnte nachweisen, daß das dritte Stadium, das der Selbstregulierung durch self-reeducation, Selbstumerziehung oder „Vergangenheitsbewältigung" mit den Jahren 1958/59 begonnen hatte und daß dieser Prozeß auf drei Voraussetzungen beruht, dem nachhaltigen Wirken der von 1945 bis 1949 von den Besatzungsbehörden eingesetzten Persönlichkeiten, Lizenzträger usw., der systematischen weltpolitischen Isolierung Deutschlands und der Wandlung des Begriffes „Demokratie", unter dem nunmehr einfach der von den Besatzungsmächten angestrebte Zustand verstanden wird.
In seinem 1969 erschienenen Buch „Zukunftsmacher – Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft" führt S.-N. die in „Charakterwäsche" begonnene Untersuchung fort und zeigt, daß die Funktion der self-reeducation und damit der Selbstregulierung des von den Besatzungsmächten eingeführten Zustandes im wesentlichen von links orientierten Kräften übernommen wurde. Dabei unterscheidet S.-N. vier verschiedene Erscheinungsformen der Linken, die untereinander in mannigfachen Wechselbeziehungen stehen.
Um die Monopolbildung im Bereich der → *MASSENMEDIEN* (Teil I), soweit sie Instrument der Linken und der self-reeducation sind, aufzuheben, empfiehlt S.-N. die Einführung eines Kulturwahlrechts zur Besetzung von Spitzenpositionen in den öffentlich-rechtlichen Anstalten wie Rundfunk, Fernsehen usw. nach dem Willen der Wähler. Später könnten auch andere Bereiche der Kulturpolitik einem solchen Kulturwahlrecht erschlossen werden, um eine Entflechtung von Kultur und Politik zu erreichen, die wiederum einer Erholung von den verheerenden Wirkungen der reeducation dienlich wäre.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Gerhard S., 1953 bis 1961 Innenminister der westdeutschen Bundesrepublik unter Konrad → ADENAUER, dann Außenminister unter Adenauer und Erhard und seit dem 1. Dezember 1966 Verteidigungsminister, kandidierte im März 1969 für das Amt des Bundespräsidenten und verlor die Wahl in der Bundesversammlung im 3. Wahlgang mit nur sechs Stimmen gegen → HEINEMANN.

Am 11. September 1910 in Saarbrücken als Sohn eines Reichsbahnbeamten geboren, besuchte S. das Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Trier, studierte an den Universitäten Königsberg, Edinburgh, Berlin und Bonn Rechtswissenschaften, promovierte 1933 in Bonn zum Dr. jur. und trat der NSDAP bei.

Anschließend war S. als Assistent der juristischen Fakultät Bonn und des Kaiser-Wilhelm-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht tätig. 1936 Assessor, jedoch durch seine Ehe im Staatsdienst behindert, ließ sich S. 1939 in Berlin als Rechtsanwalt nieder, rückte bei Kriegsbeginn zum Wehrdienst ein und geriet 1945 in Gefangenschaft.

S. hat später nie von sich behauptet, dem Widerstand angehört zu haben oder in die „innere Emigration" gegangen zu sein. Nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft wurde er persönlicher Referent des Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz, Fuchs, und Oberregierungsrat in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen.

1947 eröffnete S. in Düsseldorf eine Anwaltspraxis, war Mitbegründer der Deutschen Wählergemeinschaft, Vorsitzender des deutschen Wahlrechtsausschusses und Aufsichtsratsvorsitzender in der Eisen- und Stahlindustrie. 1949 wurde er als Abgeordneter der → *CDU* (Teil I) in den ersten westdeutschen Bundestag gewählt und gehörte sowohl dem Landesvorstand Rheinland dieser Partei als auch dem Bundesvorstand an.

Als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU schuf sich S. eine Art Hausmacht, an der er allerdings nur wenig politischen Rückhalt fand und findet, da die aktiven Kräfte der evangelischen Kirche sich zunehmend links orientieren. Der Evangelische Arbeitskreis konnte daher kein Gegengewicht zur bayerischen Hausmacht von → *STRAUSS* bilden.

Im Oktober 1953 berief → *ADENAUER* S. als Bundesinnenminister

in sein zweites, am 4. November 1961 als Außenminister und Nachfolger Brentanos in sein viertes Kabinett. S. behielt dieses Amt auch unter Bundeskanzler → *ERHARD* bei. Er leitete die Aufnahme von Kontakten zu den osteuropäischen Nachbarländern ein und begann damit, das ideologische Tabu zu lockern, das diese Staaten bis dahin als „Unberührbare" hatte erscheinen lassen.
Als im Dezember 1966 Bundeskanzler → *KIESINGER* sein Kabinett der Großen Koalition CDU/CSU-SPD bildete, mußte S. das Außenministerium, das er fünf Jahre lang geleitet hatte, → *BRANDT* überlassen. Er übernahm das Bundes-Verteidigungsministerium, bekannte sich ausdrücklich zur Verteidigung des *gesamten* Bundesgebietes, gegen eine planmäßige Preisgabe von Teilen Westdeutschlands, zugleich zur Konzeption der Vorwärtsverteidigung im Rahmen der → *NATO* (Teil I) und zu einer „ausgewogen konventionell-nuklearen Bewaffnung".
Auch wehrte sich S. gegen den Gedanken einer Verringerung der Truppenstärke der Bundeswehr sowie gegen die Forderung nach Verzicht auf Atomwaffenträger (Raketen). Am 30. Mai 1968 ließ er Heer und Territoriale Streitkräfte zusammenlegen. Im Februar 1969 warnte er in einem Weißbuch zur Verteidigungspolitik (vgl. Teil III, → *BUNDESWEHR*, Weißbuch) vor unzureichender Verteidigungsbereitschaft, zeichnete in dieser Veröffentlichung allerdings ein eher optimistisches Bild.
Als am 19. März 1969 General Grashey in der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr das Prinzip der → *INNEREN FÜHRUNG* (Teil I und II) scharf kritisierte und deswegen angegriffen wurde, stellte sich S. schützend vor ihn und verhinderte eine Maßregelung.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Kurt Sch., 1946—1952 Vorsitzender der → SPD (Teil I), vertrat gegenüber den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs eindeutig und unbeugsam die Interessen des deutschen Volkes, lehnte unmißverständlich die → Oder-Neiße-Linie (Teil I) als endgültige deutsche Grenze ab, kämpfte für einen deutschen Bundesstaat mit zentraler Spitze, gegen die Demontage der deutschen Industrie, für Rückkehr des Saargebietes, weckte nach der Niederlage von 1945 ein neues deutsches Nationalbewußtsein und war ein entschiedener Gegner des Kommunismus.

1895 in Kulm/Westpreußen geboren, meldete sich Sch. 1914 als überzeugter junger Sozialdemokrat bei Kriegsbeginn freiwillig, wurde schwer verwundet und studierte Jura und Nationalökonomie. 1926 promovierte er in Münster mit einer Arbeit über „Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie um ihre Position im Staate".

Bereits seit 1920 war Sch. politischer Redakteur der sozialdemokr. „Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart 1924 wurde er in den Württembergischen Landtag gewählt, gehörte zu den Gründern des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" und setzte sich für eine Beendigung der „autonomen Rolle der Reichswehr als Staat im Staate" ein. 1930 wurde Sch. Reichstagsabgeordneter, bildete innerhalb der SPD-Reichstagsfraktion den Kern eines furchtlosen Widerstandes gegen die NSDAP, auch nach deren Machtergreifung, und war Mitverfasser der von Otto Wels verlesenen Erklärung gegen das → *Ermächtigungsgesetz* (Teil I), das am 24. März 1933 verabschiedet wurde.
Am 6. Juli 1933 verhaftet, wurde Sch. zehn Jahre lang unter erschwerten Bedingungen in KZ-Haft gehalten, wobei die Folgen seiner Kriegsverletzungen und ein vier Wochen durchgehaltener Hungerstreik seine Gesandheit vollends untergruben.

Unmittelbar nach der Besetzung Hannovers durch die Engländer begann Sch. den Wiederaufbau der → *SPD* (Teil I), die ihn im Mai 1946 einstimmig zum Parteivorsitzenden wählte und ihm uneingeschränktes Vertrauen entgegenbrachte. Trotz schwerster körperlicher Behinderung entfaltete Sch. eine zähe, unermüdliche Tätigkeit und wurde bis zur Gründung der Bundesrepublik die im Ausland meistbeachtete Stimme Deutschlands. Er war es auch, der eine Verschmel-

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

zung von SPD und KPD außerhalb der sowjetischen Besatzungszone verhinderte.
Bei Besuchsreisen nach England, Skandinavien und in die USA warb er um Verständnis für das von neuem entstehende Deutschland, ohne Selbstbezichtigungen und ohne Zugeständnisse an irgendwelche → *Kollektivschuld*vorstellungen (Teil I). Ihm ist es auch weitgehend zu danken, daß Staatenbundpläne der Siegermächte letztlich der Bundesstaatskonzeption mit zentraler Bundesregierung weichen mußten. Nach 1949 entwickelte Sch. ein Programm konstruktiver Oppositionspolitik gegenüber der CDU-Regierung und bekämpfte leidenschaftlich eine kleinräumige, kirchlich geprägte Europavorstellung zugunsten einer Wiedervereinigung Deutschlands und Europas, die damals noch im Bereich des Möglichen lag.
Sch. nahm bei alledem niemals Rücksicht auf seine Gesundheit und zwang seinem ruinierten Organismus den denkbar härtesten Einsatz ab, bis er, nach zwei leichteren Schlaganfällen, mitten in den Vorbereitungen zum SPD-Parteitag 1952, am 20. August einem Herzschlag erlag. Er wurde in Hannover-Ricklingen unter großer Beteiligung begraben. Die → *SPD* (Teil I) hat sich von diesem Verlust nicht mehr erholen können.

Literatur:

Friedrich Wesemann, Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland, Frankfurt a. M. (Herkul) 1952
Arno Scholz/W. G. Oschilewski (Hrg.), Turmwächter der Demokratie, 3 Bände, 1953–1954
Franz Osterroth, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. I, Hannover 1960, S. 280 ff
Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher, Eine politische Biographie, Opladen (Westd. Verl.) 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

Robert S., 1947/48 französischer Ministerpräsident, 1948 bis 1952 Außenminister und 1958 bis 1960 Präsident des → EUROPÄISCHEN PARLAMENTs (Teil I) trug entscheidend zum wirtschaftspolitischen Zusammenschluß Westeuropas (→ MONTANUNION, Teil I) sowie zur → DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERSTÄNDIGUNG (Teil I) bei.

1886 in Luxemburg geboren, stammt S. aus einer lothringischen Bauernfamilie, studierte Rechtswissenschaften, ließ sich im damals deutschen Metz als Anwalt nieder und nahm am 1. Weltkrieg auf deutscher Seite teil.
Nachdem Elsaß-Lothringen 1919 zu Frankreich gekommen war, wurde S. als Deputierter für das Departement Moselle ins französische Parlament gewählt und war dort von 1928 bis 1936 Vorsitzender der Elsaß-Lothringen-Kommission.
Zu Beginn des Frankreich-Feldzuges im 2. Weltkrieg war S. kurze Zeit Staatssekretär in der Regierung Reynaud. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs 1940 kehrte er nach Metz zurück, wurde dort verhaftet und nach Deutschland gebracht. 1942 gelang ihm die Flucht in das noch unbesetzte Südfrankreich.
1945 erneut Deputierter für Moselle, schloß sich S. der konservativen, katholischen Partei → *DE GAULLEs* an, der MRP (Mouvement républicain populaire) und wurde — nach de Gaulles Rücktritt — am 24. Juni 1946 Finanzminister in der Regierung Bidault.
Am 23. November 1947 bildete S. selber eine neue Regierung und blieb an ihrer Spitze, bis ihn im Juli 1948 für zwei Monate Marie und am 11. September 1948 endgültig Queuille als Ministerpräsidenten ablösten. S. übernahm nunmehr das Außenministerium und leitete es bis zum 7. Januar 1953.
Als französischer Außenminister nahm S. am 9. Mai 1950 den vom Leiter des Planungsamtes J. Monnet ausgearbeiteten Plan in die Regierungserklärung auf, die gesamte deutsche und französische Stahl- und Kohleproduktion einer gemeinsamen Behörde im Rahmen einer übernationalen Organisation zu unterstellen, die auch anderen europäischen Staaten zum Beitritt offen stände (→ *MONTANUNION*, Teil I).
Damit leitete S. die Einigung Europas (zunächst Westeuropas) durch

den Gedanken einer deutsch-französischen Zusammenarbeit, vorerst auf einem begrenzten wirtschaftlichen Teilgebiet, gemeinsam mit → *ADENAUER* und de Gasperi, ein.
1955 französischer Justizminister, wurde S. auch Abgeordneter im → *Europäischen Parlament* der → *EWG* (Teil I) und war vom März 1958 bis zum März 1960 dessen erster Präsident, danach bis zu seinem Tode am 4. November 1963 Ehrenpräsident.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. SCHWERIN-KROSIGK

Lutz Graf S. von K., vom 2. Juni 1932 bis zum 22. Mai 1945 deutscher Reichsfinanzminister, war der einzige Reichsminister, den → HITLER aus der Regierung → PAPEN, der vorletzten Regierung der Weimarer Republik, übernahm und bis zum Zusammenbruch Deutschlands beibehielt. Auch → DÖNITZ übernahm nach Hitlers Tod S. K. in die neue, die letzte deutsche Reichsregierung.

1887 in Rathmannsdorf/Anhalt als Sohn des Schloßhauptmanns Erich von K. und der Gräfin Schwerin geboren, besuchte S. K. die Klosterschule Roßleben, studierte seit 1905 Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Lausanne, Oxford (Rhodes-Stipendium) und Halle, bestand 1909 das Staatsexamen und diente anschließend beim 2. Pommerschen Ulanenregiment in Demmin.
1910 Regierungsreferendar in Stettin, nahm S. K. als Oberleutnant der Reserve am 1. Weltkrieg teil und war nach dem Kriege als Regierungsassessor beim Landratsamt Hindenburg in Oberschlesien tätig. 1920 trat er als Regierungsrat ins Reichsfinanzministerium ein. 1924 Ministerialrat, wurde S. K. 1925 Generalreferent für den Reichshaushalt und am 1. Januar 1929 Leiter der Etatsabteilung des Reichsfinanzministeriums.
S. K. hatte also die Jahre der Inflation, der Rentenmark sowie der Weltwirtschaftskrise mit ihren Rückwirkungen auf die deutschen Finanzverhältnisse an verantwortlicher und entscheidender Stelle erlebt, war an den Stabilisierungsversuchen maßgeblich beteiligt, insbesondere an der Umstellung der Rentenmark auf Gold durch → *SCHACHT* sowie an den Kontroversen um den → *DAWES-* und den → *YOUNG-PLAN* (Teil I).
Als → *PAPEN* am 2. Juni 1932 Reichskanzler wurde, stieg S. K., vom Reichspräsidenten von → *HINDENBURG* vor die Alternative gestellt, befördert oder entlassen zu werden, zum Chef des Hauses auf, in dem er seit 1920 tätig war, zum verantwortlichen Minister für die Reichsfinanzen, und behielt diese während der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in der Hand. Das Finanzierungssystem, das Schacht 1933 schuf, funktionierte in den Händen S. K.s auch noch während des 2. Weltkriegs nahezu störungslos, nachdem Schacht selbst 1937 als Wirtschaftsminister und 1939 als Reichsbankpräsident zurückgetreten war.

S. K. beteiligte sich nicht an den Konspirationen konservativer Kreise im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944. Ohne zu zögern stellte er sich in den ersten Maitagen 1945 auch -> *DÖNITZ* für die nahezu unlösbare Aufgabe zur Verfügung, aus der totalen Katastrophe außenpolitisch noch etwas zu retten. Nach der Verhaftung der gesamten Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 wurde S. K. gefangen gehalten, 1949 in Nürnberg vom I. M. T. zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, doch bereits 1951 entlassen.
Seitdem war er als Wirtschaftshistoriker publizistisch tätig und veröffentlichte u. a. im Tübinger R. Wunderlich-Verlag ein dreibändiges Werk über die Entwicklung der deutschen Industrie sowie eine Geschichte des Kaufmannstandes mit Zukunftsperspektiven.
S. K. war schon seinem Wesen und Charakter nach ein kennzeichnendes Beispiel für konservatives, beständiges, Werte erhaltendes Denken und Leben. Seine unbedingte Loyalität wurde in der Nachkriegsliteratur zuweilen als Mangel an politischem Verständnis interpretiert.

Literatur:

Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen/Stuttgart 1951
Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Die große Zeit des Feuers. Der Weg der deutschen Industrie, 3 Bde. Tübingen (R. Wunderlich) 1957/58/59
Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Alles auf Wagnis. Der Kaufmann gestern heute und morgen. Tübingen (R. Wunderlich) 1963

(unveröffentlichte Tagebücher:)
Lutz Graf Schwerin von Krosigk, The Beginning and the End
5. Nov. 1932 — 6. Febr. 1933, 15. April — 1. Mai 1945
angeführt in Wheeler-Benett, Die Nemesis der Macht, Düsseldorf (Droste) 1954

Anmerkungen ....

....

....

Antonio S., Zivil- sowie Handelsrechtler und Christlicher Demokrat, vom 11. Mai 1962 bis zum 6. Dezember 1964 Staatspräsident → ITALIENs (Teil I), stammt von der Insel Sardinien, gehörte seit Dezember 1945 der italienischen Regierung an und war 1955/57 sowie 1959/60 Ministerpräsident. 1944 schuf er das Autonomiegesetz für seine Heimatinsel.

Am 2. Februar 1891 in Sassari auf Sardinien geboren, studierte S. in Rom Rechtswissenschaften, schlug nach mehrjähriger Anwaltstätigkeit die Hochschullaufbahn ein und erhielt eine Professur für Zivilrecht in Perugia. Nach weiteren Lehraufträgen an den Universitäten von Cagliari, Pavia und seiner Vaterstadt Sassari lehrte er zuletzt wieder Zivilrecht in Rom.

Während des Zweiten Weltkrieges gehörte S. einem geheimen sardinischen „Befreiungskomitee" an und, nachdem die Befreiung dann erfolgt war, dem ersten regionalen Parlament der Insel sowie, als Vertreter Sardiniens, der Verfassunggebenden Versammlung und dem Parlament Italiens.

1944 entwarf S. als Unterstaatssekretär im Landwirtschafts- und Forstministerium das Gesetz, mit dem Sardinien die Autonomie zuerkannt wurde, 1946 wurde er selbst Minister für Landwirtschaft und Forsten, 1951 Unterrichtsminister. Im Juli 1955 beauftragte ihn Staatspräsident Gronchi erstmalig mit der Regierungsbildung.

Bis zum Mai 1957 blieb S. Regierungschef, im Juni 1958 wurde er stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister, am 15. Februar 1959 ließ Gronchi ihn abermals ein Kabinett zusammenstellen, in dem S. selber auch das Innenministerium übernahm. Doch wurde diese, seine zweite Regierung nur ein Jahr alt.

Im Kabinett seines Nachfolgers übernahm S. im März 1960 das Außenministerium und behielt es bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Mai 1962. Im Dezember 1964 zog er sich aus Gesundheitsgründen vom Präsidentenamt wieder zurück, blieb aber auf Lebenszeit Mitglied des Senats.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Dudley Shelton S., 1952/53, 1960 und wieder seit dem 27. März 1965 Ministerpräsident von → CEYLON (Teil I), ist zugleich Außen-, Verteidigungs-, Planungs- sowie Wirtschaftsminister seines Landes und führt seit 1958 die antikommunistische, außenpolitisch neutralistische United National Party (UNP).

Am 19. Juni 1911 als Sohn des buddhistischen ceylonesischen Politikers und späteren Ministerpräsidenten S. geboren, besuchte S. junior das St. Thomas College in Colombo, studierte am Corpus Christi College in Cambridge Natur- sowie Rechtswissenschaften und war kurze Zeit in London als Anwalt (Middle Temple) tätig.
1937 in den „Gesetzgebenden Rat" der britischen Kronkolonie Ceylon gewählt, trat S. 1947 als Landwirtschaftsminister in das Kabinett seines Vaters ein, der 1948 bei Großbritannien für Ceylon den Dominion-Status erreichen konnte. Als dieser vier Jahre später starb, wurde S. junior selber Regierungschef und übernahm auch gleich das Außen- und Verteidigungsministerium. Nach einem Jahr trat er zurück, aufgrund der offenbar aussichtslos erscheinenden Wirtschaftsverhältnisse.
Nachdem dann Anfang April 1956 die Vereinigte Volksfront die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewonnen hatte und Solomon Bandaranaike Regierungschef geworden war, übernahm S. angesichts der Unruhen, die durch den Gleichberechtigungsanspruch der Tamilen im Mai 1956 ausgelöst wurden, das Präsidium der United National Party (UNP, siehe oben).
Nach der Ermordung Bandaranaikes am 25. August 1959 wurde S. im März 1960 wieder Premierminister, behielt sich auch wieder das Außen- und Verteidigungsministerium vor, wurde aber schon im Juli desselben Jahres durch den Wahlsieg der Partei der Witwe Bandaranaikes, Sirimavo B., der Sri Lanka Freedom Party (SLEP), abgewählt.
Von diesem Zeitpunkt an führte S. fünf Jahre lang die Opposition im Parlament und bildete dabei angesichts des schwülstigen, agitatorischen Regierungsstiles seiner politischen Gegner die realistische Linie seiner eigenen Politik heraus, die er dann seit dem knappen Wahlsieg seiner UNP am 22. März 1965 als Ministerpräsident, Außen-, Verteidigungs-, Planungs- und Wirtschaftsmini-

ster verfolgte und mit der er sich bis zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Blattes behaupten konnte.

Anmerkungen ....
....
....
....
....
....

Léopold-Sédar S., seit dem 5. September 1960 Staatspräsident, seit dem 18. Dezember 1962 auch Ministerpräsident von → SENEGAL (Teil I), machte sich bereits vor dem 2. Weltkrieg einen Namen als Lyriker, Philosoph und Schriftsteller, war 1955/56 Ratspräsident der Französischen Union und Staatssekretär in der Regierung Frankreichs. Er genießt unter den afrikanischen Staatsoberhäuptern hohes Ansehen.

1906 in Joal/Senegal geboren, besuchte S. zunächst das französische Lyceum in Dakar, dann das Louis le Grand-Lyceum in Paris, studierte an der Sorbonne und machte sein Staatsexamen für den höheren Lehrberuf, entscheidend beeinflußt von Teilhard de Chardin und seiner Konvergenzlehre.
Von 1935 bis 1944 unterrichtete S. als Gymnasiallehrer am staatlichen Lyceum in Tours. Unterbrochen wurde seine Lehrtätigkeit dort durch die deutsche Kriegsgefangenschaft, in die er als Soldat während des Frankreichfeldzuges 1940 geraten war.
Seit 1944 unterrichtete S. dann am Marcelin-Berthelot-Lyceum in Paris, gehörte 1945/46 den verfassunggebenden Versammlungen Frankreichs an und wurde 1946 Abgeordneter für Senegal in der Nationalversammlung als Mitglied der Sozialistischen Partei.
1948 verließ er diese und wurde Mitbegründer des Demokratischen Senegalesischen Blocks, gleichzeitig Professor an der Ecole National de la France d'Outre-Mer, an der Frankreich den Verwaltungsnachwuchs für seine überseeischen Besitzungen ausbildete.
1955 bis 1956 Staatssekretär in der französischen Regierung und Ratspräsident der Französischen Union (der späteren → *COMMUNAUTE FRANÇAISE* (Teil I), gehörte S. auch der Beratenden Versammlung des → *EUROPARAT*es (Teil I) an, war mehrfach französischer Delegierter in der Generalkonferenz der → *UNESCO* (Teil I) und wurde 1959 zum Präsidenten der Bundesversammlung der von ihm nachdrücklich betriebenen Föderation von Mali, Senegal und Sudan gewählt.
Als Senegal am 20. August 1960 aus der kurz zuvor unabhängig gewordenen Mali-Föderation ausschied, wurde S. als Generalsekretär der Regierungspartei UPS (Union Progressiste Senegalaise) am 5. September 1960 Staatspräsident.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

1962 gelang es ihm, seinen Gegenspieler in der UPS, den Ministerpräsidenten Mamadou Dia auszuschalten und sich selbst auch zum Regierungschef zu machen. Am 3. März 1963 wurde diese Regelung durch Volksabstimmung auch verfassungsrechtlich unterbaut und Senegal eine Präsidialrepublik.

Im Februar 1967 setzte sich S. anläßlich eines Staatsbesuchs in Kairo für die Einberufung einer neuen → *BANDUNG-KONFERENZ* (Teil I) ein, wie er auch sonst jede Gelegenheit wahrnahm, für ein geschlossenes Auftreten der afro-asiatischen Staaten einzutreten. Am 24. März 1967 entging er in Dakar knapp einem Attentat, das angeblich von Mamadou Dia (siehe oben) veranlaßt worden war. S.s außenpolitischer Hauptgegner ist Sékou → *TOURE*, der zum Kommunismus tendierende Staats- und Regierungschef von → *GUINEA* (Teil I).

Am 22. September 1968 erhielt S. in Frankfurt den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Er gilt als einer der maßgeblichen Erneuerer der französischen Sprache und glaubt daran, daß die von ihm geschaffene politisch-literarische Bewegung der „négritude" einen Weg zu einer „culture universelle" weisen kann, einen Weg mehr also zur → *ONE WORLD* (Teil I).

Literatur:

Léopold-Sédar Senghor, Botschaft und Anruf, dtv 1966

Léopold-Sédar Senghor, Négritude und Humanismus, Düsseldorf, (Diederichs) 1967

Léopold-Sédar Senghor, Tam-tam schwarz, Gesänge, 1955

Léopold-Sédar Senghor, On African Socialism

Léopold-Sédar Senghor, Nocturnes

Léopold-Sédar Senghor, Chants d'Ombre

Gisela Bonn, „Léopold-Sédar Senghor und sein Senegal" in Außenpolitik 9/1968, S. 537 ff.

Gaston Bart-Williams, „Léopold-Sédar Senghor — ein Herr des Königreichs Sin" in Die Welt der Literatur Nr. 19/68

Anmerkungen ....

....

Abdi Raschid Ali S., vom 22. Juli 1960 bis zum 14. Juni 1964 Ministerpräsident, seit dem 11. Juni 1967 Staatspräsident von → SOMALIA (Teil I), war Mitglied der nationalen Befreiungsbewegung und gehörte seit 1959 der Somali-Nationalversammlung an.

1919 in Haradera geboren und zunächst an einer Koranschule erzogen, wurde S. bei der britischen Kolonialverwaltung angestellt. Nachdem 1941 auch Italienisch-Somaliland von den Engländern besetzt und unter Militärverwaltung gestellt worden war, wurde S. 1943 Mitbegründer und Sekretär der Somali Youth League, der stärksten Partei des Landes.

Nach der Vereinigung des seit 1950 wieder unter italienischer Verwaltung stehenden Italienisch-Somaliland mit Britisch-Somaliland und der Unabhängigkeitserklärung vom 1. Juli 1960 wurde S. erster Regierungschef der Republik Somalia.

Unter seiner Regierung gab sich das Land durch Volksabstimmung am 20. Juni 1961 eine Verfassung und wählte am 6. Juli Aden Abdullah Osman zum Staatspräsidenten. Gleichzeitig erhob es Anspruch auf die von Somalis bewohnten Nordostgebiete → *KENIAs* (Teil I) sowie auf die äthiopische Provinz Ogaden.

Dieser von S. nachdrücklich vertretene Anspruch führte zu Grenzkonflikten mit → *ÄTHIOPIEN* (Teil I), die im März 1963 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien zur Folge hatten. S. wandte sich den kommunistischen Großmächten zu und schloß im November 1963 ein Militärhilfeabkommen mit der UdSSR, die ihm einen Rüstungskredit in Höhe von (damals) 11,6 Millionen Pfund Sterling gewährte.

Im Februar 1964 spitzte sich der Grenzkonflikt mit Äthiopien gefährlich zu. S. hatte sich in diesem Zusammenhang so exponiert, daß ihn der Staatspräsident Osman nach den Parlamentswahlen vom 30. März 1964 nicht wieder zum Ministerpräsidenten ernannte. Doch ließen die Spannungen auch unter seinem Nachfolger Hussein nicht nach. Es kam sogar zu bewaffneten Grenzauseinandersetzungen mit Kenia und Frankreich.

Am 11. Juni 1967 wählte dann die Nationalversammlung S. anstatt Osman zum Staatspräsidenten und bekräftigte damit ihren Willen zu einem Groß-Somalia, das die beanspruchten Gebiete in Kenia, Äthiopien und Französisch-Somaliland einschließt.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Norodom S., Staatsoberhaupt des Königreichs Kambodscha, verzichtete 1955 auf den Königstitel, zunächst zugunsten seines Vaters, des Königs Suramit, um sich aktiv politisch betätigen zu können. Auch nach dem Tode seines Vaters 1960 wurde S. zwar dessen Nachfolger, nahm aber den Königstitel nicht wieder an. Sein großes diplomatisches Geschick hat es ihm ermöglicht, sein Land seit der endgültigen Unabhängigkeit von Frankreich 1955 von ausländischen Einflüssen und Machtansprüchen freizuhalten.

1922 als Sohn Königs Suramits geboren, erhielt S. seine militärische Ausbildung durch die damalige Kolonialmacht in Frankreich. Während der japanischen Besetzung Kambodschas am 26. April 1941 zum König gewählt, erklärte S. vor Abzug der Japaner am 9. März 1945 die Unabhängigkeit des Landes von Frankreich, das jedoch 1946 seine Autorität zunächst wiederherstellte.

Nachdem 1954 kommunistische Vietminh-Truppen in Kambodscha eingefallen waren und das Land der Auflösung zuzutreiben drohte, dankte S. 1955 als König ab, um sich als Ministerpräsident und Außenminister umso tatkräftiger und wirksamer der politischen Rettung seines Staates widmen zu können und den im Genfer Abkommen zugesicherten Abzug sowohl der französischen als auch der Vietminh-Truppen tatsächlich durchzusetzen.

Bereits im September desselben Jahres erfolgte dann die formelle und endgültige Unabhängigkeitserklärung, der im Dezember der Beitritt zur → *UNO* (Teil I) folgte. Und 1957 setzte S. ein Neutralitätsgesetz durch, das angesichts der geopolitischen Situation Kambodschas eine Notwendigkeit darstellte.

Als bei den Wahlen 1958 die Volkssozialistische Partei siegte, widersetzte sich S. diesem Ruck nach links nicht sondern zog daraus realpolitische Konsequenzen. Er verzichtete im Verlauf dieser Entwicklung schließlich (mit Wirkung vom 1. Januar 1964) auf Hilfen aus den USA, die an Bedingungen geknüpft waren, und nahm anstattdessen französische und chinesische Hilfe an.

So mußte ihm die Verständigung → *de Gaulles* mit Rotchina 1965 sehr zustatten kommen, zumal er zunächst einen Sieg der Vietminh in → *Vietnam* (Teil I) erwartete. Seit er (1966) an diesem Sieg der

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Kommunisten zu zweifeln begann, suchte er die 1965 auch offiziell abgebrochenen Beziehungen zu den USA wieder aufzunehmen und ist vor allem an einem Schutz der Grenze zwischen Kambodscha und Südvietnam gegen ein Übergreifen der Kampfhandlungen interessiert. Doch wurden seine Bemühungen von China ständig hintertrieben. Zudem bereitete ihm die chinesische Minderheit in Kambodscha (300 000) wachsende Ungelegenheiten und trat immer herausfordernder im Geiste Pekings auf, so daß er sie unter strenge Kontrolle stellen mußte.

Er bereitete de Gaulle bei dessen Besuch im September 1966 einen herzlichen Empfang, nahm dagegen nicht an Johnsons Manila-Konferenz im Oktober 1966 teil. Als bei den Wahlen zum Jahresende General Lon Nol Ministerpräsident wurde, ließ S. im Sinne des Ausgleichs zwischen Rechts und Links in der Sangkum (Volksgemeinschaft) als Kontrollorgan der Regierungsmaßnahmen eine sogenannte Gegenregierung („Contre-Gouvernement") schaffen.

Literatur:

Eckhard Budewig, Wird Asien rot?, Stuttgart 1961
Emanuel Sarkisyanz, Südostasien seit 1945, München 1961
„Der Gesinnungswandel des Prinzen Sihanouk" in: Die Welt, 9. August 1966
Die Tat, Zürich 14. Januar 1967

Anmerkungen → Ne Win

Ian Douglas S., seit dem 15. April 1964 Premierminister von → Rhodesien (Teil I), wurde durch sein entschiedenes und erfolgreiches Eintreten für das Lebensrecht der weißen Minderheit sowie für eine sinnvolle Ordnung für Schwarz und Weiß zur Zielscheibe weltumspannender Propagandaangriffe der Linken, des afroasiatischen Blocks und der Kommunisten. Obgleich Großbritannien die auf parlamentarischem Wege zustandegekommene Regierung S. zum „Rebellenregime" erklärt und über die eigenen Landsleute in Rhodesien einen Wirtschaftsboykott verhängt hat, ist es S. gelungen, die Ordnung und rechtsstaatlichen Verhältnisse in Rhodesien aufrechtzuerhalten.

Ian Douglas S. wurde 1919 in Selukwe in Südrhodesien geboren und ist schottischer Abstammung. Er studierte an der Rhodes-Universität in Grahamstown, unterbrach 1939 sein Studium und meldete sich zur britischen Luftwaffe. Als Jagdflieger über Nordafrika abgeschossen, mußte er sich einer schweren Gesichtsoperation unterziehen.
Nach dem Kriege nahm er sein Volkswirtschaftsstudium an der Rhodes-Universität wieder auf, das er mit dem akademischen Grad eines Bachelor of Commerce beendete. 1948 ließ er sich von der Rhodesian Liberal Party als Kandidat aufstellen, einer echten liberalen Partei im alten Sinne des Wortes. S. wurde ins Parlament gewählt, wechselte im Jahre 1953 zur regierenden United Federal Party über und wurde ihr Fraktionssprecher. 1961 brach S. jedoch auch mit dieser Partei, weil sie der britischerseits für Südrhodesien vorgeschlagenen Verfassung zustimmte, die ihm eine schwere Hypothek auf die Zukunft des Landes zu bedeuten schien. Er schied aus dem Parlament aus und wurde zum Mitbegründer der Rhodesian Front Party, die sich bei den Wahlen 1962 auf Anhieb durchzusetzen vermochte und die Regierung übernahm. Ihr erster Premierminister wurde Winston Field, ihr zweiter am 13. April 1964 Ian Douglas S.
Im September 1964 flog S. zu Gesprächen über die Unabhängigkeitsfrage noch London, wo ihm Sir Alec Douglas-Home das Versprechen gab, Südrhodesien solle, falls die Mehrheit aller schwarzen und weißen Südrhodesier dies wünsche, seine Unabhängigkeit unter der Verfassung von 1961 erlangen. Nach dieser Verfassung bestehen zwei Wahllisten, die sich nach dem Bildungsstand der Wähler unterscheiden, wobei auf der Liste A 50 Abgeordnete und auf der Liste B

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

mit geringeren Qualifikationen 15 weitere Abgeordnete gewählt werden.
Als jedoch Harold Wilson britischer Premier wurde, hielt sich dieser nicht an die Absprache. In Südrhodesien wurde daraufhin am 5. November 1964 eine Volksabstimmung durchgeführt, die eine überwältigende Mehrheit für die Unabhängigkeitserklärung ergab. S. war, unabhängig von diesem Ergebnis, weiterhin zu Gesprächen mit London bereit. Nach Auflösung des Parlaments am 30. März 1965 ließ S. für den 7. Mai 1965 Neuwahlen ausschreiben, bei denen die Rhodesian Front Party sämtliche 50 Sitze der A-Liste gewann. Für die B-Liste waren keine Kandidaten aufgestellt worden.
Die Verhandlungen mit England zogen sich bis zum Frühherbst 1965 hin und scheiterten schließlich am 8. Oktober 1965 an der Hartnäckigkeit der englischen Forderungen nach absoluter Gleichberechtigung der Neger, deren Realisierung ein Chaos ähnlich dem im Kongo heraufbeschwören mußte. Am 11. November 1965 folgte dann die Unabhängigkeitserklärung.
Angesichts der nun folgenden Sanktionen seitens Großbritanniens und des mit überwältigender Mehrheit gefaßten UNO-Beschlusses, Großbritannien zur Gewaltanwendung gegen die rhodesische Regierung aufzufordern sowie des wachsenden Druckes der → *Öffentlichen Meinung* (Teil I) bewahrte S. eine ungewönhliche Ruhe. Es gelang ihm, eine Panikstimmung bei der Bevölkerung seines Landes gar nicht erst aufkommen zu lassen. Handel und Wandel nahmen mit nur geringen Einschränkungen dank Südafrikanischer Hilfe ihren Fortgang. Den 1. Jahrestag der einseitigen Unabhängigkeitserklärung feierte S. mit der Einweihung einer Freiheitsglocke im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung.
Das neuerliche Zusammentreffen S.'s mit Wilson an Bord des britischen Kreuzers „Tiger" in den ersten Dezembertagen 1966 bot angesichts der beiderseitigen Unnachgiebigkeit kaum noch Chancen einer Annäherung. S. behielt sich die Entscheidung über Wilsons „Kompromiß"-Vorschläge vor. Die ihm gesetzte Frist trug ultimativen Charakter. Das mag zum „Nein" der rhodesischen Regierung beigetragen haben, die bis zu einem Volksentscheid über eine neue Verfassung im Amt zu bleiben entschlossen ist.
Damit war der von England zu beantragende UNO-Beschluß über allgemeine verbindliche Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien unvermeidlich geworden. Nur Südafrika und Portugal stimmten dagegen.

Anastasio S. Debayle, seit dem 1. Mai 1967 Staatspräsident und Regierungschef der mittelamerikanischen Republik → NICARAGUA (Teil I), ist der Sohn des 1956 ermordeten Diktators An. S. Garcia und der Bruder des Präsidenten von 1956 bis 1963 Luis S. Debayle, der im Frühjahr 1967 unerwartet starb.

Am 5. Dezember 1925 in Leon/Nicaragua geboren und am Pädagogischen Institut von Managua erzogen, trat S. als Fünfzehnjähriger in die Armee ein, absolvierte die USA-Militärakademie La Salle in New York sowie West Point, die er als Graduierter verließ, und durchlief dann in Nicaragua binnen kurzer Zeit alle militärischen Dienstgrade bis zum Divisionsgeneral (1964) und Direktor der Militärakademie Managua.

Als Oberkommandierender der Streitkräfte (Nationalgarde) wurde S. vom Präsidenten René Schick mehrfach als Sonderbotschafter mit diplomatischen Missionen betraut, war auch Vorsitzender der Handelsmarinebehörde und des Verwaltungsrates der LANCIA-Fluggesellschaft sowie Präsident mehrerer Handelsunternehmen in Baumwollstoffen, Zement und Liegenschaften.

Am 5. Februar 1967, kurz nach dem unerwarteten Tode seines Bruders Luis, der das Präsidentenamt bis 1963 innegehabt hatte und nun zur Wiederwahl anstand, wurde S. als der zweifellos mächtigste Mann im Lande in allgemeinen Wahlen, bei denen seine Nationalliberale Partei mit 480 000 Stimmen die Mehrheit erlangte, zum Staatspräsidenten gewählt.

Er trat das Amt am 1. Mai 1967 an, nachdem er sich kurz zuvor für ein, wenn notwendig, auch militärisches Vorgehen der lateinamerikanischen Staaten gegen → *CASTRO* ausgesprochen hatte. Ende Oktober 1967 bot S. den USA an, ein kleines Kontingent von etwa 50 Soldaten Nicaraguas nach Vietnam zu entsenden.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. SOUVANNA PHOUMA

Prinz S. P., seit 1951 mit kurzen Unterbrechungen Ministerpräsident der offiziellen, aber seit Juni 1964 machtlosen Regierung von → LAOS (Teil I), Halbbruder seines politischen Gegenspielers, des nationalkommunistischen Prinzen Souvannuvong, sowie des Königs Sawang Vattána, versucht eine neutrale Politik zwischen Ost- und Westmächten zu treiben, verfügt aber nur noch über einen schmalen Gebietsstreifen am Mekongfluß.

1901 als Sohn König Sisavang Vongs in Luang Prabang geboren, wurde S. P. in Hanoi am französischen Lyceum Albert Sarraut erzogen, studierte an der Universität Paris sowie an der Technischen Hochschule in Grenoble und war seit 1931 bei der Behörde für Öffentliche Arbeiten in Französisch-Indochina tätig. 1940 machte er sich als Ingenieur selbständig und arbeitete von 1941 bis 1944 in der Residenzstadt Luang Prabang.
Anschließend wurde Prinz S. P. Chefingenieur beim Büro für Öffentliche Arbeiten in Laos. Ende der vierziger Jahre nahm er die entsprechende Stellung für ganz Indochina ein, nachdem die Franzosen zurückgekehrt waren und seinem Vater wieder auf den Thron von Laos verholfen hatten.
Als Laos 1949 die Unabhängigkeit innerhalb der → *COMMUNAUTE FRANCAISE* (Teil I) erhalten hatte, wurde Prinz S. P. 1950 Minister für Öffentliche Arbeiten, 1951 auch Premierminister und Präsident des 12köpfigen Staatsrates. Nachdem dann Laos 1953 in den Indochinakrieg hineingezogen worden war, zog sich S. P. im Anschluß an die → *GENFER GIPFELKONFERENZ 1954* (Teil I) zunächst auf das Verteidigungsministerium zurück.
1956 übernahm er von neuem die Regierungsführung, zugleich das Außen-, das Verteidigungs- und das Informationsministerium, 1957 gelang ihm eine vorübergehende Einigung mit der von seinem Bruder geführten nationalkommunistischen Pathet-Lao-Bewegung und 1958 ging er für ein Jahr als Botschafter seines Landes nach Frankreich.
1960 Präsident der Nationalversammlung von Laos, übernahm Prinz S. P. im August desselben Jahres abermals die Ministerpräsidentschaft sowie das Außen- und das Verteidigungsministerium und sah sich gezwungen, nach zwei Seiten zu kämpfen, gegen die Rebellion

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

des konservativen und prowestlichen Generals Phoumi Nosavan einerseits und gegen den Vormarsch der Pathet-Lao-Truppen seines Bruders, des Prinzen Souvannuvong andrerseits.
Ein Treffen der beiden feindlichen Prinzen und Brüder in Zürich nach Beginn der Genfer Laoskonferenz Ende Juli 1961 veranlaßte S. P. zu einer Verfassungsänderung, die dem König in bedrohlichen Situationen das Recht zusprach, die Regierung entweder selbst zu führen oder einem Manne seines Vertrauens zu übertragen. Doch erkannte Souvannuvong diese Verfassungsänderung nicht an.
Das → *GENFER LAOSABKOMMEN (Teil I)* vom 23. Juli 1962 basierte auf der Neutralitätserklärung der Regierung des Prinzen S. P., an die sich sein Bruder ebenfalls nicht gebunden fühlte. Es wurde nur von den Westmächten eingehalten. Zwar kam ein Koalitionskabinett S. P. zustande, doch verließen die Pathet-Lao-Minister nach erneuten Kämpfen im Juni 1964 endgültig die Landeshauptstadt.
Seitdem ist die Regierung des Prinzen S. P. nur noch ein Schattenkabinett ohne maßgeblichen Einfluß auf das Schicksal des Landes, das zunehmend unter die Kontrolle Nordvietnams gerät und durch Kriegshandlungen verwüstet wird. An dieser Entwicklung konnten weder eine Moskaureise des Prinzen S. P. und des Königs Savang Vattána im Mai 1966 noch die Besprechungen S. P.s mit dem amerikanischen Außenminister Rusk im Dezember desselben Jahres in Washington etwas ändern.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Paul-Henri Sp., 1938/39 und 1947/49 belgischer Premierminister, 1957 Generalsekretär der → NATO (Teil I), Sozialdemokrat und tatkräftiger Verfechter eines europäischen Zusammenschlusses, verhinderte 1950 die Rückkehr König Leopolds III. auf den belgischen Thron. Sp. war stets ein Gegner des → Nationalismus (Teil I), des französischen wie vor allem des deutschen. 1966 zog er sich enttäuscht aus dem politischen Leben zurück, ohne sein letztes Ziel, die Vereinigten Staaten von Europa, in erreichbarer Nähe zu sehen.

1899 als Sohn eines Juristen geboren, studierte Sp. ebenfalls die Rechtswissenschaften, promovierte und war in Brüssel als Anwalt tätig. 1925 wurde er politischer Sekretär des sozialistischen Arbeitsministers, 1932 Abgeordneter der Sozialisten im Parlament.

1935/36 wurde Sp. Minister für Transport, Post und Telegraph im Kabinett van Zeeland, 1936/38 erstmals belgischer Außen- und Handelsminister und 1938/39 Ministerpräsident.

Im September 1939 wieder Außenminister geworden, floh Sp. beim deutschen Einmarsch 1940 erst nach Vichy, von dort nach London, blieb Außenminister der Londoner belgischen Exilregierung, schloß 1944 mit den Niederlanden und Luxemburg die → *Benelux*-Zollkonvention (Teil I) und kehrte nach Brüssel zurück. 1945/46 war er dann stellvertr. Ministerpräsident im Kabinett van Acker, und präsidierte bei der ersten Vollversammlung der → *UNO* (Teil I) 1946.

Im gleichen Jahr wurde Sp. von neuem mit der Bildung eines eigenen Kabinetts beauftragt, an dessen Spitze er bis 1949 verblieb. Im April 1948 übernahm er das Präsidium der → *OEEC* (Teil I) und den Vorsitz des Rates für den Wiederaufbau Europas. 1949 wurde er zum Präsidenten der Beratenden Versammlung des → *Europarates* (Teil I) gewählt.

1950 setzte Sp. durch, daß König Leopold III. aufgrund seiner Kapitulation zehn Jahre zuvor nicht auf den belgischen Thron zurückkehren durfte. Im gleichen Jahr übernahm er für fünf Jahre den Vorsitz des Internationalen Rates der „Europäischen Bewegung", in dem er bereits 1949 sein Land als Minister vertreten hatte.

1951 resignierte er zum ersten Mal und trat aus Protest gegen die ablehnende Haltung Großbritanniens sowohl der → *Montanunion*

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

(Teil I) als auch der → *EVG* (Teil I) gegenüber vom Präsidium der Beratenden Versammlung des Europarates zurück. Doch ließ er sich schon im Jahre darauf zum Präsidenten der Montanunion wählen und behielt dieses Amt zwei Jahre.

Den Höhepunkt seiner Laufbahn bildeten zweifellos die fünf Jahre 1957—1961, in denen Sp. Generalsekretär der → *NATO* (Teil I) war. Doch werden die Erfahrungen dieser Jahre in ihm auch ernste Zweifel an der Durchführbarkeit des → *Paneuropa*-Gedankens (Teil I) geweckt haben.

Nach 1961 diente Sp. seinem Land wieder als stellvertr. Ministerpräsident und Außenminister und hatte die ganze Last des Kongokonfliktes unmittelbar nach Gewährung der Unabhängigkeit zu tragen. Das Scheitern der UNO-Aktion gegen Katanga wird seine Skepsis auch hinsichtlich solcher internationaler Aktionen verstärkt haben. Mit wachsendem Mißtrauen beobachtete er die Erstarkung nationalstaatlichen Denkens unter dem Einfluß de Gaulles, die seinem eigenen politischen Streben genau entgegengesetzt war. Das zähe Ringen um jede neue handelspolitische Position in der → *EWG* (Teil I) rückte den Gedanken an eine politische Integration Europas in immer weitere Ferne. Sp.'s Vorschlag, die politische Führung Europas einem unabhängigen Dreier-Kollegium anzuvertrauen, das auch die Interessen der kleinen Völker wahrnehmen könne, hatte ebenso wie sein letzter Vorschlag vom Jahre 1964 einer politischen Europa-Union „auf Probe" keine Chancen mehr, angenommen zu werden. Ende Juli 1966 zog sich Sp. nach über 30jähriger Tätigkeit aus dem politischen Leben zurück.

Literatur:

Irmgard Remme, Paul-Henri-Spaak (Köpfe des XX. Jahrhunderts, Bd. 4), Berlin (Colloquium) o. J.

Max Beloff, Neue Dimensionen der Außenpolitik. England, die NATO und Europa, Köln o. J. (Wissensch. u. Politik)

Anmerkungen ....

....

Kardinal Francis Joseph S., seit 1939 Erzbischof von New York und höchster katholischer Militärseelsorger der USA, erhielt am 21. Februar 1946 den Kardinalshut. Auf zahlreichen Reisen an alle Fronten, an denen amerikanische Soldaten kämpften, erwarb er sich ein fundiertes politisches Urteil. Seine guten persönlichen Kontakte zu → ROOSEVELT einerseits und Papst Pius XII. andererseits förderten das Einvernehmen zwischen USA und Vatikan.

1889 in Whitman bei Boston geboren, studierte S. in Fordham und in Rom katholische Theologie, wurde 1916 in Rom zum Priester geweiht und war dann bis 1918 als Hilfsgeistlicher an der Allerheiligenkirche in Roxbury/Mass. tätig.
1918 bis 1922 redigierte S. die katholische Wochenschrift Boston Pilot, 1922 bis 1925 assistierte er dem Kanzler der Erzdiözese Boston und kehrte 1925 als Attaché am Staatssekretariat des Vatikans nach Rom zurück.
Dort war Kardinalstaatssekretär Pacelli, der spätere Papst Pius XII., sein Vorgesetzter, mit dem ihn seitdem ein Vertrauensverhältnis verband. Pacelli schätzte das kluge Urteil des amerikanischen Kirchendiplomaten.
1932 wurde S. zum Titularbischof von Sila ernannt und kehrte als Stellvertreter des Erzbischofs von Boston sowie Pfarrer an der Heiligherzkirche von Newton Center/Mass. nach Amerika zurück. Sieben Jahre darauf wurde er Erzbischof von New York und zugleich oberster Seelsorger der amerikanischen Armee.
In dieser doppelten Eigenschaft gelang es S., auch zu dem amerikanischen Präsidenten F. D. → *ROOSEVELT* gute persönliche Kontakte anzuknüpfen, die für Pius XII. wertvoll und nützlich waren. S. erhielt Einblick in Roosevelts Pläne, Kriegsabsichten und Denkungsart, über die er bei seinem Tode 1967 schriftliche Aufzeichnungen hinterließ.
Vom Tage der Beteiligung der USA am 2. Weltkriege an unternahm S. seelsorgerische Reisen zu den amerikanischen Truppenkontingenten in Europa und im Fernen Osten, nicht selten im selbstgelenkten Flugzeug, und verschaffte sich einen Überblick über die politischen und militärischen Verhältnisse an den wesentlichen Brennpunkten des Geschehens, der wiederum dem Vatikan von Nutzen war.

1946 zum Kardinal erhoben, nahm S. 1950 seine Reisetätigkeit zur seelsorgerischen Betreuung der amerikanischen Soldaten im Koreakrieg wieder auf, besuchte auch Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre mehrfach die in Europa stationierten USA-Truppenkontingente. Noch zu Beginn seines Todesjahres 1967 kehrte er von einer ausgedehnten Reise durch → *VIETNAM* (Teil I) zurück. Er starb am 4. Dezember 1967 im Alter von 78 Jahren.
Das Staatssekretariat des Vatikans hätte den erfahrenen Kirchenfürsten in Rom nicht mit größerem Gewinn verwenden können als in dem Wirkungskreis, den er sich selbst geschaffen hatte, als Seelsorger und Diplomat im globalen Bereich, als politischer Denker und als Publizist selbstverfaßter geistlicher Lyrik.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Willi S., derzeit Leiter des Politischen Departements (für Auswärtige Angelegenheiten) der → SCHWEIZ (Teil I) und für das Jahr 1968 (wie schon 1963) als Präsident des Bundesrates Staatsoberhaupt und Regierungschef zugleich, ist Sozialdemokrat und Wirtschaftswissenschaftler.

1902 geboren, besuchte S. das Gymnaium in Zürich und studierte an den Universitäten Zürich und Paris Wirtschaftswissenschaften. Seit 1931 in Zürich als Statistiker tätig, wurde er 1935 Leiter des städtischen Arbeitsamtes.

1938 in den Nationalrat (Bundesparlament) gewählt, wurde S. 1939 Leiter des zentralen Kriegswirtschaftsamtes und blieb zehn Jahre lang in dieser Position. Seit 1942 gehörte er dem Züricher Stadtrat an, 1952 wurde er in den Ständerat der Schweiz, das 44köpfige Oberhaus gewählt.

Seit 1959 gehört S. der siebenköpfigen Regierung, dem Bundesrat an, der gleichzeitig als Staatsoberhaupt fungiert, und zwar zunächst als Departementsleiter (Minister) für Transport, Verkehr und Energiewirtschaft. Für das Jahre 1963 wurde er erstmalig von der Bundesversammlung (Nationalrat + Ständerat) zum Präsidenten gewählt, womit ihm zugleich das Amt des Regierungschefs und die Repräsentation des Schweizerischen Staates oblagen.

Gleichzeitig übernahm S. innerhalb der Regierung das Politische Departement, die Verantwortung für die Schweizerische Außenpolitik, die bekanntlich traditionell dem Gebot einer konsequenten strengen → *NEUTRALITÄT* (Teil I) unterworfen ist. Seit Ende 1966 setzte er sich insbesondere für den → *UNO*-Beitritt (Teil I) der Schweiz ein, unternahm noch im Dezember einen Besuch in → *MALAYSIA*, Anfang 1967 in → *SCHWEDEN* (Teil I), wo er vor allem eine wissenschaftliche Zusammenarbeit vereinbarte, und im April 1967 im benachbarten → *ÖSTERREICH* (Teil I), wo gemeinsame Projekte der → *ENTWICKLUNGSHILFE* (Teil I) erörtert wurden.

Ende Juli des gleichen Jahres reiste S. nach → *KANADA* (Teil I) und in die Vereinigten Staaten. Für 1968 fiel zum zweiten Male der Vorsitz des Bundesrates und damit das Präsidentenamt auf ihn. Mitte Juni 1968 fand in Basel der Parteitag seiner Partei, der Sozialdemokraten statt, bei dem nahezu pausenlose Diskussionen und laut-

starke Mißfallenskundgebungen insbesondere der welschen und Züricher Sektionen einen Bruch mit den Traditionen der schweizerischen Sozialdemokratie ankündigten.

Anmerkungen ....

II. STALIN

Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt St., von 1922 bis 1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und seit 1930 unumschränkter Diktator der Sowjetunion, verlegte die im kommunistischen Manifest von Marx und Engels angekündigte Weltrevolution in eine ungewisse Zukunft und festigte das bolschewistische System seiner eigenen Prägung zunächst in Rußland, dann in der Mongolei und in China, zuletzt in den Ländern Osteuropas und Ostsowie Mitteldeutschlands. Diesem Ziel und der Erhaltung seiner persönlichen Macht opferte er in dreißig Jahren Millionen Menschenleben, auch die seiner nächsten und langjährigen Mitarbeiter.

1879 als Schuhmacherssohn georgischer Abstammung in Gori bei Tiflis geboren, besuchte St. 1893 ein Priesterseminar der orthodoxen Kirche. Unter dem Einfluß armenischer Flüchtlinge wurde St. Marxist und mit 18 Jahren relegiert. 1898 wurde er Mitglied des sozialdemokratischen Kreises in Tiflis und arbeitete zielstrebig auf die Revolution hin. 1901 in Batum als Organisator von Streiks verhaftet, erfuhr St. im Gefängnis durch die eingeschmuggelte Zeitung → *Lenins*, „Iskra", von der Auseinandersetzung zwischen Bolschewiken und Menschewiken beim Londoner Exilparteitag 1903 und entschied sich für Lenins → *Bolschewismus* (Teil I).

Aus der sibirischen Verbannung bei Irkutsk floh er nach Baku und entfachte dort den Aufstand von 1904. Der von amerikanischen Bankkreisen finanzierten Revolution von 1905 stand er jedoch mit Lenin kritisch gegenüber. Sie war ein Werk der Menschewiken, nicht der Bolschewiken. St. wollte wie Lenin keine „demokratische" Massenbewegung, sondern einer kleinen revolutionären Elite zur Macht verhelfen.

1905 in Finnland, 1906 in Stockholm, 1907 in London, schob sich St. zur Spitze der Bolschewikenpartei vor, wurde 1908 in Baku erneut inhaftiert und verbannt und entfloh 1909 abermals aus der Verbannung. Das gleiche wiederholte sich mehrere Male.

Als Gast Lenins zwei Monate in Krakau und Wien, arbeitete er systematisch über das Thema Marxismus und Nationalitätenfrage, wurde nach seiner Rückkehr erneut verhaftet und blieb bis 1917 in Sibirien. Von der Aushebung für den Kriegsdienst kehrte er wegen

2. Lieferung,

Untauglichkeit (Verkümmerung der linken Hand) an den Verbannungsort zurück. Erst die Kerenski-Revolution (März-Revolution) setzte ihn in Freiheit. Mit gemäßigter Zielsetzung kehrte er nach Petersburg zurück. Er befürwortete jetzt sogar eine Koalition mit den Menschewiken (12. April 1917).

Am 16. April traf Lenin ein, verband sich mit → *Trotzki* (Teil I) und griff die Mehrheit seiner eigenen Partei heftig an. St. beteiligte sich nicht an den Auseinandersetzungen, schloß sich aber in den Tagen der Oktoberrevolution wiederum Lenin an.

Nach dessen Abtreten von der politischen Führung 1921/22 begann St.'s Zeit. Allein die Art, wie er seinen gefährlichsten Gegner Trotzki zunächst klug ausmanövrierte und dann bis nach Mexiko fast zwanzig Jahre lang mit Haß und Rache verfolgte, ist bezeichnend. Lenin hatte im Testament vor St.'s Charakter ausdrücklich gewarnt.

Vom Herausgeber der „Prawda" in Petersburg zum Kommissar für Nationalitätenfragen, vom Sonderkommissar bei Trotzkis Roter Armee im Abschnitt Zarizyn (Stalingrad) zum Verteidiger von Petersburg im Mai 1919 hatte St. seinen Einfluß systematisch erweitert. Der entscheidende Schritt war der vom Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion zum Generalsekretär des Zentralkomitees (3. April 1922), dem er sogleich die ersten „Säuberungen" folgen ließ. Im Gegensatz zu Trotzkis Lehre von der „Permanenten Revolution" konzipierte St. den Gedanken der „Revolution in *einem* Lande". Gleichzeitig mit der beschleunigten Entwicklung der Industrie (1. Fünfjahresplan 1928—1932) betrieb er die gewaltsame Kollektivierung der Landwirtschaft (ab 1929) unter Vernichtung des Bauerntums und millionenfachen Todesopfern. 1930 hatte er alle potentiellen Konkurrenten der Partei ausgeschaltet und herrschte unumschränkt. Dem deutschen → *Nationalsozialismus* (Teil I) gegenüber äußerte er sich bei Hitlers Regierungsantritt zunächst ohne Feindseligkeit und durchaus verhandlungsbereit. Von 1936—1938 ließ St. die großen Säuberungsprozesse mit Selbstanklagen der Opfer durchführen, mit denen u. a. fast das gesamte höhere Offizierskorps der Roten Armee „liquidiert" wurde.

Im Zweiten Weltkrieg, in dem St. die *nationalen* Gefühle und Kräfte der Russen zu mobilisieren verstand, gelang es ihm, den Machtbereich der UdSSR erheblich zu vergrößern, wobei ihm → *Roosevelt* behilflich war. Bald nach dessen Tod begann der „Kalte Krieg".

Um St.'s Tod am 5. März 1953 kursieren unnachprüfbare Gerüchte.

Siaka Probyn S., seit seiner Wahl im März 1967, endgültig seit dem 26. April 1968 Ministerpräsident der westafrikanischen Monarchie im Britischen → COMMONWEALTH (Teil I) → SIERRA LEONE (Teil I), konnte sein Amt erst antreten, nachdem ein Militärputsch gegen seine Wahl durch einen Unteroffiziersputsch aufgehoben worden war.

Jahrgang 1905, war S. zunächst im Polizeidienst der britischen Kolonialverwaltung, dann in der Eisenbahnverwaltung tätig, wurde Gewerkschaftsmitglied, später Funktionär und gründete 1943 eine neue Gewerkschaft für die Bergarbeiter im wachsenden Diamanten- und Eisenerzbergbau.

Als Generalsekretär dieser Bergarbeitergewerkschaft gehörte S. zunächst noch der Regierungspartei Sierra Leone People's Party (SLPP) unter Führung von Salia Jusu-Sherriff an, gründete aber 1960 eine eigene Oppositionspartei, den All People's Congress (APC) und bekämpfte mit ihr nach dem Tode von Sir Milton Margai (am 28. April 1964) die Regierung seines Bruders Sir Albert Margai, die ohne Mitwirkung des Parlaments zustandegekommen war.

Die Tatsache, daß → *GHANA* (Teil I) S. und den APC von außen her unterstützte, führte zu Spannungen zwischen Sierra Leone (Regierung Margai) und Ghana. Bei den Parlamentswahlen vom 17. bis 21. März 1967 gewann S.s APC 32 von 66 wählbaren Sitzen, fünf mehr als Margai's SLPP. Damit wäre S. Regierungschef geworden. Doch hatte das Wahlergebnis Unruhen zur Folge und der „General" Lansana unternahm einen Militärputsch. Am 23. März riß „Oberstleutnant" Juxon-Smith die Regierungsgewalt an sich.

Sowohl Sir Albert Margai als auch S. verließen Sierra Leone und gingen ins Exil. Juxon-Smith errichtete eine Militärdiktatur und setzte einen Nationalen Reformrat ein. Keine vier Wochen später, am 18. April 1968, unternahm der Chefsergeant Mamadou Rogers einen Gegenputsch und jagte Juxon-Smith mit seinem Reformrat davon.

Es wurde ein Interimistischer Nationaler Rat aus Unteroffizieren der Armee und der Polizei gebildet, dessen Leitung „Oberst" John Bangoura übernahm, einer der beiden einzigen nicht verhafteten

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Offiziere. Er rief S. aus dem Exil zurück. Am 26. April 1968 bildete dieser ein Koalitionskabinett mit neun Ministern des APC, vier Ministern der SLPP und Zwei Unabhängigen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Willi S., seit dem 4. Juli 1962 amtierender und seit dem 21. September 1964 offizieller Ministerpräsident (Vorsitzender des Ministerrates) der Deutschen Demokratischen Republik sowie stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates, war zuvor von 1952—1955 Innenminister und seit 1956 Verteidigungsminister im Range eines (seit 1. Okt. 1959) Armeegenerals.

1914 in Berlin als Arbeitersohn geboren, kam S. mit vierzehn Jahren in die Maurerlehre und gleichzeitig in die kommunistische Jugendorganisation (KJVD). Im dritten Lehrjahr trat er als Siebzehnjähriger der KPD bei, blieb bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Berlin und arbeitete als Bauhandwerker.

Von 1935 bis 1937 leistete S. seinen Wehrdienst ab und wurde bei Kriegsbeginn wieder eingezogen. Bis zum Jahre 1942 ist seine Kriegsteilnahme nachweisbar. Dann erschien er nach Kriegsende 1945 wieder in Berlin, in der neuen KPD und in der Zentralverwaltung der sowjetisch besetzten Zone, wo er als Leiter der Abteilung Baustoffindustrie und Bauwirtschaft tätig war.

1947 wurde S. Leiter der Hauptabteilung Grundstoffindustrie, 1948 trat er als Nachfolger Leuschners in das Zentralkomitee der → *SED* (Teil I) ein und zwar als Leiter der Abteilung Wirtschaft. Im März 1951 übernahm er das Büro für Wirtschaftsfragen beim Ministerpräsidenten.

Im Mai 1952 wurde S. Minister des Inneren, im November 1954 außerdem stellvertr. Vorsitzender des Ministerrates. Mitte 1955 als Innenminister abgelöst, ging S. offenbar für ein halbes Jahr in die UdSSR. Denn am 19. Januar 1956 wurde er zum Generalobersten der Nationalen → *Volksarmee* (Teil I) und gleichzeitig zum Verteidigungsminister ernannt, zehn Tage darauf auch zum stellvertr. Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte des → *Warschauer Paktes* (Teil I).

Am 14. Juli 1960 wurde S. als Verteidigungsminister abberufen und wiederum zum stellvertr. Vorsitzenden des Ministerrates ernannt, mit der besonderen Aufgabe, Partei und Regierungsmaßnahmen praktisch zu koordinieren. Im Juli 1962 avancierte er zum 1. stellvertr. Vorsitzenden und amtierenden Ministerpräsidenten. Nach dem Tode Otto Grotewohls übernahm er das Amt offiziell.

5. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1967

Im Gegensatz zu → *Honnecker* ist aber S. ganz von → *Ulbricht* abhängig und verfügt über keine eigene Anhängerschaft innerhalb der SED-Funktionärskader. In der Frage einer Kontaktaufnahme mit der Regierung der Bundesrepublik vertritt er offenbar einen etwas elastischeren Standpunkt als Honnecker, ohne ihn jedoch durchsetzen zu können.

Literatur:

SBZ von A—Z, 10. Auflage, Bonn 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Franz-Josef S., 1956 bis 1962 Verteidigungsminister und seit dem 1. Dezember 1966 Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, stützt sich politisch auf die bayerische CSU (Christlich-Soziale Union), deren Vorsitzender er seit 1961 ist und die innerhalb der → CDU/CSU (Teil I) seit Gründung der Bundesrepublik einen einflußreichen Faktor der Regierungspolitik bildet.

1915 in München als Handwerkersohn geboren, studierte S. dort Geschichte und klassische Sprachen und legte die Höhere Lehramtsprüfung ab. Unmittelbar darauf wurde er für die Dauer des Krieges Soldat.
Nach Kriegsende gehörte S. zu den Begründern der CSU. 1946 wurde er Vorstandsmitglied und Landrat im Kreise Schongau, 1949 Generalsekretär der CSU und Bundestagsabgeordneter sowie Leiter des bayerischen Landesjugendamtes.
1952 wählte die CSU S. zu ihrem stellvertr. Vorsitzenden, 1953 wurde er Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955 Bundesminister für Atomenergieprobleme, 1956 Bundesverteidigungsminister im entscheidenden Aufbau- und Rüstungsstadium der → *Bundeswehr* (Teil I).
Als solcher vertrat S. konsequent den Standpunkt eines Mitspracherechts der Bundesrepublik bei Entscheidungen über den Einsatz von Atomwaffen. 1961 übernahm er den Vorsitz seiner Partei, im November 1962 trat er als Verteidigungsminister zurück, nachdem es aus Anlaß der Regierungsmaßnahmen gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" zu einer Regierungskrise gekommen war.
Vor und nach dieser Krise hatte der Herausgeber des „Spiegel", Augstein, wiederholt versucht, S. der Korruption zu überführen, war aber in den daraus folgenden Prozessen unterlegen. S. hatte sich durch sein Auftreten weithin unbeliebt gemacht, ausgenommen in seiner bayerischen CSU, die ihm auch nach seinem Rücktritt als politisches Fundament diente.
Von diesem Fundament aus erreichte S. bei den Verhandlungen um die sogenannte „Große Koalition" (CDU/CSU–SPD) im November 1966 seine Wiederaufnahme ins Kabinett. Es war das denkbar größte Zugeständnis, das man der → *SPD* (Teil I) abverlangen konnte. Sie machte es.

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

S. erhielt das Finanzministerium und arbeitete zunächst eng mit dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller zusammen. Doch zeigte sich bald, daß beide mit den von ihnen angebahnten Maßnahmen der seit 1966 um sich greifenden Wirtschaftskrise und des wachsenden Defizits im Bundeshaushalt nicht Herr werden konnten. Ende März 1967 nahm S. an der → *Bilderberger-Konferenz* (Teil I) in London teil (DKK-Meldung vom 29. III. 67).

Literatur:

Erich Kuby, Franz Josef Strauß, ein Typus unserer Zeit, München (Desch) 1963
Kurt Ziesel, Der deutsche Selbstmord, Velbert (blick+bild) 1965
Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart (Seewald) 1967

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Alfredo S., seit dem 11. Juli 1954 Staatspräsident mit diktatorischen Vollmachten und Regierungschef von → PARAGUAY (Teil I), zuvor seit 1951 Oberbefehlshaber der Streitkräfte, 1963 wiedergewählt, führt ein autoritäres, konsequent antikommunistisches Regime, das aber stark genug ist, sich seit etwa 1960 eine Liberalisierung des politischen Lebens erlauben zu können.

1912 als Sohn deutscher Eltern in Paraguay geboren, wurde S. Kadett an der Kriegsschule in Asunción, erhielt 1932 sein Offizierspatent, nahm unmittelbar darauf am Chacokrieg gegen → *Bolivien* (Teil I) teil und studierte anschließend in Brasilien, wo er auch seine Generalstabsausbildung erhielt.

Unter den Diktatoren Franco und Moringio gelang S. ein rascher militärischer Aufstieg. Er schloß sich der von Letzterem 1947 zur Regierungspartei gemachten Partido Colorado an, die die anderen Parteien unterdrückte. Unter der ebenfalls diktatorischen Präsidentschaft von Chavez wurde S. dann General und Oberbefehlshaber der paraguayischen Streitkräfte.

Im Mai 1954 beteiligte sich S. an der Revolution, die zum Sturze Chavez' führte, und machte sich zum Führer der Junta, die die Regierung übernahm. Am 11. Juli wurde er vom Kongreß durch Zuruf zum Präsidenten gewählt. Es gab keinen Gegenkandidaten.

1958 erstmals wiedergewählt, gelang es S., die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungspartei zwischen „intransigenten Nationalisten" und „demokratischen Colorados", den Anhängern Chavez', zu beenden und allgemein eine Beruhigung des innenpolitischen Lebens in Paraguay herbeizuführen.

Nach seiner zweiten Wiederwahl am 10. Februar 1963 für weitere fünf Jahre (Amtsantritt 15. August 1963) wurden politische Gegner, die seit 1936 verbotenen Kommunisten ausgenommen, praktisch nicht mehr verfolgt. Die Liberale Revolutionspartei ist seitdem als Opposition im Parlament vertreten.

1965 ließ S. es zu, daß sich an den Kommunalwahlen auch Partido Revolucionario Febrerista beteiligte, und leitete vorsichtig die Entwicklung zu einem normalen parlamentarischen Leben ein. Bei den Wahlen vom 8. Mai 1967 errang seine Partei (Partido Colorado)

etwa 70 % der abgegebenen Stimmen und zwei Drittel der Abgeordnetensitze.
Die von diesem Parlament angenommene neue Verfassung vom 27. August 1967 läßt eine nochmalige Wiederwahl S.s zu und gewährleistet damit eine weitere Konsolidierung des parlamentarischen Lebens.
Außenpolitisch verfolgt S. einen Kurs möglichst weitgehender Unabhängigkeit von nordamerikanischen Vormachtansprüchen bei gleichzeitiger Mitarbeit in der → *OAS (I)* (Teil I). Allerdings sind ihm durch die hohe Staatsverschuldung (1965: 90,5 Millionen Dollar, davon 38,7 Millionen Auslandsschulden, bei nur 9 Millionen Devisenreserven) die Hände gebunden. Andrerseits hat er die starken antinordamerikanischen Ressentiments des hohen indianischen Bevölkerungsanteils (fast 95 % Mestizen) zu berücksichtigen.

Literatur:

Herbert Wilhelmy/ Wilhelm Rohmeder, Die La Plata-Länder, Braunschweig (Westermann) 1963

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. SUHARTO

General S., seit dem 25. Juli 1966 Erster Stellvertretender Ministerpräsident, seit dem 22. Februar 1967 Präsident der Republik → Indonesien (Teil I), entzog behutsam dem Begründer des Indonesischen Staates, Achmed → Sukarno, die Macht, verhinderte damit ein Überhandnehmen des von Sukarno geförderten kommunistischen Einflusses und beendete den verlustreichen Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Antikommunisten mit einem eindeutigen Sieg der Letzteren.

Jahrgang 1921 und somit zwanzig Jahre jünger als Sukarno, wurde S. während der japanischen Besetzung 1943 Soldat und beteiligte sich 1946 an den Unabhängigkeitskämpfen gegen die zurückkehrenden Niederländer. Dabei zeichnete er sich aus und erlebte einen entsprechend raschen Aufstieg in der indonesischen Armee.
Als Sukarno im August 1962 auch die Abtretung Niederländisch-West-Neuguineas an → *Indonesien* (Teil I) erzwang, war S. als Kommandeur der indonesischen Kampftruppen dort an diesem Erfolg maßgeblich beteiligt.
Doch bereits drei Jahre später geriet er als führender Kopf der Armee in zunehmenden Gegensatz zum Staatschef, als er nämlich den von diesem begünstigten kommunistischen Aufstand von 1965 entschlossen niederwarf und im Anschluß daran die kommunistische Partei Indonesiens systematisch und mit aller gebotenen Härte zerschlug.
Obgleich Sukarno diese blutigen Kommunistenverfolgungen zu verhindern oder zumindest einzuschränken suchte und sich dabei auf eine zahlreiche und ergebene Anhängerschaft stützen konnte, setzte sich S. mit Hilfe einer sehr umsichtigen Politik der kleinen Schritte dennoch gegen den Präsidenten durch. Er zog ihm allmählich, ohne Sukarnos Anhänger allzu sehr zu reizen, den Boden unter den Füßen fort.
Dabei hatte S. eigenartigerweise die studentische Jugend, die in fast allen anderen Ländern nach links tendiert, in Indonesien auf seiner Seite, das heißt auf Seiten der Armee, ausgenommen in Surabaya, wo der Nimbus des Begründers der indonesischen Unabhängigkeit auch an den Hochschulen nicht leicht zu zerstören war.

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

S. verstand es jedoch auch hier, den Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges zu vermeiden. Seit dem März 1966 führte er den Vorsitz im Kabinett, leitete zugleich das Armee- und das Verteidigungsministerium. Im Juli 1966 wurde er „Erster Stellvertretender Ministerpräsident" und am 22. Februar 1967 war es dann soweit, daß Sukarno keine andere Möglichkeit mehr hatte als auch formell zurückzutreten und seine Amtsvollmachten auf General S. zu übertragen.
Seitdem ist S. Staatsoberhaupt und Regierungschef zugleich. Die Beilegung des Konfliktes mit → *Malaysia* (Teil I) im August 1966 war bereits sein Verdienst und unter seiner Führung ist Indonesien zu einem Bollwerk gegen die weitere Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien geworden.

Literatur:

Ludwig Bastian, „Indonesien verändert die Lage in Südostasien" in Außenpolitik 3/67, Freiburg (Rombach) 1967, Seite 144 ff.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. SUKARNO

Achmed S., 1945 bis 1966 Präsident der Republik Indonesien (100 Millionen Einwohner), führte die indonesische Unabhängigkeitsbewegung gegenüber Holland, erreichte 1963 auch die Übergabe West-Neu-Guineas, führte Krieg gegen die Föderation Malaysia (1963—1965) und begünstigte angeblich die Kommunisten bei ihrem Aufstand 1965. Aus diesem Grunde wurde ihm 1966 der Titel „Staatsoberhaupt auf Lebenszeit" wieder aberkannt. Seitdem hat er praktisch keinen Einfluß mehr auf die Politik seines Landes.

1901 in Surabaya als Sohn eines mohammedanischen Lehrers geboren, studierte S. in Bandung Architektur, gründete 1927 seine Nationalindonesische Partei zum Kampf gegen die holländische Kolonialherrschaft und wurde ihr Präsident. 1929 verboten die Holländer die Partei und verhafteten S.

1930 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, wurde S. 1932 amnestiert, schloß sich der Partei Indonesia an und übernahm wiederum das Parteipräsidium. 1933 wurde auch dieser Partei jede Tätigkeit untersagt, S. von neuem verhaftet und nach Flores verbannt, später nach Sumatra überführt und dort 1942 von den Japanern befreit.

1945 bekämpfte S. holländische Truppen, die mit den Engländern zur Entwaffnung der Japaner nach Java kamen, proklamierte die unabhängige Republik Indonesien und ließ sich zum Präsidenten der Republik machen. Die Holländer erkannten 1946 die Unabhängigkeit an, unternahmen aber 1947 und 1948/49 zwei „Polizeiaktionen", die zweite, um den kommunistischen Madiun-Aufstand niederzuwerfen.

1949 erkannten sie die Souveränität des ehemaligen Niederländisch Indien (ohne West-Guinca) endgültig an, damit auch die Rechtmäßigkeit der Regierung S.'s, der 1950 eine neue Verfassung erließ und 1955 erstmalig Parlamentswahlen durchführte. 1959 kehrte er jedoch zur alten Verfassung und Präsidialregierung zurück und vereinigte in seiner Person die Ämter des Staatsoberhauptes, Regierungschefs, Oberbefehlshaber der Streitkräfte sowie der Legislative. In letztere teilte er sich mit dem Parlament.

Außenpolitisch lehnte sich S. an die Sowjets und China an, war 1955 maßgeblich an Vorbereitung und Durchführung der → *Bandung-*

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Konferenz (Teil I) beteiligt, erhielt 1960 den Lenin-Friedenspreis, bekämpfte die im September 1963 gegründete Föderation (im britischen Commonwealth) Malaysia als „neokolonialistisch" im Sinne der → *Bandung*-Konferenz (Teil I), aber unter wachsendem Einsatz militärischer Mittel.
S.'s Rolle bei dem großen Kommunistenaufstand im Oktober 1965, dessen Niederwerfung nach S.'s Angaben 87 000 Opfer kostete, ist noch nicht geklärt. Seine Tendenz zum Ostblock und seine wiederholten Mahnungen, die „Hexenjagd auf die Kommunisten" einzustellen, haben den Verdacht aufkommen lassen, er habe den Aufstand begünstigt. Studenten und Armee wandten sich gegen ihn.
Sein taktisch kluger Gegenspieler, der Vorsitzende des Kabinettspräsidiums, Generalleutnant Suharto, ließ S. die lebenslange Präsidentschaft 1966 wieder aberkennen, hielt ihn aber als „Vater-" und „Symbolfigur" des jungen Staates zunächst noch im Vordergrund. Anfang 1967 verdichteten sich jedoch die Vorwürfe und Verdachtsmomente für S.'s Schuld aufgrund angeblich neu aufgefundener Dokumente. Armee-Einheiten schlossen den „Friedenspalast" S.'s ein. Es blieb ihm nur die Alternative, entweder als Präsident definitiv abzudanken und sich mit dem Ruhm des Vorkämpfers der Unabhängigkeit und des Staatsgründers zufrieden zu geben, oder einen Kriegsgerichtsprozeß auf sich zu nehmen, dessen Ausgang kaum zweifelhaft sein konnte. Der Versuch, die Macht im Staate noch festzuhalten, als er sie praktisch schon nicht mehr besaß, hatte ihn die letzten Sympathien im Volke gekostet (vgl. auch Vorwort zu Teil II).

Literatur:

Carl Weiß, Sukarnos tausend Inseln, Hamburg (Wegner) 1963
Hans Henle, Chinas Schatten über Südostasien, Hamburg (Holsten) 1964

Anmerkungen ....

....

....

Michail Andrejewitsch S. gilt als der nach → BRESCHNEW, → KOSSYGIN und → PODGORNY vierte Mann in der Führung der UdSSR bzw. der KPdSU. Er war 1964 maßgeblich am Sturz → CHRUSCHTSCHOWs beteiligt und wird als der in ideologischen Fragen jeweils richtungweisende Kopf angesehen.

1902 im Gouvernement Saratow geboren, studierte S. am Moskauer Institut für Nationalökonomie und trat 1921 der Kommunistischen Partei bei. 1929 bis 1931 hielt S. Vorlesungen an der Universität und in der Industrie-Akademie Moskau. Anschließend war er bis 1936 im Volkskommissariat für die Arbeiter- und Bauerninspektion tätig.

Die „große Reinigung" unter den Parteifunktionären in den dreißiger Jahren überlebte S. auf die einzig mögliche Weise, indem er sich aktiv an den „Säuberungs"maßnahmen beteiligte. 1937 bis 1939 tat er das als Sekretär des Partei-Regionalkomitees Rostow, anschließend als Erster Sekretär des Territorial und Stadtkomitees Stawropol.

Während des Zweiten Weltkriegs gehörte S. dem Militärrat für die nördliche Kaukasusfront an und war Stabschef der Partisanenabteilung im Gebiet von Stawropol. 1944 wurde er Vorsitzender des KPdSU-Zentralkomitee-Büros für Litauen und somit für die Behandlung der litauischen Bevölkerung nach Abzug der deutschen Truppen verantwortlich.

Seit 1946 unmittelbar im Zentralkomitee der KPdSU tätig, wurde S. 1947 einer der Sekretäre dieses ZK, 1948 Generalsekretär der *KOMINFORM* (vgl. → *KOMMINTERN*, Teil I), 1949 Chefredakteur der „Prawda" und 1950 Präsidiumsmitglied des Obersten Sowjets der UdSSR. In dieser Position blieb er über den Tod → *STALIN*s hinaus. 1954 wurde er Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Obersten Sowjet.

1955 ins Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU gewählt, vergrößerte S. seinen Einfluß dort stetig und überstand die Nachfolgekämpfe in diesem Gremium ohne Rückschlag. Im Oktober 1964, beim Sturze Chruschtschows, hielt S. die Anklagerede gegen Chr. Zwei Jahre darauf wurde er Mitglied des Politbüros im Rahmen des kollektiven Führungsstils, der keinen Personenkult mehr zuläßt.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Ludvik S., seit dem 30. März 1968 Staatspräsident der → TSCHECHOSLOWAKEI (Teil I), war seit dem 1. Weltkrieg Berufsoffizier der tschechischen Armee, im 2. Weltkrieg Mitglied einer tschechischen Brigade der Roten Armee, 1945 Verteidigungsminister und 1950 stellvertr. Ministerpräsident. Nach der Invasion der → WARSCHAUER PAKT-Mächte (Teil I) in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 rettete S. dem Parteichef → DUBCEK in Moskau Leben und Amt und seinem Lande einen Rest von Souveränität.

1895 in Hroznatin/Mähren geboren, besuchte S. ein Gymnasium und studierte zunächst Agrarwissenschaften, meldete sich im 1. Weltkrieg zur Tschechischen Legion in Rußland, wurde dort Offizier und als solcher Ende 1918 von der neu aufgestellten tschechoslowakischen Armee übernommen. In der Folgezeit avancierte er bis zum Oberstleutnant und Lehrer an der Militärakademie.

Als nach dem Einmarsch deutscher Truppen am 15. März 1939 die tschechoslowakische Armee entwaffnet wurde, ging S. in den Untergrund, war maßgeblich am Aufbau der → *PARTISANEN*-Organisation (Teil I) beteiligt, führte schließlich eine tschechische Brigade in der Roten Armee und wurde von den Sowjets mit hohen Orden ausgezeichnet. Ob er diesen Weg lediglich als tschechischer Nationalist oder auch als überzeugter Kommunist ging, ist nicht bekannt.

Nach der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei wurde S. unter der Regierung Benesch/Fierlinger 1945 Minister für nationale Verteidigung. Als 1946 der Kommunist Gottwald Ministerpräsident wurde, blieb S. immerhin noch Oberbefehlshaber der tschechoslowakischen Streitkräfte, die damals noch nicht in ein sowjetisches Blocksystem einbezogen waren.

Nach dem kommunistischen Umsturz und Rücktritt Beneschs 1948 wurde S. im Jahre 1950 sogar stellvertretender Ministerpräsident, allerdings nur bis zum Herbst 1951. Seitdem hatte er keinerlei politischen oder militärischen Einfluß mehr, siebzehn Jahre lang.

Als aber die Prager Reformkommunisten 1968 unter Führung des Slowaken → *DUBCEK* den Stalinisten Novotny zum Rücktritt von der Parteiführung und am 22. März auch vom Amt des Staatspräsi-

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

denten gezwungen hatten, gaben sie S. dieses Amt. Fünf Monate später bewies der fast 74jährige eine ungewöhnliche Standfestigkeit, als er nach der russischen Invasion in Prag nach Moskau reiste und dort vom 24. bis 26. August mit der Drohung, er werde sich sonst das Leben nehmen, die Freilassung Dubceks aus sowjetischer Haft, seine Zuziehung zu den Verhandlungen und seine Wiedereinsetzung als KP-Chef der Tschechoslowakei gegenüber dem Trio → *BRESCHNEW* → *KOSSYGIN* → *PODGORNY* durchsetzte.

Nach einer Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. 9. 1968 soll es bei diesen Auseinandersetzungen angeblich sogar zu Tätlichkeiten gekommen sein. Auch soll S. die tschechoslowakische Delegation dort vorsichtshalber mit mitgebrachten Lebensmitteln verpflegt haben.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. SYNGMAN RHEE

Li Seung-man, genannt S. R., von 1948 bis 1960 Staatspräsident von → KOREA SÜD (Teil I), bekämpfte bereits seit 1905 die japanische Vorherrschaft in Korea und war von 1919 bis 1941 Präsident einer koreanischen Exilregierung in Shanghai. Sein autoritärer Führungsstil rief blutige Unruhen hervor, besonders nach den Wahlen im März 1960, die ihn schließlich zum Rücktritt veranlaßten.

Am 26. April 1875 in Nordkorea geboren, besuchte S. R. die Missionsschule der Methodisten in Seul und studierte in den USA an den Universitäten George Washington, Harvard und Princeton. Nach Korea zurückgekehrt, leitete S. R. 1897 anläßlich der Proklamation des unter russischem Einfluß stehenden „Kaiserreichs Taihan" studentische Massendemonstrationen gegen die Monarchie und wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.
1904 entlassen, reiste S. R. wieder in die USA und suchte dort Hilfe für den Unabhängigkeitskampf Koreas gegen die seit 1905 zunehmende japanische Vorherrschaft. Als Japan Korea dann 1910 vollends annektierte, kehrte S. R. im Dienste der YMCA (CVJM) zurück, war als Lehrer an methodistischen Missionsschulen tätig und organisierte den Widerstand gegen die japanische Besetzung.
Als sein Wirken entdeckt wurde, floh S. R. nach Hawai, gründete dort eine Koreanische Methodistische Kirche und ein Koreanisch-christliches Institut, dessen Direktor er bis 1939 war. Er schuf auch das „Korean Pacific Magazine", hielt ständig Kontakt mit der koreanischen Unabhängigkeitsbewegung und wurde 1919 von dieser zum Präsidenten einer Provisorischen Koreanischen Regierung gewählt, die er ein Jahr darauf in Shanghai etablierte.
1924 fiel diese provisorische Regierung erstmals auseinander, wurde aber bis 1940 von S. R. mit zäher Beharrlichkeit mehrfach reorganisiert, er selbst stets von neuem zum Präsidenten gewählt. 1941 trat er zurück; 1945, nach dem Abzug der japanischen Truppen und Einzug der Amerikaner, kehrte S. R. nach Korea zurück. 1948 wurde er zum Vorsitzenden des Repräsentativen Demokratischen Rates von Südkorea sowie zum Ersten Vorsitzenden der Nationalversammlung und am 20. Juli 1948 zum Staatspräsidenten gewählt.
Im Koreakrieg konnte S. R. die militärische Hilfe der USA gegen den Einmarsch nordkoreanischer Truppen erlangen, mußte aber die endgültige Spaltung des Landes in Nord- und Südkorea hinnehmen.

1952 und – nach dem Waffenstillstand von Panmunjom am 27. Juli 1953 – auch 1956 wiedergewählt, wurde S. R. zum Autokraten und begann zunehmend eine Willkürherrschaft zu führen.
Wachsendem Widerstand der unzufriedenen Bevölkerung, der sich vor allem in jahrelangen Studentenunruhen äußerte, begegnete S. R. mit zum Teil verfassungswidrigen Maßnahmen. Nachdem bei seiner dritten Wiederwahl am 15. März 1960 angeblich sogar Wahlfälschungen vorgekommen waren, brachen langandauernde blutige Unruhen aus.
Am 27. April 1960 trat S. R. zurück und ging nach Hawai ins Exil. Fünf Jahre später, am 19. Juli 1965, verstarb er in Honolulu.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Charles Callan T., amerikanischer Historiker der → REVISIONISTischen (Teil I) Schule, führte den dokumentarischen Nachweis, daß → ROOSEVELT und → CHURCHILL den Krieg mit Japan Ende 1941 bewußt herbeiführten, um die USA auf diesem Wege (aufgrund der bestehenden Bündnisverpflichtungen unter den → ACHSENMÄCHTEN, Teil I) auch mit Deutschland und Italien in den ihnen erwünschten Kriegszustand zu versetzen.

1890 in Fredericksburg/Texas geboren, studierte T. an der Katholischen Universität von Amerika, erwarb 1912 den Bachelor of Arts-Grad, promovierte 1918 an der Johns-Hopkins-Universität zum Dr. phil. über ein Thema der Geschichte der amerikanischen Diplomatie bei Prof. Latané.
Bis 1921 Assistant Professor, wurde T. anschließend zum Ordinarius für amerikanische Diplomatiegeschichte an die Katholische Universität von Amerika berufen und lehrte später das gleiche Fachgebiet an mehreren anderen Universitäten. Seit 1944 hatte er den Lehrstuhl für Geschichte der amerikanischen Diplomatie an der Georgetown-Universität inne und war eine Zeitlang Dekan der Promoviertenschule der Amerikanischen Universität.
In seinen wissenschaftlichen Forschungen und Veröffentlichungen beschäftigte sich T. u. a. mit dem kanadischen Gegenseitigkeitsvertrag von 1854 (1921), mit der Erwerbung Dänisch-Westindiens (1931), mit dem Kriegseintritt der USA in den 1. Weltkrieg (1936), mit der Außenpolitik Thomas F. Bayards (1940) und mit der Entwicklung der kanadisch-nordamerikanischen Beziehungen (1943).
1951 ließ T. dann aufgrund langjähriger, intensiver Ermittlungs- und Forschungsarbeit bei Regnery in Chicago sein Hauptwerk erscheinen, Back Door to War (deutsch 1956 bei Droste in Düsseldorf, Die Hintertür zum Kriege). Er knüpft darin, jeder ideologisch beeinflußten Betrachtungsweise abhold, wieder an Amerikas Eintritt in den 1. Weltkrieg an und entwickelt die diplomatischen Aktionen der USA und der anderen beteiligten Mächte Zug um Zug bis → *PEARL HARBOR* (Teil I).
Dabei führt T. den unwiderlegbaren Beweis, daß Roosevelt und Churchill den Krieg mit Japan bewußt angestrebt haben. Er stützt sein Urteil neben zahlreichen anderen Quellen auf die Aufzeichnun-

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

gen über die Unterredungen im neufundländischen Hafen Argentina am 9. August 1941 zwischen Roosevelt, Churchill, Cadogan, Hopkins und Sumner Welles.
Darüber hinaus kommt T. zu dem zwingenden Schluß, daß Roosevelt, Hopkins, Marshall und Stark die Katastrophe von Pearl Harbor bewußt nicht verhindert haben, obgleich das zeitlich durchaus möglich gewesen wäre, um im amerikanischen Senat eine kriegsbejahende Atmosphäre zu schaffen. Besonders überzeugend ist T.s Darstellung des unannehmbaren Ultimatums Staatssekretär Hulls an die japanische Delegation am 26. November 1941, das den Krieg unausweichlich machte.
In dem von Harry Elmer → *BARNES* herausgegebenen und eingeleiteten Sammelband Perpetual War for Perpetual Peace (1953, deutsch: Entlarvte Heuchelei, Wiesbaden 1961) schrieb T. ebenfalls einen Beitrag über Amerikas Weg in den 2. Weltkrieg, in dem er seine Darstellung in Back Door to War weiter unterbaut und belegt. Darin beweist er u. a., daß Roosevelt den Krieg deswegen erst 1939 wollte und nicht schon 1938, damit er länger andauere und zum Kriegseintritt Amerikas noch Gelegenheit gegeben sei.

Literatur:

Charles Callan Tansill, America Goes to War, Boston 1936
Charles Callan Tansill, The United States and Santo Domingo 1798—1873, 1938
Charles Callan Tansill, The Foreign Policy of Thomas F. Bayard 1885—1897, 1940
Charles Callan Tansill, Main Issues in Canadian-American Relations, 1944
Charles Callan Tansill, Back Door to War. The Roosevelt Foreign Policy 1933—1941, 1951
deutsch: Die Hintertür zum Krieg, Düsseldorf 1956
Charles Callan Tansill, Amerikas Weg in den zweiten Weltkrieg, *in* Barnes, Entlarvte Heuchelei, Wiesbaden 1961

Anmerkungen ....

....

Adolf v. Thadden, seit Gründung der NPD am 28. November 1964 deren stellvertr. Vorsitzender, seit dem Parteitag in Hannover Mitte November 1967 Vorsitzender, war am Zustandekommen dieser Parteigründung wie auch an ihrem raschen Aufstieg zur parlamentarischen Opposition in bis Ende 1967 sechs Landtagen entscheidend beteiligt. Er wurde damit zu einer der führenden Persönlichkeiten im Rahmen der nationalen Wiederbesinnung in Deutschland.

1921 auf Gut Trieglaff in Pommern als Sohn eines preußischen Landrats gleichen Namens geboren, besuchte v. Th. ein humanistisches Gymnasium, die Baltenschule in Misdroy, kam nach dem Abiturientenexamen seiner Arbeitsdienstpflicht nach und wurde bei Kriegsbeginn Soldat im pommerschen Artillerieregiment Nr. 2. Mehrfach schwer verwundet und lange Zeit gehbehindert, geriet er 1945 mit seiner Sturmgeschützbrigade in amerikanische Gefangenschaft.
Bei dem Versuch, nach seiner Entlassung im gleichen Jahr seine Mutter aus Pommern abzuholen, wurde v. Th. verhaftet und blieb ein Jahr im Gewahrsam der sowjetpolnischen politischen Polizei. 1946 gelang es ihm, zu fliehen und sich nach Göttingen durchzuschlagen. Dort schloß er sich 1947 der Deutschen Rechtspartei (seit 1949 Reichspartei, DRP) an und wurde 1948 in den Stadtrat, 1949 in den ersten Deutschen Bundestag gewählt.
Als jüngstes Mitglied des Bundestags trat v. Th. für die Lebensrechte des deutschen Volkes sowie für eine nationalbewußte deutsche Politik ein, beantragte u. a. die Wiedereinführung des Deutschlandliedes als Nationalhymne und warnte unermüdlich vor einseitiger Bindung an die USA, die nur eine ebenso einseitige Bindung der anderen Hälfte Deutschlands an die UdSSR zur Folge haben konnte.
1955 wurde v. Th. Mitglied des niedersächsischen Landtags, vertrat dort in zahlreichen Debatten den gleichen deutschen Standpunkt und widersetzte sich mit Nachdruck den Umerziehungstendenzen der Siegermächte und ihrer Organe.
Nachdem — infolge Einführung der Fünfprozent- → *Sperrklausel* (Teil I) — die DRP 1959 nicht mehr im Landtag vertreten war, bereitete v. Th. die Formierung einer umfassenden deutschen Rechts-

partei vor und nahm insbesondere frühzeitig Fühlung zu Kreisen der DP und GDP auf.
Ende 1964 waren seine Bemühungen so weit gediehen, daß im Zuge der als notwendig erkannten Synthese von Nationalismus und Demokratie (Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung des Volkes) die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) geschaffen werden konnte.
In welchem Grade diese Neugründung dem Stand der geschichtlichen und politischen Entwicklung entsprach, zeigte sich an der Kette von Wahlerfolgen in den bundesdeutschen Ländern und Gemeinden. Von allen schon zuvor bestehenden Parteien wanderten Wähler zur NPD hinüber und bis zum Ende des Jahres 1967 war die neue Partei in sechs Landtagen mit eigenen Fraktionen vertreten.
v. Th.s persönlicher Anteil an diesen Erfolgen bestand im rücksichtslosen ununterbrochenen Einsatz seiner Person und seiner klugen, überzeugenden Rhetorik. Eine gefährliche Führungskrise innerhalb der NPD im Sommer 1967 überwand er durch Besonnenheit und elastische Standhaftigkeit.
Der Parteitag der NPD vom 10. bis 12. November 1967 wählte Adolf v. Th. zum Parteivorsitzenden, anerkannte damit die maßgebende Rolle, die er in der vorausgegangenen Entwicklung der NPD gespielt hatte, und vertraute ihm gleichzeitig das weitere Schicksal der bewußt deutschen Opposition in der Bundesrepublik an.

Literatur:

Adolf v. Thadden, Der Weg der DRP, Reden von 1954 bis 1963, Hannover 1963

Anmerkungen ....

....

....

....

Nguyen van Thieu, seit dem Juni 1965 Staatspräsident von → VIETNAM SÜD (Teil I), ging aus der Armee hervor und war im November 1963 am Sturz des Präsidenten Ngo-Dinh-Diem beteiligt. Infolge der starken Vietcong-Tätigkeit in seinem Lande hängt T.s Regime von der Anwesenheit nordamerikanischer Truppen ab und wird bei deren schrittweisem Abzug zunehmend gefährdet.

Am 5. April 1923 in begütertem Hause in Hué geboren und in der katholischen Pellerin-Schule dort erzogen, zog T. 1946, nach dem Wiedereinrücken französischer Truppen, auf die Militärakademie Hué. Seit 1947 kämpfte er in der Nationalvietnamesischen Armee auf Seiten der Franzosen gegen die Viet-minh → *HO CHI MINHs*.
1954, nach dem Fall von Dien-Bien-Phu, der die französische Niederlage im Indochinakrieg besiegelte, trat T. in die Armee der südvietnamesischen Republik ein. 1960 avancierte er zum Divisionskommandeur der Ersten Infanterie-Division, 1962 übernahm er die Fünfte I. D. und ein Jahr darauf gehörte er der Militärjunta an, die den Präsidenten Diem stürzte.
Als Anfang 1964 die Militärjunta vorübergehend von General Khanh abgelöst worden war, im Februar aber neuerdings unter Duong van Minh die Regierung übernahm, wurde T. Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident. Im Juni 1965, nach zahlreichen Putschen und Regierungswechseln, wurde er durch → *KY* zum Staatsoberhaupt proklamiert.
Nach erneuten Unruhen und Meuterei eines Teiles der Streitkräfte im Frühjahr 1966 kamen am 11. September Wahlen für eine Verfassunggebende Nationalversamlung zustande, die sich dann konstituierte und Anfang 1967 die neue südvietnamesische Verfassung beschloß. Am 3. September 1967 folgten die Präsidentenwahlen mit nicht weniger als neun Kandidaten (T., und acht Bügerlichen). Das Ergebnis bestätigte T. in seinem Amte, das er am 30. Oktober offiziell und verfassungsmäßig antrat. Ky, bis dahin Ministerpräsident, wurde Vizepräsident. Als Regierungschef nominierte T. Nguyen van Loc.
Der Vietcong bezeichnete die Regierung T.–Ky–van Loc als ein Marionettenregime und erkannte sie konsequent niemals als möglichen Verhandlungspartner an. Aber auch das südvietnamesische Repräsentantenhaus verweigerte T. am 1. März 1968 die geforderten

Sondervollmachten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. T. seinerseits entließ zwölf Provinzgouverneure.
Als Ministerpräsident van Loc am 18. Mai 1968 aus Protest gegen die Pariser Verhandlungen der USA mit Nordvietnam zurücktrat, beauftragte T. den 64jährigen Tran van Huong mit der Bildung einer neuen Regierung und führte diese, die zur Mehrheit aus zivilen Buddhisten des Südens bestand, am 25. Mai in ihr Amt ein. Am 7. November gab ihm ein neues Gesetz erweiterte Vollmachten, insbesondere eine Handhabe gegen die Pressekritik.
Drei Wochen später gab T. bekannt, Südvietnam werde an den Pariser Verhandlungen teilnehmen. Am 12. März 1969 bildete der Ministerpräsident Tran van Huong sein Kabinett um und nahm mehrere T. nahestehende Minister auf. Tags darauf löste T. zwölf weitere Provinzgouverneure ab, zehn davon in der besonders vom Vietcong heimgesuchten dritten und vierten taktischen Region (Saigon und Mekongdelta).
In den Sommermonaten 1969 begann der von Präsident Nixon verfügte Abzug nordamerikanischer Truppen aus Südvietnam. Damit wird T.s Basis und die Lebenserwartung seiner Regierung immer schmaler.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Josip Broz, genannt T., seit 1953 Staatspräsident Jugoslawiens (aufgrund der neuen Verfassung von April 1963 auf Lebenszeit), steht seit dem Jahre 1945 an der Spitze dieses Vielvölkerstaates, bemüht sich um einen Ausgleich der Volkstumsspannungen und vertritt einen nationalen, vergleichsweise sehr liberalen Kommunismus in Unabhängigkeit von der UdSSR. Er hat damit in Südosteuropa Schule gemacht (vgl. → Rumänien, Teil I).

T. stammt aus einer kroatischen Kleinbauernfamilie, wurde im Jahre 1892 geboren und erlernte zunächst das Schmiede- und Mechanikerhandwerk. Im Ersten Weltkrieg kämpfte er in der österreichisch-ungarischen Armee und geriet 1915 in russische Gefangenschaft, wo er sich 1917 der russischen Revolution und der Roten Armee anschloß.

1920 kehrte er nach Jugoslawien zurück, arbeitete als Maschinist und beteiligte sich am Aufbau der (seit 1922 verbotenen) Kommunistischen Partei sowie der Metallarbeitergewerkschaft. 1928 wurde er wegen Konspiration zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Entlassung verließ er das Land und warb 1936/38 junge Jugoslawen für die Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg an.

Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wieder in Jugoslawien, stellte T. mit britischer und sowjetischer Unterstützung seit 1941 Partisaneneinheiten im Rahmen der Kommunistischen „Befreiungsfront" auf, kontrollierte mit diesen 1944 nahezu das gesamte jugoslawische Gebiet, wurde 1943 zum Marschall von Jugoslawien und Präsidenten des Nationalen Befreiungskomitees und im Februar 1945 zum Ministerpräsidenten der Volksrepublik J. gewählt. Gleichzeitig übernahm er das Verteidigungsministerium.

T. ist zweifellos mit verantwortlich für die beispiellose Grausamkeit, mit der in den Jahren 1944/45 Zehntausende deutscher Kriegsgefangener, Volksdeutscher und Kroaten auf unmenschliche Art umgebracht wurden (vgl. → *Popovic*, → *Partisanen*, Teil I).

Am 26. Juni 1948, fünf Jahre vor dem Tode → *Stalins*, ließ T. es zum Bruch mit diesem und der UdSSR kommen. Er lehnte für Jugoslawien die Rolle eines → *Satellitenstaates* (Teil I) der Sowjets ab, blieb auch 1949 dem → *COMECON* (Teil I) und 1955 dem → *War-*

schauer Pakt (Teil I) fern und pflegte rege Kontakte mit den Westmächten.
Weder Stalin noch seine Nachfolger versuchten, T. zu stürzen und Jugoslawien, wie später in Ungarn, gewaltsam in die volle Abhängigkeit von Moskau zurückzuzwingen. Dafür stellte sich T., seit 1953 Staatspäsident, im russisch-chinesischen Konflikt auf die Seite der UdSSR. Im übrigen pflegt er lebhaft diplomatische Kontakte nach allen Seiten.

Literatur:

Milovan Djilas, Die neue Klasse, München 1957
Ernst Halperin, Der siegreiche Ketzer, Titos Kampf gegen Stalin, Köln 1957
V. Dedijer, Tito, Wien/Berlin 1953
Bruno Mlinaric, Tito, Zürich 1948
Hamilton Fish Armstrong, Tito und Goliath

(vgl. auch → *Jugoslawien* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Palmiro T. gründete 1921 die Kommunistische Partei in → ITALIEN (Teil I), mußte 1925 fliehen, wurde 1944 von USA-Truppen nach Italien zurückgebracht und machte binnen kurzem die italienische KP als ihr Generalsekretär zur stärksten Kommunistischen Partei in Westeuropa. 1944 bis 1946 Regierungsmitglied, betonte T. die nationale Eigenständigkeit der italienischen KP und schuf nach → STALINs Tod den Begriff des → POLYZENTRISMUS (Teil I).

Am 26. März 1893 in Genua geboren, studierte T. Rechtswissenschaften, Geschichte und Literaturgeschichte. 1915 schloß er sich der Sozialistischen Partei an, wurde nach dem Ersten Weltkrieg Journalist und gründete 1921 die italienische KP, die 1922, nach dem Regierungsantritt → *MUSSOLINIs* bereits wieder verboten wurde.
T. ging 1925 ins Ausland, war u. a. als Funktionär der → *KOMINTERN* (Teil I) in China, Deutschland und Spanien (dort während des spanischen Bürgerkrieges) tätig und entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Führer des internationalen Kommunismus. Gleichzeitig hielt er unter dem Decknamen Ercole Ercoli Kontakt mit den in Italien verbliebenen Kommunisten und dirigierte ihre illegale Tätigkeit.
Im März 1944, als noch um Monte Cassino gekämpft wurde, brachte ein Nordamerikanisches Kriegsschiff T. nach Italien zurück. Während Mussolini noch seine norditalienische Sozialrepublik regierte, nahm Marschall Badoglio auf amerikanischen Wunsch T. in seine Regierung auf, zunächst als Minister ohne Portefeuille.

Es zeigte sich, daß die italienische KP während der faschistischen Herrschaft nicht endgültig vernichtet worden war. T. stand sogleich ein intakter Parteiapparat zur Verfügung. Er wurde Generalsekretär, zugleich in den Übergangsregierungen vor der Abdankung König Victor Emanuels zunächst stellvertretender Ministerpräsident, dann, im Juni 1945, italienischer *Justiz*minister, wenige Wochen nach der Ermordung Mussolinis und dem Raub des italienischen Staatsschatzes durch kommunistische Partisanen.

Im Juni 1946 schied T. aus der Regierung wieder aus. Die italienische KP wuchs unter seiner Führung derart an, daß sie bei den Parlamentswahlen von 1963 mehr als 25 % der Stimmen erhielt. Dieses Wachstum gab T. den Rückhalt, um gegenüber Moskau die

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Selbständigkeit nicht nur der italienischen KP zu vertreten, sondern sich auch zum Wortführer der Selbständigkeitsbestrebungen anderer kommunistischer Parteien zu machen.
T. schuf für diese Bestrebungen den Begriff des → *„POLYZENTRISMUS"* (Teil I) und setzte sich mit seinem Standpunkt, soweit es die kommunistischen Parteien in *nicht* kommunistisch regierten Ländern betraf, auch durch. Er scheute sich nicht, diesen Standpunkt in Moskau selbst zu vertreten, pflegte seinen Urlaub in der UdSSR zu verbringen und starb auch dort, in Jalta, am 21. August 1964, auf den Tag genau vier Jahre vor dem Einmarsch sowjetrussischer Truppen in die Tschechoslowakei aufgrund der Breschnew-Doktrin von der begrenzten Unabhängigkeit sozialistischer Staaten.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

TOMBALBAYE

François T., seit 1959 Ministerpräsident, seit 1960 auch Staatspräsident der Republik → TSCHAD (Teil I), ist Protestant, sucht wirtschaftliche Zusammenarbeit mit → FRANKREICH (Teil I) und Ausgleich mit dem arabischen Feudalsystem der Nomaden im Norden seines Landes, die die Parlamentsmehrheit seiner Regierungspartei nicht anerkennen.

T. gehört dem Stamme der Sara-Madjingaye an und wurde 1918 im Süden des damals zu Französisch-Äquatorialafrika gehörenden Tschad geboren. Seine Eltern waren von der evangelischen Mission für das protestantische Bekenntnis gewonnen worden und T. wurde auf einer Missionsschule erzogen.

Anschließend war er kaufmännisch tätig, ließ sich aber gleichzeitig zum Hilfslehrer ausbilden, um schließlich im Rahmen der Gewerkschaft zum führenden Funktionär aufzusteigen. Von dort aus begann er seine politische Laufbahn und wurde 1952 Mitglied des Territorialrates für Französisch-Äquatorialafrika.

Nachdem dieses Gebiet 1957 eine freiheitliche Verfassung erhalten und Wahlen nach dem allgemeinen französischen Wahlrecht stattgefunden hatten, wurde T. Mitglied und Vizepräsident des Großen Rates. Nach der Autonomieerklärung des Tschad im Rahmen der → *COMMUNAUTE FRANCAISE* (Teil I) Ende 1958 bildete er im März 1959 als Ministerpräsident die erste eigene Regierung und schloß am 17. Mai 1960 mit → *KONGO BRAZZAVILLE* (Teil I) und der → *ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK* (Teil I) die Union der Republiken Zentralafrikas, die einen gemeinsamen Markt bildete und zur → *BRAZZAVILLE*-Gruppe (Teil I) gehört.

Am 28. November 1960 beschloß die Nationalversammlung des Tschad eine Präsidialverfassung nach französischem Vorbild und der Regierungschef T. wurde gleichzeitig auch Staatspräsident. Am 23. April 1962 wurde er durch die erste Präsidentschaftswahl für weitere sieben Jahre in diesem Amte bestätigt, nachdem er vorübergehend auch das Innen- und das Informationsministerium selbst übernommen hatte.

Im November 1965 führte T. das Einparteiensystem ein. Die von ihm selber gegründete und geführte Parti Progressiste Tschadien (PPT) blieb als einzige und Einheitspartei bestehen. Doch erkennen

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

die nomadisierenden Moslems im Norden des Tschad die Parlamentsmehrheit der PPT, die sich auf die seßhaften Stämme des Südens stützt, nicht an. Es bedarf von seiten T.s großer politischer Geschicklichkeit, um diese Gegensätze stets von neuem zu überbrücken.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

TOURÉ

Sékou T., seit dem 2. Oktober 1958 Regierungspräsident und Staatsoberhaupt von Guinea, lehnte als einziger führender Vertreter eines ehemals zu Französisch Westafrika gehörenden Staates den Anschluß an die Communauté française ab, gewährte im März 1966 dem gestürzten Präsidenten von Ghana, Nkrumah, Asyl und nimmt seitdem eine zunehmend USA-feindliche Haltung ein. Er tendiert offensichtlich zur Volksdemokratie.

T. gehört dem mohammedanischen Stamme der Malinkè an und wurde 1922 geboren. Nach der Koranschule besuchte er die französische Primärschule, anschließend die Berufsschule in Conakry und arbeitete im Post- und Fernmeldedienst.

Früh gewerkschaftlich organisiert, machte er rasch Karriere und war bereits mit 23 Jahren Generalsekretär der Gewerkschaft für Fernmeldepersonal in Französisch Guinea, mit 28 Jahren Generalsekretär des gesamten Gewerkschaftsbundes für Französisch-Westafrika und Togoland (Koordinierungskomitee) und mit 30 Jahren Generalsekretär der Demokratischen Partei Guineas.

Bis 1957 stieg T. dann zum Vizepräsidenten der Territorialregierung auf, setzte 1958 die volle Unabhängigkeit von Frankreich durch und ließ sich zum Präsidenten der Republik (gleichzeitig Regierungschef) wählen. 1962 und 1964 erfolgte seine Wiederwahl.

Seiner ganzen Laufbahn nach tendiert T. wie sein ständiger Ehrengast Nkrumah zum Linkssozialismus und zum Osten, steht jedoch auch einer Zusammenarbeit mit Frankreich nicht völlig ablehnend gegenüber. Dagegen nimmt sein Mißtrauen gegenüber dem USA-Einfluß ständig zu und hat Anfang November 1966 u. a. dazu geführt, daß er die Mitglieder des auf Kennedy-Initiative hin gegründeten Friedenskorps, junge Amerikaner, die nach ihrem Geschmack „Entwicklungsdienst" leisten wollen, kurzerhand ausweisen ließ.

Er nannte sie bei dieser Gelegenheit „amerikanische Agenten", die in allen Hotels, Bars und anderen Lokalen versuchten, die Jugend und die Völker mit ihrem „schmutzigen Geld" zu korrumpieren (AFP/UPI, Washington 9. November 1966). Auch sprach er von wirtschaftlicher Erpressung, nachdem die USA-Hilfe an Guinea reduziert worden war.

Literatur:

Rolf Italiaander, Die neuen Männer Afrikas, Düsseldorf 1960
Fritz Schatten, Afrika — Schwarz oder rot?, Revolution eines Kontinents, München 1961

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Leiba Dawidowitsch Bronstein, genannt Leo T., neben → LENIN führender Kopf der russischen Oktoberrevolution 1917, Schöpfer der → ROTEN ARMEE (Teil I), übernahm von → PARVUS HELPHAND den Gedanken der Permanenten → REVOLUTION (Teil I), wurde nach Lenins Tod von → STALIN als gefährlichster Rivale verfolgt und von nordamerikanischen Kreisen gegen Stalins Verfolgungen geschützt, bis zum deutsch-russischen Nichtangriffspakt, danach zwei Attentaten ausgesetzt, von denen das zweite im August 1940 gelang (vgl. auch → TROTZKISMUS, Teil I).

1879 geboren, nach Walter Theimer in Bialystock als Gutsbesitzerssohn, nach Ladislaus Singer in Janowka bei Cherson als „fünftes Kind hart arbeitender" jedoch „nicht unbemittelter jüdischer Bauern", besuchte T. in Odessa und Nikolajew die Schule, bestand 1897 das Abitur mit Auszeichnung, trat dem Südrussischen Arbeiterbund bei und wurde 1898 wegen revolutionärer Betätigung verhaftet.
Nach Theimer soll T. in Kiew studiert haben. T. selber schreibt: „Als Universitäten dienten mir ... Gefängnis, Verbannung und Emigration". 1902 ging er ins Ausland, begegnete Lenin, arbeitete an dessen „Iskra" mit, stellte sich aber 1903 in London bei der Spaltung der exilrussischen Sozialdemokraten auf die Seite der Menschewiki.
1904 wohnte T. einige Zeit bei → *PARVUS HELPHAND* in München, ging 1905 mit ihm zusammen nach Rußland, organisierte mit ihm Streiks in Petersburg, den ersten „Sowjet", den Arbeiterdelegiertenrat, übernahm dessen Vorsitz, wurde Ende 1905 verhaftet und 1906 mit Parvus zusammen eingekerkert. Unter dessen Einfluß entwickelte T. die Theorie der „Permanenten → *REVOLUTION*" (Teil I) und veröffentlichte eine Schrift darüber.
Im Oktober 1906 verteidigte sich T. in stundenlanger Rede vor Gericht, im Januar 1907 wurde er mit Parvus und Leo Deutsch nach Nordsibirien verbannt, floh aber schon auf dem Transport und war bereits Ende August 1907 in London. Von dort ging er über Berlin nach Wien, pflegte überall Verbindung zu führenden Sozialisten sowie anderen Kreisen, die den Sturz der Monarchie vorbereiteten.
1912 erneut in heftigem Gegensatz zu Lenin und den Bolschewiken, schrieb T. für ein Kiewer Blatt Kriegsberichte vom Balkan, während Parvus gleichzeitig in der Türkei spekulierte und

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

agitierte. Unmittelbar nach Beginn des Ersten Weltkrieges übersiedelte T. mit Familie in die Schweiz, im November 1914 nach Paris, wo er sich selbst als „Revolutionären Internationalisten" bezeichnete. 1916 ausgewiesen, kam er im Januar 1917 in New York an.
Auf Vortragsreisen durch die USA knüpfte T. in wenigen Monaten jene Verbindungen an, die später für die Durchführung der russischen Revolution und noch später für seinen persönlichen Schutz gegen die Mordanschläge Stalins entscheidend waren. Hier auch entschied er sich bereits für die Bolschewiki, die er 1912 noch wütend bekämpft hatte. Nach der russischen Februarrevolution kehrte T. nach Rußland zurück, wurde unterwegs in England festgehalten, traf gleichzeitig mit Lenin in Petersburg ein und wurde nach mißlungenem Juliunternehmen vorübergehend verhaftet.
Im September Vorsitzender des Petersburger Sowjet, orgnisierte T. den bewaffneten Aufstand, der sich zur Oktoberrevolution entwikkelte. Er konnte Lenin für die unmittelbare Weiterführung der bürgerlichen in die proletarische Revolution gewinnen (entgegen der bis dahin parteiamtlichen Zwei-Revolutionen-Theorie), wurde Volkskommissar für Äußeres, nahm an den Friedensverhandlungen in Brest Litowsk teil, trat aber dann zurück und übernahm das Kriegskommissariat sowie den Vorsitz des Obersten Kriegsrates.
Als solcher stampfte er die → *ROTE ARMEE* (Teil I, vgl. dort) aus dem Boden und war hauptverantwortlich für die Massenmorde in der Ukraine 1919 („Roter Terror"), denen allein in Kiew binnen sechs Monaten etwa 30 000 Menschen zum Opfer fielen. 1924, nach dem Tode Lenins, wurde T. abgelöst und ging in Opposition gegen Stalin-Sinowjew-Kamenjew (vgl. → *TROTZKISMUS*, Teil I).
1929 in der Türkei, der sowjetrussischen Staatsbürgerschaft beraubt, ging T. 1934 über Frankreich nach Norwegen, das ihm keine Sicherheit gegen Stalins Anschläge garantieren konnte, und 1937 nach Mexico. Von den beiden Attentaten, die dort 1940 im zeitlichen Abstand von drei Monaten gegen ihn verübt wurden, ist das mißglückte erste im Mai von der mexikanischen politischen Polizei (Sanchez Salazar) weitgehend geklärt worden.
Es ergibt sich aus diesem Bericht, das die nordamerikanischen Kreise, die Trotzki eine Leibwache stellten, ihn Anfang 1940 offenbar fallen ließen, möglicherweise um Stalin wieder auf die Seite des Westens zu ziehen. Der deutsch-russische Nichtangriffspakt kann sie zum vorläufigen Verzicht auf eine „trotzkistische Lösung" des → *ONE WORLD*-Programms (Teil I) gezwungen haben.

Pierre Elliot T., seit dem 20. April 1968 Ministerpräsident von → KANADA (Teil I) als Nachfolger → PEARSONs, Millionär, dem radikal linke Tendenzen und Aktionen nachgesagt wurden, erst 1965 von der linken New Democratic Party zu den Liberalen hinübergewechselt, 1967 Justizminister, scheint, obwohl selber Frankokanadier, dennoch entschlossen, den von Frankreich geschürten separatistischen Tendenzen insbesondere in Quebec entgegenzutreten, und steht der → NATO (Teil I) skeptisch gegenüber.

1921 in einem der wohlhabendsten Häuser Montreals geboren und am Collège Brèbeut erzogen, war T. als Oberschüler der Wortführer einer Clique, die sich Les Snobs nannte. Nach dem Schulabschluß hatte er als Neunzehnjähriger disziplinäre Schwierigkeiten im Canadian Officers Training Corps, die (laut Toronto Star, Robert McKenzie, vom März 1968) 1940 zu seinem Ausschluß führten.

Während seines Jurastudiums wurde dem jungen T. 1941 vorgeworfen, er habe sich an pazifistischen Aktionen im Rahmen der Volksfront gegen die kanadischen Kriegsanstrengungen beteiligt. Und als er — nach kurzer Anwaltstätigkeit — 1945 an der Harvard-Universität Wirtschaftspolitik studierte, war er dort Mitbegründer einer Gruppe von Linksintellektuellen.

1946/47 setzte T. sein wirtschaftspolitisches Studium zunächst in Paris an der Ecole des Sciences Politiques, dann in London an der School of Economics fort, wo damals u. a. DePoe Vorlesungen im Geiste des Marxisten Laski hielt.

Anschließend ließ er sich in Kanada als Anwalt für Arbeits- und Zivilrecht nieder, erwarb sich rasch Ansehen als Experte und erhielt eine Professur an der Universität Quebec. 1950 reiste er nach China, kehrte als Bewunderer → *MAO TSE TUNGs* zurück und brachte 1951 in Montreal (laut The Canadian Intelligence Service, Flesherton/Ontario) das linksradikale Blatt Cite libre heraus, zu dessen Mitarbeiterstab angeblich mehrere aktive kanadische Kommunisten, unter ihnen der Sowjetspion Prof. Raymond Boyer, gehörten.

1952 Delegationsführer bei einer Wirtschaftskonferenz in Moskau, wurde T. 1953 (wiederum laut The Canadian Intelligence Service) in den USA zur persona non grata erklärt, reiste 1960 abermals

nach China und wurde angeblich 1961 vom US-amerikanischen Küstenschutz an einem Versuch gehindert, nach Kuba zu gelangen.
1962 bewarb sich T. um eine Professur in Montreal, gegen erhebliche Widerstände der dortigen Hochschullehrerschaft, 1963 griff er scharf die Atomrüstungspläne der Liberalen Partei Pearsons an, zu der er aber zwei Jahre später von der New Democratic Party, der Partei der Gewerkschaften aus übertrat, um in ihr eine eigene „Fraktion" zu bilden. 1966 Parlamentssekretär beim Premierminister, wurde T. bereits 1967 Justizminister von betont saloppem Auftreten und begann unverzüglich mit einer Liberalisierung des Strafrechts.
Nachdem es ihm gelungen war, Pearsons Nachfolger in der Parteiführung der Liberalen zu werden, folgte er ihm am 20. April 1968 auch als Regierungschef und setzte sich sogleich für eine generelle Überprüfung der kanadischen Außenpolitik ein, für die Anerkennung der Volksrepublik China, für Überprüfung der Zugehörigkeit Kanadas zur → *NATO* (Teil I) und für Abwehr, entschiedenere Abwehr der französisch-separatistischen Bestrebungen.
Zum Innenminister (seit dem 6. Juli 1968 Landwirtschaftsminister) machte T. Jean Marchand, der mit ihm von der New Democratic Party zu den Liberalen gekommen war und ebenfalls als Linksradikaler galt. Von der kanadischen Presse wurde T. ausgesprochen freundlich behandelt, zum Teil enthusiastisch begrüßt. Doch steht er als Erbe Pearsons vor vielfachen Problemen, mit deren Lösung oder Nichtlösung die Gunst der Massen stehen oder fallen wird.

Literatur:

Hans Joachim Maitre, „Auf den neuen Premierminister wartet eine Herkules-Arbeit" in Die Welt, 19. April 1968
„Wer ist Trudeau?" in Europa-Korrespondenz Wien, 159, VI. 68

Anmerkungen ....

....

....

Rafael L. Trujillo y Molina, von 1930 bis 1938 und von 1942 bis 1952 Staatspräsident der → DOMINIKANISCHEN REPUBLIK (Teil I) mit diktatorischen Vollmachten, beherrschte den Staat auch noch unter der Präsidentschaft seines siebzehn Jahre jüngeren Bruders Hector Bienvenido T. und seines ehemaligen Sekretärs Joaquin → BALAGUER, bis er am 30. Mai 1961 ermordet, die Familie T. Anfang 1962 vertrieben wurde.

Am 24. Oktober 1891 in San Christobal geboren, wurde T. 1908 Berufssoldat, schlug die Offizierslaufbahn ein, avancierte binnen 12 Jahren zum Obersten und wurde 1930 erstmals zum Präsidenten der Republik gewählt. Er blieb es, seit 1933 zugleich Oberbefehlshaber der Armee, zwei Amtsperioden hintereinander bis 1938.
1942 wiedergewählt, weitete T. seinen Einfluß auch im Wirtschaftsleben über den verfassungsmäßig vorgesehenen Kompetenzbereich hinaus aus, wurde zum unumschränkten Diktator, blieb diesmal zehn Jahre im Amt, übergab es 1952 seinem jüngeren Bruder, General Hector Bienvenido T. und begründete damit die Familiendynastie T.
T. selbst führte 1952 die Delegation seines Landes bei der → *UNO* (Teil I), übernahm 1953 das Außenministerium, das er ein Jahr darauf seinem ehemaligen Sekretär → *BALAGUER* überließ, außerdem das Ministerium für Sozialplanung und Sozialhilfe und führte eine Reihe von Reformen durch, insbesondere im Schulwesen.
1954 übernahm T. das Kriegs-, Marine- und Luftfahrtministerium, 1955 erneut den Oberbefehl über die Streitkräfte, machte zugleich Balaguer zum Erziehungsminister, der das begonnene Reformwerk fortsetzen sollte. Zwei Jahre später, nach Unterdrückung eines Aufstandsversuchs liberaler Intellektueller, machte er Balaguer zum Vicepräsidenten an der Seite des „wiedergewählten" Bruders Hector Bienvenido.
Der Personenkult und die Willkürherrschaft, die T. um sich verbreitete, führten schließlich, ein Jahr nachdem er Balaguer an Stelle seines Bruders zum Präsidenten hatte wählen lassen, zu seiner Ermordung am 30. Mai 1961. Sieben Monate später, im Januar 1962 beendete eine Revolutionsregierung (Bonelly) die Familiendynastie T., wies die Mitglieder der Familie aus und setzte Balaguer ab.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Der Name T. wurde seitdem zum Begriff für einen unbekümmerten, Korruption und Willkürherrschaft als selbstverständlich handhabenden Regierungsstil südamerikanischer Diktatoren.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Harry S. T., von 1945–1953 33. Präsident der USA, trat sein Amt als überzeugter Anhänger → Roosevelts an, krönte dessen Politik mit den – zur sofortigen Beendigung des Krieges nicht notwendigen – Atombombenwürfen auf unmilitärische Ziele (vgl. → Hiroshima, Teil I) sowie mit den Konferenzergebnissen von → Potsdam (Teil I), sah sich dann aber gezwungen, der weiteren Ausbreitung des → Kommunismus (Teil I) Widerstand entgegenzusetzen. Seine persönliche Schuld gegenüber dem japanischen Volk blieb ungesühnt und von ihm selber unbegriffen.

Jahrgang 1884, in Lamar/Missouri gebürtig, ging T. in Independence zur Schule und trat mit 17 Jahren bei The Kansas City Star ein. Mit 18 war er Eisenbahnkontrolleur, mit 19 bei der Nationalen Handelsbank in Kansas City beschäftigt.
Von 1906 bis 1917 arbeitete T. auf der elterlichen Farm, diente anschließend an der Feldartillerieschule in Fort Sill/Oklahoma, kämpfte in Frankreich an der Vogesenfront, wurde 1919 als Major entlassen, heiratete und wurde 1922 Richter am Bezirksgericht Jackson. 1923–25 holte T. in Kansas City das Jurastudium nach und war dann von 1926–1934 Gerichtsvorsitzender.
In diesem Jahre wurde er für den Staat Missouri in den Senat gewählt, 1940 wiedergewählt und Vorsitzender einer Spezialkommission des Senats zur Prüfung des nationalen Verteidigungsprogramms. 1944 ging T. aus der Präsidentschaftswahl als Vizepräsident der USA hervor. Am 20. Januar 1945 trat er das Amt an und wurde folglich am 12. April 1945 durch den Tod Roosevelts dessen Nachfolger als Präsident. Am 2. November 1948 wurde er wiedergewählt.
T. übernahm das höchste Staatsamt in einem Augenblick, in dem die USA die traditionelle Politik der → *Isolation* (Teil I) unwiderruflich aufgegeben hatten und sich in die Position der ersten Weltmacht vorschoben, im engen Bündnis mit der damals zweitstärksten Weltmacht, der UdSSR, und als sie in vielfacher Hinsicht das Erbe der alten Kolonialmächte antraten. Damit war er als damals fast 61jähriger offensichtlich überfordert (vgl. seine Äußerung gegenüber Herbert Hoover, → *Hiroshima,* Teil I).
Die Schwere der Verantwortung, die er mit den Atombombenwürfen auf das kapitulationswillige Japan auf sich lud – angetrieben von

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

dem Geltungsbedürfnis gegenüber Stalin –, scheint er nie begriffen zu haben, wurde deswegen auch nie zur Verantwortung gezogen.
Die Folgen der Vollendung der Rooseveltpolitik von → *Teheran* und →*Jalta* durch T. (Teil I) bei der → *Potsdamer Konferenz* (Teil I) bekam er im anschließenden → *Kalten Krieg* (Teil I) noch selber deutlich zu spüren. Bereits am 12. März 1947 sah er sich genötigt, dem amerikanischen Kongreß ein Regierungsprogramm zu unterbreiten, das, beginnend mit dem Wiederaufbau Griechenlands und der Türkei, einer weiteren Ausbreitung des Machtbereichs der UdSSR vorbeugen sollte. Die Zusage militärischer Hilfe im Juni 1948 für regionale Bündnisgruppen im Rahmen der → *UNO* (Teil I) hatte den gleichen Sinn. Auch der → *Marshallplan* (Teil I) und die Gründung der → *NATO* (Teil I) gehörten zu diesem Programm.
T. hat nie gezögert, das was ihm als notwendig dargestellt wurde, zu tun. Doch bleibt ungewiß, ob ihm die Tragweite seiner Anordnungen und Maßnahmen stets voll bewußt war. Seine Memoiren dienen weitgehend der Rechtfertigung, verschweigen vieles und hinterlassen den Eindruck von einem selbstgefälligen Mann mittlerer Intelligenz.

Literatur:

Harry S. Truman, Memoiren, 2 Bde., Bern (Scherz) 1955/56

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

TSCHIANG KAI-SCHEK

Marschall T. (Tschiang Tschung-tscheng), 1928–1931 Präsident der chinesischen Nanking-Regierung, 1932 Oberbefehlshaber der chinesischen Armee und seit 1948 Staatspräsident von China, mußte 1949 mit seinen Truppen nach → Formosa (Teil I) ausweichen und wartet seitdem auf eine Gelegenheit, China zurückzuerobern. Die Folgen der „Kulturrevolution" → Mao Tse-tungs 1966 könnten eine solche Gelegenheit bieten, wenn die USA ihm nicht weiterhin jede Intervention verbieten.

1887 in Tschekiang geboren erhielt T. seine Ausbildung als Berufssoldat auf den Militärakademien von Paoting und Tokio und begründete seinerseits 1924 die Militärakademie Whampoa in Kanton, an der → *Tschu En-lai* Politischen Unterricht erteilte und → *Lim Piao* Schüler war.

In den Revolutionskämpfen 1911 und 1923/24 stand T. auf der Seite Sun Yat-sens und übernahm nach dessen Tode das Oberkommando der Revolutionsarmee. 1927 heiratete er Mei-ling Soong, eine Schwägerin Sun Yat-sens und bedeutende Pädagogin, die ihn auf mehreren Feldzügen begleitete und, nachdem er mit den Kommunisten gebrochen und 1928 die Nationalregierung in Nanking übernommen hatte, wesentlich zum Aufbau eines neuen China beitrug.

Von 1932–1947 war T. zeitweilig gezwungen, im Abwehrkampf gegen die Japaner wieder mit den Kommunisten zu paktieren. Aus diesem Grund und infolge zunehmender Korruption in der Verwaltung gerieten Teile der amerikanischen Hilfslieferungen nach 1941 in die Hände der Kommunisten, was wiederum dazu beitrug, daß diese Lieferungen an T. gerade in der kritischen Zeit um 1948 eingestellt wurden.

Es ist möglich, daß T. selbst an dieser Entwicklung keine Schuld trägt, zumal es in den USA einflußreiche Kreise gab, die den Kommunismus in China zu fördern suchten. Ein Jahr nach Übernahme des Staatspräsidentenamtes 1948 aufgrund einer neuen Verfassung mußte T. mit seiner Armee vor den siegreichen Truppen → *Mao Tse-tungs* nach → *Formosa* (Teil I) ausweichen.

Seitdem ist das Verhältnis der USA zu ihm und seiner Regierung zwiespältiger Natur. Einerseits schützen ihn die USA vor einer rot-

chinesischen Invasion auf Formosa, andererseits verbieten sie ihm, seinerseits aufs Festland überzusetzen. Er hält einstweilen seine Armee und den Militärstaat Taiwan in guter Zucht und auf hohem Ausbildungsstand. Auch die Ausrüstung mit konventionellen Waffen, teils eigener Fertigung, ist nach dem Urteil auswärtiger Militärattachés eine gute.

Andererseits hat T. bereits das 80. Lebensjahr erreicht, von einer Nachfolgeregelung ist noch nichts bekannt geworden und sein Gegenspieler Mao besitzt Atomwaffen.

Literatur:

Madame Tschiang Kai-schek, The Sure Victory, 1955
Tschiang Kai-scheck, Sovjet Russia in China, 1957
Freda Utley, Drama China, München (Pohl) 1951

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. TSCHOMBÉ

Moise T., vom 10. Juli 1964 bis Dezember 1965 Ministerpräsident des Kongo (Kinshasa, vormals Leopoldville), zur Zeit im Exil in Belgien, ist offensichtlich einer der weitblickendsten und klarsehendsten unter den schwarzen Politikern Afrikas, der aus dem blutigen halben Jahrzehnt einer verfrühten und nicht gemeisterten Unabhängigkeit seines Landes gelernt hat.

1918 geboren und in einer Methodistenschule des ehemaligen Belgisch-Kongo erzogen, trat T. in die Handelsfirma seines Vaters ein und übernahm 1951 das Geschäft sowie ein dazugehöriges Hotel in Elizabethville (heute Lumumbashi) im äußersten Süden des Kongo.

T. wurde Präsident der Afrikanischen Handelskammer in Elizabethville und Führer der Conakat-Partei in der Südkongol. Provinz Katanga. Als diese sich im Juli 1960 unabhängig erklärte, war T. ihr Premierminister bis zu seiner vorübergehenden Inhaftierung im April 1961. Nach seiner Befreiung im Juni trat er das Amt von neuem an, bis militärische Aktionen der UNO 1963 der Selbständigkeit Katangas ein Ende machten.

Nach der Neueinteilung des gesamten Kongogebietes wurde T. im Juli 1964 Ministerpräsident und übernahm gleichzeitig alle wichtigen Ministerien (Äußeres, Information, Außenhandel, Post- und Telegraphen, Wirtschaftl. Entwicklung und Planung, Arbeit und Sozialversicherung, Inneres und Zivildienst) selbst. Nur das Oberkommando über die Truppen mußte er Mobutu überlassen, der ihn dann auch prompt Anfang Dezember 1965 zum Rücktritt zwang, angeblich um einem sich anbahnenden Machtkampf zwischen T. und dem Präsidenten der Republik, Kasawubu, vorzubeugen. T. ging nach Belgien, um seine angegriffene Gesundheit wiederherzustellen. Inzwischen machte Mobutu sich zum Diktator und ließ T. auch sein Abgeordnetenmandat im Parlament aberkennen.

Das Verhältnis der afrikanischen Völker zu den ehemaligen Kolonialmächten und überhaupt zu den „Weißen" beurteilt T. folgendermaßen: „Sie können uns helfen, aber nicht statt unserer die uns gemäßen Systeme erfinden". Und er befürwortet einen „afrikanischen Sozialismus" nach der Vorstellung Leopold Senghors, des Präsidenten von → *Senegal* (Teil I).

Belgiens Leistung in Vergangenheit und Gegenwart für den Kongo erkennt T. ausdrücklich an und glaubt an eine bleibende Verbindung der beiden Völker auf der Basis einer gegenseitigen „deutlichen Sprache".

Die Aufgabe der Politik allgemein sieht T. darin, für das „Glück" der Menschen zu sorgen, anstatt die Völker wie bisher nur „als knetbaren Rohstoff" für den „Hochmut der Doktrinen" zu benutzen. Es ist das Fazit aus seinen leidvollen Erfahrungen mit einer zu früh geforderten und zu früh gewährten Unabhängigkeit.

Literatur:

John L. Brom, Mit schwarzem Blut geschrieben, Die Kongo-Tragödie, München 1961

B. Verhaegen, Congo 1961, Brüssel 1962

Conor C. O'Brien, Meine Mission in Katanga, München 1963

J. Bergeyck, Am Kongo herrschen die Toten, Donauwörth 1964

„Moise Tschombé rechnet ab" in: Die Welt, 12., 14., 15. November 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

TSCHU EN-LAI

T., seit 1949 Ministerpräsident, bis 1958 auch sehr aktiver Außenminister der Volksrepublik China, konnte sich sogar während der „Kulturrevolution" 1966 — neben → Lin Piao — behaupten. Seine reichen revolutionären wie auch diplomatischen Erfahrungen — er gehört zu den Gründern der chinesischen KP und hat Sun Yatsen noch gekannt — scheinen nach wie vor unentbehrlich.

1898 in der Provinz Kiangsu geboren, Sohn eines Mandarins und dementsprechend wohlerzogen, studierte T. an der Nankai-Hochschule in Tientsin und beteiligte sich als Student bereits führend an politischen Bewegungen. Während der 4.-Mai-Revolution 1919 gab er eine Tageszeitung für die Studentenvereinigung von Tientsin heraus und erhielt 1/2 Jahr Gefängnis. 1920 ging T. nach Frankreich und gründete 1922 in Paris eine chinesische kommunistische Jugendgruppe, arbeitete auch als Werkstudent im Ruhrgebiet.

1924 nach China zurückgekehrt übernahm T. den politischen Unterricht an der Whampoa-Militärakademie in Kanton. Dort gehörte der junge → *Lin Piao* zu seinen Schülern. 1927 organisierte er die bewaffneten Arbeiteraufstände in Schanghai und Nanchang (Kiangsi). Nach dem Scheitern des ersten umfassenden Revolutionsversuches half T. bei der Aufstellung der ersten Einheiten der chinesischen Roten Armee und war bis 1931 in der kommunistischen Untergrundbewegung in Schanghai tätig.

Bis 1935 war T. politischer Kommissar bei der Roten Armee im kommunistisch beherrschten Gebiet von Kiangsi und nahm am „Langen Marsch" teil. 1936 leitete er die Verhandlungen mit → *Tschiang Kai-schek*, 1937—1940 die Abteilung für politischen Unterricht im Militärrat der Nationalregierung.

Bei den Friedensverhandlungen zwischen den Kommunisten und dem → *Kuomintang* (Teil I) im Jahre 1946 unter Vorsitz von General Marshal („Komitee der Drei") vertrat T. die Kommunisten. 1949 wurde er Mitglied des Politbüros, des Sekretariats im Zentralkomitee der Partei, Außenminister und Premier der Regierungsadministration, außerdem Vizevorsitzender des Volks-Revolutions-Komitees, 1958 Premier des Staatsrates und Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes.

Sein Werk waren im wesentlichen der Freundschaftsvertrag mit der UdSSR 1950 (auf 30 Jahre geschlossen, nach vier Jahren erneuert, nach zehn Jahren erloschen), die Annexion Tibets 1951–1959, die → *Bandung-Konferenz* (Teil I) 1955 (gemeinsam mit → *Nehru* und → *Sukarno*) und eine weitschauende Diplomatie gegenüber den europäischen Ostblockstaaten, die allerdings unter T.'s Nachfolgern nicht weitergeführt wurde. Auch T.'s Afrikapolitik trug nach seiner Ablösung als Außenminister keine Früchte.

Doch war er während der „Kulturrevolution" 1966/67 der einzige, der dem allgemeinen Chaos zu steuern suchte, dem destruktiven Toben der „Roten Garde" entgegentrat und zwischen Parteifunktionären und der Gruppe um → *Mao* vermitteln konnte.

Literatur:

B. Schwartz, Chinese Communism and the Rise of Mao, Cambridge/Mass. 1951

Freda Utley, Drama China, München 1951

Tschu-En-lai, Bericht über die Frage der Intellektuellen, Peking 1956

Tibor Mende, China, Weltmacht von morgen, Düsseldorf 1961

Klaus Mehnert, Peking und Moskau, Stuttgart 1962

Georg Paloczi-Horvath, Der Herr der blauen Ameisen, Frankfurt 1962

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. TSEDENBAL

Jumshagin T., seit 1952 Ministerpräsident der → MONGOLEI (Teil I) bzw. Mongolischen Volksrepublik, war von 1940 bis 1954 Generalsekretär der Mongolischen Volksrevolutionären Partei und wurde es 1958, zusätzlich zu seinem Regierungsamt wieder. Er steht im chinesisch-russischen Konflikt (vgl. → USSURI, Teil I) auf Seiten der Sowjetunion.

1916 in der Äußeren Mongolei unter russischer Besetzung aber chinesischer Oberhoheit geboren, wuchs T. in der 1921 proklamierten Mongolischen Volksrepublik auf, gehörte dem 1922 gegründeten Mongolischen Revolutionären Jugendverband an und wurde aus diesem 1934 in die Kader der Volksrevolutionären Partei übernommen, zwei Jahre nach dem Sturz der radikalen „Linken".

Sein schneller Aufstieg als Funktionär gipfelte 1940 in seiner Wahl zum Ersten Sekretär der Partei. Als solcher war T. maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung vom Oktober 1945 beteiligt, die am 5. Januar 1946 die Anerkennung der Unabhängigkeit durch China zur Folge hatte. Auch am Zustandekommen des Freundschaftsvertrages mit der UdSSR vom 27. Februar desselben Jahres wirkte T. als Parteichef entscheidend mit.

Als der Ministerpräsident Marschall Tschoibalsan im Januar 1952 starb, wurde T. sein Nachfolger als Regierungschef und schloß noch im gleichen Jahr, am 4. Oktober 1952 ein erstes Übereinkommen mit der Volksrepublik China über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, das im Dezember zu einem Vertrag ausgebaut wurde.

1954 gab T. sein Parteiamt auf, dem Grundsatz folgend, daß Parteiführung und Staatsführung getrennt sein sollten. Als aber → *CHRUSCHTSCHOW* in der UdSSR diesen Grundsatz durchbrach, übernahm im November 1958 auch T. wieder zusätzlich das Amt des Ersten oder General-Sekretärs der Partei.

T. operierte mit diplomatischem Geschick zwischen China und Rußland, solange sich eine Entscheidung zwischen beiden irgend vermeiden ließ. 1960 nahm er noch eine Wirtschaftshilfe Chinas an in Höhe von 20 Millionen Rubel. Im gleichen Jahr ließ er die Verfassung von 1940, an der er bereits als Parteichef mitgewirkt hatte, durch eine neue ersetzen, in der die Mongolische Volksrepublik aus-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

drücklich als „sozialistischer Staat" gekennzeichnet, Verstaatlichung der Industrie und Kollektivierung der Landwirtschaft (Viehzucht) vorgeschrieben wurden.
Seit 1962 verschärfte sich der zunächst noch ideologische Konflikt zwischen China und Sowjetunion so, daß sich T. für einen der Kontrahenten entscheiden mußte. Er tat es zugunsten der UdSSR und trat mit seinem Land im Juni 1962 dem → *COMECON* (Teil I) bei. Am 15./16. Januar 1966 erneuerte er den Freundschaftsvertrag mit der UdSSR von 1946 auf weitere zwanzig Jahre. Ein halbes Jahr später ließ er ein amerikanisches Hilfsangebot für die Opfer einer Überschwemmungskatastrophe durch seinen Außenminister Dugersuren ausdrücklich zurückweisen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Philibert T., seit Oktober 1958 Regierungschef, seit dem 25. Juni 1960, dem Unabhängigkeitstag, auch Staatsoberhaupt von → MADAGASKAR (Teil I), gründete nach dem 2. Weltkrieg die Sozialdemokratische Partei und vertritt einen christlichen Sozialismus sowie die Zusammenarbeit mit der ehemaligen Kolonialmacht → FRANKREICH (Teil I).

1912 auf der Insel geboren, erhielt T. eine europäisch geprägte Schulbildung und studierte seit Anfang der dreißiger Jahre Philologie. Nachdem 1942 britische Landungstruppen das → *VICHY*-treue (Teil I) Regime auf der Insel abgesetzt und den gaullistischen Generalgouverneur Legentilhomme eingesetzt hatten, wurde T. zunächst in das Provinzparlament von Majunga gewählt.
Nach Niederwerfung der nationalistischen Eingeborenenaufstände von 1947 wurde T. mit den Stimmen der von ihm gegründeten Sozialdemokratischen Partei in die Volksvertretung von Madagaskar gewählt und, nachdem das Land als Mitglied der Französischen Union 1957 eine beschränkte innere Autonomie erhalten hatte, als Deputierter für Madagaskar in die französische Nationalversammlung entsandt.
Als Madagaskar dann am 14. Oktober 1958 autonome Republik innerhalb der → *COMMUNAUTE FRANCAISE* (Teil I) geworden war, wurde T. Präsident des autonomen Regierungsrates. Aufgrund der neuen Verfassung vom April 1959, die Madagaskar den Charakter einer präsidial regierten Bundesrepublik aus sechs Provinzen gab, wurde T. nach der Unabhängigkeitserklärung vom 25. Juni 1960 im darauffolgenden Monat zum Präsidenten gewählt und nahm Mitte Dezember desselben Jahres an der → *BRAZZAVILLE-KONFERENZ* (Teil I) teil.
Er assoziierte das unabhängig gewordene Land sogleich wieder an die Communauté Française und trat im Mai 1963 der → *OAU*, der Organisation für die Afrikanische Einheit bei, erreichte im Juli 1963 auch die Assoziation an die → *EWG* (Teil I). Bei den Wahlen im August 1965 errang die von ihm gegründete Sozialdemokratische Partei 94 der 98 Sitze in der 2. Kammer, nachdem T. selbst bereits am 30. März auf weitere sieben Jahre wiedergewählt worden war.

Am 27. Juni 1966 war T. Mitbegründer der → *OCAM* (Teil I), der gemeinsamen afrikanisch-madegassischen Organisation, die auf seine Initiative anläßlich der vorbereitenden Konferenz in Tananarive schon im September 1961 zurückgeht, eine gemäßigte, evolutionäre Politik vertritt und der Entwicklung eines Französischen Commonwealth (über die Communauté Française hinaus) zuneigt.
Seitdem widmet sich T. vor allem den Ernährungsproblemen der Insel, die eng mit dem Problem der Lebensauffassung und Arbeitsmoral der Bevölkerung gekoppelt sind, ähnlich wie in Indien.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

William Vacanarat Shadrach T., seit dem 6. Mai 1943 ununterbrochen Staatsoberhaupt und Regierungschef von → LIBERIA (Teil I), aktiver Methodist, von Beruf Rechtsanwalt und Verwaltungsbeamter, repräsentiert in Afrika eine den ehemaligen Kolonialmächten gegenüber gemäßigte Haltung und genießt insbesondere in den Staaten der → MONROVIA-Gruppe (Teil I) hohes Ansehen.

1895 in Harper/Liberia als Sohn eines aus den USA eingewanderten farbigen Methodistenpredigers geboren, studierte T. Philologie und Rechtswissenschaften am Seminar in Kap Palmas und am Cuttington-Institut, wurde 1917 Anwalt und war von 1919 bis 1922 Steuereinnehmer in der Provinz Maryland.
Seit 1922 im Justizdienst tätig, wurde T. 1923 als Abgeordneter der 1869 gegründeten True Wigh Partei für Maryland in den 18köpfigen Senat (Oberhaus) Liberias gewählt, blieb bis 1931 Senator und war es nochmals von 1934 bis 1937. Gleichzeitig wirkte er, wie einst sein Vater, als Laienprediger der Methodistenkirche.
1937 beigeordneter Richter am Obersten Gerichtshof des Landes (dessen Verfassung von 1847 weitgehend der der Vereinigten Staaten nachgebildet ist), wurde T. am 6. Mai 1943 zum Staatspräsidenten gewählt und richtete seine Politik zunächst, mitten im 2. Weltkrieg, eng nach derjenigen der USA aus. 1945 war sein Land Mitbegründer der → *UNO* (Teil I), 1955 nahm er an der → *BANDUNG-KONFERENZ* (Teil I) teil.
Vom 8. bis 12. Mai 1961 war T. Gastgeber der → *MONROVIA-KONFERENZ* (Teil I), die auf Anregung des Staatspräsidenten der → *ELFENBEINKÜSTE* (Teil I) → *HOUPHOUET-BOIGNY* stattfand und eine Erweiterung der → *BRAZZAVILLE*-Gruppe (Teil I) um fast alle politisch nicht radikal eingestellten afrikanischen Staaten zur Folge hatte.
Im Mai 1963 war T. wiederum Mitbegründer einer übernationalen Organisation, der → *OAU* (Teil I). Mitte Juli 1966 wurde seine sechs Jahre zuvor gemeinsam mit Äthiopien gegen → *SÜDAFRIKA* (Teil I) erhobene Klage auf Vernachlässigung der Mandatspflichten in Südwestafrika vom → *INTERNATIONALEN GERICHTSHOF* (Teil I) im Haag abgewiesen. Im Oktober gleichen Jahres hielt sich T. in der Schweiz auf. In dieser Zeit wurde ein Versuch unternom-

men, die Armee Liberias gegen seine Regierung aufzuwiegeln und zu einem Staatsstreich zu veranlassen. Der Versuch scheiterte.
Am 6. Mai 1967 wurde T. zum sechsten Mal zum Präsidenten gewählt. Am 1. Januar 1968 leistete er den Amtseid und kündigte einen Vorschlag seines Landes zur Ächtung des Krieges, ähnlich dem → *KELLOGPAKT* (Teil I) von 1928 an. An der Vereidigungszeremonie nahmen Abordnungen aus 73 Staaten teil.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Walter U., seit 1953 Erster Sekretär des Zentralkomitees der → SED (Teil I) und als Vorsitzender des Staatsrates gleichzeitig auch Staatsoberhaupt der Deutschen Demokratischen Republik, wurde in seiner Stellung weder durch die „Tauwetter"-Periode nach dem Tode Stalins (1953) noch durch die Bekämpfung des „Personenkultes" unter Chruschtschow erschüttert und genießt nach wie vor volle Rückendeckung durch die UdSSR. Er versucht, die → Warschauer Pakt-Staaten (Teil I) beieinander zu halten und einen Einbruch der westdeutschen Diplomatie in dieses System zu verhindern.

1893 in Leipzig geboren, erlernte U. das Tischlerhandwerk, war 1910 gewerkschaftlich organisiert und trat 1912 der → *SPD* (Teil I) bei. Über seine Teilnahme am Ersten Weltkrieg ist nichts bekannt. 1919 schloß er sich dem Spartakusbund an, war Mitbegründer der KPD, als Parteifunktionär in Sachsen, Westfalen und in Berlin tätig und Mitglied der Kommunistischen Reichstagsfraktion. 1933 wegen Anstiftung zum Polizistenmord (1931) steckbrieflich gesucht, emigrierte U., hielt sich zeitweilig in Paris auf und war 1936 als politischer Kommissar in Spanien.

1938 ging U. in die Sowjetunion und setzte sich dort 1939/40 in Zeitungsartikeln nachdrücklich für den deutsch-russischen Nichtangriffspakt ein. Nach Beginn des Rußlandfeldzuges war er 1943 an der Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland" beteiligt. 1945 kehrte er mit der Roten Armee im Stabe Schukows nach Berlin zurück und betrieb, da die KPD allein in Deutschland keine Chancen hatte, 1946 die Verschmelzung der SPD und KPD zur → *SED* (Teil I), was ihm jedoch nur in der sowjetischen Besatzungszone gelang. Er selbst wurde stellvertr. Vorsitzender der → *SED* und Mitglied des Zentralkomitees.

Als der bessere Taktiker überrundete U. die anderen führenden Parteifunktionäre und wurde 1950 Generalsekretär (1953 Erster Sekretär) des Zentralkomitees, nachdem er bereits 1949 auch auf dem staatlichen Sektor Stellvertreter des Ministerpräsidenten geworden war. 1955 wurde daraus das Amt des (alleinigen) Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates. Die Krönung dieser

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Karriere war U.'s Wahl zum Staatsratsvorsitzenden 1960, die am 13. November 1963 auf weitere 4 Jahre erneuert wurde.

Auch der Aufstand vom 17. Juni 1953 hat U.'s Karriere nicht unterbrechen können. Er verstand es stets, sich durch rechtzeitiges totales Einschwenken auf den jeweiligen Moskauer Kurs abzusichern. Im russisch-chinesischen Konflikt stellte er sich natürlich eindeutig auf die russische Seite. Mit dem Bau der Mauer quer durch Berlin 1961, dem Minenstreifen an der Zonengrenze und dem Schießbefehl auf illegale Grenzgänger hat sich U. ein bezeichnendes Denkmal gesetzt. Seine Einstellung zur Bundesrepublik ist die, daß auch sie eines Tages — so oder so — in den „sozialistischen", d. h. kommunistischen Herrschaftsbereich einbezogen werden wird. Bis dahin verfolgt U. ihr gegenüber eine Linie der aggressiven „Koexistenz", und bemüht sich einstweilen zäh um die Anerkennung der DDR als eines zweiten deutschen Staates, selbst in Ägypten (1965).

Literatur:
Carola Stern, Ulbricht, eine politische Biographie, Köln 1964
Karl Valentin Müller, Die Manager in der Sowjetzone, Opladen 1962

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Seit dem 3. November 1961 Generalsekretär der → UNO (Teil I) als Nachfolger Dag Hammerskjölds, kämpft U T. um Verstärkung des Einflusses dieser Organisation auf das politische Weltgeschehen und sucht vor allem die Befriedung → Vietnams (Teil I) durchzusetzen. Er hat dabei das Schicksal seiner Vorgänger und des → Völkerbundes (Teil I) vor Augen.

1909 in → *Birma* (Teil I) geboren besuchte U T. das Universitäts-College Rangun, war bereits mit 19 Jahren Oberschullehrer an der Nationalhochschule Pantanaw, mit 22 Jahren Schuldirektor.
1942 wurde er Sekretär des Reorganisationsausschusses für das birmensische Schulwesen, 1947 Direktor der birmensischen Presse, ein Jahr später des Rundfunks. 1949 wurde er ins Informationsministerium, 1953 ins Ministerpräsidentenamt berufen.

Seit 1957 ständiger Vertreter Birmas bei der → *UNO* (Teil I) übernahm er dort 1961 den Vorsitz der beratenden Kommission für den Kongo. Als Dag Hammerskjöld im Kongo ums Leben kam, übertrug die Versammlung U T. für die restliche Amtszeit Hammerskjölds das Amt des Generalsekretärs. 1962 wurde er für eine volle Fünfjahresperiode gewählt.

Inzwischen war nicht mehr der Kongo das Hauptanliegen der UNO-Vermittlungs- und Beilegungsbemühungen, sondern der Krieg in Vietnam, der in jedem Augenblick zu einem Dritten Weltkrieg sich ausweiten und zum Einsatz von Atomwaffen führen kann. U T. setzte sich mit dem Gewicht seiner Stellung für eine Beendigung des Konfliktes ein und weigerte sich Ende 1966, seine bevorstehende Wiederwahl für weitere 5 Jahre anzunehmen.

Unter dem Drängen aller Beteiligten, sich dennoch wiederwählen zu lassen, nahm er die Wahl schließlich unter der Bedingung an, daß seine Bemühungen um Beilegung des Vietnamkonflikts unterstützt und zum Erfolg geführt würden. Es war das einzige Mittel, über das er verfügte, da es aussichtslos schien, daß sich die UNO-Mitglieder auf einen anderen Kandidaten einigen könnten.

Doch blieb auch dieser Versuch, einen Frieden zu erzwingen, erfolglos, obgleich Papst → *Paul VI* U T. mit seinem Friedensappell zu

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Weihnachten unterstützte. U T. hat mit der Annahme seiner Wiederwahl lediglich verhindert, daß die Unmöglichkeit, einen Nachfolger zu finden, das Scheitern der UNO vor der Weltöffentlichkeit allzu sichtbar gemacht hätte.

Literatur:

U Thant, League of Nations, 1933
U Thant, Democracy in Schools, 1952
U Thant, History of Post-War- Burma (2 Bde), 1961

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Eamon De V., seit 1932 Ministerpräsident, seit 1959 Staatspräsident der Republik Irland, stand seit 1913 führend in der irischen Unabhängigkeitsbewegung, konnte nach einem Vierteljahrhundert zähen und verlustreichen Kampfes die endgültige und volle Souveränität seines Landes verkünden und löste es 1949 aus dem britischen → Commonwealth (Teil I). Neben diesem politischen Kampf führte er mit gleicher Standhaftigkeit einen zweiten, um die Erhaltung und Neubelebung der irischen, der letzten lebenden keltischen Sprache.

1882 in New York als Sohn eines Spaniers und einer Irin geboren und in der Kindheit nach Irland gekommen, studierte De V. in Dublin am Blackrock- und Trinity-College sowie an der National University of Ireland Philosophie, promovierte und widmete sich lange Jahre als tätiges Mitglied der Liga für das Gälische der Erforschung der irischen Sprache.

1913 war er Mibegründer der irischen Freiwilligen, Adjutant der Brigade Dublin und beim national-irischen Osteraufstand 1916 gegen die Engländer einer der Befehlshaber. Das Todesurteil gegen ihn wurde in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt, doch wurde De V. bei der Generalamnestie von 1917 freigelassen.

Sogleich von der Sinn Fein-Partei ins Parlament gewählt und zum Parteiführer erhoben, übernahm er gleichzeitig anstelle des hingerichteten Sir Roger Casement die Führung der Irischen Freiwilligen, wurde daraufhin 1918 von neuem inhaftiert, entkam aber nach Nordamerika.

Während im Londoner Parlament seine Sinn Fein-Partei einen Wahlsieg und damit für Südirland ein eigenes Parlament errang, gelang es De V. in den Vereinigten Staaten eine Anleihe von sechs Millionen Dollar für die revolutionäre Regierung der Irischen Republik zu erlangen. Von 1919—1922 war er Präsident dieser Republik in ständigem Kampf mit den Engländern, bis im Dezember 1921 der irische Freistaat den Dominion-Status erhielt. Doch lehnte De V. zunächst auch diese Lösung ab, weil die nordirischen Grafschaften bei England verblieben.

Das führte zu einer Spaltung der Sinn Fein-Partei. 1923 bildete der gemäßigte Flügel unter Cosgrave die Regierung und beendete den

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Aufstand, während der radikale Flügel unter De V. als neue Partei (Fianna Fail) in Opposition ging. Erst 1932, nachdem die gesetzgebende und Exekutivgewalt des Dominions Südirland beträchtlich erweitert worden war, übernahm De V. wieder die Regierung und war bis 1948, dann nochmals von 1951—1954 und von 1957—1959 Ministerpräsident, seitdem Staatspräsident.
Schrittweise löste er die staatsrechtlichen Bindungen an England. 1933 entfiel der Treueid gegenüber dem englischen König, 1936 die britischen Generalgouverneure, 1937 erkannte eine neue Verfassung nur noch vertragliche Bindungen an Großbritannien an und schuf den unabhängigen Staat „Eire" (vgl. → *Irland*, Teil I). Erster Präsident wurde 1938 Douglas Hyde. England räumte die militärischen Stützpunkte. Im Zweiten Weltkrieg blieb Irland neutral. 1949 beschloß der Austritt aus dem Commonwealth diese Entwicklung.
Zwei Ziele seines Lebenskampfes erreichte De V. nicht: Die Eingliederung der nördlichen Grafschaften (Ulster) und einen Stop der tödlich hohen Auswanderungsquote der irischen Jugend. Die mangelnden Existenzmöglichkeiten für die nachwachsende Generation drohen auch alle Bemühungen um die Erhaltung der irischen Sprache auf die Dauer illusorisch zu machen.

Literatur:

R. Bringmann, Geschichte Irlands, Bonn 1953
J. C. Becket, A Short History of Ireland, London 1952
Ruth Weiland (Hrg.), Irische Freiheitskämpfer, Biographische Skizzen, Berlin 1940

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Robert Gilbert, seit 1941 Lord V., 1937—1941 Erster diplomatischer Berater des britischen Foreign Office und damit Inhaber eines eigens für ihn geschaffenen Amtes vor Beginn und in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges, verkörperte die britische Feindseligkeit gegenüber Deutschland in übersteigertem Maße und wurde zum Symbol des Deutschenhasses.

1881 in Farnham geboren, wurde V. 1929 ständiger Unterstaatssekretär im Foreign Office. Er gehörte der Führung der Konservativen an und innerhalb dieser Gruppe zu den entschiedenen Vertretern der Kriegspartei, die das → *Münchner Abkommen* (Teil I) für eine schändliche Niederlage Englands hielten.

Im Dezember 1935 hatte V. durch eine Indiskretion gegenüber der französischen Journalistin Madame Tabouis zum Scheitern des Hoare-Laval-Planes beigetragen, der den Krieg zwischen Italien und Äthiopien beilegen sollte. Mittelbar hatte er damit auch den Sturz Lavals Ende Januar 1936 herbeiführen helfen.

Anläßlich der Olympischen Spiele 1936 war V. in Berlin von Hitler empfangen worden, der bei dieser Gelegenheit für eine deutsch-englische Verständigung warb. Er hätte für dieses Thema kaum einen ungeeigneteren Gesprächspartner finden können.

In seinem 1937 neu geschaffenen Amt als diplomatischer Berater konnte V. seinem noch aus dem Ersten Weltkrieg stammenden Ressentiment gegenüber Deutschland wirksam und folgenschwer Ausdruck geben. So war er es auch höchstwahrscheinlich, der am 17. März 1939 die Tilea-Legende in Szene setzte und den rumänischen Gesandten in Lodon behaupten ließ, Deutschland habe an Rumänien ultimative Forderungen gerichtet.

Bereits 1934 besaß V., mit dem Sowjetbotschafter Maisky befreundet, Informationsquellen über den deutschen Rüstungsstand in Berlin. 1938 und 1939 unterhielt er Verbindungen zu Vertretern des deutschen Widerstandes und führte Gespräche mit Kleist-Schmenzin und Kordt. Anscheinend überschätzte er (im Gegensatz zu Chamberlain) die Entschlußkraft und die Möglichkeiten dieser Männer.

Während des Zweiten Weltkrieges erschien sein Buch „Black Record". Es stellte ein heute kaum noch für möglich zu haltendes Zeugnis des

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Hasses dar und spielte eine wichtige Rolle im Rahmen der → *psychologischen Kriegführung* (Teil I), trug auch dazu bei, Roosevelts Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der → *Achsenmächte* (Teil I) in England populär zu machen.

Der Satz in V.'s Buche Lessons of My Life, das gleichfalls noch während des Krieges erschien: „Es mag Gerechte in Deutschland geben, aber wenn man sie braucht, sind sie nicht da", läßt darauf schließen, daß V. von dem Versagen der deutschen Widerständler enttäuscht war und einen größeren Erfolg ihrer Bestrebungen erhofft hatte.

Im November 1943 schrieb V. nach Moskau: „Ich sah und sagte den gegenwärtigen Kampf voraus, sogar bevor die Nazis an die Macht kamen." Das heißt, er hatte von Anfang an diesen Kampf gewollt, nicht gegen die Nazis, sondern gegen Deutschland.

1957, kurz vor seinem Tode, wußte V. und sprach es auch aus, daß er gescheitert war. England hatte in dem von ihm gewünschten Krieg Empire und Weltmachtgeltung verloren. Das besiegte und geteilte Deutschland mußte wiederholt die britische Währung vor dem Zusammenbruch bewahren.

Literatur:

Jan Colvin, Vansittart in Office, London (Gollancz) 1965
Robert G. Vansittart, Lessons of My Life

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Getulio Domeles V., 1930–1945 und 1950–1954 Staatspräsident Brasiliens, gehört zu jenen tragischen Gestalten unter den südamerikanischen Staatsmännern, die an dem Versuch scheiterten, ihr Land vor dem nordamerikanischen Wirtschaftsimperialismus zu bewahren.

1883 in São Borja/Rio Grande do Sul geboren, schloß sich V. der Liberalen Partei an und wurde 1927 Gouverneur von Rio Grande do Sul. Drei Jahre darauf, am 24. Oktober 1950, machte er sich durch einen Staatsstreich zum Präsidenten des Landes, obgleich er zuvor bei der Präsidentschaftswahl unterlegen war.

In dem Bestreben, Brasilien eine eigene, der Mentalität der Bevölkerung angemessene Ordnung zu geben, unterstützte V. zunächst die Bewegung der sogenannten Integralisten, die einen brasilianischen Sozialismus vertraten, unterdrückte 1935 einen kommunistischen Aufstand, setzte 1937 eine neue Verfassung in Kraft, die → *autoritäre* Züge trug, und verlängerte seine eigene Amtszeit, um sein Programm durchführen zu können.

Doch zeigte sich bald, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit Brasiliens von den USA (vor allem seit dem Zusammenbruch der brasilianischen Kaffeepreispolitik) zu groß geworden war, um noch eine selbständige Politik führen zu können. Unter nordamerikanischem Druck mußte V. 1938 die Integralisten fallenlassen, 1942 sogar Brasilien an der Seite der USA am Zweiten Weltkrieg beteiligen.

Dennoch wurde die Opposition gegen ihn geschürt. Seine Erfolge bei der wirtschaftlichen Gesundung, die zu einer unerwünschten Erstarkung Brasiliens führte, und seine Neigung zum autoritären Führungsstil machten ihn gleichermaßen suspekt.

Als die Schwierigkeiten, die man ihm bereitete, zunahmen, drohte V. im März 1945 mit seinem Rücktritt. Ein halbes Jahr darauf wurde er gestürzt. Manches spricht dafür, daß er selbst diesen Sturz als eine Warnung für das brasilianische Volk betrachtet hat, denn an seine Stelle trat sein alter Freund Dutra, der im Februar 1946 von einer verfassunggebenden Versammlung die autoritäre Verfassung von 1937 durch eine demokratische ersetzen ließ.

Im Dezember 1950 wurde V. aufgrund dieser neuen Verfassung wiederum zum Präsidenten gewählt. Er erhielt knapp die Hälfte der abgegebenen Stimmen und versuchte erneut, eine eigenständige bra-

silianische Politik anzubahnen. Anläßlich eines Attentats auf einen oppositionellen Zeitungsverleger im Juli 1954 forderten Luftwaffe und Heer, deren Offizierskorps vorwiegend in den USA ausgebildet worden waren und unter entsprechendem Einfluß standen, seinen Rücktritt.
Daraufhin wählte V. am 24. August 1954 den Freitod. Es war die aufrüttelndste und dramatischste Mahnung, die er den Brasilianern erteilen konnte. Aber sie wurde nur von wenigen verstanden. Zu ihnen gehörte wahrscheinlich Kubitschek, der im Oktober 1955 Präsident wurde und die neue Hauptstadt Brasilia bauen ließ.

Literatur:

s. → *Brasilien* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Frederick John Partington V., englischer Jurist und Historiker, untersuchte insbesondere den Verfall völkerrechtlicher Maßstäbe und Verhaltensweisen im und nach dem Zweiten Weltkrieg, wie er sich in Massenvernichtungsaktionen, Flächenbombenwürfen auf Wohnviertel, Atombombeneinsatz gegenüber dem kapitulationsbereiten Japan, primitiv willkürlicher Siegerjustiz über den Besiegten und Erhängung der gegnerischen Führung manifestierte.

Am 26. Februar 1897 in Ramsgate/Kent geboren, besuchte V. die Lindenthorpe School in Broadstairs, studierte am St. Lawrence College in Ramsgate und wurde 1926 als Anwalt (Solicitor) zugelassen. Von 1929 bis 1965 übte V. in Brighton/Sussex eine Anwaltspraxis aus.

Noch während seines Studiums begann V. 1923, Aufsätze über zeitgenössische Geschichte zu schreiben und setzte sich insbesondere für eine bleibende Versöhnung zwischen Deutschland und Großbritannien mit entsprechenden, praktisch wirksamen Folgerungen ein. 1932 begründete V. seinen Ruf als Historiker mit einer → *LENIN* Biographie „The Man from the Volga"(bei Constable, London). 1935 brachte er bei Hamish Hamilton in London ein Werk über Friedrich den Großen heraus. 1938/39 wandte er sich in zahlreichen Aufsätzen heftig gegen die britische Kriegspartei.

Unter dem Eindruck des totalen Verfalls von Völkerrecht, insbesondere Kriegsrecht und Kampfethik im Zweiten Weltkrieg sowie der Behandlung der Besiegten durch die Sieger nach dem Kriege veröffentlichte V. 1948 bei Thomson & Smith in London die erste Fassung seines Hauptwerkes „Advance to Barbarism", eine geschichtsphilosophisch angelegte, kulturpessimistisch gestimmte Darstellung des allgemeinen Stilbruchs und Rechtsverfalls in der Kriegführung seit Beginn des 20. Jahrhunderts.

1953 erschien in den USA, bei der Nelson Publishing Company in Appleton eine wesentlich erweiterte zweite Fassung dieses Buches, in der besonders der Bombenterror gegen deutsche Städte (vgl. → *LINDEMANN-PLAN,* Teil I) sowie die Kriegsverbrecherprozesse der Sieger gegen die Besiegten (vgl. → *NÜRNBERGER PROZESSE,* Teil I) als die Vorboten eines neuen Zeitalters der Barbarei gekennzeichnet wurden.

1954 brachte V. im Nölke-Verlag in Hamburg auch eine deutsche Fassung seines Buches „Der Barbarei entgegen" heraus, bei Editorial Ahr in Barcelona eine spanische Ausgabe unter dem Titel „El crimen de Nuremberg". 1958 veröffentlichte er bei Cooper in London und bei Devon-Adair in New York ein neues Buch „Crimes Discreetly Veiled", das ein Jahr später bei Karl Heinz Priester in Wiesbaden unter dem Titel „Verschleierte Kriegsverbrechen" auch in deutscher Übersetzung erschien und Kriegsuntaten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs untersuchte.
Inzwischen hatten in England die Bücher von Spaight und Snow über den Einsatz britischer Bombenflugzeuge im Zweiten Weltkrieg eindeutig enthüllt, daß es sich nicht um Vergeltung für deutsche Angriffe sondern um von langer Hand geplante Massenvernichtungsaktionen gehandelt hatte. Außerdem hatte Professor → *BARNES* aus den USA von einem Gespräch Hoover → *TRUMAN* im Jahre 1945 berichtet, das die Verantwortlichkeit des Letzteren für → *HIROSHIMA* (Teil I) beleuchtete.
Alles das machte eine nochmalige Neufassung und Erweiterung von „Advance to Barbarism" notwendig, die zuerst 1962 in deutscher Übersetzung (als 2. Auflage der deutschen Fassung) bei Priester in Wiesbaden und erst 1968 bei der Mitre Press in London in englischer Sprache erschien.
Die westdeutsche Gesellschaft für freie Publizistik verlieh V. in Anerkennung seiner Verdienste um die Auffindung der geschichtlichen Wahrheit den Ulrich von Hutten-Preis.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Hendrick Frensch V., 1958 bis zu seiner Ermordung am 6. September 1966 Premierminister der Republik → Südafrika (Teil I), war ein markanter Vertreter der → Apartheid-Politik (Teil I) und bildete ein umfassendes Erziehungs-, Sozial- sowie Förderungsprogramm für die farbige Bevölkerung seines Landes aus. Seine deutlich erkennbaren Erfolge auf diesem Gebiet störten die Interessenten an Eingeborenenelend und Rassenspannungen, vor allem die Verfechter der Weltrevolution und der → One World-Ideologie (Teil I). V. löste Südafrika aus dem britischen → Commonwealth (Teil I) heraus.

1901 als Sohn niederländischer Eltern in Amsterdam geboren, die zwei Jahre darauf nach Südafrika auswanderten, studierte V. in Stellenbosch, Hamburg, Leipzig und Berlin Philosophie sowie Psychologie, promovierte 1923 in Stellenbosch und wurde dort im gleichen Jahre Dozent für angewandte Psychologie und Soziologie. Mit 26 Jahren bereits ordentlicher Professor, gab er seit 1937 die nationale Zeitschrift „Transvaler" heraus, das Organ der Nationalpartei in Transvaal.

Neben seiner Lehrtätigkeit wirkte V. in den dreißiger Jahren in Kapstadt in Organisationen für Wohnungsbau, öffentliche Wohlfahrt, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Eingeborenenfürsorge.

Bereits 1948 in den Senat gewählt, stieg V. 1950 zum Führer und Fraktionschef der Nationalpartei auf und wurde gleichzeitig als Minister für Eingeborenenfragen Regierungsmitglied. 1958 wurde er als Nachfolger Strijdoms zum Ministerpräsidenten gewählt. Unter seiner Regierung erklärte sich Südafrika am 5. Oktober 1960 zur Republik, um sich von der ständigen Bevormundung und Einmischung Großbritanniens in seine inneren Angelegenheiten (Apartheidpolitik) zu befreien. Ein halbes Jahr später erklärte V. in London den Austritt Südafrikas aus dem → *Commonwealth* (Teil I).

Die Politik der Rassentrennung hat ihren Ursprung in der besonderen Zusammensetzung der Bevölkerung: Einem weißen Bevölkerungsteil, zumeist Nachkommen der Buren und Einwanderer aus Deutschland, den Niederlanden und England, steht hauptsächlich eine schwarze Bevölkerung von aus dem Norden zugewanderten Bantus gegenüber. V.'s Politik bestand darin, diese zwei Komponenten

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

getrennt zu halten und jeder Gruppe ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, sei es in ökonomischer und sozialer oder in kultureller Hinsicht, um auf diese Weise und in enger Zusammenarbeit jeder Rasse ihr Eigenleben sowie ihren spezifischen Gruppencharakter zu sichern und die innere Stabilität der Republik Südafrika zu garantieren.

Dabei kamen V. ein ausgeprägter Wirklichkeitssinn und Weitblick zustatten. Sein Wirken war auf das Wohl kommender Generationen weißer und farbiger Südafrikaner gerichtet. Für die letzteren tat er mehr als in irgendeinem anderen Staat der Erde getan wurde. Aber eben damit und mit den sichtbaren Erfolgen widerlegte V. die These, daß nur durch Rassenmischung die koloniale Unterjochung und Ausbeutung der Eingeborenenbevölkerung überwunden werden könne, die These also der → *One-World-* Ideologen (Teil I). V. lehrte und bewies das Gegenteil, daß beide Bevölkerungsteile besser gediehen, wenn sie sich getrennt, jede ihrem Wesen entsprechend, entwickeln konnten.

Jahrzehntelang wurde eine weltweite, zentral gesteuerte Hetze gegen ihn und seine Regierung betrieben. Gerade weil er ein gemäßigter, weiser und anpassungsfähiger Vertreter seiner Politik war, erschien er seinen Gegnern umso gefährlicher und hassenswerter. Zwei schwere Attentate wurden auf ihn verübt, beide im Parlament. Vom ersten, einem Kopfschuß am 9. April 1960, erholte er sich schnell und vollständig. Das zweite, am 6. September 1966, streckte ihn tödlich nieder.

Literatur:

Rolf Italiaander, Die neuen Männer Afrikas, Düsseldorf 1960
Hendrik Frensch Verwoerd, Sonderdruck der „Nation Europa", Coburg, Oktober 1966

Anmerkungen ....

....

....

VORSTER

Balthasar Johannes V., seit dem 13. September 1966 Ministerpräsident der Republik Südafrika, wird die → Apartheidpolitik (Teil I) seines ermordeten Vorgängers Verwoerd konsequent fortsetzen, an der er bereits als Justizminister maßgebend Anteil hatte.

Jahrgang 1915, studierte V. an den Universitäten Sterkstroom und Stellenbosch die Rechtswissenschaften, trat der Nationalpartei bei und wurde ins Parlament gewählt. Nachdem er längere Zeit stellvertr. Minister für Erziehung, Kunst, Wissenschaft, soziale Wohlfahrt und Pensionen gewesen war, übernahm V. 1961 das Justizministerium.

In diesem Amt lenkte er sogleich durch die neuen Sicherheitsgesetze die Aufmerksamkeit auf sich, das sogenannte 180 Tage-Gesetz, das vom Staatsgerichtshof als Zeugen beanspruchte Personen zweimal je 3 Monate in Einzelhaft zu halten erlaubt, und das Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus, das die Verbannung unerwünschter Personen ohne Angabe von Gründen gestattet.

Vorster ist wegen dieser Gesetze wiederholt scharf angegriffen worden, hat aber seine Verantwortlichkeit für die innere und äußere Sicherheit seines Landes stets über die Meinung gestellt, die man in der ausländischen Öffentlichkeit über die südafrikanische Regierung verbreitet.

Im Oktober 1966 mußte sich V. zudem mit dem Beschluß der → *UNO* (Teil I)-Generalversammlung auseinandersetzen, der das Völkerbundsmandat über Südwestafrika an Südafrika — entgegen dem Urteil des Haager Gerichtshofes — für beendet erklärte. V. gab bekannt, daß sein Land für den Hoheitsanspruch über Südwestafrika zu kämpfen bereit sei.

Literatur:

Peter Kleist, Südafrika, Land für Weiß und Schwarz, Göttingen 1963
Die Welt, 14. September 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Der stellvertr. Vorsitzende der westdeutschen → SPD (Teil I), Richard Herbert W. war während der Dauer der Großen Koalition CDU/CSU-SPD, vom 1. 12. 1966 bis zum 20. 10. 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Seit 1927 gehörte er der KPD an, emigrierte 1935 in die UdSSR, wo er Agent der → KOMINTERN (Teil I) wurde, und wurde 1942 in Schweden rechtskräftig wegen militärischer Spionage zugunsten der UdSSR verurteilt, kurz zuvor aus der (Exil-)KPD ausgeschlossen.

Am 11. Juli 1906 in Dresden als Sohn des Schuhmachers Robert Richard W. und Frau Alma Antonia, geb. Diener zur Welt gekommen, besuchte W. nach Abschluß der Volksschule ein Verwaltungsseminar, wurde 1924 im Büro einer Fabrik angestellt, 1926 wieder entlassen. 1927 schloß er sich der KPD an.
1928 Sekretär der „Roten Hilfe", ein Jahr darauf Bezirkssekretär der KPD in Ostsachsen und bereits als 24jähriger Landessekretär in Sachsen, wurde W. Landtagsabgeordneter, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und sagte insbesondere den Sozialdemokraten den Kampf an.
1932 bemühte er sich vergeblich um einen Volksentscheid im Lande Braunschweig gegen die Regierung Klagges, 1933/34 organisierte er im Saargebiet - mit tschechoslowakischem Paß - eine Linkspartei gegen die Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland, im Februar 1935 besprach er in Prag mit Stamm und Rembte die Weiterarbeit der illegalen KPD in Deutschland, wurde anschließend in Prag verhaftet und ausgewiesen.
Es gelang ihm, über Warschau nach Moskau zu reisen, wo er mit → *PIECK* und → *ULBRICHT* zusammen die alte KPD-Führungsgruppe um Thälmann ablöste und im August 1935 am VII. Weltkongreß der → *KOMINTERN* (Teil I) unter Leitung von Dimitroff teilnahm. Seitdem reiste er im Dienste der Komintern, im November 1935 mit luxemburgischem Paß nach Amsterdam zur „Reformation" der illegalen KPD im Sinne Ulbrichts. Anschließend einige Wochen im Ruhrgebiet, tauchte W. im April 1936, nunmehr um das Zustandekommen einer „Volksfront" bemüht, in Paris auf.
Von hier aus stellte W. aus deutschen Kommunisten das sogenannte „Thälmann-Bataillon" auf, das noch im Juli 1936 nach Barcelona

14. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1970

zum Einsatz im spanischen Bürgerkrieg kam. W. selbst reiste indessen nach Brüssel zum „Friedenskongreß" des Lord Cecil und - auf Einladung des Weltflüchtlingskommissars des Völkerbundes, Sir Malcolm - im Dezember 1936 nach London.
Anfang 1938 von Brüssel nach Moskau beordert, wurde W. nach fast einjähriger Wartezeit, in der über seine weitere Verwendbarkeit entschieden wurde, wieder nach Westeuropa entsandt und stellte auf Weisung Dimitroffs von Brüssel und Amsterdam aus Agentenverbindungen zu Deutschland her, die aber nicht mehr zum Tragen kamen. Der deutsch-russische Nichtangriffspakt veränderte die Situation. Im März 1941 ging W. nach Norwegen, im Mai nach Stockholm, von wo aus er im Juli 1941,nach Beginn des Rußlandfeldzuges, u. a. eine Frau Bischoff nach Berlin entsandte, anstatt weisungsgemäß selber dorthin zu gehen.
Diese Frau Bischoff versorgte W. über Brüssel mit Nachrichten aus der deutschen Kriegswirtschaft sowie über die Stimmung in der deutschen Bevölkerung, die dieser an schwedische Kommunisten weitergab, bis er am 18. Februar 1942 in einer seit langem überwachten Stockholmer Wohnung verhaftet wurde. Die Anklage im folgenden Prozeß lautete auf „geheime Nachrichtentätigkeit ... für Rechnung einer fremden Macht". Urteil und Berufungsurteil (6. 11. 1942) erklärten W. im Sinne der Anklage der militärischen Spionage für überführt.
Das Zentralkomitee der deutschen KP mit Sitz in Moskau schloß W. noch vor Beginn des Prozesses, am 6. April 1942, aus der KPD aus. Die Begründung des Ausschlusses ist umstritten. 1946 kehrte W. nach Deutschland zurück, war in Hamburg als Journalist tätig und schloß sich der SPD an. Nachdem er Kurt → *SCHUMACHER* eine umfangreiche „Lebensbeichte" vorgelegt hatte, wurde W. zunächst Vorstandsmitglied im Landesverband Hamburg der SPD, 1949 Bundestagsabgeordneter, stellvertr. Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen. W. wurde auch Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der → *MONTANUNION* (Teil I) und war seit 1958 stellvertr. Vorsitzender der SPD. Als Minister für gesamtdeutsche Fragen von Ende 1966 bis 1969 verfolgte er eine Politik der „Versöhnung" mit den Ländern, aus denen die Vertriebenen kamen.
Bei Bildung der Koalitionsregierung SPD-FDP im Oktober 1969 verzichtete W. auf ein Ministeramt.

Chaim W., 1921—1946 Präsident der → Zionistischen (Teil I) Weltorganisation, 1948—1952 erster Präsident des Staates → Israel (Teil I), muß als der eigentliche Schöpfer dieses Staates angesehen werden, auf dessen Entstehung seine Lebensarbeit hinzielte. Darüberhinaus gehörte W. zu den prägnantesten und führenden Köpfen des internationalen → Judentums (Teil I).

1874 in Motol (Weißrußland) geboren, besuchte W. die Schule in Pinsk, studierte und promovierte in Berlin (1898), Freiburg (1899) und Manchester (1919). 1901—1904 lehrte er an der Genfer Universität Chemie, 1904—1916 war er an der Universität Manchester lehrtätig und von 1916 bis 1919, also während des Ersten Weltkrieges, leitete W. die Laboratorien der britischen Admiralität.

Während dieser Jahre in Genf, Manchester und London widmete sich W. dem Aufbau der Zionistischen Organisation unter den ortsansässigen Juden und gab dieser Arbeit ein klares Ziel: Palästina. Das erste Teilziel, die Errichtung einer hebräischen Universität in Jerusalem, suchte er mit Hilfe Edmond de Rothschilds zu erreichen und zwar schon vor dem Ersten Weltkrieg. Es entstand zunächst lediglich eine Technische Hochschule in Haifa mit Hebräisch als Unterrichtssprache. Bei diesen Bestrebungen stieß W. auf Unverständnis und Ablehnung der reichgewordenen altjüdischen Familien.

Gegen den heftigen Widerstand dieses reichen Assimilationsjudentums konnte W. die tatkräftige Unterstützung zahlreicher britischer Politiker, vor allem Leopold Amerys, für die zionistischen Pläne gewinnen. Mit ihrer Hilfe kam es schließlich nach jahrelangen Verhandlungen, nach einer entscheidenden Konferenz in London am 17. Februar 1917 und im Gegenzug zum daraufhin erfolgten Kriegseintritt der USA (6. April 1917) zur → *Balfour-Deklaration* (Teil I) am 2. November 1917, einem Versprechen, das dann jedoch nicht eingelöst wurde.

Als Leiter der britischen Zionistenkommission reiste W. 1918 nach Palästina, traf dort auf den kaum verhüllten Antisemitismus vieler britischer Offiziere sowie auf eine seinem Vorhaben denkbar ungünstige realpolitische Situation, stellte andererseits Kontakt zu König Feisal her, wobei ihm T. E. Lawrence behilflich war, und konnte den

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Grundstein zur hebräischen Universität auf dem Mount Skopus legen. 1921 mit Einstein zusammen in den USA, mußte W. Widerstände *innerhalb* des Zionismus überwinden, die — wie er in seinen Memoiren schreibt — „verkannten, daß er der Ausdruck einer völkischen Wiedergeburt war", und zum Teil auf einen verfrühten Profit aus den notwendigen Investitionen in Palästina zielten.
In der Folgezeit, zu Beginn der britischen Mandatsverwaltung in Palästina, hatte W. gegen schwere Angriffe der Northcliffe- und Beaverbrookpresse zu kämpfen, die auf Annullierung der Balfour-Declaration gerichtet waren. Das Oberhaus stimmte gegen die Mandatsübernahme, das Unterhaus dafür. Gleichzeitig drohte in Palästina selbst die Bodenspekulation zugewanderter jüdischer Kleinkapitalisten den Aufbau des Landes zu erschüttern.
1929 gelang W. der Schritt über die Zionisten-Organisation hinaus, die Gründung der Jewish Agency. Doch wurde er zwei Jahre darauf als Präsident der Zionisten-Organisation abgewählt und kehrte zur Chemie zurück, übernahm allerdings im gleichen Jahr die Präsidentschaft der englischen Zionisten und den Vorsitz des Zentralbüros für die Ansiedlung deutscher Juden. Er arbeitete auch in Palästina.
1935 übernahm W. von neuem das Amt des Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation und setzte sich 1937 für den Plan der Teilung Palästinas und damit für die Ablösung der Mandatsherrschaft durch einen selbständigen jüdischen Staat ein, nachdem die britische Verwaltung der allgemeinen Unruhen im Lande nicht Herr geworden war. Doch kam es zunächst noch nicht dazu. Dem Madagaskar-Projekt der deutschen Reichsregierung stand er ablehnend gegenüber. Sein Ziel blieb Palästina. Es schien ihm jedes Opfer wert.
Bitter enttäuscht von der Entwicklung der britischen Palästina-Politik versicherte W. dennoch bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges England ausdrücklich der Unterstützung durch das gesamte Judentum. Nach dem Kriege beschränkte die britische Labour-Regierung die jüdische Einwanderung in Palästina auf 1500 monatlich. Die Enttäuschung förderte den Terrorismus und hinderte den Aufbau im Lande. W. konnte sich im 22. Zionisten-Kongreß 1946 in Genf nicht mehr durchsetzen. → *Ben Gurion* löste ihn ab, um ihn zwei Jahre später aufzufordern, Staatsoberhaupt des Staates Israel zu werden. W. nahm an. Nach vierjähriger Amtszeit voller Kämpfe, Erfolge und Rückschläge verstarb er am 9. November 1952 in Rechowoth.

Sir Roy (Roland) W., 1956 bis 1963 Ministerpräsident, Außen- und (bis 1959) Verteidigungsminister der unter seiner Mitwirkung entstandenen → ZENTRALAFRIKANISCHEN FÖDERATION (Teil I) aus Nord- und Süd-RHODESIEN (Teil I) sowie Nyassaland (→ MALAWI, Teil I), zugleich Präsident der United Federal Party, führte nach Auflösung der Föderation 1963 kurze Zeit die New Rhodesia Party, die jedoch nicht von Bestand war.

Am 20. Januar 1907 in Salisbury/Rhodesien als Sohn eines Litauers und einer Burin geboren, besuchte W. die Volksschule in Salisbury, ging 1924 zur britisch verwalteten Eisenbahn und wurde erst Heizer, später Lokomotivführer. Aufgrund gewerkschaftlicher Tätigkeit wurde er 1938 in den Gesetzgebenden Rat des britischen Protektorats von Nordrhodesien, 1940 auch in den Exekutivrat gewählt.

1941, während des Zweiten Weltkriegs, gründete W. die rhodesische Labourparty als Interessenvertretung der weißen Arbeiter und wurde zugleich Direktor des Arbeitsamtes. Um 1950 war er Mitbegründer der United Federal Party und maßgeblich an den Bestrebungen für eine Föderation von Nord- und Süd-Rhodesien sowie Nyassaland beteiligt.

Als 1953 mit britischer Hilfe aber gegen den Willen der Mehrheit der Häuptlinge und Stämme der Eingebo-enen diese Zentralafrikanische Föderation Wirklichkeit und ihre erste Bundesregierung aufgestellt wurde, übernahm W. das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie des Transport- und Postministers. 1956 wurde er dann selbst Regierungschef, übernahm außerdem das Außen- sowie das Verteidigungsministerium und das Präsidium in der United Federal Party.

Nachdem bereits im August 1960 eine in London beschlossene Verfassungsreform den Farbigen im Gesetzgebenden Rat die Mehrheit der Sitze eingeräumt hatte, empfahl im Oktober desselben Jahres eine britische Kommission. den Mitgliedern der Föderation binnen fünf Jahren den Austritt zu gestatten. Den Parlamentswahlen im April 1962 blieben daraufhin sowohl die Schwarzen als auch die mit der Verfassung unzufriedenen weißen Farmer fern.

Ohne ein arbeitsfähiges Parlament sah sich W. gezwungen, selber in London um die Genehmigung zur Auflösung der Föderation nachzu-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

suchen. Nachdem diese am 31. Dezember 1963 erfolgt und Nordrhodesien unter einer farbigen Regierung unabhängig geworden war, setzte sich W. in Süd-Rhodesien an die Spitze einer New Rhodesia Party, die aber im Dezember 1964 ebenfalls der Auflösung verfiel.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Pierre W., seit dem 25. Februar 1959 Ministerpräsident von → LUXEMBURG (Teil I), war zuvor seit 1953 Finanz- und Verteidigungsminister gewesen. Von Beruf Rechtsanwalt, gehört W. der katholischen Christlich-sozialen Partei an, die sich unter seiner Führung von ihrem Stimmenverlust im Jahre 1959 etwas erholen konnte. Außenpolitisch vertritt W. eine westeuropäische Integration.

1913 in Luxemburg geboren, studierte W. an den Universitäten Luxemburg und Paris Rechts- und Staatswissenschaften und erhielt das Diplom der Ecole libre des Sciences Politiques in Paris. 1938 ließ er sich in Luxemburg als Anwalt nieder, war dann 1939 bis 1944 juristisch bei der Luxemburger Generalbank tätig und widmete sich anschließend ein Jahr lang wieder seiner Anwaltspraxis.

1945 trat W. in das Finanzministerium ein und war zunächst als Kommissar für Bankenkontrolle, seit 1948 als Kommissar für den Nationalen Haushalt tätig. 1949 wurde er Sekretär beim Staatsrat (council of government), der aus 21 lebenslänglich vom Großherzog ernannten Mitgliedern mit beratender Stimme besteht.

1953 ernannte die Großherzogin Charlotte W. zum Finanzminister und Verteidigungsminister, sechs Jahre später, im Februar 1959 beauftragte sie ihn mit der Regierungsbildung, nachdem W. 1958 Gouverneur der Europäischen Investment-Bank geworden war (und bis 1962 blieb).

Das Finanzministerium behielt sich W. als neuer Regierungschef auch weiterhin, bis 1964, selber vor. Dann, nach Abdankung der Großherzogin Charlotte und Thronbesteigung Großherzog Jeans, übernahm W. auch das Außen- und das Justizministerium selbst, nachdem die Wahlen seiner Partei einen leichten Ausgleich der erheblichen Stimmverluste von 1959 eingebracht hatten.

1966 kam es im November wegen der Frage der Abschaffung der Wehrpflicht zu einer Regierungskrise. Erst am 3. Januar 1967 konnte W. dem Großherzog ein neues Kabinett vorstellen, in dem mit ihm selber vier christlich-soziale vier sozialdemokratische Ministern gegenübersaßen. Dieses Mal behielt er sich selber nur das Finanzministerium und das Ministerium für Öffentliche Dienste vor.

In seiner Regierungserklärung kündigte W. an, die zukünftigen Freiwilligeneinheiten des neuen Luxemburgischen Berufsheeres würden

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

so ausgebildet werden, daß sie im Bedarfsfalle von den → *NATO*-Kommandostellen (Teil I) eingesetzt werden könnten, und bekannte sich zum Gemeinschaftsprinzip der europäischen (gemeint ist: westeuropäischen) Integration.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Harry Dexter W. spielte 1934—1947 als hoher amerikanischer Regierungsbeamter und kommunistischer Agent in der „One World"-Planung führender amerikanischer Finanzkreise eine Rolle ähnlich der des Alger → Hiss. War Hiss maßgeblich an der Ausarbeitung der Charter der UNO beteiligt, so wirkte W. im Einvernehmen mit → Morgenthau am Zustandekommen der Finanzabmachungen von → Bretton Woods mit, durch die 1944 die Voraussetzungen für die Bildung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds geschaffen wurden. In seiner Stellung im Finanzministerium hatte er an der Schwenkung der amerikanischen Politik gegen → Tschiang Kai-schek und damit an der Auslieferung Chinas an den Bolschewismus ebenso einen wichtigen Anteil wie an der Ausarbeitung des → Morgenthau-Plans (Teil I) für das besiegte Deutschland. W. war ein früher Vorläufer und Exponent der Politik des Zusammenwachsens der beiden angeblich verfeindeten Weltsysteme, die späterhin von Walt W. Rostow als „Koexistenzpolitik" formuliert und von den Kennedy-Beratern in die politische Praxis umgesetzt wurde.

W. wurde 1892 als Sohn eines aus Litauen stammenden Einwanderers namens Weiß in Boston geboren. Henry Morgenthau jr. holte ihn, bald nachdem er selbst Roosevelts Finanzminister für den New Deal geworden war, am 30. Januar 1934 zunächst als wissenschaftlichen Hilfsarbeiter in das Finanzministerium, wo W. rasch Karriere machte.

Wie Whittaker Chambers 1948 im Zeugenstand aussagte, gehörte W. bereits in den dreißiger Jahren einem kommunistisch beeinflußten Kreis hoher Beamter an, allerdings einer Gruppe, deren Aufgabe weniger die Beschaffung von Informationen, also Spionage, gewesen sondern die angesetzt worden sei, um sowjetische Wünsche in Regierungskreisen wirksam zu fördern. In welche Richtung diese Einflußnahme zielte, geht aus den Memoranden, Botschaften und Briefen hervor, die in den Jahren 1943 und 1944 zwischen W., dem Handlungsbevollmächtigten des amerikanischen Finanzministeriums in China Irving Friedman, Solomon Adler, Morgenthau, Mao Tse-tung und Tschu En-lai zirkulierten.

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Morgenthau beauftragte W. am 25. Februar 1943, mit der „vollständigen Aufsicht und Kontrolle über alle wirtschaftlichen und finanziellen Belange des Schatzministeriums". Im Jahr danach kam es dann zu den Abmachungen von Bretton Woods, denen zufolge der Dollar als goldgleich galt. W. hatte damals einen Plan vorgelegt, der allerdings noch viel weiter ging und eine Weltwährungseinheit „Unitas" vorsah, jedoch nicht realisierbar war. Wie W. vor dem Untersuchungsausschuß des Kongresses später zugab, hatte er auch an der „Formulierung des (Morgenthau)-Memorandums" (der vierzehn Punkte des Morgenthau-Plans) einen hervorragenden Anteil gehabt. Über die Stellung eines Staatssekretärs im Finanzministerium rückte W. 1945 zum stellvertretenden Finanzminister auf. Im Februar 1946 wurde er mit einem steuerfreien Monatsgehalt von 17 500 Dollar Direktor des Internationalen Währungsfonds (→ *IMF*, Teil I).
Verdachtsmomente gegen W. scheinen bereits 1947 aufgetaucht zu sein. Am 19. Juni 1947 reichte W. seinen Rücktritt als Direktor des Internationalen Währungsfonds ein, doch wurde die Untersuchung wegen seiner kommunistischen Agententätigkeit erst am 31. August 1948 eingeleitet, parallel zu der gegen Hiss geführten. Wie Hiss bestritt W. jegliche kommunistische Verbindung und leugnete, den Kontaktmann Chambers auch nur zu kennen. Er verstarb ebenso plötzlich wie überraschend vier Tage später, nicht ganz 56 Jahre alt, am 17. August 1948. Offiziell wurde Herzschlag als Todesursache genannt, nach einer anderen Version soll er an einer Überdosis Digitalis gestorben sein. Die Leichenfeier fand im Temple Israel in Boston statt.
Mitte November des gleichen Jahres legte Chambers fünf Rollen Mikrofilme vor, die den Nachweis des militärischen Geheimnisverrates durch W. an die Sowjetspionage erbrachten.

Literatur:

Margret Boveri, Der Verrat im 20. Jahrhundert, Band IV Amerika, Hamburg 1960, S. 82 f
John T. Flynn, The Roosevelt Myth, New York 1956
Kubek, How the Far East Was Lost
Kurt Keppler, „Geschichte und Wesen des Morgenthauplans" in NZ 13/42—14/12 (18. Oktober 1963 bis 20. März 1964)
Helmut Sündermann, Das Erbe des falschen Propheten, Leoni 1957
Dirk Kunert, „Der Krieg des Morgenthau-Präsidenten", in DWZ 6/2 (10. Januar 1964)

Eric Eustace W., seit 1956 Premier-, Finanz- und Planungsminister von → TRINIDAD (Teil I) sowie Führer der von ihm gegründeten Regierungspartei Peoples National Movement (PNM), Professor der Sozialwissenschaften und Politik, verfaßte historische und kulturhistorische Werke über den westindischen Raum und erwies sich als energischer, zielbewußter Staatsmann.

Am 25. September 1911 auf Trinidad geboren, besuchte der begabte Sohn farbiger Eltern die Tranquillity Intermediate School in Port of Spain, studierte auch dort am Queens Royal College, ging dann nach England, um seine Studien in Oxford fortzusetzen, und promovierte zum Dr. phil.

W. schlug zunächst die Hochschullehrerlaufbahn ein, wurde gefördert und war als 28jähriger bereits Professor der Sozial- und Politischen Wissenschaften an der Howard-University in Washington. 1940 und 1942 erhielt er das Julius-Rosenwald-Forschungsstipendium (fellowship).

1943 gehörte W. als Berater der Britischen Sektion der angloamerikanischen Karibienkommission an, 1944 wurde er Sekretär des Landwirtschaftsausschusses dieser Kommission und beriet sie auch noch in den folgenden Jahren, seit 1948 als stellvertretender Vorsitzender des Karibien-Forschungsrates. Aus dieser Zeit stammt ein wesentlicher Teil seiner Buchveröffentlichungen.

1952 gab W. die Caribbean Historical Review heraus und veröffentlichte u. a. Dokumente über die britische Westindienpolitik im Zeitraum von 1807 bis 1833, mithin eine vorwiegend geschichtswissenschaftliche Arbeit. 1956 wandte sich W. der praktischen Politik zu, gründete die PNM (siehe oben) die als Partei der Neger sogleich die Mehrheit der Stimmen erhielt, und wurde Ministerpräsident. Gleichzeitig übernahm er auch das Finanz- sowie das Planungs- und Entwicklungsministerium.

1958 war W. am Zustandekommen des Westindischen Föderation beteiligt (vgl. → *TRINIDAD*, Teil I), entschloß sich jedoch 1962 wieder auszutreten, nachdem eine Volksabstimmung erst auf Jamaika, dann auch auf Trinidad gegen die Föderation entschieden hatte. W. wirkte auch an der neuen Verfassung vom 24. August 1962 mit, die Trinidad und Tobago mit Wirkung vom 31. August die Unabhängigkeit im

Rahmen des britischen → *COMMONWEALTH* (Teil I) gab und als Staatsoberhaupt auch weiterhin die britische Krone anerkannte.
W. blieb Ministerpräsident, übernahm zusätzlich bis 1964 auch das Außenministerium und, im November 1966 wiedergewählt, seit 1967 wieder das Finanz-, Planungs- und Entwicklungsministerium. Neben dieser vielfältigen politischen Tätigkeit fand er noch Zeit für weitere geschichtswissenschaftliche Buchveröffentlichungen über Westindien, sowie über Kapitalismus und Sklaverei.
Im März 1967 veranlaßte W. den Beitritt Trinidads und Tobagos zur → *OAS I* (Teil I), einen Schritt, der als deutliche Abwendung vom britischen Commonwealth zu verstehen ist. Er strebt die Einbeziehung Trinidads in den amerikanischen Wirtschaftsraum an und begünstigt daher auch Kanadas Bemühungen, im Karibischen Meer wirtschaftspolitisch an die Stelle Großbritanniens zu treten. Die Rassengegensätze auf Trinidad selbst vermochte W. bisher trotz ihrer Betonung durch die oppositionelle von Wählern indischer Abstammung (40 %) getragene Democratic Labour Party zu überbrücken.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

James Harold W., seit dem 21. Oktober 1964 Premierminister des United Kingdom, kommt vom linken Flügel der Labour Party her. Er ist der bisher profilierteste Vollstrecker einer Politik, welche die von → Churchill eingeleitete und von dessen Nachfolgern fortgesetzte Liquidation des Empire gleichsam zur Ideologie und zum Dogma erhoben hat. Da diese Empire-Liquidation aber England nicht aus seinen zu weit gespannten Verpflichtungen entläßt, hat W. es gleichzeitig in die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte geführt.

1916 in einfachen Verhältnissen geboren und aufgewachsen, wurde W. Stipendienschüler in Oxford und 1938 Assistent von Lord Beveridge (vgl. → *Beveridgeplan,* Teil I). In den vierziger Jahren (W. war Kriegsdienstverweigerer) begann er eine Ministerialbeamtenlaufbahn. 1945 ins Parlament gewählt, wurde er 1947 Handelsminister (Rücktritt 1951), 1952 Mitglied des Labour-Parteivorstandes, reiste 1957 nach Moskau, 1958 nach China und folgte 1963 dem verstorbenen Hugh Gaitskell in der Parteiführung nach, gegen den er zuvor eine Linksopposition betrieben und unverhüllt auch die einfältigsten und utopischsten Forderungen der extremen Linken innerhalb und außerhalb der Partei propagiert hatte. So war er damals z. B. für eine einseitige Atomabrüstung Britanniens wie des Westens überhaupt eingetreten.
Nach dem Wahlsieg der Labour Party von 1964, der W. an die Macht brachte, rückte er allerdings stillschweigend von diesen Plänen ab, was ihm vonseiten der Linksextremisten und der in England zahlenstarken „Ban-the-bomb"-Bewegung die auf Kundgebungen öffentlich proklamierte Einstufung als „Verräter" eintrug. Doch können Unmutsäußerungen des naiveren Teils der radikalen Linken W. derzeitig kaum ernsthaft gefährlich werden, solange er der Aufgabe gerecht wird, die gesellschaftliche und biologische Umstrukturierung des englischen Volkes entgegen allen gelegentlich immer noch auftauchenden Widerständen voranzutreiben.
In dieser Funktion kann er sich auf einflußreiche Persönlichkeiten stützen wie etwa Sir Solly Zuckerman, einen Biologen aus Südafrika, der sein wissenschaftlicher Berater ist und der als die „graue Eminenz" W.'s bezeichnet wird, auf Sir Isaac Wolfson, einen Multimillionär und Eigentümer des Konzerns Great Universal Stores, der

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

wahrscheinlich neben den Gewerkschaften der potenteste Geldgeber der Labourbewegung ist, aber auch auf Lewis Cohen, den Leiter des 120-Millionen-Pfund-Unternehmens Alliance Building Society, dem praktisch die Stadt Brighton gehört, wo traditionellerweise die Parteitage der Labour Party abgehalten werden; ferner auf Sidney Bernstein, gleichfalls Multimillionär und Besitzer des Fernsehunternehmens Granada TV Network mit Kapitalinteressen in der Film- Verlags- und Unterhaltungsindustrie, und Robert Maxwell, einen 1939 aus der Tschechoslowakei emigrierten Verlagsunternehmer, der weitreichende Auslandsbeziehungen namentlich zu Moskau, hat.
W.'s einschneidendste Maßnahmen neben seinen bekannten Fehlleistungen auf wirtschaftlichem Gebiet waren 1965 innenpolitisch das Durchpeitschen eines Maulkorbgesetzes („Race Relations Act"), mit dem der Widerstand gegen den biologischen Identitätsverlust ausgeschaltet werden soll, sowie außenpolitisch der am 31. Januar 1966 aus ideologischen Gründen über Rhodesien verhängte Handelsboykott, der pro Jahr mit einer Belastung von schätzungsweise 100 Millionen Pfund zu Buch schlägt und Britannien weit stärker in Mitleidenschaft zieht als Rhodesien, während sich gleichzeitig die Hilfe an das farbige Commonwealth auf 225 Millionen Pfund pro Jahr beläuft. Im Dezember 1966 ließ W. darüber hinaus unter dem Druck der farbigen → *Commonwealth*-Mitglieder (Teil I) vor der UNO-Generalversammlung allgemeine Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien beantragen.
Angesichts einer solchen Selbstmord- und Bankrottpolitik nimmt es nicht wunder, daß Englands Verschuldung gegenüber dem Internationalen Währungsfonds seit der Stützungsaktion für das britische Pfund, die im November 1964 das Desaster der gerade angetretenen Wilson-Regierung abwenden sollte, 1966 bei 800 Millionen Pfund (8,8 Milliarden Deutsche Mark) lag, womit die totale politische Abhängigkeit dieser Regierung von den internationalen Finanzkreisen gegeben war. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß → *de Gaulle* W.'s Bemühungen um Englands Beitritt zur → *EWG* (Teil I) 1966/67 mit äußerster Skepsis gegenüberstand.

Literatur:

Francis Boyd, Britische Politik seit 1945, Stuttgart (Kohlhammer) 1965
New Nation, 4/3, 4/5, 4/7, März, Juni und September 1966
Die Welt, 7. November 1966, Nr. 260
Spiegel, 1. August 1966, Nr. 20/32

August W., Gewerkschaftsführer und Oberpräsident der Provinz Ostpreußen (1919/20) gehört zu den wenigen deutschen Arbeiterführern, die frühzeitig erkannten, daß sich der → SOZIALISMUS (Teil I) nicht auf internationaler Ebene verwirklichen läßt. Ursprünglich von der Sozialdemokratie kommend, erblickte er nicht im Proletariat die gegebene Lebensform für die Werktätigen, sondern in einem deutschen Arbeitertum, das sich seiner nationalen Lebensgrundlage und Verpflichtung ebenso bewußt ist wie das der Nachbarländer.

1878 in Blankenburg im Harz geboren, besuchte W. die Volksschule, erlernte das Maurerhandwerk und kam als Maurergeselle mit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Kontakt. 1905 wurde er Redakteur der Maurerfachzeitschrift „Grundstein", später Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes im Rahmen der Freien Gewerkschaften.
1913 in die Hamburger Bürgerschaft, 1914 in den Deutschen Reichstag gewählt, gehörte W. dem gemäßigten Flügel der Sozialdemokratischen Partei an. Der Klassenkampf war nicht seine Sache. Unter dem Eindruck der nationalen Anstrengungen, die Deutschland im 1. Weltkrieg zu unternehmen hatte, betrachtete er sich als *deutschen* Arbeiterführer, nicht als Organ einer proletarischen Weltrevolution.
Im Juli 1918 entsandte die deutsche Reichsregierung W. in die baltischen Provinzen, die beim Zusammenbruch des Zarenreiches aus dem Verband Großrußlands ausgeschieden waren. Nach dem Umsturz in Deutschland im November 1918 blieb W. dort, zunächst als Generalbevollmächtigter und nach dem Abzug der deutschen Truppen als Gesandter des Reiches in Estland und Livland.
Am 1. Juli 1919 ernannte ihn die sozialdemokratische Regierung zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen. Inzwischen aber hatte W. seine innere Entwicklung zum Nationalismus hin fortgesetzt. Als er sich während des Kapp-Putsches Kapp zur Verfügung stellte, schloß ihn die Sozialdemokratische Partei aus. Gleichzeitig wurde er vom Amt des Oberpräsidenten in Ostpreußen suspendiert und zur Disposition gestellt.
Hinfort betätigte sich W. als politischer Schriftsteller, gab sowohl seinen Vorstellungen von einer angemessenen nationalen Standes-

und Interessenvertretung der deutschen Arbeiterschaft als auch seinen Gedanken zur deutschen Ostpolitik beredten Ausdruck und beschrieb autobiographisch seine Entwicklung vom Marxismus zum Christentum.
W. verstarb im Alter von 78 Jahren am 3. November 1956 in Bad Nauheim.

Literatur:

August Winnig, Frührot, 1924
August Winnig, Das Reich als Republik, 1928
August Winnig, Vom Proletariat zum Arbeitertum, 1930
August Winnig, Wir hüten das Feuer, 1933
August Winnig, Vom Ausgang der deutschen Ostpolitik, Berlin 1923

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Abdullah Y., 1938/39, 1954, 1956, 1966 und erneut seit dem 6. Februar 1968 Ministerpräsident des → LIBANON (Teil I), ist zugleich auch Finanz- und Verteidigungsminister seines Landes, von Beruf Rechtsanwalt, und gehört der Glaubensgemeinschaft des sunnitischen Islam an. Y. genießt die nachdrückliche Stützung seiner Regierung durch den Staatspräsidenten Charles → HELOU.

1901 im damals unter türkischer Oberhoheit stehenden Libanon geboren, besuchte Y. als Nichtchrist eine Jesuitenschule, studierte dann in Paris an der Sorbonne Rechtswissenschaften und wurde 1926 in Beirut als Anwalt beim Gericht zugelassen, ein Jahr nach dem Drusenaufstand unter Sultan Al Atrasch. Der Libanon war inzwischen (1920) französisches Völkerbundsmandatsgebiet geworden.
Als Angehöriger der — nach den christlichen Maronen — zweitwichtigsten religiösen Gruppe im Lande führte seine politische Laufbahn Y. binnen dreizehn Jahren an die Spitze der libanesischen Selbstverwaltung. 1938 wurde er für ein Jahr Justizminister und Premier, um sich anschließend wieder seiner Anwaltspraxis zu widmen.
Nach dem Abzug eines Teiles der Franzosen aus dem 1941 selbständig gewordenen Land im Jahre 1944 gehörte Y. der libanesischen Delegation bei der vorbereitenden Konferenz der → *ARABISCHEN LIGA* (Teil I) im Herbst 1944 in Alexandria an, im Juni 1945 der Delegation für die Konferenz in San Francisco, bei der die Satzungen der → *UNO* (Teil I) beschlossen wurden.
Nachdem am 31. Dezember 1946 auch die letzten französischen Truppen den Libanon verlassen hatten, übernahm Y. im Rahmen der souveränen libanesischen Regierung 1947 das Justiz- und das Finanzministerium und bereitete die Aufhebung der seit 1944 bestehenden Zollunion mit → *SYRIEN* (Teil I) vor, die dann 1950 durchgeführt wurde.
Nach dem Militärputsch des Generals Chehab im Jahre 1952 trat Y. 1954 und nochmals 1956 unter der Präsidentschaft Chamouns als Premier an die Spitze der Regierung. Anschließend zog er sich wieder in seine Anwaltspraxis zurück, schied nach den schweren Unruhen des Jahres 1958, die — auf Veranlassung Präsident Chamouns — zur vorübergehenden Intervention amerikanischer Marine-

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Infanterie-Einheiten geführt hatten, 1960 auch aus dem Parlament aus und trat unter der Präsidentschaft Chehabs politisch nicht hervor. Erst nach zehnjähriger Pause — inzwischen war 1964 Charles Helou Staatspräsident geworden — ließ sich Y. von diesem am 5. April 1966 wieder mit der Regierungsbildung beauftragen, übernahm auch wieder das Finanz- sowie neuerdings das Informationsministerium und suchte außenpolitisch eine auch zwischen → *ÄGYPTEN* und → *SAUDIARABIEN* (Teil I) neutrale Linie zu halten.

Die schwere Bankkrise im Oktober 1966, die zur Zahlungseinstellung der Intra-Bank führte und die Regierung zwang, die Kleinsparer zu entschädigen, zog am 1. Dezember 1966 den Rücktritt der Regierung Y nach sich. Sein Nachfolger wurde wieder Y.s Vorgänger Karamé, ebenfalls sunnitischer Mohammedaner und Jurist. Doch löste Y. am 6. Februar 1968 Karamé wieder ab, zunächst als Chef einer Übergangsregierung bis zu den Parlamentswahlen.

Bei diesen Wahlen Ende März 1968 trug Y. einen triumphalen Sieg davon, sah seine Regierung aber im Sommer desselben Jahres scharfer Kritik von seiten des früheren national-liberalen Präsidenten Chamoun ausgesetzt, auf den kurz zuvor, am 31. Mai, ein Attentat verübt worden war. Die Kritik Chamouns richtete sich zwar in erster Linie gegen den Präsidenten Helou, war aber geeignet, die Stellung Y.s zu schwächen.

Am 7. Juli 1968 bildete Y. daraufhin seine Regierung um, trat mit ihr am 9. Oktober zurück und bildete am 12. Oktober abermals eine neue Regierung. Diese konnte jedoch nicht tätig werden, da drei der neu ernannten Minister sich weigerten, unter Y. zu arbeiten. Daraufhin trat Staatspräsident Charles → *HELOU* zurück und weigerte sich, die Amtsführung wieder aufzunehmen, bis am 21. Oktober 1968 die Regierungsausübung durch Y. und ein Kabinett von vier Ministern neu geregelt und gesichert war. Y. selbst übernahm die Ressorts Arbeit und Soziales, Finanzen, Erziehung und Information.

Anmerkungen ....

....

....

YAHYA KHAN

Aga Muhammad Y. K., seit dem Rücktritt → AYUB KHANs am 25. März 1969 Staatspräsident und Militäradministrator von → PAKISTAN (Teil I), war zuvor seit 1966 Oberbefehlshaber der Armee und gehörte zu den engsten Vertrauten seines Vorgängers.

1917 in einem altangesehenen Hause Peschawars geboren, begann Y. ein Universitätsstudium, wechselte jedoch bald zur indischen Militärakademie Dehradun über, absolvierte sie 1939 und tat anschließend Truppendienst beim britischen Worcester-Regiment in der nordwestlichen Grenzprovinz Indiens.
Im Zweiten Weltkrieg war Y. mit diesem Regiment in Ägypten, im Sudan, in Libyen, auf Zypern und in Italien eingesetzt. Als sich Pakistan 1947 von Indien löste, stand Y. im Rang eines Oberstleutnants und erhielt den Auftrag, eine pakistanische Führungsakademie zu gründen. 1951 wurde er mit 34 Jahren Brigadegeneral.
Als → *AYUB KHAN* Ende Oktober 1958 Staatschef wurde, gehörte Y. zu seinem engsten Mitarbeiterstab. 1962 ernannte er ihn zum Oberkommandierenden in Ostpakistan. Im Kaschmirkrieg gegen Indien, September 1965 bis Anfang Oktober 1966, befehligte Y. eine Infanterie-Division.
Nach dem Frieden von Taschkent wurde Y. Oberbefehlshaber der Pakistanischen Armee im Generalsrang. Als Ayub Khan nach monatelangen Unruhen gegen seine Person und weitgehender Zerrüttung der Wirtschaft im März 1969 zurücktrat, trat eine Militäradministration unter Führung Y.s an seine Stelle. Y. übernahm das Amt des Staatschefs.
Sein erklärtes Ziel war (wie das erklärte Ziel fast aller Militärregierungen), zunächst Ruhe und Ordnung im Lande wiederherzustellen und dann so rasch wie möglich einer gewählten, zivilen Regierung Platz zu machen, sobald diese eine Chance habe, wirklich zu regieren, ohne von den Aufständischen erpreßt zu werden. Am 4. April 1969 setzte Y. zunächst einen „Verwaltungsrat" ein, der sich aus den Befehlshabern der drei Waffengattungen zusammensetzt und die Obliegenheiten der Regierung wahrnehmen soll. Auch als Provinzgouverneure für die beiden Landesteile West- und Ostpakistan setzte er zwei Generäle ein.
Damit schob Y. den Zeitpunkt einer normalen Regierungsbildung hinaus und vermied es auch, sich des Rates von Politikern zu bedie-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

nen, die unter seinem Vorgänger Regierungsämter innegehabt hatten. Die von Ayub Khan geschaffenen lokalen Verwaltungskörperschaften, die sogenannten „basic democracies" ließ er auf ihre Lebensfähigkeit hin überprüfen mit dem erkennbaren Ziel, sie gänzlich abzuschaffen. Am 5. Mai 1969 richtete → *TSCHU EN-LAI* ein Schreiben an Y., in dem er ihm auch künftighin die Hilfe der chinesischen Volksrepublik im indisch-pakistanischen Konflikt zusagte. Es war die Antwort auf eine Erklärung, die Y. vorher schriftlich den Großmächten gegenüber abgegeben hatte.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. YEN TSCHIA-KAN

Seit dem 3. Dezember 1963 Ministerpräsident, seit dem 22. März 1966 auch Vizepräsident der nationalchinesischen Republik auf der Insel → FORMOSA (Teil I) bzw. Taiwan an der Seite des damals bereits 79jährigen → TSCHIANG KAI SCHEK, war Y. seit 1950 mehrfach Finanz- und Wirtschaftsminister und von 1954 bis 1957 Gouverneur von Taiwan. Nicht zuletzt aufgrund seiner entscheidenden Verdienste um den wirtschaftlichen Aufschwung Formosas seit 1949 gilt Y. als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge Tschiangs.

1905 in Kiangsu geboren, studierte Y. in Shanghai an der St. Johns Universität Wirtschaftswissenschaften, trat in Regierungsdienste und war 1938 bis 1939 Kommissar für Wiederaufbau in der Provinz Fukien, von 1939 bis 1945 Kommissar für die Finanzverwaltung ebendort und gleichzeitig Leiter der Provinzialbank von Fukien.
1945 berief → TSCHIANG KAI SCHEK Y. zum Direktor des Beschaffungsamtes für Kriegsproduktion, als der er es vor allem mit der Verwaltung amerikanischer Lieferungen zu tun hatte, sandte ihn aber noch im gleichen Jahr als Verkehrskommissar der Provinzregierung auf die Insel → *FORMOSA* (Taiwan, Teil I). Zu dieser Zeit paktierte Tschiang im Kampf mit den Japanern nochmals mit den chinesischen Kommunisten.
1946 bis 1949 war Y. auf Taiwan gleichzeitig Finanzkommissar und Leiter der Provinzialbank, nahm also dieselbe Funktion wahr wie fünf Jahre zuvor in der Provinz Fukien, und bereitete die Insel wirtschaftlich darauf vor, Tschiang und seine nationalchinesische Armee mit ihren Familien aufzunehmen.
Nachdem Tschiang sich dann 1949 endgültig vom Festland auf die Insel zurückgezogen hatte, machte er Y. 1950 zum Wirtschaftsminister der nationalchinesischen Republik. Im gleichen Jahr wurde Y. Finanzminister, blieb in diesem Amt bis 1954 und wurde dann zum Gouverneur von Taiwan ernannt. 1957 Vorsitzender des Rates für die USA-Finanzhilfe, 1958 bis 1963 wiederum Finanzminister, wurde Y. am 3. Dezember 1963 als Nachfolger General ChenChengs von Tschiang mit der Regierungsbildung beauftragt.
Gleichzeitig wurde Y. auch Vorsitzender des Rates für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und erwarb sich als solcher bei internationalen Konferenzen Ansehen. Als im

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

März 1966 Tschiang zum dritten Mal zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, wählte die Nationalversammlung mit 782 von 1416 abgegebenen Stimmen Y. zum Vizepräsidenten.
Seitdem gilt Y. als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge Tschiangs (der 1967 seinen achtzigsten Geburtstag feierte). Als hervorragender Finanz- und Wirtschaftspolitiker, beweglich und anpassungsfähig, auch bei der eingesessenen Bevölkerung der Insel beliebt und bewährt in der Schlichtung von Auseinandersetzungen selbst innerhalb der → *KUOMINTANG*-Regierungspartei (Teil I), scheint Y. für die zukünftige Entwicklung des Inselstaates sowie für die *eines Tages unumgängliche Regelung des Verhältnisses zum chinesischen Mutterland* die besten Voraussetzungen zu besitzen.
Sein Konkurrent ist Tschiangs ältester Sohn, der Verteidigungsminister Tschiang Tsching-kuo, der ganz im Sinne seines Vaters einen militanten Anti-Kommunismus vertritt und die Armee für den Fall bereithält, daß → *MAO TSE-TUNG* oder seine Nachfolger in den → *VIETNAM*-Krieg (Teil I) eingreifen würden. Gegen ihn hat Y. natürlich einen schweren Stand.

Literatur:

„Die Autokratie Tschiang Kai Scheks im Wind der Kulturrevolution" in Neue Zürcher Zeitung, 24. 2. 1968

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Shigeru Y., von 1945 bis 1946 Außenminister und von 1946 bis 1954 Ministerpräsident → JAPANS (Teil I), schloß am 8. September 1951 in San Francisco den Friedensvertrag mit den Alliierten, der den Kriegszustand aus dem 2. Weltkrieg beendete und den sprunghaften Anstieg der japanischen Wirtschaftskraft einleitete.

1878 in Tokio geboren, aus konservativem Elternhaus, schlug Y. nach entsprechender Vorbildung die Diplomatenlaufbahn ein und schloß sich den Liberalen an, die in Japen (ähnlich wie in den USA) das konservative Element darstellen.

Jahrzehntelang im diplomatischen Außendienst seines Landes tätig, gehörte Y. nach Japans Niederlage im 2. Weltkrieg zu denjenigen, die unmittelbar nach der Kapitulation zu retten suchten, was zu retten war. Als Außenminister der ersten japanischen Kapitulationsregierung vertrat er gegenüber → *Mac Arthur* hartnäckig, klug und ohne Unterlegenenkomplex den japanischen Standpunkt, konnte allerdings den eigenen japanischen Verfassungsentwurf gegenüber dem rein westlich-amerikanischen nicht durchsetzen. 1946 wurde er Ministerpräsident.

Dem amerikanischen Ansinnen, das soeben erst völlig entmilitarisierte Land wieder aufzurüsten, kam Y. nur zögernd nach und auch in der Folgezeit stets nur soweit, wie die USA die Finanzierung dieser Aufrüstung zu übernehmen bereit waren. In zwei Wahlen hatte Y. die Genugtuung, seine Politik durch einen Sieg seiner Partei bestätigt zu sehen.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Francisco Anfang September 1951, der Ende April 1952 in Kraft trat, gelang es Y., die Besatzungszeit für Japan zu beenden. Der gleichzeitig von ihm mit den USA geschlossene Sicherheitsvertrag regelte die Stationierung der amerikanischen Truppen in Japan, schuf aber auch die „Okinawa-Frage", die seitdem in der japanischen Innenpolitik eine kritische Rolle spielt (zeitlich unbegrenzte Militärverwaltung des Bonin- und Riuku-Archipels mit der Insel Okinawa durch die USA).

Den scharfen Protest der UdSSR gegen die Verträge von San Francisco und die damit verbundene Auflösung der Alliierten Kommission konnte Y. mit Genugtuung als gerechte Vergeltung für die

sowjetrussische Kriegserklärung vom August 1945 (unter Bruch des bestehenden Neutralitätsvertrages) verbuchen.
Als sich 1954 die Liberale Partei spaltete (in Liberale und Demokraten), trat Y. als Ministerpräsident zurück, beteiligte sich nicht mehr aktiv am politischen Leben, sondern nahm die Stellung des weisen Ratgebers ein. Sein Haus in Oiso wurde zum Treffpunkt für zahlreiche japanische Politiker, die sich nicht zuletzt seiner Fürsprache zu versichern suchten.
1961 erschienen Y.s Memoiren, in denen er seinen politischen Standpunkt formulierte und eine treffende Kritik an der verfehlten Neigung der Amerikaner übte, Gefühle, Geschichte und Tradition der besiegten Völker zu ignorieren und ihre eigene Lebensweise für allgemeingültig anzusehen. Das gelte auch für → *Vietnam* (Teil I). Ferner warnte Y. Japan davor, sich in eine Erzfeindschaft zur Volksrepublik → *China* (Teil I) drängen zu lassen (vgl. auch → *SATO*). 1962 gab Y. auch seinen Parlamentssitz auf. Fünf Jahre später, am 20. Oktober 1967, verstarb er.

Literatur:

vgl. → *Japan* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Jelle Z., vom 21. November 1966 bis zum 2. April 1967 Ministerpräsident der Niederlande, war schon 1952–59 Wirtschaftsminister und 1959–63 Finanzminister seines Landes sowie als solcher auch maßgeblich im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft tätig. Er ist von Haus aus Wirtschaftswissenschaftler und gehört der politisch konservativen, wirtschaftlich liberalen Antirevolutionären Partei an.

Jahrgang 1918, studierte Z. in Rotterdam, war dort 1945/46 Assistent und habilitierte sich 1947. Von 1948 bis 1952 lehrte Z. als Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Freien Universität Amsterdam. Er gab seinen Lehrstuhl auf, als man ihm das Amt des Wirtschaftsministers antrug.

In dieser Eigenschaft war Z. an der Vorbereitung der Verfassungsänderung vom 20. Mai 1953 beteiligt, die es gestattet, nationale Gesetze zugunsten überstaatlicher Organisationen zurücktreten zu lassen. Z. half damit die Entwicklung vorantreiben, die 1957 in Rom zur Unterzeichnung der → *EWG*-Verträge führte (Teil I). Auch die Eingliederung der aus den ehemaligen überseeischen Besitzungen zurückströmenden Holländer in das Wirtschaftsleben der Niederlande oblag großenteils ihm. In diesem Zusammenhang bereitete Z. das Gesetz vom Mai 1958 vor, das Steuererleichterungen, Staatsbeihilfen und ein technisches Ausbildungsprogramm zur Förderung industrieller Neuinvestierungen vorsah.

1959 wechselte Z. in das Finanzministerium hinüber. In seine Amtszeit dort fiel das → *Wiedergutmachungs*abkommen (Teil I) mit der Bundesrepublik Deutschland vom 8. April 1960, nach dem letztere den Niederlanden 280 Millionen DM zahlte.

Von 1962–63 war Z. Präsident der Gouverneursversammlung der Europäischen Investitionsbank (EWG), an deren Kapital die Niederlande mit 7,15 % beteiligt waren. Anschließend übte er sein Lehramt an der Freien Universität Amsterdam wieder aus, bis ihn Königin Juliane im November 1966 mit der Regierungsbildung beauftragte. Dabei behielt sich Z. das Finanzministerium selber vor.

Z. fand eine wirtschaftlich und sozial sehr problematisch gewordene Situation vor und bemühte sich vor allem, die inflationistische Entwicklung einzudämmen und der wachsenden Arbeitslosigkeit zu be-

gegnen. Für Juli 1967 kündigte er eine Erhöhung der Umsatzsteuer an. Auf seinen Vorschlag hin löste die Königin bereits drei Tage nach Antritt der neuen Regierung die 2. Kammer auf und setzte Neuwahlen für den 15. Februar 1967 fest. Aufgrund dieser Wahlen bildete dann am 3. April 1967 Pieter de Jong eine neue Regierung, in der Z. nicht mehr mitwirkte.

Literatur:

Jelle Zijlstra, The Velocity of Circulation of Money and its Significance for the Value of Money and Monetary Equilibrium, 1948
G. Pfeiffer, Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft der Niederlande, Kieler Studien, 1950

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Emile-Derlin Z., vom 16. Juli 1968 bis zum 10. Dezember 1969 Staatsoberhaupt und Regierungschef von → DAHOME (Teil I, zwischen Togo und Nigeria gelegen), ist von Haus aus Arzt und gehörte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre dem französischen Senat an.

Am 23. März 1918 in Quidah (Wida) an der Küste geboren, besuchte Z. die Oberschule und anschließend die Afrikanische Schule für Medizin in Dakar, setzte seine Studien 1953 an der Sorbonne in Paris fort und promovierte auch dort zum Dr. med.

1955 schloß die Z. der parti du regroupement africain an, der auch → *SENGHOR* angehörte, und wurde Vertreter seines zur → *COMMUNAUTE FRANCAISE* (Teil I) gehörenden Landes im französischen Senat. Als Dahome am 4. Dezember 1958 den Status einer Autonomen Republik innerhalb der Communauté erhielt, wurde Z. Wirtschafts- und Planungsminister.

1959 gehörte Z. zu den Begründern der PFA (parti de la fédération africain) und war auch Mitglied der National-Partei Dahomes (PND), die sich im November 1960, nachdem Dahome seine vollständige Unabhängigkeit erlangt hatte, mit dem rassemblement democratique dahoméen zur parti dahoméen de l'unité unter Führung des ersten Staatspräsidenten Hubert Maga zusammenschloß. Zu diesem Zeitpunkt wurde Z. zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes seines Landes ernannt. Als sich im Oktober 1965 der zweite Präsident Dahome's Apithy und sein Stellvertreter Ahomadegbe gegenseitig für abgesetzt erklärten, griff die kleine, zwei Bataillone starke Armee ein. Im Dezember übernahm „General" Soglo die Regierung und Z. wurde Außenminister.

Am 17. Dezember 1967 setzten einige Zugführer der beiden Bataillone von Dahome ihren „General" und Regierungschef Soglo wieder ab und erklärten, die Regierung sei aufgelöst, doch würden alle bestehenden „internationalen Verpflichtungen" der vorangegangenen Regierung respektiert. Infolgedessen blieb Z. als Außenminister noch kurze Zeit im Amt, nachdem zunächst Major Kouandete, dann Alphonse Alley, der „Generalstabschef", die Staatsführung übernommen hatte.

Nachdem sich an einer auf Betreiben Alleys durchgeführten Präsidentenwahl Ende April 1968 nur 25 % der Bevölkerung beteiligt

hatten und keiner der fünf Kandidaten eine ausreichende Stimmenzahl erhalten hatte, setzte das „militärische Revolutionskomitee" am 28. Juni, der Ministerrat am 16. Juli 1968 Z. als Staats- und Regierungschef ein.
Z. sah sich einem jungen, zwar kleinen Offizierskorps gegenüber, dessen Mitglieder aber ihre eigenen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Zuständigkeiten in grotesker Weise überschätzen, sowie einer für afrikanische Verhältnisse ungewöhnlich breiten Schicht von einheimischen Akademikern, die in der französischen Verwaltung Westafrikas tätig waren, bei der Unabhängigkeitserklärung der einzelnen Staaten aber entlassen wurden und nun zuhause, ohne ausreichende Beschäftigung, einen Herd beständiger Unruhe darstellen.
Zudem hatte Z. mit einem ebenso beständigen Haushaltsdefizit zu kämpfen, das nicht zuletzt in der Vernachlässigung der heimischen Landwirtschaft seine Ursache hat. Am 10. Dezember 1969 unternahm der neue „Generalstabschef" (bei einer Truppenstärke von insgesamt 1700 Mann) Maurice Kouandete, der bereits 1967 kurze Zeit die Regierungsgewalt innehatte, von neuem einen Staatsstreich, bildete zusammen mit Souza und Sinzogan ein Regierungsdirektorium, ließ Z. verhaften und in den Norden des Landes verbringen, kurze Zeit darauf jedoch wieder auf freien Fuß setzen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....